

Möllers, Georg; Spona, Petra; Siegele, Sebastian; Lankes, Dieter

Working Paper

Israel: Studienreise der Hans-Böckler-Stiftung

Arbeitspapier, No. 28

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Möllers, Georg; Spona, Petra; Siegele, Sebastian; Lankes, Dieter (2000) : Israel: Studienreise der Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier, No. 28, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/116491>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Georg Möllers • Petra Spona • Sebastian Siegle

Israel

Studienreise der Hans-Böckler-Stiftung



Arbeitspapier 28

Israel

Studienreise der Hans-Böckler-Stiftung

Georg Möllers

Petra Spona

Sebastian Siegele

Impressum:

Herausgeber:

Hans-Böckler-Stiftung

Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB

Bertha-von-Suttner-Platz 1

40227 Düsseldorf

Telefon: (0211) 7778-133

Telefax: (0211) 7778-210

E-Mail: Dieter-Lankes@boeckler.de

Redaktion: Dieter Lankes

Bildredaktion: Silvia Kunter

Layout: Hilke Bülau

Best.-Nr.: 11028

Gestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal

Produktion: Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, Dezember 2000

DM 28,00

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Redaktionelle Hinweise und How to read this book	8
1. Israelische Gewerkschaften und Kibbuzim	9
– Histadrut (Dachgewerkschaft)	12
– Hanoar Haoved Vehalomed (Working & Studying Youth)	16
– Kibbuz Beit Ha’Emek	18
– Dead Sea Magnesium (Jointventure mit VW im Negev)	20
2. Situation der Frauen in Israel	23
– Na’amat (Frauengewerkschaft)	24
– Histadrut Hamorim (LehrerInnengewerkschaft)	26
– Isha L’Isha (Frauenzentrum Haifa)	31
3. Holocaust / Antisemitismus	33
– Stephen Roth Institute for the study of contemporary anti-semitism and racism	35
– Elternheim des Irgun Olei Merkaz Europa (Gespräch mit Überlebenden)	37
– Kibbuz der Ghettokämpfer und Kibbuz-Museum »Jüdischer Widerstand«	39
– Gabriel Bach (Ankläger im Eichmann-Prozess)	41
– Yad Vashem	45
– Otto Heilbrunner (Historisches Seminar Universität Jerusalem)	49
4. Ethnische & Religiöse Minderheiten in Israel	53
– Kav La’Oved (ArbeitnehmerInnenorganisation)	56
– Drusinnen und Drusen in Israel	59
– Rathaus Daliyat el Karmel	60
– Akko	61
– Arabische Bürger Israels	65
– Erlöserkirche: Religionen im Dialog?	71
– Beduinen in Rahat	73
5. Palästina	75
– Rathaus Nablus	77
– Flüchtlingslager Balata in Nablus	79
– Palestinian General Federation of Trade Unions (Palästinensische Gewerkschaft)	81
– Palästinensische Autonomie	84
6. Wirtschaftspolitische Beziehungen zwischen Deutschland und Palästina	87
– Vertretungsbüro der Bundesrepublik Deutschland in Ramallah / Westbank	88
7. Friedensprozess	91
– Face to Face (studentisches arabisch-jüdisches Begegnungsprogramm)	92
– Peace Now und Bat Shalom	94
– Kibbuz El Rom / Golan	97

– Givat Haviva (jüdisch-arabisches Zentrum für Frieden)	101
– Green Line	103
– Treffen mit VertreterInnen der Ben-Gurion-Universität in Beersheba	105
8. Botschaften, Stiftungen und StudentInnen	113
– Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)	115
– Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	117
– Studierende in Israel (Students' Association, Tel Aviv) und in den palästinensischen Autonomiegebieten (An-Najah National University Nablus)	119
Chronologische Fahrtübersicht	127
Kurzportrait: Michael Sternheimer	129
Are we tourists or what? – Eindrücke einer Teilnehmerin	131
TeilnehmerInnen der Studienfahrt	137
Selbstdarstellung der Hans-Böckler-Stiftung	139

Vorwort



Guppenbild vor dem »Kremel«

Foto: Silvia Kunter

Als wir im März 1999 bei einem Seminar der Arbeitsgruppe Internationalismus/Antirassismus der Hans-Böckler-Stiftung den Plan fassten, eine Studienreise nach Israel und in die besetzten autonomen Gebiete durchzuführen, war allen klar, dass es vorher noch eine Vielzahl von Hindernissen zu überwinden galt. Niemand von uns hatte die direkten Kontakte nach Israel, die notwendig gewesen wären, um eine Reise interessant und gut organisiert durchzuführen. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Histadrut konnte von dieser Seite nicht die Unterstützung wie für die Studienreisen in den Jahren 1991 und 1995 erwartet werden. Auch das Budget der AG ließ eine Reise in diesem Umfang eigentlich nicht zu.

Dennoch wurde von der Gruppe eine Liste mit einer Vielzahl von detaillierten Wünschen und Ideen zusammengestellt. Mit dem Beginn der Vorbereitungen wurde deutlich: Ohne massive Unterstützung vor Ort konnte die Reise nicht durchgeführt werden. Diese erhielten wir von Frank von Auer, Sozialattaché der deutschen Botschaft und ehemaliger Geschäftsführer der HBS, der sich nicht von unserem Wunschprogramm abschrecken ließ und ein sehr

interessantes und vielseitiges Programm erarbeitete. Am Ende der Reise hatten wir schließlich an zwölf Tagen 52 Begegnungen inklusive eines Abschiedsabends im Hause von Auer, wo uns Frank und seine Frau köstlich bewirteten. Sowohl für diesen Abend als auch für die bedingungslose Unterstützung noch einmal ein großes Dankeschön nach Tel Aviv.

Die Hauptlast der Vorbereitungsarbeit lastete jedoch auf den Schultern von Dieter Lankes, ohne den diese Reise ganz sicher nicht zustande gekommen wäre und der immer wieder neue Ideen hatte, wie die Reise zu retten wäre und wen man noch für weitere Unterstützung ansprechen könnte. Dieter Lankes, Referatsleiter in der Abteilung Studienförderung der HBS, hat in vielen Jahren mannigfaltige internationale Kenntnisse und Erfahrungen sammeln können. Als er für die Stiftung 1997 auch die Zuständigkeit für die stipendiatische Arbeitsgruppe Internationalismus/Antirassismus und für den Solidaritätsfonds übernahm, ahnte er sicherlich nicht, dass dies derart in Arbeit ausarten könnte. Aber die verschiedenen Seminare zur Nahostproblematik im Vorfeld der Studienreise, die jeweils von Stipendiatinnen und Stipendiaten gut geplant wurden, machten alle neugierig.

Zu ermöglichen, dass die Studienreise nach Israel und in die besetzten autonomen Gebiete zum Abschluss der Seminarreihe durchgeführt werden konnte indem das Vorhaben innerhalb der Stiftung finanziert wurde,

war für Dieter nicht ganz einfach. Doch mit der Aussicht, durch einen Teilnahmebeitrag und durch das Einwerben von Drittmitteln die Kosten erheblich reduzieren zu können, erfolgte die Mittelbereitstellung. Zahlreiche Telefongespräche seinerseits und begründete Anträge auf Bezuschussung dieses Vorhabens beim Deutschen Akademischen Austauschdienst und beim Leiter der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen führten dann ebenfalls zum Erfolg. Die Reise konnte stattfinden. Ohne den Reisekostenzuschuss des DAAD und der Übernahme von Dolmetscherkosten durch die Staatskanzlei hätte die Studienreise – wenn überhaupt – nicht so erfolgreich durchgeführt werden können. Beiden Institutionen und auch der Hans-Böckler-Stiftung sagen wir unseren herzlichen Dank.

Die Heterogenität der Reisegruppe wird in den Protokollen bzw. protokollierten Diskussionen zu den einzelnen Treffen deutlich. Die unterschiedlichen Hintergründe der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sorgten für Konfliktstoff. Durch das enge Programm gab es nur wenig Raum für Diskussionen. Kontroversen zeigten sich z. B. bei der Bewertung der Situation der arabischen Israelis (oder israelischen Araber?) zwischen den Migrantinnen und Migranten und den anderen Deutschen in unserer Gruppe. Entsprechend bestand auch die Gruppe, die sich bei dem Nachbereitungstreffen mit Palästina beschäftigte, fast ausschließlich aus Migrantinnen und Migranten.

Eine Reisegruppe aus Deutschland in Israel stellt immer eine Besonderheit dar. Um so wichtiger ist es, sich die eigene Motivation für eine Reise nach Israel bewusst zu machen. Um die Komplexität der Israelischen Gesellschaft zu begreifen, bedarf es einer großen Offenheit. Für die vielschichtigen Probleme gibt es keine einfachen Lösungen und der Versuch, sich mit einer Einteilung in falsch und richtig zu orientieren, ist zum Scheitern verurteilt.

Trotz der intensiven inhaltlichen Vorbereitung bei vier Seminarwochenenden, wurde im Verlaufe der Reise offensichtlich, dass wir uns vorwiegend mit den Belangen und der Situation der jüdischen Israelis europäischer Herkunft, den Ashkenasim, beschäftigt hatten. Andere Bevölkerungsgruppen und deren Geschichte hatten wir nur am Rande gestreift bzw. gänzlich ignoriert.

Diese Kritik wurde nicht nur von Dr. Gunnar Lehmann geäußert. HBS-Altstipendiat Muhamad Matar, der die Begegnungen in Rahat organisiert hatte und uns dort betreute, erklärte nach dem Essen mit den Vertretern der Ben-Gurion-Universität in Beersheba sichtlich frustriert: »Es ist immer dasselbe: Die Deutschen begreifen nicht, dass der Holocaust und der Konflikt zwischen den Arabern und den Juden zwei unterschiedliche Dinge sind, die man auseinanderhalten muss.«

Der Frieden zwischen Israel und den Palästinensern wird kommen, wenn auch langsam und nicht konfliktlos. Es gibt für beide Seiten keine Alternative. In Israel wurde uns gegenüber oft die Befürchtung darüber geäußert, was danach kommen wird. »Israel wird implodieren«, »Israel wird so nicht mehr existieren« waren Aussagen von zweien unserer Gesprächspartner, die den Friedensprozess aktiv mitgestalteten. Wie in der Veranstaltung mit Otto Heilbrunner deutlich wurde, ist die Israelische Gesellschaft in der Tat sehr stark fragmentiert. Betrachtet man die daraus entstehenden Konflikte, so erscheinen vergleichbare Konflikte in Deutschland geradezu lächerlich, wobei die Reaktionen heftiger sind. Stellen wir uns doch einmal die Integration von einer Million russischer Einwanderer innerhalb von 10 Jahren in Berlin vor ...

In einer Phase der relativen Ruhe präsentierte sich uns eine sehr dynamische Gesellschaft, von der viel zu lernen ist. Israel fasziniert in vielerlei Hinsicht. Es ist ein Land der Extreme. Kaum vorstellbar sind die Aufbauleistungen, die vollbracht werden mussten, um den Staat zu gründen und am Leben zu erhalten. Die Stärke der israelischen Gesellschaft zeigt sich besonders auch in der Fähigkeit, Konflikte konstruktiv zu lösen und dies zum Teil unter den widrigsten Umständen.

Leider fehlt ein Protokoll über die Besichtigung der archäologischen Stätte Tell Sheba mit Dr. Gunnar Lehmann. Ein kleiner Fehler in unserer protokollarischen Planung. Dieser Umstand ist leider erst später aufge-

fallen, obwohl es eines der interessantesten Ereignisse auf der Reise war. Gunnar vermittelte uns Archäologie aus einer anderen Sichtweise, mit politischem Bezug zur Gegenwart. Schön auch die von ihm dargelegte archäologische Analyse über die aktuelle Anordnung der vom Aussichtsturm zu sehenden europäischen und arabischen Ansiedlungen.

Sebastian Siegele

Redaktionelle Hinweise und How to read this book

Der Lesefreundlichkeit und Übersicht zugunsten haben wir uns dazu entschlossen, die Protokolle nach Themengebieten zu ordnen, schließlich weiß nicht jedeR sofort, was z. B. Kav La'Oved ist. Dazu haben wir den Themengebieten je eine Einführung vorangestellt, die neben einer allgemeinen Einstimmung auf das Thema einen Überblick über die zugehörigen Termine gibt, als auch auf spannende zusätzliche Informationen in anderen Protokollen aufmerksam macht. Eine chronologische Abfolge der Fahrt findet sich am Ende des Readers.

Die Protokolle sind eine Mischung aus der Sichtweise der AutorInnen, gemeinsamer Nachbesprechung und redaktioneller Schlussüberarbeitung. Mit dieser Gratwanderung wollten wir sowohl der Unterschiedlichkeit der TeilnehmerInnen gerecht werden, als auch der Tatsache, dass die einzelnen Leute dennoch eine Gruppe repräsentieren, die einen gemeinsamen Reader herausgibt. Die Redaktion hat selten, zielsicher und mit schlechtem Gewissen zensiert. Die Protokolle haben oft die Antworten auf anschließende Fragen in den Text integriert, teils sind Fragen und Einwände jedoch auch deutlich als solche gekennzeichnet, besonders dann, wenn dies zum Verständnis des Gesprächsverlaufs und der sich entwickelnden Stimmung beitrug. Die Redaktion hat sich bemüht, Fehler zu bereinigen, konnte jedoch nicht alle Aussagen der ReferentInnen prüfen.

Herzlichst gedankt sei an dieser Stelle Kollegin Gaby Wrobel-Nohl für die umfangreichen Korrekturarbeiten.

Die Redaktion

1. Israelische Gewerkschaften und Kibbuzim

Für den Aufbau jüdischer Siedlungen in Palästina und später des Staates Israel war die zionistische ArbeiterInnenbewegung von großer Bedeutung. Gewerkschaften und Kibbuzim hatten deshalb lange eine zentrale Position in der israelischen Gesellschaft. Mit der Avoda, der israelischen Arbeitspartei, stellte über Jahrzehnte hinweg eine eng mit der Gewerkschaftsbewegung verknüpfte Partei die Regierung, ein großer Teil der politischen Elite kam aus gewerkschaftlichen Kreisen oder der Kibbuzbewegung und zentrale Bereiche der Wirtschaft – insbesondere die für Infrastruktur und Verteidigung relevanten Betriebe – waren verstaatlicht.

Hieraus ergeben sich insbesondere für den **Gewerkschaftsdachverband Histadrut** wichtige Unterschiede zu den Gewerkschaften anderer Länder, beispielsweise dem DGB. Die Histadrut war nicht nur gewerkschaftliche Interessenvertretung, sondern spielte neben ihrem großen politischen Einfluss eine wichtige Rolle bei der Renten- und Krankenversicherung der ArbeitnehmerInnen.

Mit der auch in Israel vorgenommenen Privatisierung weiter bisher staatlicher Bereiche, dem Niedergang traditionell gewerkschaftlich organisierter Industrien und dem Entstehen neuer Arbeitsverhältnisse steht auch sie jetzt vor großen Problemen. Manifest wurde die aktuelle Krise schlagartig mit der Auslagerung der Krankenversicherung aus dem Zuständigkeitsbereich der Histadrut 1994. Bis dahin war die Mitgliedschaft in der Histadrut Voraussetzung für den Zugang zur Krankenversicherung gewesen. Nach der Entkoppelung von beidem verlor die Histadrut knapp zwei Drittel ihrer vorher 1,7 Millionen Mitglieder (1998 nur noch 628.000) und geriet in eine riesige Finanzierungskrise. Die problematische Situation der Histadrut sowie ihre (größtenteils vergangene) Rolle als staatliche Funktionen wahrnehmender Apparat waren in den Gesprächen in ihrer Tel Aviver Zentrale – in Anlehnung an ihre ehemalige Machtfülle »Kreml« genannt – deutlich spürbar. Avi Nissenkoren behandelte in seinem Vortrag die Veränderungen innerhalb der tariflich geregelten Rentenversicherung, während Shlomo Shani, Vorsitzender der Gewerkschaftsabteilung der Histadrut, den gewerkschaftlichen Umgang mit den Auswirkungen der »Globalisatzja« darlegte. Im Unterschied zur bundesdeutschen Diskussion kam dabei das Stichwort »Wirtschaftsstandort«, den es gegen die globale Konkurrenz zu verteidigen gelte, nicht vor. Stattdessen wurde bei Shani ein Bestehen auf Alternativen zum (deregulierten) Kapitalismus deutlich, das jedoch angesichts fehlender Durchsetzungsmöglichkeiten etwas hilflos wirkte.

Wie sich diese Probleme konkret im Betrieb auswirken, konnten wir beim Jointventure VW / **Dead Sea Magnesium** im Negev erfahren. Wir sprachen dort mit einem Vertreter der Histadrut, der die aktuellen Tarifaueinandersetzungen schilderte, sowie mit Vertretern der Geschäftsleitung. Ein weiterer Termin zur betrieblichen Interessenvertretung, der Besuch bei der israelischen Telekommunikationsgesellschaft Bezeq in Tel Aviv, fiel leider aus.

Ausführlich informierten uns Vertreterinnen der gewerkschaftlichen Frauenorganisation Na'amat (siehe Themengebiet Frauen) über die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in Israel und die Tätigkeitsbereiche ihrer Organisation, die ebenfalls weit über die der gewerkschaftlichen Frauengruppen in der BRD hinausgehen.

Bei einem Treffen mit einer Einzelgewerkschaft, der israelischen Lehrgewerkschaft Histadrut Hamorim (siehe Themengebiet Frauen), das unter dem Motto »Mädchen im Bildungssystem« stand, wurde vor allem deutlich, dass auch in Israel GewerkschaftsfunktionärInnen aktuelle feministische Ansätze nicht wahrnehmen und die Infragestellung des israelischen Integrationsmodells durch orientalische Juden und Jüdinnen bei vielen noch nicht angekommen ist.

Trotz der institutionalisierten Vertretung von Minderheiten innerhalb der Histadrut – siehe den Bericht über Drusen / Internationale Labour Organisation sowie zur Situation der Beduinen in Rahat (beide Themengebiete religiöse & ethnische Minderheiten) – ist die Vorherrschaft der Ashkenasim auch in der Histadrut ein Problem. Die Fragmentierung der israelischen Gesellschaft und der Anerkennungsverlust der meist westlich geprägten Säkularen waren (in ihrer Bedeutung für den israelischen Bezug zum Holocaust) auch Thema des Vortrages von Otto Heilbrunner (siehe Themengebiet Antisemitismus) von der Historischen Fakultät der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Eine direkte Kritik an der Histadrut bezüglich ihres Verhaltens gegenüber ArbeitsmigrantInnen und LeiharbeiterInnen formulierte Ehud Engin von der Nichtregierungsorganisation Kav La'Oved (siehe Themengebiete religiöse & ethnische Minderheiten). ArbeitsmigrantInnen und LeiharbeiterInnen würden von der Histadrut nicht nur ungenügend vertreten, oftmals handelten die Histadrutgewerkschaften sogar gegen deren Interessen, so dass jetzt eine eigene unabhängige Gewerkschaft gegründet wurde.

Bezeichnenderweise erwähnte keineR unserer gewerkschaftlichen GesprächspartnerInnen eine Zusammenarbeit mit den im Aufbau befindlichen palästinensischen Gewerkschaften. Bei unserem Besuch bei der Palestinian General Federation of Trade Unions (PGFTU) (siehe Themengebiet Palästina) in Nablus wurde jedoch deutlich, dass dieser für eine emanzipatorische Veränderung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und den Aufbau von Beziehungen zu Israel eine zentrale Rolle zukommt. Aus ihrer Funktion als Interessensvertretung der ArbeiterInnen heraus haben die palästinensischen Gewerkschaften eine kritisch-distanzierte Haltung zu der Fatah-dominierten Autonomiebehörde als bisher größtem Arbeitgeber und gleichzeitig ein Interesse an einem Friedensschluss mit Israel und dem Aufbau von palästinensisch-israelischen Beziehungen.

Schließlich waren wir noch bei der gewerkschaftlichen Jugendorganisation **Hanoar Haoved Vehalomed** zu Gast. Die der Histadrut assoziierte Massenorganisation vertritt die Interessen jugendlicher ArbeitnehmerInnen in Beruf, Aus- und Weiterbildung und versucht, aus dem Bezug auf frühe, sozialistisch-zionistische Ansätze heraus eine Alternative zu Vereinzelung und Entpolitisierung zu entwickeln. Äußerlich durch die einheitlich getragenen blauen Hemden an die FDJ erinnernd, beeindruckten die »volunteer adult instructors«, mit denen wir uns unterhielten, vor allem durch die Konsequenz, mit der sie ihre politischen Vorstellungen in ihrer Arbeit für die Jugendorganisation und ihrem Alltag in einer städtischen Kommune in Tel Aviv leben. Viele von ihnen kommen aus der Kibbuzbewegung.

Einen Einblick in dieses zweite Spezifikum der jüdisch-israelischen ArbeiterInnenbewegung konnten wir uns bei einem Besuch im **Kibbuz Beit Ha'Emek** verschaffen, wo wir Informationen zu den aktuellen Veränderungen und Problemen der Kibbuzim erhielten. Im Kibbuz der Ghettokämpfer (siehe Themengebiet Antisemitismus) bekamen wir dann einen der Versuche, die wirtschaftlichen Probleme zu überwinden, direkt mit. Wie viele andere Kibbuzim hat auch dieser einen Tourismusbereich aufgebaut, und wir verbrachten zwei Nächte in schönen Ferienbungalows auf dem Land, ein wunderbares Frühstücksbuffet aus teilweise vor Ort produzierten Erzeugnissen eingeschlossen.

Die Geschichte dieses Kibbuz macht die doppelte Ausrichtung vieler Kibbuzim deutlich: Erschließung und wirtschaftlicher Aufbau des Landes sowie militärische Absicherung auf der einen, politisch-ideologische (weit über die Grenzen Israels reichende) Ausstrahlung und Bildungsarbeit auf der anderen Seite. Nach der Gründung des Staates Israel hat eine Gruppe von überlebenden GhettokämpferInnen in diesem Kibbuz eine gemeinsame Lebensperspektive realisiert und zugleich ein Museum sowie eine Forschungs- und Bildungsstätte zum jüdischen Widerstand gegen die Massenvernichtung durch die Deutschen aufgebaut.

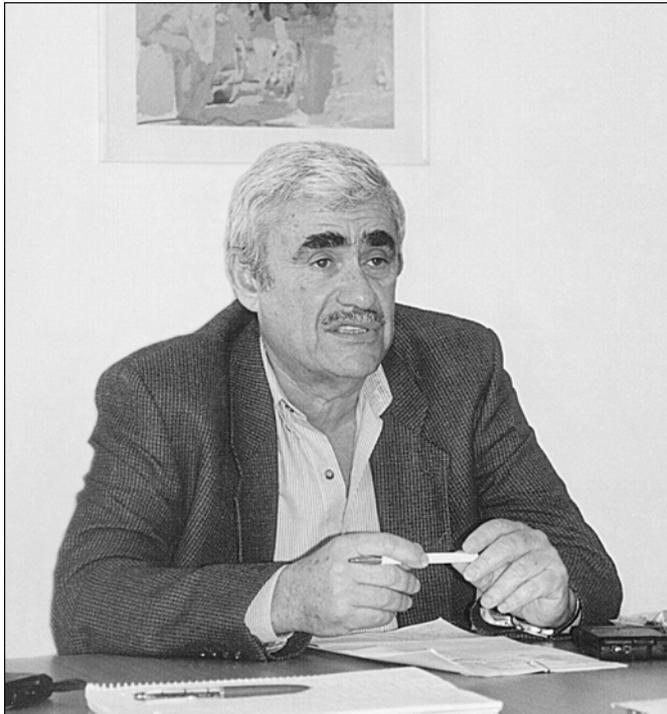
Auch Givat Haviva (siehe Themengebiet Friedensprozess), eine Begegnungsstätte für jüdisch-arabische Verständigung, ist Ausdruck für die Beteiligung der Kibbuzbewegung an der Diskussion und Bearbeitung

gesellschaftlich wichtiger Themen: Die Einrichtung wird von einem der beiden großen Kibbuzverbände – Hashomer Hatzair – unterstützt.

Die Fahrt über den Golan und die Begegnung mit BewohnerInnen des in Sichtweite der syrischen Grenze gelegenen Kibbuz El Rom (siehe Themengebiet Friedensprozess) schließlich waren eine eindrucksvolle Möglichkeit, die mitgebrachten, allzu simplen Friedensbesserwissereien loszuwerden und die konkrete Situation auf dem Golan wahrzunehmen.

Susanne Nickel

Histadrut



Shlomo Shani, Vorsitzender der Gewerkschaftsabteilung der Histadrut

Foto: Ingrun Weiß

93 Arlozorov St., Tel Aviv 62098

Gespräch mit Shlomo Shani (Vorsitzender der Gewerkschaftsabteilung der Histadrut) und Vortrag von Avi Nissenkoren (Rechtsberater der Tarifabteilung) zum Thema Rentenversicherung in Israel in der Zentrale der Histadrut

Montag, 28. Februar, 11.00 – 13.00 Uhr

Avi Nissenkoren: Das Rentenversicherungssystem Israels

Etwas unvermittelt wurden wir bei unserem ersten Besuch in der Tel Aviver Zentrale der Histadrut (genannt »Kreml«) mit einem detaillierten Vortrag über das israelische Rentenversicherungssystem konfrontiert. Dieser Bereich spielt für die israelischen Gewerkschaften eine große Rolle, da ein Teil der Pensionen von Rahmenverträgen der Histadrut mit den Arbeitgebern abhängt. Für alle Details und Zahlen über die genaue Berechnung sei auf den Bericht des Sozialattachés der Deutschen Botschaft in Israel, Frank von Auer, »Zur sozialen Entwicklung in Israel. Sozialpolitischer Jahresbericht 1998«, Tel Aviv im Juli 1999, hingewiesen.

Das israelische Rentenversicherungssystem besteht aus drei Pfeilern:

Das israelische Rentenversicherungssystem besteht aus drei Pfeilern:

- gesetzliche Pflichtversicherung über die Nationale Versicherungsanstalt, die für jedeN eine Grundrente von 17 bis 24 % des Durchschnittsgehaltes sichert (unabhängig vom individuellen Einkommen)
- freiwillige individuelle Altersvorsorge und
- Zusatzversicherung in Pensionskassen.

Für die letztere ist die Histadrut zuständig, da sie a) die großen Pensionskassen mit ca. 80 % aller Versicherten besitzt und b) Geltungsbereich und Leistungen dieser Kassen meistens tarifvertraglich (in sogenannten »general collective agreements«, siehe Bericht) geregelt sind. Auch in welcher Kasse die ArbeitnehmerInnen einer Branche oder eines Unternehmens versichert sein müssen, wird per Tarifvertrag geregelt.

Während früher aus sozialem Denken heraus diese Pensionskassen Defizite erwirtschafteten – so erhielten z. B. die Neueinwanderer bei gleichen Beiträgen höhere Rentenleistungen pro Beitragsjahr – muss seit einer Reform 1995 wirtschaftlich gearbeitet werden. Dazu sollen altersgestaffelte neue Leistungssätze und insgesamt geringere Pensionen beitragen. Die staatlichen Subventionen sollten eingestellt werden, was nach Verhandlungen zwischen Histadrut und Regierung jedoch auf einen Kompromiss hinauslief, nach dem 70 % der Beträge vom Staat kommen und 30 % von den Versicherungen auf dem Kapitalmarkt erwirtschaftet werden müssen. Ende 1997 plante die Regierung eine weitere Einschränkung der Subventionen: nur noch Gehälter bis 6.000 NIS – statt bisher 12.000 NIS – sollten subventioniert werden. Ein Generalstreik verhinderte dies, der Plan wurde aufgegeben.

Im März 1999 schloss die Histadrut ein Abkommen mit allen großen Arbeitgebern, die durch Rahmenverträge in das System der Pensionskassen einbezogen sind. Darin wurden alle neuen Mitarbeiter nach dem reformierten System in die Pensionskassen aufgenommen und die Gehaltsgrenzen wurden angehoben, indem neben dem versicherten Basisgehalt auch zusätzliche Leistungen (Überstunden u. ä.) in die Berechnung einbezogen wurden. Dieses Abkommen wurde jedoch nicht umgesetzt.

Inzwischen gibt es ein Verfahren vor dem Hohen Gericht, das die Frage klären soll, ob eine Arbeitnehmerorganisation überhaupt die Rentenkasse für alle Arbeitnehmer eines Betriebes per Tarifvertrag festlegen darf.

Auch in Israel gibt es die Diskussion, ob bei steigendem Alter der Bevölkerung eine Heraufsetzung des Rentenalters von bisher 65 auf 67 Jahre erforderlich sei.

Avi Nissenkoren kennzeichnete diesen Veränderungsprozess als Umstellung eines sozialistischen, auf gegenseitige Unterstützung angelegten Systems auf ein wirtschaftliches und von Konkurrenz geprägtes System.

Shlomo Shani, Vorsitzender der Gewerkschaftsabteilung der Histadrut

Die Beziehung der Histadrut zu den deutschen Gewerkschaften ist sehr gut, enger als die zu den Gewerkschaften aller anderen Länder. Der Austausch von Delegationen ist sehr wichtig, damit nicht nur die Arbeitgeberorganisationen international vernetzt sind, sondern auch die Arbeitnehmer international kooperieren, um sich vor den Auswirkungen der »Globalisazja«, vor globaler Ausbeutung, zu schützen.

Der Staat Israel passe seine Politik der Globalisierung an, d.h. mehr Wettbewerb, regionale und internationale Konkurrenz mit Niedriglohnstaaten, freier Import und Privatisierung der staatlichen Unternehmen. Die Arbeitgeber entlassen daher immer mehr Arbeitnehmer mit Rahmenverträgen (also tarifvertraglich abgesicherte) und stellen sozial schlechter abgesicherte Arbeitskräfte ein. Sowohl die vorige (Likud geführte) als auch die jetzige (Arbeitspartei dominierte) Regierung unterstützen diese Politik, als ob sie die einzige sei, die den Markt zum Aufblühen bringe und die Arbeitslosigkeit eindämmen könne, dabei sei der soziale Preis sehr hoch. Diese Politik trenne einfach zwischen wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Die Arbeitslosigkeit betrug 1997 7,7 %, 1999 9,2 %. Vor allem in der Industrie sind die Beschäftigtenzahlen zurückgegangen. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich: die untersten 10 % der Bevölkerung haben nur ein Zwölftel des Einkommens der obersten 10 %. 70 % der Familien haben ein monatliches Einkommen zwischen 2.000 NIS (Armutsgrenze) und 8.000 NIS (schwierige ökonomische Lage), 16 % liegen gar unter der Armutsgrenze, während Managementeinkommen bei 200.000 NIS monatlich liegen.

Ein zusätzliches Problem sind die jungen Rentner: Arbeitnehmer, deren Arbeitskenntnisse veraltet sind, da ganze Branchen sterben und die – obwohl noch leistungsfähig – keine Arbeit in ihrem erlernten Bereich mehr finden. Für Ungelernte mit weniger als zwölf Jahren Schulbesuch gibt es immer weniger Arbeitsplätze und immer geringere Gehälter, während sich für gut Ausgebildete in der wachsenden Hightechindustrie gute Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bieten. Die Unterschiede unter den Arbeitnehmern werden so immer größer.

Je schwächer die Arbeitnehmerorganisationen, desto größer die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Obwohl die Histadrut genau wisse, was zur Verbesserung der Situation getan werden müsse, sei sie zu schwach, Veränderungen durchzusetzen. Unterschiede, die aufgrund der Globalisierung entstehen, solle der Staat im Bildungsbereich ausgleichen. Die freie Wirtschaft treibe die Regierung zur Trennung von wirtschaftlichen und sozialen Problemen und zur Konzentration auf Wirtschaftlichkeit. Die zusätzlichen Einnahmen würden jedoch nicht in die Behebung sozialer Probleme investiert.



Nick Simon, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung Foto: Silvia Kunter

Die Histadrut heute ignoriert die veränderten Umstände nicht, will nicht Insel, sondern Teil der Veränderung sein. Aber der Weg dahin sei wichtig und darum werden die Auseinandersetzungen mit der Regierung geführt. Die Arbeitnehmer müssen in die strukturellen Veränderungen mit einbezogen werden, die Umstellung könne nicht allein durch die Regierung bestimmt werden. Wenn man eine Wettbewerbswirtschaft nicht verhindern kann, dann dürfe man nicht Wettbewerb um jeden Preis zulassen, nicht neben dem ökonomischen den sozialen Preis vergessen. Deshalb hat die

Gewerkschaft einen Streik in den Seehäfen durchgeführt, als diese auf Beschluss der Regierung umstrukturiert und in die Standorte Ashdod und Haifa aufgeteilt wurden, ohne dass die Arbeitnehmer auf Betriebsebene einbezogen wurden.

Als während der Asienkrise in der Laminat-Furnier-Branche billige Restbestände im Umfang der israelischen Jahresproduktion importiert werden sollten und die Lieferung auf bürokratischem Wege nicht zu verhindern war, habe die Histadrut die Schiffe gestoppt. Um die Arbeitnehmer dieser Industriebranche, die ohnehin schon von der Globalisierung arg gebeutelt sind, zu schützen, wurde eine Auflage gefordert, dass kein Import von Industrieprodukten zu Rohstoffpreisen stattfinden dürfe.

Außerdem werden heute verstärkt Arbeitnehmer über Zeitarbeitsfirmen eingesetzt. Die soziale Sicherheit kann und muss jedoch wiederhergestellt werden, wenn man von einem Arbeitnehmer erwartet, dass er sein Bestes gibt. Für den immer älter werdenden Bevölkerungsteil ohne Hightechausbildung muss die Regierung in Zusammenarbeit mit der Histadrut spezielle Fortbildungs- und Umschulungsprogramme entwickeln.

Wenn die Politik sich nicht ändert, werden kleine Industriestädte in den Bereichen Stahl, Holz, Textil durch die Konkurrenz mit den Niedriglohnländern verschwinden.

Shani hat jedoch die Hoffnung, dass der wirtschaftlich-soziale Ausschuss, den Ministerpräsident Barak mit Beteiligung der Histadrut eingesetzt hat und dem er selbst sowie der Histadrutvorsitzende Amir Perez angehören, einen angemessenen Weg findet. Denn: »Es ist besser, wenn man sich einigt, als wenn man sich zwingt«.

Wie ist das Ausbildungs- und Umschulungssystem angelegt und welchen Einfluss hat die Histadrut darin?

Es gebe keine Berufsausbildung wie in Deutschland, sondern nur eine Schul- und Berufsschulbildung. Das Studium werde zu zwei Dritteln vom Ministerium, der Rest über Studiengebühren finanziert, was die Situation der Studierenden erschwere. Hinzu kommt ein Gefälle zwischen den zentralen Unis und der Peripherie des Landes. An technischen Hochschulen betrage die Gebühr 7.000 NIS pro Jahr für jeden Studenten (weniger als an Universitäten), private Colleges mit staatlich anerkannten Abschlüssen nähmen bis zu 30.000 NIS pro Jahr.

Über die Einzelgewerkschaften sei die Histadrut in unterschiedlichem Maß an Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen und Praktikantenprogrammen beteiligt (z. B. bei der Ingenieurs- und Zeichnergewerk-

schaft). Insgesamt aber habe die Histadrut zu viele aktuelle Probleme, um sich diesen langfristigen Problemen widmen zu können. Dennoch sei es notwendig, über Vorwürfe an die Regierung hinaus selber aktiv zu werden.

Gibt es zum Umgang mit der Globalisierung innergewerkschaftliche Meinungsunterschiede und eine Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen?

Die Spannung sei in Deutschland aufgrund einer besseren Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern kleiner, durch das System der Mitbestimmung hätten die Arbeitnehmer das Gefühl, an Entscheidungen beteiligt zu sein.

In Großbritannien hätten die Gewerkschaften ihre Position geändert und würden bei Privatisierungen kooperieren, um Investoren für weiteres Wachstum zu locken. Hier sei ein hoher Preis für die Thatcher-Privatisierungen gezahlt worden, z. B. durch Vernachlässigung von Investitionen in die Arbeitssicherheit.

In den meisten Ländern sei man sich des Problems der Globalisierung bewusst. Seine Befürchtung sei jedoch, dass die Arbeitgeberverbände uns zuvorgekommen seien und die Situation ausnutzten, um die Arbeiter, die unter der Globalisierung leiden, auszubeuten. Globalisierung hätte auch eine Anhebung von Löhnen in unterentwickelten Ländern bedeuten können statt der Absenkung der Löhne in entwickelten Ländern. Organisierter Streik als Reaktion auf die Auswirkungen der Globalisierung verhindere manchmal Schlimmeres, nämlich spontane Proteste und Erhebungen.

Resümee

In beiden Vorträgen waren die faktischen und ideologischen Unterschiede der Histadrut zu deutschen Gewerkschaften, die aus ihrer historischen Rolle als staatliche Funktionen wahrnehmende Institution (Sozialversicherung, eigene Unternehmen; starker staatlicher Sektor der Wirtschaft) herrühren, deutlich spürbar. Die durch kein Betriebsverfassungsgesetz abgesicherte Rolle der Histadrut führt immer wieder dazu, dass Abkommen nicht umgesetzt werden. Der Schock über den aktuellen Machtverlust sitzt tief.

Susanne Nickel

Hanoar Haoved Vehalomed

120 Kibbutz Galuyot St., 66877 Tel Aviv, Tel. 03-68 34 596, e-mail:oofer@inter.net.il

Gespräch mit Pesach Housefather (Vorsitzender der General Federation of Students and Young Workers) und weiteren Mitgliedern von Hanoar Haoved Vehalomed / Working & Studying Youth im Josef-Caim-Brenner-Haus

Montag, 28. Februar, 19.00 – 21.30 Uhr

Interessenvertretung im Jugendbereich

Zur Begrüßung wurden wir kurz in die Geschichte des Josef-Caim-Brenner-Haus eingeführt. J.C. Brenner war einer von sechs jüdischen Kibbuzniks, die bei einem Pogrom im Jahre 1921 ermordet wurden. Die Geschichte dieser Kibbuzniks wurde auf Schautafeln (leider in hebräisch) erklärt. Das jetzige Haus war auf den Ruinen des zunächst belagerten und dann zerstörten Hauses, in dem die sechs starben, errichtet worden, und sticht durch Architektur und strahlend weißen Anstrich aus der Umgebung heraus. Das Haus und die in ihr wirkende Organisation, die Working & Studying Youth, soll, in Erinnerung der bei dem Pogrom Ermordeten, der Verständigung zwischen den Religionen und Ethnien dienen. Die Working & Studying Youth ist eine der Histadrut nahestehende, jüngst 75 Jahre alt gewordene Jugendorganisation, die z.Zt. etwa 100.000 Mitglieder hat. Die Mitglieder stammen aus allen in Israel lebenden Ethnien und Gesellschaftsgruppen. Der wichtigste Grundgedanke der Organisation ist der Gleichheitsgrundsatz. Alle Menschen sind gleich und haben gleiche Rechte. Man bekennt sich zu sozialistischen Prinzipien, wobei das konkrete Tun eine herausgehobene Stellung hat. Die Ideen Martin Bubers werden als wichtige Leitgedanken angesehen. Die uns empfangenden und bewirtenden Mitglieder gehören größtenteils einer Kommune in Tel Aviv an und versuchen, die ursprünglichen sozialistischen Ideale der Kibbuzbewegung unter den heutigen, veränderten Bedingungen in der Stadt zu leben. Das Einkommen wird in einen gemeinsamen Topf gezahlt. Jeder nimmt sich so viel wie er zum Leben braucht. Autos werden gemeinsam benutzt. Junge Männer und Frauen leben zusammen. Alle sind bei der Armee gewesen, waren z.T. in Kampfeinheiten. Viele haben auch den Armeedienst herausgeschoben um zunächst in Gemeinschaftsprojekten der Organisation eine Art Zivildienst zu machen – die 1,5-jährige Kernzeit zur militärischen Ausbildung bleibt zwar bestehen, die zweiten 1,5 Jahre können dann jedoch wieder im vorherigen Gruppenverband bei besonderen, nicht rein militärischen Projekten abgeleistet werden. Die Arbeit und der Dienst in der Gruppe schaffen einen starken Rückhalt, in dem die traumatischen Erfahrungen nicht nur von Kriegserlebnissen zumindest besser ertragen werden können. Die Arbeit und das Leben in der Kommune werden als Gegenentwurf zum gängigen Lebensstil in Israel und der Welt angesehen. Die Situation in Israel wird als zunehmend gewaltbereit und unsozial empfunden. Schwindende Arbeitnehmerrechte, durchaus vorkommende Jugend- und Kinderarbeit im Zuge der rasanten Veränderungen durch die Globalisierung und zunehmende Gewaltbereitschaft wurden beklagt. Insofern soll die Kommune ein Beispiel oder Modell für eine andere, sozialistisch geprägte Gesellschaft sein. Als Beispiel für das Tun wurde uns ein eindrucksvoller, professionell gemachter Film über ein Projekt von Hanoar Haoved Vehalomed in einem mazedonischen Flüchtlingslager in Stankowitz gezeigt. Bei diesem Projekt wurde gezielt mit Kindern gearbeitet. Im Lager wurde ein Kindergarten etabliert, in dem den Flüchtlingskindern durch gemeinsames Spielen, Singen, Theaterspielen, Tanzen, Malen und vieles mehr, neue, schöne Eindrücke vermittelt wurden, die zumindest ein Gegengewicht zu den furchtbaren Erlebnissen der Flucht sein konnten.

Im weiteren Verlauf des Abends, für reichhaltige Verpflegung war gesorgt, entwickelte sich eine lebhaftere Diskussion ausgehend von der Frage, wie wir die Möglichkeit eines wiedererstarkenden Faschismus in

Deutschland und Europa einschätzen, vor allem vor dem Hintergrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich.

Hierzu gab es unterschiedliche Positionen innerhalb unserer Gruppe. Zum einen wurde eine mehr oder weniger schlechende Schlussstrichdebatte beklagt, die Walseerdebatte einerseits negativ, andererseits auch positiv (dass sie überhaupt stattgefunden hat; nicht dass er die Rede gehalten hat) erwähnt. Der Umgang mit dem Holocaustmahnmal in Berlin, insbesondere das Verhalten von Diepgen und anderen Vertretern der Berliner CDU, wurde als beschämend dargestellt. Die Diskussion um die Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter wurde als ebenfalls unwürdig bezeichnet. Zu Haider gab es zum einen die Position, dass er sich eindeutig zu nationalsozialistischen Ideen bekennt und die Verhandlungen mit der FPÖ zu eindeutigen Verlusten von sozialen Errungenschaften geführt habe. Zum anderen wurde eingewandt, dass es eine sehr lebhaft Diskussions gibt, dass eine Demokratie auch in der Lage sein muss, radikale Randgruppen zu ertragen. Des weiteren wurde Haider auch als Populist gesehen, den es zu entlarven gilt. Die Vermutung einer deutschen Tageszeitung, Haider sei bei Sabine Christiansen nur deshalb nicht auf Innenminister Otto Schily getroffen, weil man dann hätte sehen können, dass Schily die Ausländerpolitik praktiziert, die Haider propagiert, traf auf sehr geteiltes Echo. Auch wurde konstatiert, dass Österreich in aller Munde ist, während in der Türkei ein sozialdemokratischer Ministerpräsident sich auch auf eine parlamentarische Mehrheit durch faschistische Abgeordnete stützt. Auf die lebhaft Diskussions folgten noch viele Gespräche in kleinen Gruppen in sehr offener und lockerer Atmosphäre.

Georg Möllers

Kibbuz Beit Ha'Emek

Kibbuz Beit Ha'Emek, Tel. 04 – 99 60 434 /-413

Treffen mit Freddy Kahane (Kibbuz-Planung), Jackie Fedler (Erzieherin) und Eran Wit (Lehrer)

Freitag, 3. März, 15.00 – 17.00 Uhr

Zur Geschichte und Situation der Kibbuzim

Freddy Kahane führte uns zunächst in die Geschichte des Kibbuz Beit Ha'Emek ein. Gegründet wurde diese Siedlung von ungarischen, englischen und niederländischen Pionieren, die ihre Arbeit im landwirtschaftlichen Bereich (Zitrus- und Bananenplantagen) begannen. Später bauten sie Kuh- und Hühnerställe auf, so dass eine weitere wirtschaftliche Einnahmequelle im Kibbuz etabliert werden konnte. Beit Ha'Emek ist mit »550 Seelen« ein mittelgroßer Kibbuz, der über ein eigenes Gemeinschaftshaus, einen Laden, eine Mehrzweckhalle, Wäscherei und Kleiderausgabe, Bibliothek, Synagoge, Wiesen zum Feiern (bspw. für Hochzeiten), Kinderhäuser, Felder, Swimmingpool u.v.m. verfügt.



Vor den ersten Gebäuden des Kibbuz Beit Ha'Emek

Foto: Silvia Kunter

Ein wichtiges Diskussionsthema war der »Wandel der Kibbuzim: früher und heute«. Früher gehörte der gesamte Kibbuz allen Kibbuzniks gemeinsam. Diese grundlegende Einstellung hat sich dahingehend geändert, dass seit einiger Zeit nicht mehr der Kibbuz sondern die einzelne Familie als Einheit betrachtet wird. Privatisierungs- und Individualisierungstendenzen hielten Einzug, so dass bereits ein wichtiger Teil der Kibbuz-Idee hier der Vergangenheit angehört.

Beit Ha'Emek gehört zu den ersten Kibbuzim, in denen Kinderhäuser eingerichtet wurden. In diesen Einrichtungen haben die Kinder gewohnt, wurden von ErzieherInnen erzogen und schulisch unterrichtet. Seit Mitte der 60er Jahre wohnen die Kinder wieder in den Familien und nicht, wie zuvor, getrennt von den Eltern in Kinderhäusern. Dadurch hat sich die Anzahl der Kinderhäuser generell reduziert, so dass heute die

meisten SchülerInnen Bezirksschulen besuchen. Jackie Fedler betonte, dass das ehemalige Erziehungssystem nicht nur Vorteile hätte, da die von den Eltern getrennt lebenden Kinder oftmals einem hohen Gruppendruck ausgesetzt waren.

Gegenwärtig bleiben nur noch ca. 25 bis 30 % aller Jugendlichen dem Kibbuz treu. Jeder und jede junge Kibbuznik muss nach der Schule ein »freiwilliges Jahr« absolvieren. Viele reisen in verschiedene Länder oder leben in Großstädten und lernen so ein völlig anderes Leben kennen. Danach leisten sie ihren Militärdienst ab (Frauen zwei Jahre, Männer drei Jahre), so dass sie erst spät beginnen können, ihr eigenes Leben zu planen. Die »Abwanderungskrise« stellt eine elementare Krise der Kibbuzim dar.

Freddy Kahane meint, dass der Wandel der Kibbuzgesellschaft positiv genutzt werden muss. Die Struktur muss an die Realität angepasst werden. »Der Kibbuz Beit Ha'Emek war einmal ein Kibbuz«, so Kahane. Man hat sich bereits von vielen traditionellen Werten gelöst, um einen Weg zu gehen, der auch in Zukunft Bestand haben wird.

Viele Kibbuzim stellen heute eine Alternative zum Stadtleben dar. Durch dieses Profil möchten sie für Außenstehende Beachtung gewinnen. Als ein mögliches Zukunftsbild gehen unsere Gesprächspartner davon aus, dass es lediglich eine geringe Anzahl von Bezirksgemeinschaften gibt und sich die einzelnen Kibbuzim zu Vororten in schön gelegener Landschaft entwickeln.

Volontären gegenüber ist der Kibbuz Beit Ha'Emek sehr aufgeschlossen. Jeder Interessierte kann ein Volontariat zwischen ein und sechs Monaten machen, auch Zivildienst ist möglich. Informationen sind postalisch über die Adresse: Kibbuz Program Center, 18 Frishman St. Tel Aviv 61030

Tel.: 972-3-5278874 oder 5246154, Fax: 972-3-5239966 zu erhalten.

Nach dem Gespräch wurden wir noch durch den Kibbuz geführt und konnten individuell weitere Fragen stellen. Es war ein sehr angenehmes Treffen, da man einen schnellen und präzisen Überblick über das Kibbuz-Modell erhielt.

Andrea Sparka

Dead Sea Magnesium (DSM)

Sdom, Potash House, Tel. Klaus Reinhard 053 – 90 06 45

Gespräch mit Seev Rabinovich (Vorstandsvorsitzender DSM), Klaus Reinhard (VW-Repräsentant), Asher Levy (Betriebsrat) und Meir Babayoff (Histadrut-Bezirksvorsitzender) mit anschließender Betriebsbesichtigung

Donnerstag, 9. März, 13.00 – 16.00 Uhr

Arbeiten und Leben im Süden Israels

An diesem Donnerstag stand der Themenkomplex Arbeit und Leben im Süden Israels auf dem Programm. Von Jerusalem aus waren wir bis zum Toten Meer nicht nur in südliche Richtung als vielmehr nach unten gefahren. Je tiefer wir kamen, desto wärmer wurde es: Das Tote Meer liegt schließlich 400m unter dem Meeresspiegel. Bei Dead Sea Works in Sdom wird aus seinem Wasser eines der wenigen Ressourcen des Landes, Magnesium, gewonnen. Schon von weitem sichtbar liegt der Ort an der südlichen Spitze des Sees: Riesige Industrieanlagen und Schornsteine sind zu sehen, aber keine Stadt. Die meisten Arbeiter wohnen 40 bis 80km entfernt in Arad, Dimona oder Beersheba und werden mit werkseigenen Bussen zur Fabrik gefahren.

Im Potash House von Dead Sea Magnesium (DSM) sollten wir mehr über den Betrieb und die Arbeitsbedingungen dieses Jointventures zwischen Volkswagen und DSM erfahren.

Die Atmosphäre zwischen Management, vertreten durch Klaus Reinhard von VW und dem Vorstandsvorsitzenden Seev Rabinovich, und der gewerkschaftlichen Seite, dem Betriebsrat Asher Levy und dem Histadrut-Bezirksvorsitzenden Meir Babayoff, war von den aktuellen Tarifverhandlungen beeinflusst. Zunächst musste sich darauf geeinigt werden, wer zuerst spricht und der gewerkschaftliche Vertreter stieg mit den Worten ein »Hier passiert nichts, ohne dass ich unterzeichne«.

Bei Dead Sea Works handelt es sich um ein ehemals staatliches Unternehmen, in dem sich die Auswirkungen des Privatisierungsprozesses nun nach dem zweiten Verkauf in Umstrukturierungen zeigen, die erheblichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten haben. Der Industriebetrieb DSM, der mittlerweile als eigenständige Gesellschaft unabhängig von Dead Sea Works operiert, gilt mit 1.500 Arbeitnehmern und 2.000 Beschäftigten in der Zulieferindustrie als einer der größten in Israel. Der Betriebsrat von DSM ist stark, die Arbeitsbedingungen beschreibt Babayoff als die vielleicht besten im Land. Die laufenden Verhandlungen in diesem Betrieb mit hohem Organisationsgrad haben eine Schlüsselfunktion für ganz Israel. Landesweit werden Betriebe privatisiert. In den aktuellen Tarifverhandlungen geht es um die Strategie des neuen israelischen Eigentümers von DSM, die Arbeitnehmerschaft durch persönliche Vereinbarungen und individuelle Arbeitsverträge zu teilen.

Die Beschäftigungsstruktur ist nicht homogen, die erste Arbeitergeneration, eingestellt bis 1995, arbeitet zu besseren Bedingungen. Für sie gelten Kleider-, Urlaubs- und Sachzuschüsse, an denen die Arbeiter der zweiten Generation, die zu Unternehmensverträgen beschäftigt sind, nur begrenzt teilhaben. Darüber hinaus sind Leiharbeiter engagiert, die kein Recht auf solche Vergünstigungen bekommen. Frauen machen 20 % des Beschäftigungsanteils aus, sie arbeiten vorwiegend in der Reinigung und im Angestelltenbereich.

Die Histadrutlinie heißt: »Privatisierung Ja – Zerstörung Nein!«. Wie in der Versicherungsbranche und bei den Ölgesellschaften sollen auch hier Rahmentarifverträge abgeschlossen werden. In der strukturschwachen Region Negev beträgt die Arbeitslosigkeit bis zu 17 %. Wenn die Verluste bei DSM (von den kalku-

lierten 4.000\$ pro t können z. Z. nur 2.700\$ erzielt werden) auf die Beschäftigten umgewälzt werden, wirkt sich das negativ auf die Entwicklung der ganzen Region aus.

Während des engagierten Beitrags des Gewerkschaftsvertreters hält sich der Vorstandsvorsitzende zurück und gibt sich gelassen hinsichtlich der Verhandlungen. Er betont die Kooperation mit Deutschland und meint, dass der Ausweg aus der aktuellen Krise des Unternehmens im Jointventure mit Volkswagen liege. Hier knüpft Klaus Reinhard als VW-Manager an mit seiner Darstellung der betrieblichen Entwicklung. Volkswagen investiert seit 1995 in diesen Betrieb. Dieses Jointventure wurde staatlicherseits mit Subventionen gefördert. In einem bombastisch inszenierten Video erfahren wir, dass zur Grundsteinlegung der damalige Ministerpräsident Yitzhak Rabin und Helmut Kohl als deutscher Regierungsvertreter zugegen waren.

Der global operierende VW-Konzern hat sich über den Einkauf in dieses Unternehmen Zugriff auf den Rohstoff Magnesium gesichert. Volkswagen entwickelt Teile aus Magnesiumlegierungen, die den Vorteil haben 35 % leichter zu sein als Aluminium. Der Weltmarktpreis ist jedoch gesunken und das Unternehmen fährt entsprechende Verluste ein. DSM liegt zur Zeit auf Platz drei der weltweiten Magnesiumproduktion. Aufschlussreich waren auch Reinhard's Ausführungen über den Produktionsprozess im Verbund mit der Kaliherstellung von Dead Sea Works und der Bromherstellung von Dead Sea Bromine. Schließlich enthält das Wasser des Toten Meeres neben Magnesium auch Kalium, Natrium, Pottassium und Brom.

Für die Magnesiumherstellung bei DSM wird als Restprodukt der Kaliherstellung der Schlamm des Toten Meeres als Carnalit geliefert. Nachdem es aufbereitet und dehydriert wurde, schmelzt man es durch Chlorination. Das Kernstück der Magnesiumproduktion ist die Elektrolyse des flüssigen Carnalits in Zellen bei 700°C. In der Raffinerie wird das Magnesium rein oder legiert in Mulden gegossen. Dabei wird ein für die Umwelt fragwürdiges Schutzgas verwendet. Nach 15 Sekunden erstarrt der Rohstoff und liegt nun als Ingot vor.

Bei der anschließenden Betriebsbesichtigung konnten wir live dabei sein. Wir erhielten einen kleinen Eindruck von der Schwere der Arbeit. Es war heiß und der Geruch nach Chlor war überall präsent. Im Sommer allerdings herrschen in den Produktionshallen Temperaturen von bis zu 70°C. Als Souvenir erhielt jeder einen original DSM-Magnesium-Ingot; seitdem warten wir gemeinsam mit DSM auf den Anstieg des Weltmarktpreises.

Hilke Bülow

2. Situation der Frauen in Israel

Während unserer Studienreise konnten wir mehrere israelische Frauenorganisationen treffen. Das gab uns die Chance, den Blick für das Geschlechterverhältnis in der israelischen Gesellschaft zu schärfen.

Die Organisationen verfolgen unterschiedliche Ansätze innerhalb der Frauenbewegung.

Na'amat, die Frauenorganisation der Histadrut, sowie die Vertreterinnen der Lehrgewerkschaft **Histadrut Hamorim** verfolgen dabei eher traditionelle Konzepte, die auf die Gleichberechtigung von Frauen innerhalb der bestehenden Verhältnisse abzielen. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf dem Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen. Mit diesen Begegnungen konnten wir uns einen Überblick über die derzeitige politische und soziale Stellung von Frauen innerhalb Israels verschaffen. Die Histadrut Hamorim hebt dabei den Aspekt der geschlechtsspezifischen Sozialisation und den Blickwinkel von Erziehung und Bildung hervor. Na'amat erläuterte die Situation der Frauen anhand der Schwerpunktbereiche Familie, Arbeit und Gesellschaft.

Der Ansatz der Nichtregierungsorganisationen wie Bat Shalom, Peace Now (beide siehe Themengebiet Friedensprozess) und dem feministischen Zentrum **Isha L'Isha** liegt dagegen in der Frauenfriedensbewegung. Sie verstehen sich als Aktivistinnen gegen die israelische Besatzung palästinensischer Gebiete. Entsprechend behandelten ihre Berichte auch das Verhältnis zu palästinensischen Frauen sowie Rassismen innerhalb der israelischen Gesellschaft.

Themen wie Militär und Geschlecht sowie Gewalt gegen Frauen wurden in all diesen Begegnungen angesprochen aber unterschiedlich betrachtet.

Wir haben keine palästinensische Frauenorganisation treffen können, das war ein Manko unseres Programms. In der Diskussion mit der Palestinian General Federal Trade Union (PGFTU) (siehe Themengebiet Palästina) wurde die soziale Situation von Frauen in den palästinensischen Autonomiegebieten kurz angesprochen, jedoch hatten wir es dort ausschließlich mit männlichen Repräsentanten zu tun.

Die Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen muss auch Reflexion darüber einschließen, was Gender im jeweiligen kulturellen Kontext ausmacht. Unterdrückung hat verschiedenste Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen. Diese Begegnungen boten die Chance, den eigenen Horizont in diese Richtung zu erweitern.

Hilke Bülow

Na'amat



Hedva Almog, Vorsitzende von Na'amat

Foto: Ingrun Weiß

93 Arlozoroff Street,
62098 Tel-Aviv

Besuch im Na'amat-
Gemeindezentrum
Beit Marie Juchacz,
16 Jerushalmi Str.,
Tel Aviv-Bavli

Gespräche mit Hedva
Almog (Vorsitzende),
Daphna Bustan (Leiterin
der Rechtsabteilung)
und Anat

Dienstag, 29. Februar,
9.00 – 12.30 Uhr

Vorgestellt wurde Na'amat zuerst durch die Vorsitzende, Hedva Almog, was Aufbau und Schwerpunkte der politischen Arbeit betrifft. Anschließend erläuterte die Rechtsanwältin Daphna Bustan, Leiterin der Na'amat Rechtsabteilung, einige ausgesuchte juristische Problematiken und zuletzt stellte sich Anat noch diversen Fragen unserer Gruppe.

1. Na'amat als Organisation

Na'amat ist als Frauengewerkschaft Teil der Histadrut, der alle weiblichen Mitglieder der Histadrut automatisch angehören und die mit 340.000 Mitgliedern die größte Frauenorganisation Israels ist. Per Direktwahl (nach Parteien gegliedert) werden 30 Vorstandsmitglieder gewählt, darunter eine Vorsitzende, derzeit Hedva Almog, Mitglied der Arbeitspartei.

Na'amat befasst sich mit diversen politischen und sozialen Themen, bietet Dienstleistungen für Frauen in der Gesellschaft und im Privatleben, führt Arbeitskämpfe, betreibt Gleichstellungspolitik, legt sehr viel Wert auf Kindergartenarbeit und Erziehung zur Gleichberechtigung, hat einen Verein für Alleinerziehende ins Leben gerufen und bietet 5.000 Frauen einen Arbeitsplatz. Sie versucht Frauen im Arbeitsleben zu stärken und arbeitslosen Frauen durch Erhalt eines Jobs finanziell in der Familie und damit insgesamt in der Gesellschaft eine bessere Ausgangsposition zu erkämpfen. Auch im arabischen Sektor, besonders in den drusischen Gebieten, ist Na'amat aktiv, ebenso wie sie Kontakte zum Ausland unterhält, z. B. mit der Arbeiterwohlfahrt in Deutschland, mit der ein inhaltlicher Austausch stattfindet. Na'amat bekommt auch neue Knesset-Ideen auf den Tisch und kann sich dazu positionieren.

In diesem Jahr hat Na'amat sich den Schwerpunkt »Betrieb« gewählt. Formal ist sie nicht in Betrieben vertreten, kann sich aber je nach Aktivität der Mitglieder vor Ort auch einbringen. Zum Teil gibt es Gleichstellungsbeauftragte in Betrieben, mit denen Zusammenarbeit stattfindet oder angestrebt wird.

2. Ziele und Beschäftigungsfelder

Die politischen Ziele und Tätigkeitsfelder lassen sich in drei Schwerpunktbereiche einteilen:

a) Familie

Gleiche Funktionen im Haushalt, Anerkennung aller Formen der Familie [!] und das Recht auf den eigenen Körper sollen erreicht werden.

• Ehe

Ein besonderes Problem in Paarkonflikten sind die religiösen Gesetze, die Na'amat versucht durch politische Kämpfe zu verändern. Solange es jedoch aufgrund des Konfliktes zwischen Säkularen und Religiösen keine Verfassung gibt, die eindeutig die Beziehung des Staates zur Religion regelt, wird dies sich nicht wirklich ändern lassen. Es gibt zwar einige Grundgesetze, jedoch ist das Personenstandsrecht ausschließlich religiös verankert. So gibt es keine Standesämter, Ehen werden vor religiösen Gerichten geschlossen, bei Scheidung ist das Gericht, was zuerst angerufen wird zuständig, d.h. es findet ein regelrechter Wettlauf statt: die jüdischen Männer rennen zum Rabbinatsgericht, die jüdischen Frauen zum säkularen Landgericht. Das Vermögen der Ehefrauen wird vor Rabbinatsgerichten oft nicht anerkannt, da es auf den Namen des Mannes eingetragen ist. Das Rabbinatsgericht erkennt nur die Knesset und ihre Beschlüsse an, nicht aber das säkulare Oberste Gericht. Außerdem können Ehen nur geschieden werden, wenn beide Seiten zustimmen, so dass es sogar zu finanziellen Erpressungen kommt. Inzwischen haben die Gerichte hier einige Möglichkeiten, Druck auf nicht freiwillig einwilligende EhepartnerInnen (in der Regel sind dies die Ehemänner) auszuüben: Entzug der Ausreisemöglichkeit, des Führerscheins, der Berufszulassung (vor allem bei Ärzten) oder der Führung eines Bankkontos. Allein die Androhung reicht oft aus.

Na'amat handelt in steigender Anzahl Vor-Eheverträge bzw. Verträge zwischen PartnerInnen einer »wilden Ehe« aus. Nichteheliche Lebensgemeinschaften können rechtlich den gleichen Status wie Verheiratete erhalten, sofern sie gemeinsame Finanzführung betreiben, dies gilt auch für homosexuelle Paare. Konsularerhen, d.h. Ehen, die in ausländischen Vertretungen geschlossen wurden, werden inzwischen in Israel anerkannt.

Weitere Beratung bei Verträgen bietet Na'amat im Fall von Leihmutterchaften an. Problematisch ist hier, dass die In-Vitro-Fertilisation an Leihmüttern meist aus ökonomischen Gründen heraus geschieht, d.h. zur Leihmutterchaft meist Frauen durch ihre schlechte ökonomische Situation genötigt sind.

80 % der Vermittlungshilfen der Rechtsabteilung Na'amats betrifft familiäre Streitigkeiten, d.h. Überbrückung und Vermittlung, Beratung und Hilfe in Vermittlungsausschüssen vor einem möglichen Gerichtsverfahren. Dies ist gerade bei Paarkonflikten wichtig, damit es dem/der VerliererIn nicht um Rache geht, gerade dann, wenn man wegen der Kinder auch anschließend noch weiteren Kontakt pflegen muss.

Beratung wird auch Nichtmitgliedern geboten, die Kosten übernimmt der Staat.

• Gewalt in der Familie

Im Allgemeinen und besonders bei Rabbinatsgerichten steht der Wunsch nach Versöhnung im Vordergrund, so halbherzig diese auch sein mag, d.h. die Polizei soll faktisch sozialarbeiterisch tätig sein. Medien ermutigen tendenziell die Frauen, sich gegen familiäre Gewalt zu wehren und klären über ihre Rechte und Möglichkeiten auf. Die Veröffentlichung spektakulärer Mordfälle könnte jedoch laut Daphna auch zu Nachahmungstaten führen. Na'amat betreibt Öffentlichkeitsarbeit gegen zu niedrige Strafen, wobei Daphna zur Vorsicht rät, um öffentliche und neutrale Gerichte nicht unter Druck zu setzen. Gewalt in Beziehungen nimmt zu, inklusive Mord an den Ehefrauen, vermehrt auch zusätzlich an den Kindern.

b) Arbeit

Gleichheit in Lohn und Gehalt soll erreicht werden, selbst im öffentlichen Sektor besteht eine Einkommenskluft von 30 bis 35 % zwischen Männern und Frauen. Frauen sollen über ihr Recht auf gleiche Entlohnung aufgeklärt werden, die Bereitschaft diese einzuklagen soll vergrößert und sogar zur Pflicht erhoben werden [!]. Außerdem kämpft Na'amat um ein Recht auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, also auf Einkommen und Arbeit, und bietet parallel wirtschaftliche und fachliche Förderung an.

• Mutterschutz

Die betrieblichen Regelungen für Schwangerschaften und Geburten sind den deutschen relativ ähnlich: drei Monate bezahlter Urlaub, sechs Wochen davon können vor der Geburt genommen werden, den Rest kann auch der Mann nehmen; 40 Std. für Untersuchungen frei; arbeitet eine Frau schon seit zwei Jahren beim Unternehmen kann sie ohne Entgelt bis max. ein Jahr zu Hause bleiben mit Arbeitsplatzrückgaberecht; nach drei Monaten kann sie auch das Recht in Anspruch nehmen, eine Stunde täglich kürzer zu arbeiten (sog. Stillstunde). Schwangerschaft muss erst ab dem 5. Monat angezeigt werden, wird einer Frau vorher gekündigt und kann sie nachweisen, dass dies aus Gründen der Schwangerschaft passierte, so hat sie die Möglichkeit einer Abfindung oder Wiedereinstellung. Erziehungsgelder u.ä. Leistungen sind Angelegenheit der nationalen Versicherungsanstalt.

• Sexuelle Belästigung im Betrieb

Vor einem Jahr gab es einen Knesset-Beschluss, der sich gegen sexuelle Belästigung aussprach, allerdings wurden auch Bedenken geäußert, dass die »Romantik« im Betrieb unter dem Gesetz leiden könne [!]. So hatte die Knesset auch festgelegt, was alles zur sexuellen Belästigung zählt, nämlich auch verbale sexuelle körperliche Anspielungen gegen den Willen der Betroffenen, Ausnutzung eines höheren Rangs zur Durchsetzung sexueller Kontakte (gerade gegen Alleinerziehende nimmt dies durch ihre besondere finanzielle Abhängigkeit zu) oder die Schaffung einer feindlichen Atmosphäre (Pin-up-Bilder, Witze u.ä.). Na'amat hat z.T. Wiedereinstellungen oder Entschädigungen erreicht.

c) Gesellschaft

Gewalt gegen Frauen und ihre Behandlung als Sexualobjekt sollen eingedämmt und medizinische Bedürfnisse von Frauen stärker berücksichtigt werden. Gleichzeitig versucht Na'amat, die Vertretung von Frauen in Politik und Wirtschaft gerade auf Führungsebenen zu stärken.

• Tagungsstätten, Schulen, Kinderheime

Na'amat verfügt über ein flächendeckendes Netz von Tagungsstätten und Schulen, die aus sozialen Interessen gegründet wurden und sich daher besonders an sozial Schwache richten. Da Vollzeitbeschäftigung für Frauen angestrebt wird, wird Kinderbetreuung bis 16 Uhr angeboten. Dazu verfügt Na'amat über Kinderheime, in denen 23.000 Kinder bis drei Jahre betreut werden. Neben der Erziehung wird auch auf Ernährung geachtet, weshalb drei Mahlzeiten täglich angeboten werden. Außerdem unterhält Na'amat Horte für schulpflichtige Kinder. Die Schulen, bisher 14 mit 400.000 SchülerInnen, sollen erweitert werden und bieten besonders auch technisches Know-How und Computertechnologie an.

• Militär

Das Militär ist auch in Israel sehr männlich strukturiert. Frauen leisten zwei, Männer drei Jahre Militärdienst, wobei Männer eingezogen werden und Frauen sich melden müssen, Frauen keine Reservedienste machen und die Dienststellen relativ klassisch aufgeteilt sind. Frauen können sich inzwischen auch zu Kampfeinsät-

zen melden. Durch die Klage einer Soldatin gegen einen Offizier wegen Vergewaltigung wurde auf Anordnung eines zivilen Gerichtes dessen Karriere verzögert und bzgl. Beförderung hat sich einiges verändert, da zum ersten Mal eine außermilitärische Organisation Einfluss auf Beförderung und Kriterien dafür hatte. Na'amat legt auf Erziehung gegen sexuelle Belästigung gerade auch im Militär viel Wert, da das Militär einen großen Einfluss auf die Gesellschaft hat.

• **Abtreibung**

Legal ist Abtreibung aus vier Gründen möglich:

1. die Schwangere ist jünger als 17 oder älter als 40,
2. das Kind stammt aus einer religiös oder säkular verbotenen Beziehung oder ist außerehelich,
3. Wahrscheinlichkeit der Behinderung des Kindes oder
4. die Gesundheit der Frau ist in körperlicher oder psychischer Hinsicht gefährdet.

Um die 5. Möglichkeit, die soziale Indikation, kämpft Na'amat, die Religiösen sind jedoch strikt dagegen und sagen, die vier Gründe reichen aus. Es gibt bezahlten Urlaub für Abtreibungen.

• **Gewalt**

Gewalt in Israel nimmt zu, besonders auch gegen Frauen und Kinder. Leider melden sich nur 7 % von den ca. 10 % Frauen mit Gewalterfahrungen, um Beratung und Unterstützung zu erhalten oder Plätze in den Zufluchtsheimen für Frauen inklusive Kinder, die auch von der Stadt gefördert werden. Derzeitig werden im Projekt »Du kannst« vermehrt Selbstverteidigungskurse für Frauen angeboten, die gemeinsam mit Polizei und Vereinen in den Gemeinschaftshäusern durchgeführt und recht gut angenommen werden.

Das Strafmaß bzgl. Gewalt gegen Frauen ist auffallend niedrig, die tatsächlichen Verurteilungen beschränken sich auf wenige Fälle. Inzwischen wurde durchgesetzt, dass die Minimalstrafe mindestens ein Viertel der Höchststrafe betragen muss, ansonsten müssen die RichterInnen eine gesonderte Begründung vorlegen. Anzeigen werden nur spärlich erstattet, meist weil die Betroffenen Angst vor dem Bekanntwerden haben. Na'amat bemüht sich gerade darum, dass Bürgermeister suspendiert werden, wenn sie wegen Vergewaltigung verurteilt wurden.

Des Weiteren wird versucht, gegen bedrohliche Belästigung vorzugehen. Damit sind Fälle gemeint, in denen eine dauernde »Anmache« einer Person geschieht, ihr nachgestellt wird und teils Todesdrohungen ausgesprochen werden, wobei rechtlich nichts zu machen ist, sofern es nicht zu einem konkreten Geschehnis gekommen ist, also bereits (fast) zu spät ist. Na'amat arbeitet an einer Gesetzesvorlage, die es ermöglichen soll, frühzeitig dagegen vorzugehen.

Kezban Katircioglu / Petra Spona

Histadrut Hamorim

8 Ben-Saruk St., Tel Aviv 62966, Tel. 00972-3-69 22 930,

e-mail: yaff@internet-zahar.net, URL: www.itu.org.il

Gespräch mit Ofra Dunsky (Stellvertretende Vorsitzende), Zipi Rahav und Tami in der Zentrale der Lehrgewerkschaft

Mittwoch, 1. März, 9.00 Uhr

Mädchen im Bildungssystem

Ofra Dunsky – ausgebildete Kindergärtnerin, jetzt Stellvertretende Vorsitzende der Lehrgewerkschaft

Die Histadrut Hamorim organisiert Pädagogen vom Kindergarten bis zu den Akademien für Lehrer, auch religiöse und arabische, insgesamt hat sie 110.000 Mitglieder. Ein Teil der Gymnasiallehrer ist jedoch bei der Organisation der Lehrer – einer weiteren Gewerkschaft – organisiert, die sich nicht immer an Streiks beteiligt. Nach innergewerkschaftlichen Wahlen ist die Avoda (Arbeitspartei) die führende Partei. Gerade ist ein Streik von zehn Tagen vorbei, durch den alle Schulen – ausgenommen die Sonderpädagogik – geschlossen waren. Gestreikt wurde für die Umsetzung einer bereits in einem alten Vertrag geschlossenen Vereinbarung. 90 % der Lehrenden sind Frauen, in den Grundschulen liegt der Anteil noch höher. Während früher eine zweijährige Ausbildung im Anschluss an das Abitur ausreichte, ist heute der Besuch einer Lehrera Akademie notwendig. Darüber hinaus gibt es tarifvertraglich abgesicherte Fortbildungsmöglichkeiten und Vergütung für Weiterbildung.

Alle Frauenorganisationen, einschließlich der religiösen, sind in einer Organisation zusammengefasst. Es gibt eine sehr starke Diskriminierung von Frauen trotz anderslautender Gesetze. Deswegen ist die Erziehung zu Gleichheit und Chancengleichheit sehr wichtig. Der Bildungsstandard der Frauen ist sogar höher als der der Männer; während der durchschnittliche Schulbesuch der Frauen bei 12,2 Jahren liegt beträgt er bei den Männern 11,5 Jahre. Dennoch: nur 7 % der Knessetabgeordneten sind Frauen. Seit neuestem gibt es zwei Oberbürgermeisterinnen, eine in Herzliya und eine in Netanya. Frauen werden bei ihrer Einstellung gefragt nach Familienplanung, Kinderbetreuung etc., Männer nicht. Im öffentlichen Dienst erhalten Frauen bis zu 30 % weniger Gehalt. Allgemein sinken die Löhne in Frauenberufen, auch der Verdienst von Lehrern ist sehr gering. Im letzten Streik ging es um einen Kampf gegen die Verschlechterung der Situation. Junge Lehrerinnen verdienen weniger als das Mindestgehalt von 2.800 NIS (der Durchschnitt liegt bei 6.000 NIS). Auch in Fabriken mit hohem Frauenanteil und in der Krankenpflege werden Niedriglöhne gezahlt. 60 % derjenigen, die nur das Mindestgehalt beziehen, sind Frauen, 65 % der BezieherInnen von staatlicher Zusatzunterstützung ebenfalls.

Israel ist ein Staat mit ständig neuen EinwanderInnen unterschiedlicher Mentalitäten. Ziel sei es daher, wie in einem Schmelztiegel vom Kindergarten bis zum Militär – dem letzten vereinigenden Glied bevor sich die Wege der Einzelnen trennen – eine einheitliche Identität zu schaffen. Erziehung muss vom ersten Lebenstag an beginnen.

Zipi Rahav – pensionierte Kindergärtnerin, Freundin von Ofra

Angefangen hat sie ihre Arbeit in den 60er Jahren mit »förderungswürdiger Bevölkerung«, später hat sie mit Kindern aus besser situierten Familien gearbeitet.

Es gibt keine Kindergärtner – außer im privaten Sektor – obwohl Männer als Vorbilder erwünscht seien und Kinder nach Männern im Kindergarten lechzten (das habe sich gezeigt, als sie ihren eigenen Sohn einige Male als Aushilfe mitgebracht habe). Es gebe jedoch einen Anfang von Veränderung zur Gleichheit, Aufklärung, die schon im Kindergarten beginne. So könne sie an Namen und Kleidung oft das Geschlecht eines Kindes kaum mehr erkennen. Auch beteiligten sich mehr Männer an der Erziehung ihrer Kinder, obwohl es immer noch viele Wochenendväter gebe. Inzwischen würde bei Postern und Büchern darauf geachtet, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht zu reproduzieren, es gebe Puppen, die wie Jungen aussehen, Männer, ja Soldaten erlaubten sich, Gefühle zu zeigen, gar zu weinen, sie seien Tänzer und Köche und die Mädchen trieben Selbstverteidigung, Fußball und Kampfsport. Auch bedeute die Geburt eines Mädchens nicht mehr unbedingt eine Tragödie, wie dies laut Ofra Dunsky früher in bestimmten Ethnien der Fall gewesen sei.

Das Gehalt der Kindergärtnerinnen werde jedoch nach wie vor als Zuverdienerinnengehalt betrachtet (4.000 NIS/brutto, 3.000 NIS/netto, womit es höher ist als das einer Junglehrerin).

Gibt es Unterschiede zwischen laizistischen und orthodox-religiösen Familien?

Die Frauen seien geteilt in laizistische und ultra-orthodoxe, deren Lage gänzlich anders sei. Letztere lebten nach den halachischen Gesetzen der Thora, nach denen es eine Ehre sei, einen Gelehrten zu heiraten; Ehen kämen oft durch einen Ehevermittler zustande. Die Trennung von Jungen und Mädchen erfolge schon im Kindergarten, die Frauen würden erzogen zu folgen, Haushalt und Kinder zu versorgen und das Geld nach Hause zu bringen. Während in den öffentlichen Bildungseinrichtungen oft 40 Kinder pro Klasse seien, würden die orthodoxen Kinder in kleineren Gruppen lernen. Die orthodoxe Bevölkerung sei um einige Jahrzehnte zurück und nehme auf Kosten der Steuerzahler und der Nationalen Versicherungsanstalt ständig zu. Trotz der Unterstützungszahlungen für Kinder würden die Orthodoxen größtenteils in Armut leben, was sich an den orthodoxen Vierteln in Jerusalem oder an Bnei Brak zeige. Der laizistische Bevölkerungsteil fliehe inzwischen aus Jerusalem in die Satellitenstädte.

Tami – Lehrerin für die Mittelstufe

Tami betreut ein Projekt zur Förderung von Mädchen im Alter von 12 bis 15 Jahren im technischen Bereich an der Schule »Metro West« in Netanya.

Die Notwendigkeit dieses Projektes zeige sich daran, dass im Bereich der Wahlpflichtfächer Mädchen die Bereiche »Kreatives Schreiben« u.ä. wählten, selten jedoch die naturwissenschaftlich-technischen Fächer, wo das Verhältnis 46 Jungen zu zwölf Mädchen ist. Im Abitur hätten nur 13 % der Mädchen einen Leistungskurs in Mathematik belegt – im Vergleich zu 45 bis 50 % der Jungen. Auch im Studium mit einem Gesamtfrauenanteil von 57 % zeige sich Vergleichbares: Während 54 % der Männer Naturwissenschaften und Technik studieren, sind es nur 34 % der Frauen, die diese Fächer wählen. Trotz der Nachfrage nach High-Echkräften stellen Frauen nur 20 bis 22 % der Belegschaften in diesen Branchen. Von den Lehrenden an den Universitäten seien in Naturwissenschaften und Technik zwischen 5,4 % und 8,9 % Frauen, gegenüber 34 % in den Geisteswissenschaften.

Grund sei die Angst der Frauen, die sich hier trotz ihrer Intelligenz zurückzögen. Mädchen lebten mit Stereotypen über weibliche Rollen und litten unter Selbstunterschätzung.

Männer müssen in technischen Bereichen erst einen Misserfolg produzieren, um nicht mehr gefördert zu werden, wohingegen Frauen erst bei überdurchschnittlichem Erfolg eine Förderung erhalten.

Nach dem Lagebericht einer vom Erziehungsministerium eingesetzten Kommission zählen jetzt Frauen und Bewohner der strukturschwachen Regionen zu den Bevölkerungsgruppen, die gefördert werden sollen. Die

Ansiedlung von Betrieben in der Peripherie, die Änderung des Curriculums und die Einstellung von Beraterinnen zur Aufklärung der Eltern soll den Anteil von Frauen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich steigern.

Was ist mit Neueinwanderern und Neueinwanderinnen?

Unter den russischen Neueinwanderern seien viele Mathematiklehrerinnen und Frauen aus naturwissenschaftlich-technischen Berufen. Aufgrund von Mentalitätsunterschieden kämen diese jedoch mit den israelischen Kindern nicht zurecht und gingen eher in die Privatwirtschaft. Für die Kinder gebe es keine Extraklassen, aber zwei bis drei Stunden extra Sprachunterricht, ansonsten würden sie je nach mitgebrachtem Niveau und Hintergrund eingestuft. Eine Studie habe eine positive Korrelation von guten Leistungen im Alten Testament, Englisch und Mathematik mit beruflichem Erfolg erbracht, weshalb man auf die Förderung in diesen Bereichen besonderen Wert lege. Neueingewanderten würden in Israel geborene Schulkameraden zur Seite gestellt, um sie besser zu integrieren. Trotz dieser Integrationsbemühungen bildeten viele Neueinwanderer aufgrund günstiger Mieten in bestimmten Regionen und Stadtteilen sowie Kontakten untereinander eigene Ortschaften.

Unter dem Motto »In das 21. Jahrhundert – Förderung der Mädchen in fortschrittlichen Technologien« will man der Verzerrung im Denken von Frauen, die sich bereits von der Mittelstufe an zeige, entgegenwirken. Ihr naturwissenschaftlich-mathematisches Interesse soll schon ab der 7. Klasse durch ein spezielles TutorInnenprogramm gesteigert werden. Dieses Programm ist für Jungen und Mädchen offen, letztere werden aber bevorzugt aufgenommen. Nach einer Umfrage haben sich so 72 % der Mädchen und 67 % der Jungen verbessert.

Ihr Konzept geht von einem Mangel bei den Mädchen und Frauen aus, die eine nachholende Entwicklung durchmachen müssten, um dann endlich so weit zu sein wie die Männer. Naturwissenschaften und Technik bleiben in ihrer männlich geprägten Form völlig unhinterfragt, sexistische Machtverhältnisse und Dominanzverhalten von Jungen und Männern gänzlich unberücksichtigt. Gibt es auch andere Ansätze, die neuere feministische Mädchen- (und Jungen-) Bildungskonzepte berücksichtigen, andere Herangehensweisen an Naturwissenschaften und Technik entwickeln und die feministisch-sozialwissenschaftliche Kritik an der Technikentwicklung einbeziehen? Gibt es Versuche mit reinen Mädchengruppen? Wird bei der Auswahl der TutorInnen darauf geachtet, dass es unter ihnen möglichst viele Mädchen gibt?

Frage und Kritik wurden mit Unverständnis, Ablehnung und erneuter Bestätigung des eigenen Konzepts beantwortet. Mädchengruppen lehne man ab, da man die Mädchen auf die Konkurrenz mit Männern in der Berufswelt vorbereiten wolle. Stattdessen wurde das Ganze mit dem Verlesen eines Gedichtes über »Erfolgreiche Frauen« beendet. Diese »verwandeln das Einfache in etwas Wunderbares ... lasten ihren Misserfolg nicht dem Schicksal an [und schon gar nicht männlichem Sexismus; Anm. der Autorin] ... denken immer positiv«. Womit das Niveau dieses Kaffeekränzchens älterer Damen zureichend gekennzeichnet wäre ... [wieder Anm. der Autorin].

Susanne Nickel

Isha L'Isha

47 Hillel St., 33727 Haifa, Tel. 04 – 85 10 966, Fax 04 – 85 11 954

Gespräch mit Paula Miles im Frauenzentrum Isha L'Isha in Haifa

Donnerstag, 2. März, 14.15 – 15.00 Uhr



Ingrun Weiß (links, HBS-Stip.) und Paula Miles im Frauenzentrum Isha L'Isha in Haifa

Foto: Silvia Kunter

Bei Isha L'Isha (Frauen helfen Frauen), dem feministischen Zentrum Haifa, wurden wir bereits erwartet. Paula Miles, seit zehn Jahren Aktivistin im Frauenzentrum, gab uns einen Überblick über die Fraueninitiativen in Haifa und die besondere Problematik der feministischen Bewegung in Israel.

Im Netzwerk »Frauenkoalition Haifa« geht es darum, die Geschlechterfrage mit der sozialen Frage gemeinsam zu betrachten. Soziale Gerechtigkeit ist der Fokus ihrer feministischen Arbeit.

Die Referentin stellt sich selber als aus den USA stammende Ashkenasim und damit als innerhalb Israels privilegiert vor. Als weiße, gebildete und englischsprachige Frau gehört sie zur Gruppe der dominierenden Mehrheit, die am Machtapparat teilhat. Ihrer Stellung bewusst, fordert sie jedoch, die Belange der sogenannten Minderheiten besonders zu berücksichtigen. Dazu zählt sie beispielsweise Neueinwanderinnen aus verschiedenen Herkunftsländern wie z. B. aus Äthiopien oder den GUS-Staaten, Mizrahi (jüdische Frauen aus orientalischen Ländern), Palästinenserinnen und lesbische Frauen. Die genannten Gruppen erfahren Ausgrenzung und Rassismus auf mehrfachen Ebenen. Jüdische Lesben z. B. werden in Israel als Bedrohung der zionistischen Gesellschaft gesehen. Dem liegt das religiöse und grundsätzliche Denkmuster zu Grunde, dass Frauen für die Fortpflanzung des jüdischen Volkes Kinder gebären sollen. Solche Ansichten stellen auch die Basis für das auch innerhalb der religiös orthodoxen Gruppen verstärkt zu registrierende Problem der sexistischen Gewalt dar.

Hier setzt die Arbeit der Frauenkoalition an, die sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen kämpft und sich für die Verbesserung des Status israelischer Frauen einsetzt. Vier Basisorganisationen arbeiten unter einem Dach: Isha L'Isha als feministisches Zentrum Haifa, das Zentrum für Vergewaltigungs- und Missbrauchsfälle, das nationale Krisentelefon für geschlagene Frauen und Kayan, die feministische Organisation für arabische Frauen.

Die arabisch-jüdische Verständigung sehen alle Initiativen gleichermaßen als Gemeinschaftsaufgabe. Einige Gruppen unterstützen neugegründete ähnliche Projekte in Nablus (Westbank) und der arabischen Stadt Taibe in Galiläa. Den Organisationen ist es wichtig, Mitarbeiterinnen und Freiwillige aus allen Bereichen der israelischen Gesellschaft anzuwerben. Jede kommt aus einem anderem Ort und hat eine andere Perspektive. Die angebotenen Kurse, Workshops und anderen Projekte werden auf Hebräisch, Arabisch, Englisch, Russisch und Amharisch abgehalten.

Die Koalition versteht sich ausdrücklich als Nichtregierungsorganisation und finanziert sich vor allem aus Spenden.

Paula Miles gab uns einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung der israelischen Frauenbewegung. Nach dem Ende des Yom-Kippur-Krieges wurden Frauen verstärkt aus dem Erwerbsleben und somit dem gesellschaftlichen Leben gedrängt. Die neue Frauenbewegung knüpft da an. Frauenbenachteiligung in Israel thematisieren heißt, gleichermaßen gegen spezifische israelische Mythen und Stereotypen anzukämpfen. Die Politikerin Golda Meir z. B. versinnbildlicht so einen Mythos der starken Israelin, Kämpferin in der Armee einerseits und Kibbuzaktivistin andererseits. Dabei wird außen vor gelassen, dass Frauen in der Armee sehr selten Karriere machen, dafür meistens Kaffee kochen und als Sekretärin arbeiten. In den Kibbuzim gelten ähnliche Strukturen. Frauen arbeiten hart in Pflege, Kinderheim und Küche, doch nur 3 % sind an Führungsaufgaben beteiligt.

Der große Einfluss der Armee auf die Gesellschaft schürt nach Ansicht von Paula Miles auch die sexistische Gewalt. Der Kult um die männlichen Kämpfer und Helden prägt die übliche Praxis militaristisch beeinflusster Erziehung. Solche Praktiken, so Paula Miles, führen unter israelischen Männern zur chauvinistischen Schlussfolgerung, ihnen würde alles zustehen. Die feministische Bewusstseinsarbeit muss also schon bei der Erziehung der Kinder ansetzen.

Hilke Bülow

3. Holocaust / Antisemitismus

Paul Spiegel, der Nachfolger von Ignaz Bubis als Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, äußerte im April diesen Jahres, dass die Zahl der offen oder latent antisemitisch eingestellten Menschen in der Bundesrepublik 15 % beträgt. Dies löste unter einigen meiner Bekannten ein zumindest kleines »Auweh, so viele!« aus. Doch selbst diese Zahl dürfte nur die Spitze des Eisbergs sein, denn was sich allein in den letzten Wochen ereignete, reicht aus, um auch den wohlwollendsten Schönrednern und Verharmlosern klarzumachen, was Alltag in der BRD ist: Offener Antisemitismus, von ganz rechts außen bis hinein in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft. Die NPD zieht durch das Brandenburger Tor und macht Hass-Halt an der provisorischen Tafel für das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, in Erfurt werden nacheinander der jüdische Friedhof geschändet und ein Brandanschlag auf die dortige Synagoge verübt – die Polizei bemüht sich die Täter in linken Kreisen ausfindig zu machen [sic!] – Besitzer von Kampfhunden wollen gegen ihre vermeintliche Diskriminierung dadurch demonstrieren, dass sie ihren Hunden auf einer Demonstration in Berlin gelbe sechszackige Sterne anheften. Nicht zuletzt verweigert der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, die Teilnahme am Baubeginn für das Holocaust-Mahnmal. Von den Argumenten der Gegner einer Entschädigung für die SklavenarbeiterInnen unter den Nazis, von Gollwitz, von Walser, vom Anschlag auf das Grab Galinskis und von vielem anderen ganz zu schweigen.

Und nicht zufällig, sondern sehr absichtlich, war ein Schwerpunkt der Israel-Reise die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und mit Antisemitismus. Schon im Vorfeld der Reise beschäftigte sich die AG ein Wochenende lang mit dem Thema »Antisemitismus und die Linke«, wobei Referenten eingeladen waren, um über historischen/zeitgeschichtlichen Antisemitismus ebenso wie über aktuelle Entwicklungen im Bereich Antisemitismus/Antizionismus zu berichten und mit der Gruppe zu diskutieren. Ebenfalls wurde an diesem Wochenende die Ausstellung im »Haus der Wannseekonferenz« besucht.

In Israel wurde die Auseinandersetzung bei Treffen mit mehreren GesprächspartnerInnen und Gruppen fortgesetzt. Das Informationsgespräch im **Stephen Roth Institute for the study of contemporary anti-semitism and racism** mit Sarah Rembiszewski gab einen ersten Einblick in die Arbeit des Instituts und machte deutlich, wie notwendig zum einen Forschung und Dokumentation in diesem Bereich sind und zum anderen, dass Antisemitismus ein weltweites Phänomen darstellt, das täglich aktuell ist. Auch Sarah Rembiszewski nannte Zahlen für die BRD: Nach ihren Untersuchungen sind in der BRD sogar 20 % antisemitisch eingestellt. In diesem Gespräch wurde außerdem kurz auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und Rassismus eingegangen.

Der Besuch im **Elternheim des Irgun Olei Merkaz Europa** in Haifa war für viele aus der Gruppe sehr beeindruckend. Sowohl die Erzählungen unserer GastgeberInnen, Jüdinnen und Juden aus Deutschland, die in den 30er Jahren nach Palästina emigrierten, waren für uns eindrucksvoll, als auch die Tatsache, dass wir hier mit überzeugten ZionistInnen zusammensaßen. Die Schilderungen vom großen zionistischen Projekt – dem Aufbau des Staates Israel – und von den Lebensverhältnissen von (emigrierten) Juden in Israel waren überaus spannend.

Ein weiteres Treffen mit dem Schwerpunkt Holocaust und Antisemitismus fand im **Museum der Widerstandskämpfer – Beth Lochangei Haghetat** mit dem ehemaligen Haganah-Kämpfer Uri Aloni statt. Aloni, der 1941 vor den Nazis nach Palästina fliehen konnte, betreut im dortigen Museum v.a. Gruppen aus Deutschland. Das Museum hat mehrere Abteilungen, zum einen über die »Gerechten unter den Völkern« und zum anderen über »Jüdischen Widerstand in den von Deutschen besetzten Gebieten«, die wir beide sehen konnten. Leider war es uns zeitlich nicht möglich, das Kindermuseum zu besuchen. Aloni verwies v.a. auf die Notwendigkeit der Erinnerung an die Shoah.

Ein zweiter Block an Treffen und Gesprächen fand in Jerusalem statt. **Gabriel Bach**, Mitankläger im Eichmann-Prozess, berichtete über den Prozess und seine Folgen («Eichmann im nationalsozialistischen System – 40 Jahre nach dem Prozess»). Seine Schilderungen der damaligen Situation und v.a. über Eichmann selbst waren ebenfalls sehr beeindruckend und werden in einem ausführlichen Protokoll wiedergegeben.

Der Besuch der Gedenkstätte **Yad Vashem** und ein Gespräch einiger aus der Gruppe mit Yariv Lapid, einem Mitarbeiter der »International School for Holocaust Studies« gaben einen Einblick in die Arbeit von Yad Vashem. Lapid berichtete darüber hinaus über die Entwicklungen im Bereich der Geschichtswissenschaft, in der seit wenigen Jahren erstmals eine Kritik an der traditionellen Geschichtsschreibung Israels stattfindet. Ebenso wurde uns das veränderte pädagogische Konzept Yad Vashems erläutert.

Einen letzten Beitrag zu diesem Schwerpunkt der Reise setzte **Otto Heilbrunner**, Dozent am Historischen Seminar der Universität Jerusalem, mit seinem Vortrag über die Fragmentierung der israelische Gesellschaft und ihrer Bezüge zum Holocaust heute. Er skizzierte eine israelisch-jüdischen Gesellschaft, die heterogener kaum sein könnte und zeigte anhand verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf, wer sich wie auf den Holocaust bezieht und welche Veränderungen in den letzten 20 Jahren stattgefunden haben.

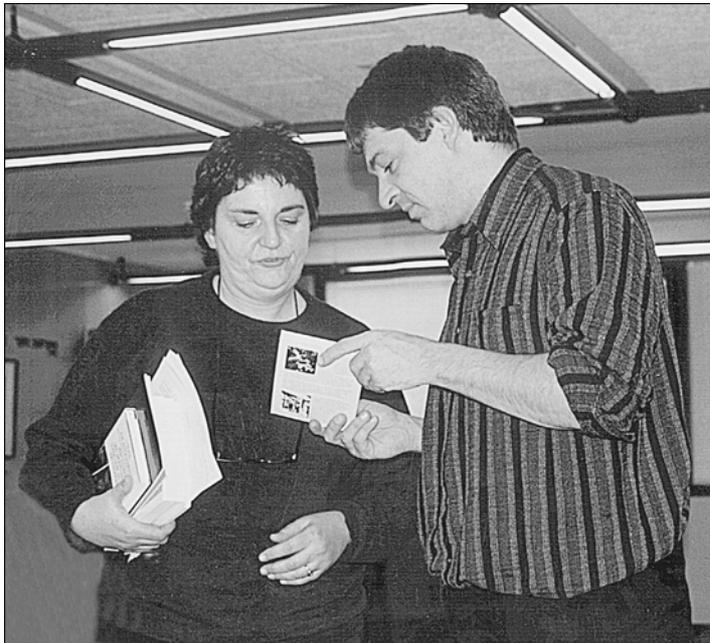
Es ist kaum möglich in Israel dem Thema Antisemitismus und Holocaust nicht zu begegnen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass bei mehreren anderen Treffen diese Themen ebenfalls angesprochen wurden. Verwiesen sei an dieser Stelle auf das Treffen mit Aktiven der Hanoar Haoved Vehalomed (siehe Themengebiet Gewerkschaften), die uns u.a. zu unserer Einschätzung der Situation in Österreich befragten, und bei dem sehr spannend, lebhaft und v.a. offen diskutiert wurde. Auch das Treffen mit dem Historiker Adel Mana (Arabische Bürger Israels, siehe Themengebiet religiöse & ethnische Minderheiten) in Givat Haviva zum Status arabischer Bürger in Israel zeigte, dass der Komplex Holocaust/Antisemitismus auch in Israel hochgradig politisch ist – zudem war die Diskussion mit Mana ein Miniaturabbild der linken Debatte um die Palästina-Solidarität der 80er Jahre in der BRD.

Zum Schluss sei noch auf eine Studie zum Deutschlandbild in Israel verwiesen, die im Februar 2000 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tel Aviv herausgegeben wurde. Die 70-seitige Studie »Israelis und Deutsche – Die Ambivalenz der Normalität« widmet sich den Einstellungen von Multiplikatoren und der israelischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland und geht der Frage nach, ob »jüdische Israelis den Deutschen den Holocaust verziehen haben« [Bezug über die Friedrich-Ebert-Stiftung].

Angesichts der Historisierung der Shoah und dem nach wie vor zunehmenden Antisemitismus in der BRD war und ist es notwendig, sich sehr intensiv mit deutscher Geschichte und Gegenwart zu beschäftigen. Die Treffen in Israel boten gute Gelegenheiten zur Information. Mögen sie dazu beitragen, einem wie auch immer aussehenden Schlusstrich unter die deutsche Geschichte entgegenzuwirken.

Rudi Maier

Stephen Roth Institute for the study of contemporary anti-semitism and racism



P.O.B. 39040, Ramat Aviv,
Tel Aviv 69978, Tel: 972-3-640-8779,
Fax: 972-3-640-8383,

e-mail: anti@post.tau.ac.il,
URL: <http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism>

Gespräch mit Sarah Rembiszewski in
der Wiener Library, Tel Aviv University

Dienstag, 29. Februar, 14.00 – 15.00
Uhr

Sarah Rembiszewski vom »Stephen Roth Institute for the study of contemporary anti-semitism and racism« im Gespräch mit Rudi Maier (HBS-Stip.)
Foto: Silvia Kunter

Antisemitismusforschung

»Ich würde ihn vielleicht erschießen, aber nicht mit ihm diskutieren«

Wir trafen uns in der Universität Tel Aviv mit Sarah Rembiszewski, die am »Stephen Roth Institute for the study of contemporary anti-semitism and racism« arbeitet. In der »Wiener Library«, einer der weltweit größten Sammlungen antisemitischer Schriften und wichtige Adresse für jedeN AntisemitismusforscherIn, gab sie uns einen Einblick in die Arbeit des Instituts.

Schwerpunkte der Arbeit sind seit Entstehung des Instituts vor ca. acht Jahren Forschung und Dokumentation im Bereich Antisemitismus und Rassismus, im Englischen sogenannter »hate crimes«. Das Institut betreibt eine täglich aktualisierte Datenbank, die Abfragen über Vorfälle in diesen Bereichen erlaubt. Ebenso werden Aktivitäten von antifaschistischen und antirassistischen Gruppen dokumentiert. Wesentliche Aufgabe ist die Zusammenstellung eines Jahresreports, der weltweit antisemitische Vorfälle dokumentiert, dieser ist im web downloadbar. Sarah Rembiszewski beschäftigt sich ausführlich mit Geschichtsrevisionismus und Holocaust-Leugnung (»Auschwitzlüge«). Als im Moment populärstes Beispiel nannte sie den Revisionisten John Irving. In diesem Zusammenhang fiel auch die Bemerkung »Ich würde ihn vielleicht erschießen, aber nicht mit ihm diskutieren«. Eine vergleichende Studie über die unterschiedlichen juristischen Voraussetzungen zur Verfolgung von Holocaust-Leugnern weltweit ist derzeit in Arbeit.

Die Informationen für die Datenbank stammen aus den unterschiedlichsten Quellen. Sie kommen von offiziellen Stellen wie der Polizei oder aus Deutschland vom Verfassungsschutz, von Antifa-/Antira-Gruppen, von Einzelpersonen, es werden verschiedene Medien ausgewertet und nicht zuletzt gibt es eine Zusammenarbeit mit einigen wenigen jüdischen Gemeinden außerhalb Israels (andere jüdische Gemeinden

haben oft Angst, dass die Dokumentation einen Nachahmungseffekt haben könnte). Die Informationen kommen aus der ganzen Welt, per Fax, per e-mail, per Post. Diese Arbeit ist nur möglich, da das Institut viele »Volunteers« hat (oft pensionierte HistorikerInnen und SprachwissenschaftlerInnen etc.). Im Institut selbst sind fünf bis sechs HistorikerInnen angestellt. Diese sind u.a. zuständig für die Organisation von internationalen Seminaren für ForscherInnen zu Xenophobie und Antisemitismus. Als Partner des Instituts nannte sie den World Jewish Congress (WJC) und die Anti-Defamation-League (ADL).

Auf die Frage, inwieweit sich antisemitische Tendenzen und Einstellungen in der BRD in den letzten Jahren verändert haben, teilte die Referentin mit, dass seit 1945/46 ca. 20 % der Bevölkerung latent antisemitisch eingestellt sind und diese Zahl durchaus konstant ist. Die neueste Entwicklung antisemitischer Begriffsbildung sei die Abkürzung »Z.O.G.« (»Zionist Occupied Government« – die Projektion von der »jüdischen Weltverschwörung«, die in Anlehnung an die antisemitischen »Protokolle der Weisen von Zion« zu sehen ist). Auch hat sie den Eindruck, dass v.a. Gruppen aus Deutschland wenig oder kein Wissen über die Entwicklung und Verbreitung von Materialien über die Leugnung des Holocaust oder die rechte Szene haben. Sie weist auf die Entwicklung im Internet hin, in dem es völlig unproblematisch ist, antisemitische Propaganda zu verbreiten ohne Gefahr zu laufen, juristisch belangt zu werden.

An der Frage, inwieweit Antisemitismus und Rassismus vergleichbar sind, entstand eine spannende Debatte. Einige »issues«, v.a. dort, wo sie sich gegen »das Fremde« richten, sind in beiden Haltungen zu finden, allerdings gibt es auch durchaus spezifisch antisemitische Einstellungen, z. B. bei der weit verbreiteten Bewertung der Entschädigungszahlungen für ZwangsarbeiterInnen, unter den Nazis: »Irgendwann muss doch einmal Schluss sein« oder der Aussage, dass sich die Anwälte der Opfer »eine goldene Nase verdienen«.

Entschieden abgelehnt wurde von Sarah Rembiszewski der Ansatz, ökonomische Zusammenhänge geltend zu machen oder gar als Rechtfertigung für Rassismus/Antisemitismus heranzuziehen – wie z. B. durch die Aussage, sozial Schwache würden eher zu Antisemitismus neigen als andere. Vor allem in den reichen Ländern sind Antisemitismus und Rassismus weit verbreitet.

Und auch ob »die Vernichtung der europäischen Juden« durch die Nazis nun »Shoah« oder »Holocaust« genannt werden sollte, schien ihr nicht sonderlich bedeutsam. Es ist wohl eher das deutsche Verlangen nach (Sprach-)Regelungen, das bei diesem Problem an die Stelle der – für sie wichtigeren – inhaltlichen Auseinandersetzung getreten ist.

Literatur:

Sarah Rembiszewski: Die Endlösung des Holocaust. Beschreibung des deutschen Holocaust-Leugners Gernar Rudolf.

Stephen Roth Institute: Annual report on Anti-Semitism. Online Version im Internet.

Rudi Maier

Elternheim des Irgun Olei Merkaz Europa

5-7 Mapu St., Haifa

Gespräch mit Lotte Pinkus, Gretel Merom, Marianne Oppenheim, Jutta und Hans Grünthal im Elternheim des Irgun Olei Merkaz Europa (Einwanderer aus Europa)

Donnerstag, 2. März, 16.00 – 19.00 Uhr

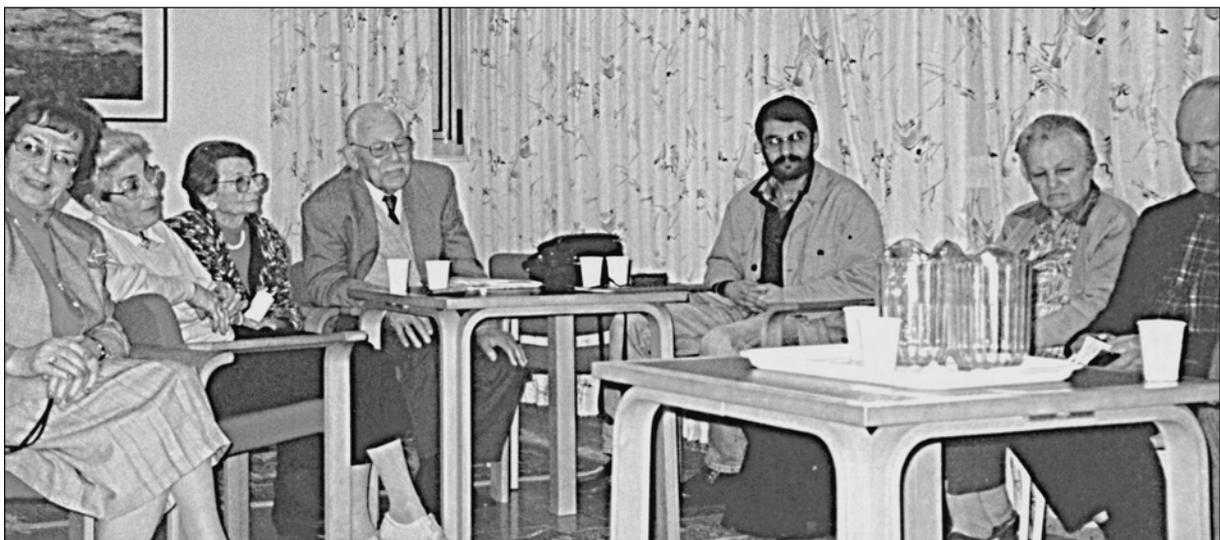
Leben nach dem Holocaust – Aufbau einer neuen Heimat

Nach der Abfahrt in Daliyat el Karmel gelangten wir nach drei Viertel Stunden Fahrt durch eine schöne Berglandschaft nach Haifa. Haifa liegt in einem tiefen Tal des Berges Karmel. Der Hafen, den man oben vom Berg bereits erkennt, ist sehr groß und erstreckt sich am Ufer längs der Stadt. Leider ein Militärhafen, der für die Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Für die Errichtung des Staates Israel im Jahre 1948 war dieser Hafen von großer Bedeutung.

Wir sind in Haifa in ein Elternheim eingeladen. Mit diesem viel schöneren Begriff wird das Altersheim bezeichnet, in dem unsere Gastgeber wohnen. Das Elternhaus ist komfortabel und freundlich mit viel Grün gebaut. Die Bewohner stammen aus Mitteleuropa, die meisten sind meines Eindrucks nach in mehreren Sprachen bewandert. Das kulturelle Leben des Elternheims und die Interessenvertretung seiner Bewohner gegenüber der Geschäftsführung werden von einem gewählten Komitee organisiert.

Von einer aktiven Gruppe des Elternheimes werden wir empfangen. Die Begegnung mit ihnen hat für uns besondere Bedeutung. Nach drei Tagen Israel, geprüft durch sehr widersprüchliche Eindrücke, treffen wir mit aus Deutschland eingewanderten Juden zusammen. Unsere Gruppe hat unterschiedliche Erwartungen und geht mit großer Vorsicht und Neugier auf diese Menschen zu: Sie repräsentieren einen Teil der deutschen Vergangenheit.

Herr Grünthal stellt die Gruppe vor und spricht zur Einleitung über die Geschichte der Einwanderung nach Palästina. Er erwähnt, dass die meisten deutschen Juden, die vor 1933, aber auch zwischen 1933 und 1939 nach Palästina eingewandert sind, überzeugte Zionisten waren. Unsere Gastgeber hatten sich in jungem Alter der Idee des Zionismus angeschlossen und Antisemitismus sowie Judenverfolgung in Deutschland und den Aufstieg des Nazismus persönlich erlebt. Sie kommen aus gebildeten Familien, z. B. war der Vater



(v.l.) Marianne Oppenheim, Frau Beer, Gretel Merom, Hans Grünthal, Hasan Yildirim (HBS-Stip.), Jutta Grünthal und Georg Möllers (HBS-Stip.)

Foto: Frank Kornberger

von Frau Grünthal Schauspieler und Regisseur und der von Frau Pinkus Arzt. Die Umstellung auf Palästina, ohne Hebräischkenntnisse die jüdische Heimstätte aufzubauen, war sehr groß. Die Einwanderer konnten nicht weiter zu Schule gehen oder studieren, sondern mussten einfache körperliche Tätigkeiten, die meisten Frauen z. B. Putzarbeiten, übernehmen oder die Männer im Hafen arbeiten. Viele kämpften in der Hagana, der Vorläuferorganisation der israelischen Armee, für die Gründung eines autonomen jüdischen Staates in Palästina oder schmuggelten Waffen. Später gingen die meisten für die Landarbeit in den Kibbuz. Vielen fiel diese ungewohnte Art des Arbeitens und die Umstellung auf die neuen Lebensbedingungen sehr schwer.

Frau Pinkus beispielsweise ist 1933 mit ihren Eltern und ihrem Bruder mit einem »Kapitalistenzertifikat«, das 10.000 RM kostete, nach Palästina ausgewandert. Mit viel Mühe fand Frau Pinkus, nachdem sie als Putzfrau gearbeitet hatte, aufgrund ihrer Englisch-Kenntnisse bis 1947 eine Stelle als Übersetzerin beim englischen Militär. Danach baute sie mit ihrem Ehemann eine Wäscherei und später eine Druckerei auf und arbeitete als freie Übersetzerin.

Herr Grünthal stammt aus Breslau. Dort schloss er sich der sozialistischen Jugendorganisation an und arbeitete mit Arbeiterkindern. Als überzeugter Zionist kam er illegal zu Verwandten nach Haifa. Die Einreisemöglichkeiten waren unter der englischen Besatzung stark beschränkt. Er arbeitete erst als Hafendarbeiter und studierte abends an der Technischen Hochschule.

Frau Merom hatte mit 15 Jahren in Deutschland einen Zionisten kennen gelernt und sich der Bewegung angeschlossen. Sie konnte noch Abitur machen und ist 1934 nach Palästina ausgewandert. Sie hat in der Landwirtschaft im Kibbuz gearbeitet und dort auch geheiratet. Später war sie als Sekretärin beim englischen Militär tätig. Gemeinsam berichten unsere Gastgeber aus den ersten Einwanderungsjahren und den Auseinandersetzungen mit den Engländern, die als Mandatsmacht deutlich mehr Interesse am Öl der arabischen Länder als an der jüdischen Einwanderung hatten.

Die heutige BRD ist aus Sicht unserer Gesprächspartner/innen ein anderer, ein demokratischerer Staat als die Weimarer Republik. Aber trotzdem sehen sie die Gefahr des Antisemitismus, verweisen auf Haider in Österreich, wobei Herr Grünthal betont, dass Haider seiner Meinung nach nicht einfach mit Hitler zu vergleichen sei, obwohl auch dieser demokratisch gewählt wurde. Auf der anderen Seite verweisen sie auf die fehlende Entnazifizierung, die eine latente Gefahr der Wiederholung, sowohl in Deutschland als auch in Österreich, mit sich bringt. So erklärt eine Gesprächspartnerin trocken: »Die Österreicher waren immer Antisemiten – außer in der Saison«. Über die Latenz oder Manifestation von Antisemitismus in Österreich und mehr noch in der Bundesrepublik sowie über Erfolg und Misserfolg der Vergangenheitsbewältigung wird noch eine Weile kontrovers diskutiert.

Während des Vortragens der eigenen Lebensgeschichten kamen keine Klagen, keine Vorwürfe an die nachkommende Generation von Deutschen, die ihnen Leid zugefügt hatten. Es erklang keine Verzweiflung, sondern ein Stolz über das Geschaffte, ein Stolz auf das lange beschwerliche aber sinnvolle Leben, das sie in Israel gelebt haben und leben. Sie sind Teil der israelischen Geschichte. Sie haben das Land aufgebaut und sind stolz darauf. Sie sprechen Deutsch als ihre Muttersprache, ohne sie in Frage zu stellen. Deutschland spielt für sie nur am Rande eine Rolle. Ihre Kinder und Enkelkinder seien schon eine andere Generation, die Hebräisch als Muttersprache haben und Israelis sind. Sie fühlen sich als ältere Generation mehr als Beobachter der Gesellschaft und nicht mehr als ihre Gestalter. Ihr Leben im Elternheim erscheint dabei sehr lebendig. Sie gestalten regelmäßig kulturelle Veranstaltungen. Auch die Veranstaltung mit uns, die in deutscher Sprache stattfand, wurde mit großem Interesse und Offenheit aufgenommen.

Nach dem Gespräch wurden wir zu einem gemeinsamen Essen in der Kantine eingeladen, wo wir die Möglichkeit hatten, in freundlicher Atmosphäre mit unseren Gastgeber/innen zu speisen und persönliche Gespräche zu führen.

Necla Kelek

Kibbuz der Ghettokämpfer und Kibbuz-Museum »Jüdischer Widerstand«



*Uri Aloni bei der Führung durch das Kibbuz-Museum »Jüdischer Widerstand«
Foto: Silvia Kunter*

*Beth Lochamei Haghetaot, Post West Galiläa 25220,
Tel. 00972-4-99 58 080, Fax 00972-4-99 58 007,
e-mail ualoni@gfh.org.il (german section)*

*Gespräch mit Uri Aloni im Museum des Kibbuz Lohamei Haghetaot
und Rundgang durch das Museum Beth Lochamei Haghetaot*

Freitag, 3. März, 17.45 Uhr – 20.00 Uhr

1949 wurde der Kibbuz Lohamei Ha'Ghetaot von Ghettokämpfern und -kämpferinnen gegründet. Gleichzeitig wurde ein Gedenk- und Dokumentationszentrum über Widerstandskämpfer und Opfer der Shoah eingerichtet. Der aus Essen stammende Referent Uri Aloni kam 1941 nach Israel, wo er zunächst in der Haganah war. Danach entschied er sich für eine Ausbildung als Lehrer. Als pensionierter Oberschullehrer hat er sich im Museum die Aufgabe gestellt »das Deutsche wieder salonfähig zu machen«, nachdem es Jahrzehnte nicht geduldet wurde.

Uri Aloni schlug uns vor, zwei Ausstellungen zu besuchen. Zum einen die Ausstellung »Die Gerechten unter den Völkern« – dabei handelt es sich um die Darstellung von Nicht-Juden, die Juden während des Holocausts geholfen haben – und zum anderen eine Darstellung des »Jüdischen Widerstands in den von Deutschland besetzten Gebieten«.

Häufig wird Aloni die Frage gestellt, weshalb jüdischer Widerstand während des Zweiten Weltkrieges nur selten aufkam. Zwei Voraussetzungen müssen laut Aloni gegeben sein, erstens »eine Bevölkerung, die dich trägt« und zweitens »eine Quelle für Waffen und Munition« – beides hatten Juden damals nicht. Yehuda Bauer habe einmal gesagt, dass Widerstand eine bewusste Tat sei, bei der man trotz Gefahr für sich selbst für die Rechte anderer eintrete. Leider ist dieser Widerstand der »Gerechten unter den Völkern« kaum darstellbar, weil er »versteckt und geheim« vollzogen wurde und daher kaum Bildmaterial zur Verfügung steht. Heute werden vom Staat Israel Ehrenurkunden an diejenigen verteilt, die während des Zweiten Weltkrieges Juden geholfen haben.

Dann gingen wir durch die beiden Ausstellungen, wobei uns Uri Aloni begleitete. Anschließend machte er uns noch mit der pädagogischen Ausrichtung des Museums vertraut: Zunächst sollen die Tatsachen des Holocaust übermittelt werden und damit auch das Verständnis gefördert sowie eine Identifikation mit den Juden jener Zeit ermöglicht werden. Darüber hinaus soll bewusst gemacht werden, dass niemand das moralische Recht hat, das Verhalten der Opfer zu be- oder verurteilen. Ebenso soll auf die Festigung universeller Werte eingegangen werden, wie z. B. Menschenrechte, Demokratie, Rücksichtnahme auf Andere und Verantwortung für das eigene Handeln. Außerdem soll die Erkenntnis der Schwäche des menschlichen Charakters, die »ganz normale Männer« (Christopher R. Browning) in »Ungeheuer« verwandelt, diskutiert werden. Die Shoah soll vor Manipulation bewahrt werden und ihre Singularität erklärt werden, um Gleichsetzung mit Anderem zu verhindern.

Um jüdischen Kindern die Shoah näher zu bringen, sie aber dennoch nicht zu traumatisieren, wurde ein zusätzliches Museum errichtet. Schulklassen werden für mindestens einen Tag eingeladen und dürfen dann an unterschiedlichen Workshops (Malen, Drama, Musik etc.) teilnehmen.

Auch heute gibt es »Schwächere« in Israel, so Aloni. Palästinenser und Neueinwanderer werden wegen ihrer Andersartigkeit ausgegrenzt. Das Museum möchte darauf aufmerksam machen und zur Integration bewegen.

Literatur

Gudrun Pausewang: Reise im August. Ravensburg 1997.

Hans-Peter Richter: Damals war es Friedrich. Freiburg 1969.

Hans-Georg Noack: Die Webers, eine deutsche Familie: 1932-1945. Ravensburg 1980.

Clara Asscher-Pinkhof: Sternkinder. Berlin 1961.

Christopher R. Browning: Ganz normale Männer — Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung in Polen«. Reinbek bei Hamburg 1993.

Willi Fähmann: Der überaus starke Willibald. Arena Verlag 1997.

Horst Burger: Warum warst Du in der Hitler-Jugend? Reinbek bei Hamburg 1978.

Uri Orlev: Alle seine Bücher, besonders: Die Bleisoldaten. Beltz 1999.

Andrea Sparka

Gabriel Bach



Gabriel Bach

Foto: Silvia Kunter

Vortrag und Gespräch mit Gabriel Bach, Generalstaatsanwalt und Richter am Supreme Court a.D. und Ankläger im Prozess gegen Eichmann im Paulus-Haus, Jerusalem

Dienstag, 7. März, 20.00 – 22.30 Uhr

Eichmann im national-sozialistischen System – 40 Jahre nach dem Prozess

1960 wurde Adolf Eichmann, ehemaliger Obersturmbannführer der SS, von einem Kommando des israelischen Geheimdienstes Mossad in Argentinien, wo er unter falschem Namen untergetaucht war, aufgespürt und in einer spektakulären Aktion nach Israel entführt. Eichmann war im Dritten Reich maßgeblich für die organisatorische Umsetzung der sogenannten Endlösung und des Völkermords an den europäischen Juden verantwortlich. 1962 wurde er von einem israelischen Gericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Es ist bis heute das einzige Todesurteil das in Israel ausgesprochen und vollstreckt wurde. Wir trafen uns

mit Gabriel Bach, einem der Ankläger von Eichmann. Begleitet wurde er von seiner Frau Ruti Bach, deren Vater Arazi Yihuda ein bekannter Haganahkämpfer war und die illegale Einwanderung nach Israel organisiert hat.

Gabriel Bach kam 1927 in Halberstadt zur Welt und verbrachte seine Kindheit in Berlin. Sein Vater war einer der führenden Zionisten Deutschlands. 1938 im Alter von elf Jahren, zwei Wochen vor der Reichspogromnacht, verließen er und seine Familie Deutschland Richtung Holland. 1948 kam er mit der Patria, die kurz darauf durch einen Bombenanschlag im Hafen von Haifa versenkt wurde (»Ein zweites mal hatte ich Glück«, G. Bach), nach Israel. In der Folgezeit war er vier Jahre stellvertretender Staatsanwalt, zwölf Jahre Staatsanwalt und später Oberster Richter Israels. Er gilt in Israel als Volksheld.

Seinen Vortrag begann Gabriel Bach mit einer juristischen Einschätzung darüber, ob ein israelisches Gericht befugt war gegen Eichmann einen Prozess zu führen. Die Rechtmäßigkeit des Verfahrens war während der Ermittlungen und der Vorbereitung des Prozesses mit dem Einwand angezweifelt worden, dass Israel Eich-



Ruti Bach

Foto: Ingrun Weiß

mann nur mit Hilfe retroaktiver (rückwirkender) Gesetzgebung angeklagt habe und es sich um einen Akt der Rache handele, wenn Opfer über ihren Täter richten. Hierzu stellte Gabriel Bach fest, dass es zum einen in dem Verfahren nicht ausschließlich um Verbrechen gegen Juden ging, sondern auch um Verbrechen gegen Kinder, Russen, Polen und Sinti & Roma, zum anderen, dass Strafverfahren in einer Demokratie immer im Namen der Opfer geführt werden. Da Israel in der Zeit, in der die Verbrechen begangen worden waren, noch nicht existierte, Tötung von Menschen aber immer illegal ist, und es das Recht jeden souveränen Staates ist, diese Straftaten zu verfolgen, kann nicht von einem Verfahren auf Grundlage einer retroaktiven Gesetzgebung gesprochen werden. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass der »Führerbefehl« die Verfolgung von Eichmann zur Zeit der Tat unmöglich gemacht hatte, die Verfolgung aber nachzuholen war. Hauptargument gegen das Verfahren war aber die Entführung von Eichmann aus Argentinien. Hierzu verwies er auf die einschlägige Rechtsprechung aus den USA und Großbritannien, die ein Verfahren trotz illegaler Entführung des Angeklagten für rechtmäßig erklärt. Des Weiteren stellte er mit vielen Beispielen und Argumenten heraus, dass die Argumentationslinien gegen den Eichmann-Prozess eng damit zusammenhängen, dass dieser in Israel stattfand und dass jene mit antisemitischen Untertönen durchzogen sind bzw. waren.

Eichmann selbst hat sich in dem Prozess und den vorausgehenden Verhören darauf berufen, dass er nur Befehlsempfänger gewesen sei, »nur ein kleines Rädchen«, und somit nicht verantwortlich für die Verbrechen. Eichmann bestritt nicht die Existenz der Gaskammern in Auschwitz, nicht die Einsatzgruppen und Massenerschießungen und nicht die Leichenverbrennungen. Er selbst benannte es als »das kapitalste Verbrechen das je geschehen ist« und war seinen Aussagen zufolge mit den Befehlen nicht einverstanden. Seine Loyalität sei jedoch unerschütterlich gewesen, da er den Fahneid der SS abgelegt hatte.

Gabriel Bach sah seine Aufgabe darin, die entschuldigenden Ausreden zu widerlegen. 1956 hatte Eichmann in einem Interview bedauert »nicht hart genug gewesen zu sein und so die Keimzelle Israels ermöglicht« zu haben. Gabriel Bach wies die Besessenheit von Eichmann nach, mit der dieser den Völkermord an den Juden pedantisch und konsequent organisiert hatte. Dabei stellte sich Eichmann oft auch gegen ihm formal

übergeordnete Militärs, die aus politischen oder militärischen Gründen einzelne Juden oder Gruppen nicht deportieren wollten. Selbst als sich die Befreiung des KZ Auschwitz abzeichnete, ordnete er dort noch die Erhöhung der Tötungsquote von 10.000 auf 12.000 Menschen täglich an. Den niedrigen Rang von Eichmann (SS-Obersturmbannführer) hielt Bach für eine Tarnung. Eichmann ist der einzige gewesen, der in der Abteilung für die Endlösung über die gesamte Zeit nicht ausgewechselt worden ist. Hieraus kann seine besondere Motivation abgeleitet werden.

Anliegen der Ankläger in dem Prozess war darüber hinaus, die Individualität der Opfer zu verdeutlichen. Hierzu wurde pro Land die Geschichte einer Familie im Prozess nachgezeichnet und durch Zeugenaussagen belegt. Es wurden Dokumentarfilme über die Vernichtung von Kindern in die Beweisführung mit einbezogen. Gabriel Bach schilderte bei seinem Vortrag eindrücklich, wie er oft mit seinen Emotionen kämpfen musste, die durch die Berichte der Überlebenden ausgelöst wurden. Ein Großteil der potentiellen Zeugen war erst nicht in der Lage über das Erlebte zu berichten, geschweige denn vor Gericht als Zeugen darüber auszusagen. Nach anfänglichem Schweigen folgte oft das Gegenteil. Die Menschen wollten ihre Geschichte, nachdem sie sie jahrelang verdrängt hatten, in jedem Detail mitteilen und fanden keine Grenze mehr. Dies hielt Bach in vielen Fällen davon ab, sie in den Zeugenstand zu rufen.

Trotz der emotionalen Belastung stellten die Ankläger den Verteidigern ihnen bekannt gewordenen, für Eichmann entlastendes Material zur Verfügung und kündigten ihre Beweisschritte im Voraus an. Eichmann wurde von zwei deutschen Verteidigern vertreten. Einer war bereits Hauptverteidiger in den Nürnberger Prozessen gewesen und war von der Familie bestellt worden. Beide Anwälte erkannten die Polizeiaktion des Kidnappings und die faire Prozessführung an.

Am Ende des Prozesses fiel es Gabriel Bach trotz des Wissens über die begangenen Verbrechen nicht leicht, das Todesurteil für Eichmann zu fordern. Er äußerte seine Erleichterung darüber, dass eine solche Entscheidung kein zweites Mal in seinem Leben von ihm abverlangt wurde. In Israel kann die Todesstrafe nur im Falle von Völkermord oder bei Verbrechen, die im Zusammenhang mit dem Holocaust stehen, ausgesprochen werden.

Weit wichtiger als die juristische Komponente waren die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Prozesses. Der Prozess wurde per Radio übertragen, im Fernsehen wurde international über den Prozess berichtet. So wurden in der israelischen Gesellschaft die Leidensgeschichten der Opfer des Holocaust bekannt. Bis zum Prozess herrschte in weiten Teilen der Bevölkerung das Bild von widerstandslosen und passiven Juden vor, die sich in die Gaskammern haben führen lassen, was u.a. dazu geführt hatte, dass die jüdischen Partisanenverbände und militanten Widerstandskämpfer in den Vordergrund der Auseinandersetzung mit dem Holocaust gerückt worden waren. Mit dem Prozess und der öffentlichen Teilhabe änderte sich dieser Eindruck, da deutlich wurde, wie beschränkt die Möglichkeiten des Widerstandes waren, wie wenig Rückhalt in der nicht-jüdischen Bevölkerung bestand und wie die deutschen Nationalsozialisten immer wieder wussten, die Ängste und Hoffnungen der Opfer auszunutzen, um sie in die Irre zu leiten.

Die Opfer bekamen in Israel endlich ein Stück weit die Aufmerksamkeit, die sie sich nach dem Überleben des Holocaust und der Migration nach Israel erhofft, aber nicht bekommen hatten. In der Situation des Aufbaus Israels und der ständigen kriegerischen Bedrohung war ein anderes Bild von Juden, als das der Opfer, gefragt und propagiert worden.

In Deutschland stand infolge des Prozesses Material zur Verfügung, um den Holocaust zu thematisieren, nachdem in den Jahren zuvor vorwiegend versucht worden war, die Verbrechen Deutschlands vergessen zu machen. Lehrer in den Schulen konnten auf den Prozess als Informationsquelle zurückgreifen. Es musste nicht mehr erst belegt werden, dass der Holocaust stattgefunden hatte und in welcher Form er durchgeführt worden war. Nach der Verurteilung Eichmanns folgten endlich auch in Westdeutschland Prozesse

gegen Verbrecher des Nazi-Regimes. Bach sprach in diesem Zusammenhang von einer Kettenreaktion von Verfahren.

Für Gabriel Bach liegt die Besonderheit des Holocaust in der grausamen Systematik mit dem er durchgeführt worden ist. Nach dem Verfahren gegen Eichmann kam es noch zu anderen Verfahren gegen Nazi-Verbrecher in Israel. Bach hat sich später als Richter in entsprechenden Verfahren für befangen erklärt. Er befürwortet alleine schon aufgrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung, auch bei sehr fortgeschrittenem Alter der Täter ein Verfahren gegen sie durchzuführen. Es würde in diesen Fällen nicht darum gehen, unbedingt eine Haftstrafe zu vollziehen. Die Angeklagten sollten jedoch mit den Grausamkeiten des Holocaust und ihrer Teilhabe daran konfrontiert werden.

Auf die Frage, ob psychologische Gutachten über Eichmann erstellt wurden, zählte Bach eine Reihe von Methoden auf, mit denen Eichmann untersucht worden war, die aber meist juristisch nicht verwertbar und zudem fragwürdig in ihren Ergebnissen waren, auch wenn sie Auffälligkeiten aufwiesen. Festgestellt worden war, dass Eichmann die Verbrechen in vollem Bewusstsein durchgeführt hatte. Für Bach war er der typische Schreibtischtäter und -mörder.

Auf sein Verhältnis zu Deutschland befragt erklärt Gabriel Bach, dass er 30 Jahre lang nicht bereit war, deutschen Boden zu betreten. Erst auf Drängen des israelischen Außenministeriums nahm er später eine Einladung an und lernte dabei den Bundespräsidenten Heinemann kennen, mit dem er sich befreundete. Durch diese Freundschaft und der Auseinandersetzung mit Heinemann veränderte sich sein Verhältnis zu Deutschland. Die Demonstrationen in Deutschland gegen Neonazis und Ausländerfeindlichkeit bedeuten für ihn ebenfalls eine positive Entwicklung und stärken sein Vertrauen.

Natürlich wurde Gabriel Bach im Verlaufe des Gespräches auch nach seiner Einschätzung über die Tagebücher von Eichmann befragt, die dieser während seiner Haft in Israel geschrieben hatte und die einige Tage vor dem Gespräch von der israelischen Regierung zur Veröffentlichung freigegeben worden waren. Bach war einer der wenigen, die zuvor die Tagebücher gelesen hatten. Er hält sie für relativ unwichtig und uninteressant. Eichmann stellt sich in ihnen vor allem als Opfer dar. Weit mehr Informationen könnten dem Verfahren und dem Urteil entnommen werden. In diesem Zusammenhang kritisierte er den Dokumentarfilm »Der Spezialist«, den er wegen verkürzter Darstellungsweisen für oberflächlich hält.

Zum Schluss wollte Gabriel Bach von uns wissen, wie wir die Auseinandersetzung über das geplante Mahnmal für die jüdischen Holocaust-Opfer einschätzen. Der Großteil der Anwesenden war sich darüber einig, dass die langwierige Diskussion über die Gestaltung des Mahnmals ursächlich mit der prinzipiellen Ablehnung einer jüdischen Gedenkstätte im Zentrum von Berlin begründet liegt. Die Tatsache, dass nicht wenige Politiker die Diskussion nutzten, um mit populistischen Statements über das Mahnmal Wahlkampf zu betreiben, wurde scharf verurteilt. So hatte es Diepgen, der regierende Bürgermeister von Berlin, wenige Wochen zuvor abgelehnt, an der symbolischen Einweihung des Mahnmals teilzunehmen, da er keinen Sinn darin sah, ein Projekt zu unterstützen, das die Mehrheit der Bevölkerung von Berlin nicht wolle. Aber auch das Vorgehen z. B. des Bundeskanzlers Schröder wurde nicht als positiv eingeschätzt, der sich ohne tieferes Interesse für ein Mahnmal ausspricht, mit der klaren Erwartung, in Zukunft die Diskussion und Auseinandersetzungen um den Holocaust mit dem Hinweis auf das Mahnmal für beendet erklären zu können.

Sebastian Siegele

Yad Vashem Gedenkstätte für Holocaust-Märtyrer und Heldentum



Yad Vashem, Gedenkstätte für Holocaust-Märtyrer und Heldentum

Foto: Frank Kornberger

P.O.B. 3477, Jerusalem 91034;
Tel. 00972-2-64 43 400,
Fax 00972-2-64 43 443

e-mail: info@yad-vashem.org.il,
URL: www.yad-vashem.org.il

Gespräch mit Yariv Lapid in der
»International School for Holocaust-
Studies« in Yad Vashem

Mittwoch, 8. März, 15.00 – 16.15 Uhr

1999 wurde das Institut »International School for Holocaust-Studies« in Yad Vashem eingeweiht, in dem Lapid tätig ist. Auf hebräisch nennt es sich »Zentrale Schule für Holocaust-Studien«. Hierin sind besonders historisch-philosophische und pädagogische Fragestellungen wichtig. Laut Lapid sind Juden oft wenig interessiert, von anderen über den Holocaust zu erfahren, am wenigsten von Deutschen. Die Shoah wird als eigene Geschichte, Erfahrung und Gefühl gesehen. Das Wort »international« im Namen scheint so auf den ersten Blick eher im mangelnden Nachdenken über diese Haltung begründet zu sein.

Die Sichtweise anderer über den Holocaust ist oft nicht direkt nachvollziehbar. Zudem stellen sich vorab einige Fragen: Gehört die Geschichte auch anderen oder ist es nur jüdische Geschichte? Was heißt es, dass der

Holocaust universell ist? Tagungen zum Thema waren bisher meist historisch-empirisch, auch schon mal inklusive einer philosophischen Metaebene, beschäftigen sich jedoch wenig mit den unterschiedlichen Hintergründen der jeweiligen Holocaustforschung. Lapid will diese Lücke füllen und vergleicht den Blick auf den Holocaust aus deutscher und israelischer Perspektive. Die Unterschiede ermöglichen die Reflexion auf die Voraussetzungen des eigenen Blicks auf die Geschichte. So wurden z. B. durch eine Übersetzung einer

zu einem Kinderbuch umgearbeiteten Autobiographie einer Überlebenden ins Deutsche zwei Unterschiede deutlich:

Die Formulierung »im Krieg gestorben« bedeutet in Israel, im KZ umgekommen zu sein, in Deutschland jedoch, gefallen oder durch Kampfhandlungen umgekommen zu sein. Die Formulierung »jüdischer Kopf« wird in Israel mit »jüdischer Background« oder »jüdisches Denken« übersetzt, in Deutschland mit der antisemitischen anatomischen Beschreibung assoziiert.

Das Konzept Yad Vashems hat sich in den letzten fünf bis sechs Jahren stark gewandelt. Betrachtete man früher vor allem die Pole »böse« (Funktionäre wie Eichmann und Hitler) und »gut« (Partisanenkrieg, Aufstände wie im Warschauer Getto) – was auch die Bezeichnung »Heldentum« im Untertitel der Gedenkstätte erklärt – und gingen damit alle anderen Beteiligten des Holocaust unter – wobei dies kein rein israelisches Phänomen war –, so beginnt man nun, auch dem Rest der Täter und den 99 % der jüdischen Opfer, die keine »heldenhaften Kämpfer« waren, Aufmerksamkeit zu schenken. Der Holocaust wird mehr und mehr als etwas betrachtet, das Menschen (und nicht Unmenschen) an anderen Menschen begangen haben. Nach Lapid geht es darum, sich dem Holocaust und den damit verbundenen Fragen mit Neugier zu nähern.

Natürlich ist sich die Wissenschaft nicht einig. So hat Dan Diner proklamiert, dass Ende des 20. Jahrhunderts alle Versuche, den Holocaust zu erklären und damit in die Geschichtswissenschaft zu integrieren, gescheitert sind. Der von Diner angesprochene Anspruch auf Erklärbarkeit findet sich dabei vor allem in der Forschung in Deutschland, andere, auch Israel, sind dabei vorsichtiger oder gehen gar davon aus, dass der Holocaust ein Bruch in der Geschichte ist, sich also nicht als erklärbares Phänomen in die Geschichtswissenschaft integrieren lässt, dementsprechend wird der Anspruch darauf kritisch betrachtet.

Auf der anderen Seite existiert eine Mystifizierung des Holocaust und damit einhergehend ein Betroffenheitskult, der Nachdenken unmöglich macht. Diesen Kult bestätigt auch Matthias Heyl von der »Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach/über Auschwitz« (FAS) in Hamburg: Deutsche SchülerInnen können mehr über das Leben von Juden als über ihre eigene Familie erzählen, da als »emotionales Ausweichen« vor einer empfundenen Schuld der Weg einer merkwürdigen Identifikation mit den Opfern gewählt wird.

Diverse Pädagogen, vor allem Lehrer, erkennen, dass die SchülerInnen nichts mehr hören wollen, das Thema Holocaust redundant und langweilig finden. Vor der Frage, wie das Interesse zu wecken ist, kommt jedoch die nach der Ursache des Desinteresses. Lehrer treten auf als Prediger (»Nie wieder ...«) anstatt zunächst Fragen zu stellen und zuzulassen, weil der Holocaust wie andere historische Themen auf eine Erklärung reduziert wird und damit bereits die Antworten parat stehen auf Fragen, die sich den SchülerInnen noch nicht einmal gestellt haben. Anspruch hier wäre also die Abkehr von der fertigen Erklärung. Filme beispielsweise, wie es »Holocaust« und »Schindlers Liste« bewiesen haben, sind nutzbringend, um anzuregen, in die Thematik einzusteigen, unabhängig von ihren teils problematischen Inhalten.

Postmoderne und Dekonstruktion zwangen in den letzten Jahren die Geschichtsschreibung und Pädagogik, mehr und mehr darauf einzugehen, dass Geschichte und Wirklichkeit immer subjektiv erfahren werden, Objektivität in der Geschichtsschreibung nicht zu haben ist. Dies lehrt eine Bescheidenheit bei der Betrachtung von Geschichte, die Lapid einfordert. So ist Geschichtsschreibung immer wählerisch gewesen, hat die negativen Wesenszüge der Zivilisation ignoriert, weil sie nicht ins positive Bild von Zivilisation als zukunftsweisend und fortschrittlich passte: dies ist z. B. enthalten in einer Lesart des Holocaust als »Zivilisationsbruch«. In der Pädagogik bedeutet die Postmoderne eine Subjektivierung und Individualisierung des Umgangs mit der Vergangenheit. Statt von DEN Deutschen oder DEM jüdischen Umgang wird mehr von ich oder spezifischen wirs gesprochen. So produziert die »International School for Holocaust Studies« Programme wie bspw. das folgende zur Reichspogromnacht in drei Teilen:

1. 18 Poster für den Klassenraum, die thematisch gegliedert z. B. die Machtergreifung, Situation der Juden 1933 in Deutschland, Arierungsprogramme oder Nazis als Bewegung darstellen.
2. Eine Broschüre mit historischen Dokumenten wie z. B. Tagebucheinträgen und einer kontextgebenden Einleitung.
3. Ein Video mit kurzer Einleitung und sieben bis acht Zeitzeugen chronologisch bis zum 09.11.1938 und dem Ablauf des Tages.

Bezüglich der Darstellungsweise wird in den Programmen drei Leitgedanken gefolgt:

- **Multimedialität**

Eine Vielfältigkeit der Medien ist wichtig, da sie verschiedene Wahrheiten produzieren, Menschen verschieden ansprechen, d.h. die Darstellungsweise ist eine inhaltliche, keine rein technische Frage.

- **Zusammenhang von Text und Kontext**

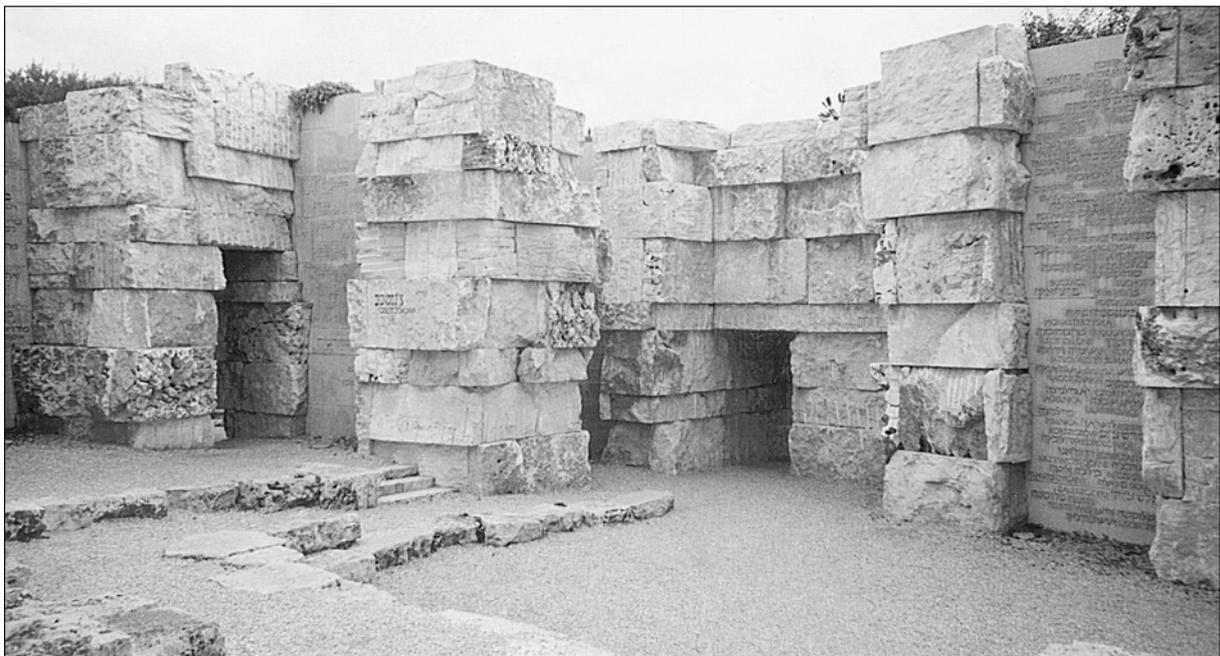
Es wird versucht, den Kontextanteil zu verringern und den Text-Anteil zu vergrößern. Es soll vermieden werden, im Kontext Begriffe wie Antisemitismus und Juden zu nutzen, da sie nicht allgemein definiert sind und daher eher zur Ungenauigkeit beitragen.

- **Die Rolle der Zeitzeugen als wichtigste TextautorInnen**

Bei der Auswahl der Texte wird ebenfalls auf Vielfältigkeit geachtet, da sie als subjektive Texte alleinstehend den Kontext verändern und einseitiger gestalten.

Letztendlich soll gezeigt werden, dass auch HistorikerInnen nicht objektiv sind und dass dies auch völlig legitim und in Ordnung ist. Dies wird im Video z. B. dadurch erreicht, dass ein Historiker die scheinbare Objektivität mit der Äußerung »Das war der Tag, an dem mein Großvater nach Dachau kam« durchbricht.

Diese neue Position zur Geschichtswissenschaft, die eine Kritik an der traditionellen israelischen Geschichtswissenschaft impliziert, gewinnt an Raum, auch und gerade in Yad Vashem. Noch aber ist es ein Genera-



Yad Vashem, im Tal der Gemeinden

Foto: Frank Kornberger

tionenkonflikt. So wurde die Schule im Oktober 1999 eröffnet und in der Eröffnungsrede sprach der Direktor über den Dialog. Genau das ist es, was die neuere Generation will: den Dialog mit anderen nationalen und vor allem internationalen Instituten und Gruppen, einen Austausch über die verschiedenen Varianten des Denkens über den Holocaust. Und damit hat der Begriff »international« im Titel für die neuere Generation auch sehr wohl seine Berechtigung und seinen Sinn.

Unsererseits wurde nach dem Ausstellungsbild vom Mufti in Jerusalem gefragt, das Arafat erst entfernt sehen wollte, bevor er Yad Vashem besuche. Die gesamte zionistische Ausrichtung der Ausstellung war als Kritikpunkt seinerseits wohl nicht gefallen, lasse aber die Frage offen, inwiefern Yad Vashem bemüht sei, auch arabische BesucherInnen anzusprechen. Laut Lapid gibt es seit zwei Jahren Seminare für AraberInnen, wobei das Gettokämpfermuseum [siehe Bericht oben zum Kibbuz der Gettokämpfer, Anm. der Autorin] dies länger und professioneller macht und über mehr arabische Kontakte verfügt. Die Frage danach ist jedoch nicht untypisch für Deutsche, deren Holocaust-Auseinandersetzung mit einem ganz anderen Hintergrund geschieht. In Israel ist der Grund für die Auseinandersetzung schlicht das Faktum, dass es geschehen ist, es ist in die Geschichte Israels eingegangen. In Deutschland entsteht – im Sinne einer »Instrumentalisierung des Holocaust« – schnell der Versuch, aus einer spezifischen Vergangenheit heraus Konsequenzen auf eine andere Ebene zu projizieren, so dass aus der Beschäftigung mit dem Holocaust sehr oft direkt zum Thema »Umgang der Deutschen mit TürkinInnen« übergegangen wird und Antirassismus-Arbeit forciert wird. Anschließend kommt dann die Frage, wie Israelis mit PalästinenserInnen umgehen. Dabei sind diese Probleme nicht vergleichbar: Im Nahen Osten herrschte Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten (und dies ist nicht einfach Geschichte, sondern viele heute lebende Israelis haben aktiv an den Kampfhandlungen teilgenommen). In Europa dagegen wurden Juden als Juden verfolgt, es standen sich keine Nationen im Krieg gegenüber.

In der Fragen- und Debattenrunde wurde das Verhältnis zwischen Objektivität und Subjektivität noch einmal aufgenommen, d.h. die Möglichkeit der Feststellung von Fakten in Lapids theoretischem Konzept erfragt. Beispielhaft war die Frage, wie man demnach sagen könne, dass es KZs gegeben habe, oder ob dies von der Wahrnehmung der Betrachtenden abhängt. Dies beantwortete Lapid damit, dass es in demokratischen Gesellschaften unterschiedliche Positionen gibt, die sich im Diskussionsprozess annähern können, und dass, wenn 90 % der ForscherInnen das Vorhandensein von KZs feststellen, es sie wohl gegeben haben wird. Er verwies noch einmal auf die konstruktiven Beiträge, die die Postmoderne der Wissenschaft erbracht hat und brachte sein Verhältnis zu dieser theoretischen Richtung wie folgt auf den Punkt: Müsse er zwischen Skeptizismus und Rationalismus wählen, so würde er sich eher für den Skeptizismus entscheiden.

Zur Frage der Postmoderne wurde auch anschließend unter uns noch länger debattiert, was unsere überwiegend eher distanziertere Haltung gegenüber dem Dekonstruktivismus (aus wiederum unterschiedlichen Begründungen heraus) noch mal verdeutlichte, allerdings auch Möglichkeiten andeutete, dass diese Theorie in einzelnen Punkten tatsächlich produktive Beiträge leisten kann. Einig waren wir uns jedoch darüber, dass wir mit Yariv Lapid ein extrem spannendes und zum Nachdenken anregendes Gespräch geführt hatten.

Literatur

Joyce Appleby: Telling the Truth about History. 1995.

[Hier kann Lapids theoretische Grundlage nachgelesen werden, da er sich nach eigener Auskunft stark auf dieses Buch stützt]

Anmerkung: Das Gespräch fand nur mit einem kleineren Teil unserer Gruppe statt.

Petra Spona

Otto Heilbrunner

Gespräch mit Otto Heilbrunner vom Historischen Seminar der Hebräischen Universität Jerusalem, Mount Scopus

Mittwoch, 8. März, 17.30 – 18.30 Uhr



Die Klagemauer in Jerusalem

Foto: Dieter Lankes

Die Fragmentierung der jüdischen Gesellschaft und ihre Bezüge zum Holocaust heute

Otto Heilbrunner, Dozent am Historischen Seminar der Universität Jerusalem, hat viel zu Deutschland gearbeitet, v.a. zum Allgäu und zum Schwarzwald im 19. und 20. Jahrhundert. Thema seines Referates waren die israelisch-jüdische Gesellschaft und ihre Bezugspunkte zum Holocaust heute. Dabei nahm er eine Aufteilung der Gesellschaft entlang dreier Linien vor:

1. die wichtigste Trennlinie: weltliche oder religiöse Einstellung,
2. die Trennlinie zwischen arm und reich und
3. die Trennlinien der Herkunft jüdischer Menschen in Israel: Ashkenasim (mittel- und osteuropäische Juden) und orientalische Juden (vornehmlich aus den arabischen Ländern und Äthiopien).

Darüber hinaus gibt es noch weitere Differenzen: Menschen aus Tel Aviv unterscheiden sich von denen aus Jerusalem, ebenso finden sich Unterschiede bei den Menschen aus Nord- und Südisrael. Die Stadtbevölkerung unterscheidet sich von Kibbuzniks und die Zivilgesellschaft hat andere Einstellungen und Vorstellungen wie Armeeangehörige und ihre Familien. Die starke Fragmentierung der israelischen Gesellschaft heute und ihre jeweils unterschiedlichen Identitäten spielen eine wichtige Rolle bei der Beurteilung des Holocaust und innerhalb der Gesellschaft verschieben sich die Bezugs- und Berührungspunkte der einzelnen Gruppen. Im Folgenden werden diese Verschiebungen aufgezeigt.

1. Die Gruppe der Religiösen und (Semi-)Säkularen

In Israel sind fast alle jüdischen Glaubens, 90 % der Menschen feiern das Pessach-Fest. Deshalb gibt es keinen Sinn, von »Säkularen« zu sprechen, die Bezeichnung semi-säkular trifft nach Meinung des Referenten die Sache besser. Allgemein lässt sich eine Entwicklung erkennen, in der der Holocaust den semi-säkularen Juden weniger wichtig erscheint, während andererseits den religiöseren Juden der Bezug auf den Holocaust

immer wichtiger wird. Als Beleg hierfür nannte Heilbrunner die wachsende Teilnahme letzterer an den Schweigeminuten für die Opfer des Holocaust. Diese finden jährlich am Tag des Aufstandsbeginnes im Warschauer Ghetto (18. Januar 1943) um 10 Uhr morgens statt (Sirenengeheul). Immer wieder gibt es unter den Religiösen heftige Debatten, wie dieser Tag begangen werden soll, der Holocaust erhält dadurch eine »religiöse Bedeutung«.

Bei den semi-säkularen Gruppen dagegen tritt der Holocaust immer mehr in den Hintergrund. In den 60er Jahren, während des Eichmann-Prozesses und des Sechs-Tage-Krieges 1967, spielte der Holocaust für die politische Argumentation der Regierung noch eine wichtige Rolle. Der Referent sprach von einer »Instrumentalisierung des Holocaust für politische Zwecke«. Der politische Rückgriff auf den Holocaust war bis ca. 1980 an der Tagesordnung. In den 90er Jahren hat sich dies verändert. Aufgrund der stärker werdenden religiösen Gruppen und der religiösen Aufladung des Holocaust-Gedenkens versuchen die semi-säkularen Gruppen, ihre »Identität« außerhalb des Bezuges zum Holocaust zu finden. Es findet sich massive Kritik auch am sogenannten »Holocaust-Business«.

Der Holocaust avancierte mehr und mehr zum Ort der Auseinandersetzung zwischen Religiösen und (Semi-)Säkularen, was in der Knesset an entsprechenden Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Parteien deutlich wird.

2. Die Gruppen der »Armen« und »Reichen«. Je nachdem wo man steht: »Us and them«

Zwei Thesen wurden vorgetragen: Je reicher, gebildeter und säkularer, desto indifferenter stehen die Menschen zum Holocaust und im Umkehrschluss die These, je religiöser und je ärmer desto mehr nehmen die Menschen Bezug darauf. Als Beispiel nennt er die Ergebnisse einer Studie v.a. im Süden Israels. Je ärmer die Städte waren, in denen zur Holocaustwahrnehmung geforscht wurde, desto willkommener waren die Studierenden von Yad Vashem, die diese Studie durchführten.

Auch im Bereich des Verhältnisses von akademischer und populärer Debatte hat sich etwas verschoben. Waren die Holocaust-Studies in den 70er und 80er Jahren noch wesentlicher Bestandteil des akademischen Lebens, so spielt er dort heute eine geringere Rolle. Die religiösen und armen Gruppen haben sich, so Heilbrunner, den Holocaust als Bezugspunkt angeeignet.

3. Die Identitätsstiftung des Holocaust für Menschen aus Europa und aus Nordafrika

Auch hier gibt es relativ klare Bezugspunkte. Je europäischer die Juden, desto weltlicher und liberaler sind sie. Im Umkehrschluss: je orientaler desto »holocaustgläubiger« mit den Worten von Heilbrunner.

Zusammenfassung

Die beschriebene Transformation ist politisch begründet. Die politische Rechte steht unter dem Einfluss der Ultra-Orthodoxen, die meisten lower-class-Angehörigen haben rechts/religiös gewählt. Die israelische Gesellschaft insgesamt hat sich politisch nach rechts entwickelt. Der Bezug auf den Holocaust hängt von der Frage der Religiosität, vom ökonomischen Status und der Herkunft der Menschen ab.

Diskussion

In der anschließenden Fragerunde wurde eine Vielzahl von Punkten angesprochen, die ich z.T. nur streifen werde. Otto Heilbrunner erwähnte u.a., dass russische Juden nur sehr wenig über den Holocaust wüssten,



... und aus einem anderen Blickwinkel mit der El Aksa Moschee

Foto: Anette Harms

dass die orientalischen Juden die Miteinbeziehung ihrer eigenen Geschichte fordern und stützt die These, dass diejenigen, die Angst haben zu den Verlierern zu zählen, sich mehr auf den Holocaust beziehen, sie wollen in die gesellschaftliche Mitte. Spannend war die Einschätzung, inwieweit der zweite Golfkrieg 1991 das Holocaust-Trauma wieder offensichtlich hat zutage treten lassen. Zur Erinnerung: Hussein hat – u.a. mit deutscher Hilfe entwickelte – Raketen nach Israel abfeuern lassen, die u.a. in Tel Aviv einschlugen [Hierzu sei auch auf die Medienanalyse im Buch »Zweierlei Holocaust« von Moshe Zuckermann hingewiesen, Anm. des Autors]. Heilbrunner meinte, dass die persönliche Betroffenheit von der Medienberichterstattung zu unterscheiden sei. Dazu gibt es ein Buch von Moshe Zimmermann, das sich dem Umgang mit dem Holocaust in Israel widmet. In Fragen von kollektiver und individueller Sicherheit gibt es eine Vielzahl von Stimmen, die Politik mit dem Holocaust machen würden. Als aktuelle Beispiele nennt er die Gleichsetzung (der Rückgabe) des Golans mit Auschwitz und die Tendenz, Arafat und Hitler auf dieselbe Stufe zu stellen. Otto Heilbrunner geht davon aus, dass das Thema Holocaust in der israelischen Politik mehr und mehr verschwindet. Er sieht Anzeichen darin, dass erstmals das Rückkehrrecht (Recht aller Juden weltweit auf Einwanderung nach Israel) diskutiert wird. Dieses Gesetz war lange Jahre zentraler Bezugspunkt aufgrund der Geschichte Israels. Derzeit wird diskutiert, ob es modernisiert werden soll. Was am Ende dieser Modernisierung stehen soll, wurde allerdings nicht deutlich.

Literatur

Moshe Zuckermann: *Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands.* Wallstein-Verlag 1999. 181 Seiten, 38 DM. [Bereits der Titel verweist zum einen auf die unterschiedlichen Bedeutungsfunktionen, die das geschichtliche Ereignis in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands erfüllt, zum anderen bezieht er sich auf die in beiden Ländern nachweisbare Diskrepanz zwischen dem Wesen des Holocaust und seiner kulturindustriell verformten Rezeption.]

Moshe Zimmermann: *Wende in Israel.* Aufbau TB-Verlag 1996. 12 DM. [Wie gespalten Israel ist, haben die Ermordung Rabins 1995 und der Wahlerfolg des Likud-Vorsitzenden Netanyahu im Mai 1996 demonstriert. Nach 100 Jahren Zionismus und fast 50 Jahre nach der Gründung des Staates bewegen sich Politik und

Gesellschaft zwischen den Alternativen Demokratie und Theokratie, modern oder konservativ, liberal oder fundamentalistisch.]

Richard Chaim Schneider: Fetisch Holocaust. Die Judenvernichtung – verdrängt und vermarktet. Ca. 30 DM.
[Eine fundierte und teilweise sarkastische Darstellung des »Holocaust-Business«.]

Rudi Maier

4. Ethnische & religiöse Minderheiten in Israel

Jüdische BürgerInnen Israels

»Wenn ich Ihr Programm sehe, haben Sie bislang eher ashkenasische Juden getroffen«, kommentierte der deutsch-israelische Ethnologe und Archäologe Gunnar Lehmann unser Programm, als wir ihn am Ende unserer Reise in Beersheba (siehe Themengebiet Friedensprozess) trafen. Und tatsächlich – uns war es vorher nicht aufgefallen – bis auf eine Frau, Hagar von Bat Shalom (siehe Themengebiet Friedensprozess), hatten wir immer nur Juden europäischer Herkunft getroffen. Im Rahmen unserer Vorbereitung hatten wir gelernt, dass die israelisch-jüdische Gesellschaft entlang zweier Linien gespalten ist: In europäische (ashkenasische) und orientalische (sephardische) Juden auf der einen und semi-säkulare und (ultra-)orthodoxe Juden auf der anderen Seite – zwei Trennungslinien, die insofern korrelieren, als die meisten Ashkenasim semi-säkular und viele orientalische Juden orthodox sind. In dem Moment, als Gunnar Lehmann sich unser Programm anschaute, wurde mir bewusst, dass wir jeweils nur die dominierende der beiden Gruppen in unserem Programm berücksichtigt hatten.

Wir hatten ursprünglich den Wunsch gehabt, uns z. B. auch mit äthiopischen Einwanderern zu treffen, eine vorwiegend in den 80ern eingewanderte jüdische Gruppe, die sich vor einigen Jahren gegen inner-jüdischen Rassismus auflehnte und damit Schlagzeilen machte: Das von Juden äthiopischer Herkunft gespendete Blut war ohne vorherige Prüfung weggeschmissen worden, da man annahm, dass Afrikaner mit größerer Wahrscheinlichkeit mit HIV infiziert seien.

Interessant würde bei einem nächsten Besuch auch sein, mit VertreterInnen der russischen Einwanderer zu sprechen, die, wie uns mehrfach versichert wurde, demgegenüber keine Probleme mit der Akzeptanz hätten, da sie als große Gruppe und gut ausgebildete Ashkenasim nach Israel kamen. Trotzdem wiesen andere GesprächspartnerInnen darauf hin, dass russische EinwandererInnen meist unter sich leben und sich zu Parteien zusammenschließen, um sich explizit als Interessengruppe zu vertreten. Im Gespräch mit der Histadrut Hamorim (siehe Themengebiet Frauen) wurden Probleme in der Schulintegration angesprochen.

»Die jüdische Gesellschaft« in Israel ist also keine homogene Gruppe mit einem einheitlichen Interesse. Ihre internen Spaltungen werden auch für die Zukunft des Friedensprozesses relevant, da, wie Hagar uns erzählte, die schlechte ökonomische Stellung der orientalischen und ultra-orthodoxen Juden sie skeptischer gegenüber außenpolitischen Veränderungen mache. Der Friedensprozess werde z.Z. hauptsächlich von den europäischen, semi-säkularen Juden getragen, die sozial besser gestellt seien. Diese Spaltung zeigt sich auch in einer unterschiedlichen Haltung zum Holocaust (siehe Otto Heilbrunner, Themengebiet Antisemitismus).

Israelischer Bürger arabischer Herkunft

Außenpolitisch auffälliger und in unserem Programm repräsentiert sind andere Minderheiten in Israel: Wir haben erfahren, dass fast 20 % [!] der israelischen Staatsbürger arabischer Herkunft sind, hauptsächlich Araber palästinensischer Herkunft, Drusen und Beduinen. Diese Bevölkerungsgruppen hatten im Krieg 1948 nicht das Land verlassen, sondern sind nach der Gründung des Staates Israel israelische Staatsbürger geworden. Das Bleiben wurde für sie zu einem »Trauma«, erklärte **Adel Mana, Doktor für Islamische Geschichte**, den wir in Givat Haviva zum Thema »**Arabische Bürger Israels**« trafen. Die Palästinenser seien zu Fremden im eigenen Land geworden und seitdem rassistisch diskriminiert. Anhand mehrerer Beispiele zeigte Mana in seinem Vortrag, auf welche Weise arabische Israelis teils offen, teils subtil diskriminiert werden und welche zweischneidige Rolle gesetzliche Bestimmungen dabei spielen.

Das Gespräch mit Adel Mana polarisierte unsere Gruppe. Unsere Meinungsverschiedenheiten drehten sich um Fragen, inwiefern welche Äußerungen Manas antisemitisch seien, z. B. der Vorwurf, Israel agiere rassistisch und erzeuge somit Antisemitismus im Nahen Osten oder ob man seine Haltung aus seiner Position heraus nachvollziehen könne. Des Weiteren wurde spekuliert, ob die Umsetzung seiner Forderungen nach Gleichberechtigung den Charakter Israels als jüdischen Staat zunichte machen würde.

Bzgl. der Erläuterungen der sozialen Situation und Diskriminierung der arabischen Israelis ähnelte Manas Darstellung derjenigen der arabisch-palästinensischen Universitätsangehörigen aus Akko. Dort hatten wir erfahren, dass die arabischen und jüdischen Schulsysteme getrennt seien, wobei letztere wesentlich besser ausgestattet seien als die arabischen. Der Auffassung unserer Gesprächspartner nach ist es für arabische SchülerInnen aus diversen Gründen wesentlich schwieriger, an die Universitäten zu kommen als für jüdische, und selbst wenn sie das schaffen, wird ihnen dort keine ausreichende Förderung zuteil. Mich schockierte, als mir ein arabischer Student seinen israelischen Pass zeigte, in dem stand: Nation – arabisch. Er sagte, die Diskriminierung mache sich häufig an diesem Vermerk fest, so sei es schwierig, mit einem solchen Ausweis in Diskotheken hereinzukommen.

Sozial schwach ist auch der Süden des Landes, wo eine andere arabische Minderheit wohnt: die rund 80.000 israelischen **Beduinen in Rahat**. Am Ende unserer Reise wurde uns hier ein großes traditionelles Mittagmahl in Anwesenheit aller wichtigen Männer [!] der Stadt bereitet. Einen Vormittag lang bekamen wir einen Eindruck davon, wie die einstigen Nomaden in Rahat inmitten der Negev-Wüste leben. Auch dort sind hohe Arbeitslosigkeit und schlechte Infrastruktur die größten Probleme. 90 % der Negev-Beduinen waren im 48er-Krieg nach Jordanien, in den Gaza-Streifen oder den Sinai geflohen, seitdem wächst ihre Zahl aufgrund ihres enormen Bevölkerungswachstums wieder stark an. Brennpunkt ihrer Auseinandersetzung mit dem israelischen Staat ist nach wie vor die Frage des Bodenbesitzes.

Religiöse Minderheiten

Was mich persönlich sehr wunderte, war, dass viele der in Israel lebenden Araber christlichen Glaubens sind. Sie sind nicht, wie wir als Europäer wahrscheinlich zunächst annehmen, alle Muslime. 120.000 Christen leben in Israel, im Westjordanland sind es sogar 40 %.

Kann man von einem Dialog der drei großen abrahamitischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam – im Heiligen Land ausgehen? Können sie, die sich im Vergleich zu anderen Religionen gar nicht so sehr voneinander unterscheiden (alle sind monotheistisch und verehren den gleichen Gott), schlichtend in den politischen und sozialen Konflikten wirken? In Jerusalem, wo die drei ihre Heiligen Stätten haben, erhielten wir auf diese Frage leider keine optimistisch stimmende Antwort: Von einem Dialog der Religionen könne man nicht sprechen, erfuhren wir in der deutsch-lutherischen **Erlöserkirche**. Es gebe sogar Konflikte innerhalb der christlichen Konfessionen aufgrund von Besitzansprüchen. Ebenso wie die jüdische Bevölkerungsgruppe und die arabischen Minderheiten ist also auch »die christliche Gemeinde« keine homogene Einheit.

Zur arabischen Bevölkerungsminderheit gehören auch die rund 100.000 **Drusinnen und Drusen**, die hauptsächlich im Karmel-Gebiet, in Galiläa und auf dem Golan leben. Diese Religionsgemeinschaft hat sich vor ca. 1.000 Jahren vom Islam abgespalten und gibt seinen Glauben seitdem in Form eines Geheimbundes weiter. In Israel nehmen sie eine Rolle ein, die sich von der anderer arabischer Bevölkerungsgruppen signifikant unterscheidet. Wichtigstes Anzeichen dafür ist die Tatsache, dass sie im Gegensatz zu palästinensischen Israelis – die sonst im Kriegsfall gegen andere Araber kämpfen müssten – ihren Militärdienst absolvieren, teils sogar höhere Ränge im Militär einnehmen. So bekamen wir von palästinensischen Israelis zu hören, Drusen übernehmen zwar die unangenehmen Pflichten der israelischen Staatsbürgerschaft wie die Wehrpflicht, hätten aber trotzdem nicht die gleichen Rechte wie Juden. Yussuf Kara, Repräsentant der

International Labour Organisation (ILO) und Mitglied der Histadrut, den wir im drusischen Dorf Daliyat el Karmel besuchten, zeichnete zwar ein positives Bild des drusisch-jüdischen Zusammenlebens, sein **Bürgermeister Dr. Ramzi Halabi** allerdings, den wir kurze Zeit später im **Rathaus von Daliyat el Karmel** trafen, beklagte, sein Dorf werde im Gegensatz zu den jüdischen Nachbardörfern von staatlicher Seite vernachlässigt. Infrastruktur und eine Arbeitslosigkeit von ca. 50 % seien die größten Probleme, mit denen er sich auch von der neuen Regierung alleingelassen fühlt.

Menschen in Israel ohne israelischen Pass

Zusätzlich zu den unterschiedlichen ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen, die die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, kamen seit Beginn der 90er Jahre auch einige 100.000 Menschen aus anderen Ländern nach Israel, um dort zu arbeiten, z. B. aus Rumänien, Thailand, Ghana, Nigeria und Kolumbien. Einige von ihnen haben einen legalen Status, da die israelische Regierung sie gezielt anwarb, um nicht länger auf palästinensische Pendlern angewiesen zu sein. Andere arbeiten illegal und sind daher permanent von der Abschiebung bedroht. Um die Rechte dieser ausländischen Menschen, auch die der palästinensischen ArbeitnehmerInnen in Israel, und sozial schwache Israelis zu vertreten, gründete sich vor einigen Jahren die ArbeitnehmerInnen-Organisation **Kav La' Oved**. In Tel Aviv hatten wir die Gelegenheit, ein sehr interessantes Gespräch mit einigen VertreterInnen dieses Dachverbandes und ihrer Vereine zu führen, wie der »Hotline für inhaftierte ausländische ArbeitnehmerInnen« und den »Physicians for Human Rights«.

Resümee

Israel ist aufgrund seiner Geschichte ein sehr heterogener Staat. Alleine das Schreiben dieses Textes hat mir deutlich gezeigt, wie schwierig ein Ausgleich der Interessen bei so vielen und unterschiedlichen Gruppen ist. Und doch wird Israels Schicksal wohl innenpolitisch maßgeblich davon abhängen, ob die internen sozialen Spannungen abgebaut werden können. Solange sich innerjüdische und arabische Minderheiten nicht repräsentiert, nicht anerkannt, sondern vielfach diskriminiert fühlen, wird es im Land keine Ruhe und keine ausreichende Unterstützung für den Friedensprozess geben. Andererseits ist es auch notwendig, dass die arabischen Minderheiten der jüdischen Geschichte und der Problematik des weltweiten vergangenen und gegenwärtigen Antisemitismus mehr Verständnis entgegenbringen. Häufig hörten wir die Einschätzung, Barak vernachlässige momentan die Innenpolitik zugunsten der Außenpolitik, obwohl er mit dem Versprechen angetreten sei, gegen soziale Ungleichheit im Land vorzugehen und für ein besseres gegenseitiges Verständnis zu sorgen. Auch aufgrund dieses Wahlversprechens haben ihn viele Angehörige von Minderheiten, z. B. Drusen und orientalische Juden (die traditionell eher mit dem Likud sympathisieren), gewählt. Die hier angesprochenen Spannungen sind ein Kernproblem des israelischen Staats; sie könnten in Zukunft gar ein größeres Problem werden als die außenpolitischen Konflikte. Israel wird sich wohl entscheiden müssen, ob es seinen Charakter als jüdischer Staat behalten oder zu einem Staat aller BürgerInnen werden will. Oder ist es doch möglich, beides zu vereinen?

Sarah Sebhata

Kav La'Oved

Kav La'Oved: 78 Allenby St., Tel Aviv, Tel. 00972-3-51 02 266, Fax 00972-3-51 73 081

Physicians for Human Rights: P.O.B. 592, Tel Aviv 61004, Tel. 00972-3-56 66 442, Fax 00972-3-56 62 527, e-mail: phr@netvision.net.il

Gespräch mit Hanna Zohar (Direktorin von Kav La'Oved), Zigal Rosen (Hotline für internierte ausländische ArbeitnehmerInnen), Louis Frankenthaler (Physicians for Human Rights /Israel) u.a. in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) in Tel Aviv

Mittwoch, 1. März, 16.15 – 17.15 Uhr

An diesem Gespräch nahm außer unserer Gruppe auch Claude Weinber, Repräsentant der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) in Israel, teil. Kav La'Oved ist eine ArbeitnehmerInnenorganisation und wird von der hbs finanziell unterstützt. Sie ist gleichzeitig eine Dachorganisation für verschiedene kleinere Organisationen, die sich für die Rechte von ausländischen ArbeitnehmerInnen einsetzen, wie der »Hotline für internierte ausländische ArbeitnehmerInnen« und den »Physicians for Human Rights«.

1. Kav La'Oved – Hanna Zohar, Direktorin von Kav La'Oved

Ziel von Kav La'Oved ist es, machtlose ArbeitnehmerInnen, sowohl legal als auch illegal arbeitende, zu schützen. Darunter werden palästinensische und andere ausländische ArbeitnehmerInnen sowie solche israelischen Arbeitenden verstanden, die über Leiharbeitsfirmen arbeiten. Kav La'Oved berät sie und betreibt Öffentlichkeitsarbeit. Vorrangiges Thema ist hierbei augenblicklich die Gesundheitsversorgung, da ausländische ArbeitnehmerInnen nicht unter den Schutz des Gesetzes fallen. Aber auch in anderen Fragen äußert sich Kav La'Oved und arbeitet mit anderen Organisationen zusammen.

Ausländische ArbeitnehmerInnen kamen vermehrt nach 1994 nach Israel, nachdem die palästinensische Grenze geschlossen wurde. Diese Arbeitskräfte wurden gezielt angeworben, allerdings war die Gesellschaft nicht ausreichend vorbereitet, die Verantwortung für ihr Bleiben zu übernehmen. Kav La'Oved war die erste Organisation, die sich den spezifischen Problemen von illegal und legal in Israel arbeitenden Menschen annahm. Hierbei ist es nicht so sehr die öffentliche Meinung, gegen die sie anzukämpfen haben, sondern vielmehr die Regierung selbst, die nicht bereit ist, die gesellschaftliche Verantwortung für die damals eingeladenen ArbeitnehmerInnen zu übernehmen.

Legal und illegal arbeitende ausländische ArbeitnehmerInnen

Ein Paradoxon in Bezug auf die Behandlung von legal und illegal Arbeitenden beschreibt Hanna Zohar: Die illegal Arbeitenden hätten in einigen Punkten bessere Lebensbedingungen als die legalen, da sie sich ihre Arbeitgeber selbst aussuchen könnten. Die legal Arbeitenden sind rechtlich an ihren Arbeitgeber gebunden, d.h., wenn sie ihre Arbeitsstelle wechseln, verlieren sie ihre Arbeitserlaubnis. Der Wunsch, die Arbeitsstelle zu wechseln, tritt jedoch recht häufig auf, da die Unternehmer ihnen oft zu wenig oder gar nichts bezahlen. Um diese Abwanderung zu verhindern und die ausländischen ArbeitnehmerInnen zum Bleiben zu nötigen, nehmen viele Arbeitgeber ihren ausländischen Arbeitskräften die Pässe weg und fordern hohe Kauttionen als »Garantien«. Gleichzeitig fordern die Unternehmer, die illegal Arbeitenden konsequenter abzuschicken, damit ihre Arbeitskräfte Angst vor der Abschiebung haben, den legalen Status vorziehen und bei ihnen bleiben.

2. Abschiebung – Zigal Rosen: Hotline für inhaftierte ausländische ArbeitnehmerInnen

Diese im Hause von Kav La'Oved ansässige Organisation wurde 1997 als Reaktion auf zunehmende Festnahmen gegründet. Die Menschen saßen in Zeltlagern und warteten auf ihre Abschiebung. Allerdings brauchten sie dafür sowohl einen Pass als auch Geld, beides behielten jedoch oft die Arbeitgeber ein. Daher blieben viele Internierte sehr lange eingesperrt. Es gab sogar Fälle von Internierungen legal arbeitender ausländischer ArbeitnehmerInnen.

In Bezug auf die Abschiebepaxis ist derzeit eine leichte Verbesserung zu spüren. Es gibt eine Kontrollinstanz, die die Rechtmäßigkeit von Festnahmen überwachen soll. Seit dem 1. Januar 2000 sollen nur noch Straffällige vor ihrer Abschiebung verhaftet werden. Der Arbeitsminister setzt sich dafür ein, dass die brutalsten Abschiebemethoden nicht länger angewendet werden. Kav La'Oved ist jedoch skeptisch und glaubt, dass Abschiebehaft bald wieder der Normalfall sein wird.

3. Medizinische Versorgung – Louis Frankenthaler, Physicians for Human Rights, und Rami Adud, Organisation für Menschenrechte

Die Vereinigung »Physicians for Human Rights« wurde 1988 gegründet, nachdem die Verstöße gegen die Menschenrechte der Palästinenser offensichtlich wurden. In der Gesundheitsversorgung wurden ihnen elementare Rechte verwehrt, worunter besonders die Kinder zu leiden hatten.

Heute fordern beide Organisationen

- gleiche Gesundheitsleistungen für alle Kinder,
- gleiche Rechte für ausländische ArbeitnehmerInnen mit Arbeitserlaubnis wie für Israelis und
- gleiche Gesundheitsleistungen für illegal Arbeitende.

Ein Anfang wäre eine Gleichstellung der legal Arbeitenden mit den Israelis, allerdings ist eine solche Regelung noch in weiter Ferne. Die konkrete Arbeit der Organisationen besteht also in Soforthilfe. Es gibt viele Freiwillige im medizinischen Bereich und landesweit eine Ambulanz, an die sich jedeR im Notfall wenden kann.

4. Zum Verhältnis zur Histadrut – Ehud Engin, Kav La'Oved

Kav La'Oved steht der Politik der Histadrut kritisch gegenüber. Da die Histadrut zur Zeit gravierende finanzielle Probleme hat, ist das hauptangige Ziel ihrer Arbeit, Geld einzutreiben. Sie möchte daher mit den Arbeitgebern kooperieren, damit diese nach Abschluss eines Rahmentarifvertrages den Mitgliedsbeitrag von 0,7 % des Entgelts direkt für die Gewerkschaft einbehalten und an diese abführen. Um diese Zusammenarbeit zu ermöglichen macht die Histadrut viele Zugeständnisse.

Außerdem werden weder temporäre noch illegale oder ausländische ArbeitnehmerInnen durch die Histadrut vertreten, nicht einmal angehört. Oft arbeitet sie sogar gegen die Interessen dieser Gruppen, dazu zwei Beispiele: In der letzten Zeit stellen die Unternehmen vermehrt von Leiharbeitsfirmen vermittelte temporäre Arbeitskräfte an. Es kann so vorkommen, dass zwei ArbeitnehmerInnen am selben Arbeitsplatz arbeiten, aber unterschiedliche Rechte besitzen. Die Histadrut vertritt in einem solchen Fall nur die Festangestellten. Und obwohl die israelische Staatsbürgerschaft Bedingung für die Mitgliedschaft in der Histadrut ist, wird den ausländischen ArbeitnehmerInnen paradoxerweise dennoch ein Beitrag für die Histadrut einbehalten und diese unterschreibt auch in ihrem Namen Tarifverträge.

Vereine, die diesen Automatismus der formalen aber nicht faktischen Mitvertretung durchbrechen wollen, müssen nachweisen, dass sie ein Drittel der Gruppe, die sie vertreten, organisiert haben, während die Hista-

drut, die die Verträge als erste unterschreibt, keinen einzigen ausländischen Arbeitnehmer organisieren muss. Kav La'Oved unterstützte daher jüngst die Gründung einer eigenen Gewerkschaft, die Leiharbeitskräfte und ausländische ArbeitnehmerInnen organisiert.

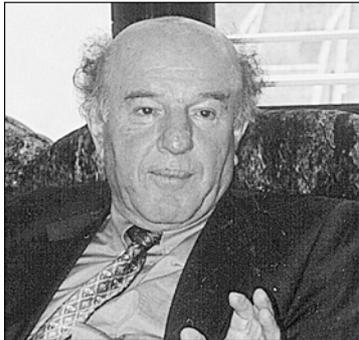
5. Resümee

Kav La'Oved ist mit ihrer Arbeit im Allgemeinen zufrieden. Konkrete Erfolge waren in den letzten Jahren, dass das Arbeitsministerium Druck auf die Unternehmen ausübt, damit diese die Löhne auszahlen. Auch besteht die Aussicht, den illegal Arbeitenden, die in den letzten fünf Jahren kamen, einen legalen Status zuzugestehen. Dies ist besonders wichtig, da eine Legalisierung sonst nur über den Heiratsweg möglich ist und selbst dann eine qualvolle und langwierige Prozedur nach sich zieht.

Nach Gesprächen in unserer Gruppe zu urteilen, wurde das Treffen mit Kav La'Oved sehr interessiert aufgenommen. Es wurde sehr bedauert, dass wir nur eine Stunde für dieses wichtige Thema zur Verfügung hatten. Von einigen wurde es als peinlich empfunden, so schnell wieder aufzubrechen, obwohl so viele VertreterInnen gekommen waren. Sehr interessant für einen nächsten Besuch der Hans-Böckler-Stiftung in Israel wäre sicherlich ein Gespräch mit der neuen, von Kav La'Oved unterstützten Gewerkschaft, die die Veränderungen in der israelischen Gesellschaft, der sich die Histadrut bislang verschließt, reflektiert und die Rechte von gesellschaftlichen Minderheiten vertritt.

Sarah Sebhata

Drusinnen und Drusen in Israel



Yussuf Kara, israelischer Repräsentant in der International Labour Organisation (ILO)
Foto: Silvia Kunter

Gespräch mit Yussuf Kara, israelischer Repräsentant in der International Labour Organisation (ILO), in seinem Haus im drusischen Dorf Daliyat el Karmel

Donnerstag, 2. März, 10.00 – 11.30 Uhr

Nach einem anstrengenden Vortrag machen wir uns am Morgen auf den Weg ins Karmelgebirge zu den DrusInnen. Wir werden im Dorf herzlich von Yussuf Kara in seinem Haus empfangen. Kara schildert uns seine Aufgaben in der ILO und nennt uns einige Beispiele aus dieser Arbeit hinsichtlich des Versuches einer Kompromisserzielung zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen. Ein Ausschuss bemüht sich beispielsweise um die Eindämmung der verbreiteten Kinderarbeit, was auch bedeutet, sich mit dem Problem auseinander zu setzen, dass viele Familien, da sie auf den Lohn ihrer Kinder angewiesen sind, eine besonders hohe Kinderzahl anstreben. Ein weiterer Ausschuss, der das Recht auf und die Möglichkeiten für gewerkschaftliche Organisation stärken soll, ist in der Gründungsphase.

Anschließend schildert er die Situation der DrusInnen in Israel. Zunächst einige Zahlen: In Israel leben ca. 100.000 DrusInnen, davon sind zwei Siedlungen im Karmelgebirge und vier Siedlungen auf dem Golan. Des weiteren gibt es noch DrusInnen in Syrien, Jordanien und dem Libanon. Israelische DrusInnen verstehen sich selbst als integraler Bestandteil der israelischen Gesellschaft und StaatsbürgerInnen Israels, weshalb (männliche) Drusen auch den Militärdienst als staatsbürgerliche Pflicht absolvieren, ohne dass dies jedoch hieße, drusische kulturelle und religiöse Traditionen aufgeben zu wollen, welche u.a. in den Schulen vermittelt werden.

DrusInnen und Juden/Jüdinnen in Israel haben ein recht gutes Verhältnis zueinander, dass ein Drose israelischer Repräsentant der ILO ist, sei dafür ein Beispiel. Einen Grund dafür sieht Kara darin, dass sich die DrusInnen recht gut in die Lage der Israelis versetzen können, da sie selbst lange Zeit unter der Verfolgung des Osmanischen Reiches gelitten haben.

Laut Kara gab es einen Gesellschaftswandel. Vor ca. 50 Jahren war die drusische Gesellschaft noch relativ konservativ, durch die Konfrontationen mit der westlichen Gesellschaft gab es jedoch positive Veränderungen. Sie zeigen sich bspw. an der steigenden Zahl der UniversitätsabsolventInnen, darunter viele Frauen, an der Verbesserung der Infrastruktur in den Dörfern und dem vermehrten Bau von Schulen.

Des weiteren verstehen sich die DrusInnen auch als BotschafterInnen für den Friedensprozess zwischen Juden/Jüdinnen und AraberInnen, denn nach Kara sind die DrusInnen ein Beispiel dafür, wie Juden/Jüdinnen und arabische Nichtjuden/-jüdinnen friedlich zusammen leben können. Der größte Teil (ca. 85 %) der DrusInnen hat bei den letzten Wahlen daher Barak gewählt, da man nur diesem zutraut, den Friedensprozess wirksam voran zu bringen. Auch Kara selbst ist Mitglied der Arbeitspartei.

Aziz Aslandemir

Rathaus Daliyat el Karmel



*Dr. Ramzi Halabi im Rathaus des drusischen Dorfes
Daliyat el Karmel*

Foto: Ingrun Weiß

*Gespräch mit Dr. Ramzi Halabi (Bürgermeister)
und Mansoor Whaby (Vizebürgermeister) im
Rathaus des drusischen Dorfes Daliyat el Karmel*

Donnerstag, 2. März, 11.30 – 12.15 Uhr

Nach einem kurzen Gang durch Daliyat el Karmel kamen wir zum Rathaus, wo wir von Dr. Ramzi Halabi, dem örtlichen Bürgermeister, und Mansoor Whaby, seinem Stellvertreter, empfangen wurden.

Sie begannen, uns einen Überblick über die Infrastruktur ihres Dorfes zu geben, berichteten über die fünf Grundschulen, die Mittelschule und das Gymnasium, welche sich im Dorf befinden. Für die Zukunft ist eine Berufsschule mit Schwerpunkt im technischen Bereich in Planung. Z. Z. läuft ein Sanierungsprogramm des Wasser- und Abwassersystems, das aus Zuschüssen und öffentlichen Abgaben bezahlt wird und eine wichtige Investition für das Dorf darstellt. Auch gibt es große Anstrengungen im Bereich der Nachbarschaftshilfe, indem verschiedene Wohnviertel auf einem gemeinsam organisierten Stadtfest zusammen kommen. Dadurch soll eine bessere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stadtbezirken entstehen.

Ein Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit, besonders der Frauen: 90 % der Frauen und 10 % der

Männer seien erwerbslos. Die hohen Zahlen bei den erwerbslosen Frauen sei auf den drastischen Rückgang der Textilindustrie zurückzuführen. Man versucht nun, sich stärker auf den Tourismus zu konzentrieren und es gibt auch schon ein auf eigene Initiative zurückzuführendes Fremdenverkehrszentrum.

Für den Status der Frauen in der Gesellschaft wird jährlich am 8. März, dem Internationaler Tag der Frauen, ein Umzug durch das Dorf gemacht. An diesem Tag wird die Kommunale Verwaltung den Frauen überlassen.

Die Situation in der Karmelregion ist schwierig, da es keine Industrie gibt, selbst die Textilindustrie ist inzwischen zusammengebrochen. Daher fehlt es sowohl der Kommunalen Verwaltung im Dorf als auch den Familien an Einnahmen: Von den 3.200 Familien im Dorf werden 570 von Wohlfahrtsaktionen betreut. Deshalb werden Projekte, wie etwa Ausbildungsstätten, durch die BRD unterstützt. Die Firma Microsoft kaufte die Firma Peach Network für ca. 76 Millionen. Hierin liegt eine Zukunftschance.

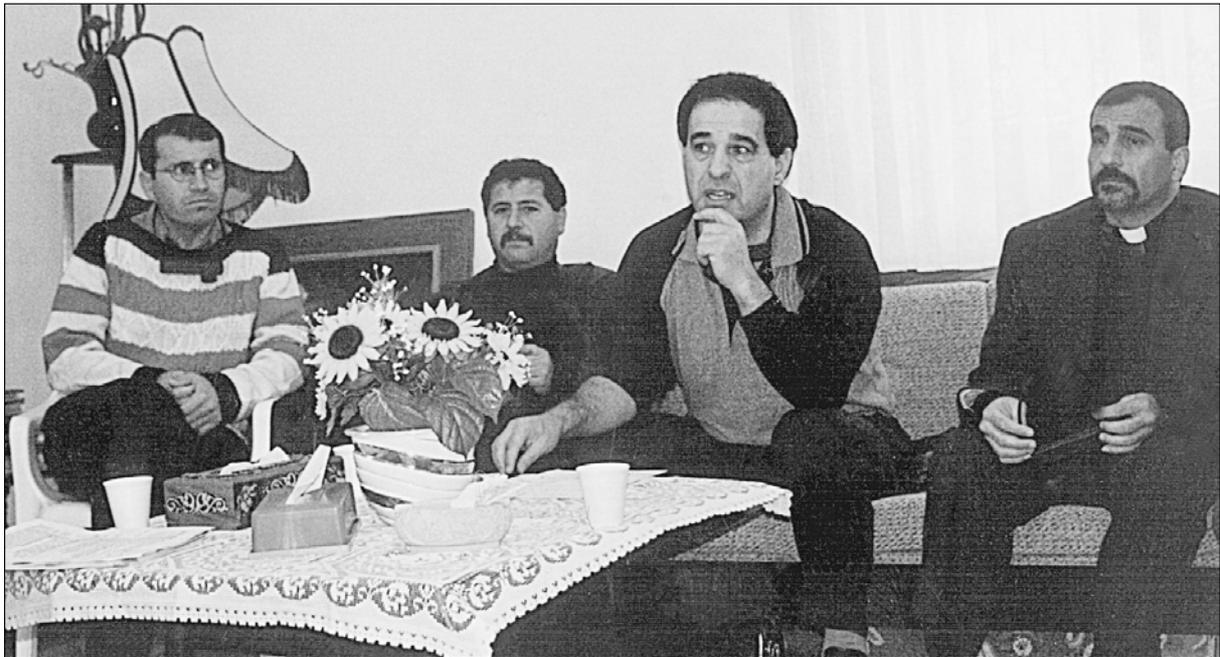
Auf die Frage, warum in der islamischen Welt »Druse« als Schimpfwort benutzt wird, antwortet Halabi, dass dies aus religiösen Gründen erfolge. Die Drusen haben sich vor etwa 1.000 Jahren vom Islam getrennt. Ihr Prophet heißt Jito, die Mohammedaner erkennen aber nach ihrem Propheten Muhammad Mustafa keinen weiteren Propheten an. Die drusische Religion ist eine Geheimreligion, die von jedem Drusen gepflegt und mit Eifer verteidigt werden soll. Drusen heiraten nur untereinander, damit die Religionsgemeinschaft erhalten bleibt. Es gibt keine Polygamie; Die Frau ist dem Mann gleichgestellt und kann auch geistliche Führerin sein.

Hasan Yildirim

Akko

Gespräch mit Father Makhul (Maronitenpfarrer), Dr. Istifan Maroon (Sozialwissenschaftler, Uni Haifa), Prof. Hasan Challaili (Sozialwissenschaftler, Uni Haifa), Amir Karkarbi (Student und Bibliothekar, Uni Haifa), Alla Hamdan (Student der Sozialwissenschaft) und Jeries (Student und Stadtrundführer) in einem Raum der Maronitenkirche in Akko

Freitag, 3. März, 8.30 – 13.00 Uhr



(v.l.) Prof. Hasan Challaili, Amir Karkarbi, Dr. Istifan Maroon, Father Makhul

Foto: Silvia Kunter

Zu politischen, sozialen und religiösen Aspekten des Lebens von Minderheiten in Israel

Sämtliche Vortragende sind Mitglieder einer Wohltätigkeitsorganisation in Akko und Galiläa, die Friedens- und sozialpädagogische Arbeit leistet. Alle Redner gehören zur arabisch-israelischen Minderheit, und sie sahen es als ihre Aufgabe, uns einen »Puzzlestein des arabischen Teils in Israel« (Maroon) zu zeigen.

Dr. Istifan Maroon – Einleitung

Dr. Istifan Maroon ist Dozent an der Universität Haifa für Sozialpädagogik; er moderierte die Veranstaltung. Er hat in Deutschland studiert und auch an der Universität Freiburg unterrichtet. Zu Beginn gab Maroon einen kurzen Überblick über die Situation der arabischen Israelis und das israelische Bildungswesen.

Heute sind AraberInnen vorwiegend muslimischen Glaubens und gehören einer Vielzahl politischer Strömungen an. Die Erziehung war »anfangs sehr primitiv«, doch dank der Kirche und ihrer missionarischen Delegationen verbesserte sie sich, Privatschulen entstanden.

Das Schulwesen in Israel ist nach ethnischer und religiöser Zugehörigkeit getrennt. Bei den staatlichen Schulen gibt es drei Strömungen: allgemeine jüdisch-säkulare, arabische und religiöse. Nur sehr wenige Arabe-

rInnen lernen in jüdischen Schulen. Universitätszugänge sind leichter von den jüdisch-staatlichen Schulen und christlichen Privatschulen aus zu erlangen. Vorwiegend Angehörige der gehobenen Bildungsschichten konvertierten aufgrund der entwickelteren Schulbildung vielfach zum christlichen Glauben.

Anschließend stellte Maroon kurz das Projekt der Wohltätigkeitsorganisation vor. Dabei handelt es sich um eine informelle Organisation unter dem Dach der Maronitenkirche. Die Zielgruppe dieses Projektes sind Kinder und Jugendliche, die besonderer pädagogischer und sozialer Unterstützung bedürfen. Die Beteiligten haben sich die Verbesserung der Bildung und die Steigerung des Erziehungsstandards der arabischen Bevölkerung zur Aufgabe gemacht, da das Bildungsniveau der arabischen Bevölkerung deutlich unter dem der jüdischen liegt (nur 18 % AraberInnen absolvieren das Abitur gegenüber 40 % der jüdischen Bevölkerung). Auch die Begabtenförderung ist ein Ziel des Projektes und in den Grundschulen wird versucht, das Niveau zu heben. SchulaussteigerInnen versucht man, Hilfen zur »Reintegration« zu bieten in Form von alternativen Ausbildungsangeboten.

Father Makhul – Geschichte und Tradition der maronitischen Kirche

Father Makhul, Maronitenpfarrer der Pentacost-Kirche und unser Gastgeber, berichtete in Kürze über Geschichte und Tradition der maronitischen Kirche. Die Kirche ist benannt nach ihrem Gründer St. Maron (syrischer Asket) und hat ihren Ausgangspunkt im Kloster Maron am Orontes (Gründung 451 n. Chr.) nahe bei Apameia. Die Kirche der Maroniten ist syrisch-antiochenischer Tradition, mit der römisch-katholischen Kirche uniert, und der Sitz ihres Patriarchen befindet sich in Bkerke/Libanon. Im Heiligen Land gibt es etwa 120.000 ChristInnen, darunter sind 7.500 Maroniten, die vorwiegend in Galiläa leben, davon 250 in Akko. Die Maroniten leben seit dem 16. Jahrhundert in Palästina. Das Hauptproblem der Maronitengemeinde in Israel besteht in ihrem »Diasporadasein«, denn das religiöse Zentrum liegt im Libanon, mit dem sich Israel im Kriegszustand befindet, was die Kontakte besonders prekär macht. Dennoch, so Father Makhul, würden sie hier nicht wie in einem Ghetto leben, sie seien in die gesellschaftlichen Strukturen Akkos bzw. Israels integriert, auch in die muslimische Gemeinschaft. Sein Anliegen sei es, allen Bedürftigen ungeachtet der religiösen Zugehörigkeit zu helfen.

In Akko würden die drei Religionen (Judentum, Christentum, Islam), so Father Makhul, in friedlicher Koexistenz leben und arbeiten. Er postulierte einen Grundkonsens unter den verschiedenen religiösen VertreterInnen: In den letzten zwanzig Jahren haben alle drei Religionen versucht, die Menschen zueinander zu bringen, »ohne sich jedoch gegenseitig die eigene Religion aufzuzwingen«. Obwohl alle denselben Gott hätten, habe jede Religion ihre Einzigartigkeit, aber auch ihre fundamentalistischen Strömungen. Zwar gebe es multireligiöse Gruppen im Norden Israels, aber inter- und innerreligiöse Kontakte zu Rabbinern oder christlichen Gruppen seien enttäuschend. Seiner Einschätzung nach wird in Europa der Annäherung zwischen ChristInnen und Jüdinnen/Juden wesentlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet, speziell von Seiten der christlichen Kirchen, motiviert durch das Schuldgefühl, das sie dem jüdischen Volk angesichts der jüngeren Geschichte entgegenbringen. Inter- und innerreligiöser Dialog? »Es ist nicht viel!«

Prof. Hasan Challaili – Juden in der islamischen Welt

Challaili ist ehemaliger Metallarbeiter; erst nach seinem MA (zweiter universitärer Abschluss, entspricht etwa dem bundesdeutschen Magisterabschluss) hat er dank seiner überdurchschnittlichen Leistungen ein Stipendium erhalten; später dann auch eines für die Universität in Harvard. Das Problem sei, dass die Mehrzahl der arabischen Studierenden aus armen Elternhäusern komme und nur aufgrund von herausragenden Prüfungsabschlüssen durch den Staat finanziell gefördert würde. Erst eine hohe berufliche Qualifikation ermöglicht einem Araber (einer Araberin?) jedoch ein berufliches Vorankommen. Seine Forschungsschwer-

punkte sind »Maritime Zivilisationen« und speziell »die Geschichte der Juden der islamischen Welt von 600 – 1500 n. Chr.«.

Amir Karkarbi – arabische Studierende an den Universitäten Israels

Karkarbi ist Student und gleichzeitig als Bibliothekar an der Uni Haifa beschäftigt. Der Konflikt zwischen der arabischen und jüdischen Bevölkerung zwingt ihn zur politischen Auseinandersetzung, gerade auch mit der Linken Israels. Aufgrund dessen ist er politisch in einem von der Universität nicht offiziell anerkannten Komitee engagiert. Dieses agiert »hinter den Kulissen« und ist Bindeglied zwischen der Uni und den Studierenden und arbeitet mit Organisationen jüdischer StudentInnen zusammen.

An den israelischen Universitäten beträgt der Anteil an arabischen StudentInnen sieben Prozent gegenüber zwanzig Prozent der arabischen Israelis an der Gesamtbevölkerung Israels. Dieser geringe Prozentsatz ist vor allem auf die universitären Eingangsprüfungen zurückzuführen. Sie stellen für jede Araberin/jeden Araber ein besonderes Hindernis dar, weil es sich um psychometrische Prüfungen handelt, deren Zielgruppe jüdische Studierende sind. Hinzu kommen sprachliche Probleme, da an den Universitäten ausschließlich in hebräischer Sprache gelehrt wird. In den arabischen Familien und Schulen ist jedoch Arabisch die Umgangssprache. Beispielsweise gebe es in der Universitätsverwaltung in Haifa, so Karkarbi, außer ihm keinen Angestellten, der arabisch spreche. Problematisch sei für die AraberInnen ebenfalls die Anpassung an die universitären (westlich geprägten) Umgangsformen aufgrund der kulturellen Unterschiede. Die meisten arabischen Studierenden kommen aus sehr konservativen Verhältnissen und werden an der Uni, in den Veranstaltungen und in den Wohnheimen mit sehr offenen Lehr-, Lern- und Lebensverhältnissen konfrontiert. Schwierig sei zudem die finanzielle Absicherung des Studiums, da es für AraberInnen außerordentlich schwierig ist, ein Stipendium zu erhalten (siehe Challaili). Nach der studentischen Selbstverwaltung der arabischen Studierenden gefragt, erzählte er, dass es parteipolitische Wahlen des Ausschusses der arabischen StudentInnen gebe. Gegenwärtig existieren drei bzw. vier verschiedene (arabische) Parteien an der Uni Haifa.

Dr. Istifan Maroon – Zusammenfassung und soziologischer Abriss

Die Geschichte der arabischen Bevölkerung Palästinas/Israels in diesem Jahrhundert lässt sich in drei Stationen untergliedern.

Erste Station: Der Krieg von 1948 markiert das Unglück und die Not der arabischen Bevölkerung. Der israelische, besser jüdische Terminus für diesen Krieg lautet Unabhängigkeitskrieg, die muslimische Bevölkerung hingegen nennt ihn An-Naqba – das Unglück. Dieser Krieg hatte zur Folge, dass die arabische »Führungsschicht« emigrierte und dass die sonstige arabische, vorwiegend muslimische Bevölkerung des ausgerufenen Staates Israel zu »inneren MigrantInnen« wurde. Beispielsweise flohen viele aus den umliegenden Dörfern nach Akko.

Zweite Station: Von 1948 bis 1966 herrschten mandatische Notstandsgesetze. Diese Zeit war durch Segregation und absolutes Dominanzverhalten des jüdischen Israels gegenüber der arabischen Bevölkerung (z. B. Konfessionalisierung von Land) geprägt.

Dritte Station: Ab 1967 kam es mit dem Sechs-Tage-Krieg zu einer Öffnung. Eine »Israelisierung« der arabischen Bevölkerung setzte ein. AraberInnen war es möglich, sich in israelischen Parteien, z. B. in der Meretz-Partei (Arbeiterpartei) zu organisieren. Doch bis heute bestehen Risse in der israelischen Gesellschaft: Es klafft eine Kluft zwischen links und rechts, zwischen religiös und säkular, zwischen reich und arm, zwischen etablierten und sozial schwachen Schichten, zwischen Alteingesessenen und NeueinwandererInnen sowie zwischen Jüdinnen/Juden und AraberInnen. Hierzu schilderte er das folgende Beispiel: Im Bildungssektor

wird für die vier oberen Zehntel dreizehnmal so viel ausgegeben wie für die vier Zehntel der unteren Schichten.

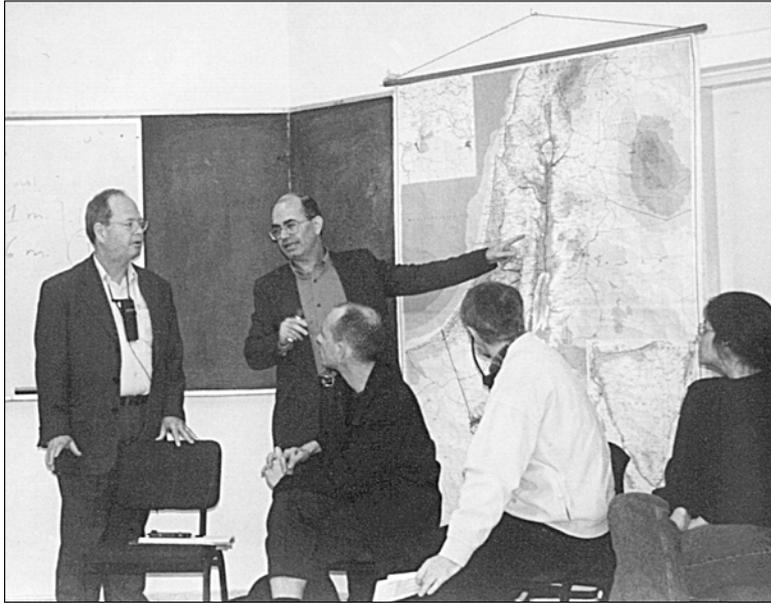
Maroon benannte verschiedene Modelle, in die die gegenwärtige Situation künftig einmünden kann. Für das erste Modell stehen die Vereinigten Staaten: Das Aufeinandertreffen der unterschiedlichsten Ethnien und die daraus resultierende Heterogenität führt zu der Identität eines »neuen amerikanischen Typus«. Das zweite Modell wäre die Entwicklung eines integrativen Staates mit einer pluralistischen sowie multikulturellen und -ethnischen Bevölkerung. Das dritte Modell wäre das einer Segregation. Maroon konstatierte, dass es in Israel zwar den Wunsch nach pluralistischen Strukturen gebe, dass jedoch die konkreten Integrationsbestrebungen der einzelnen Gruppen sehr gering seien. Das Gefühl der Segregation dominiere derzeit, doch er hofft, dass dies nicht so bleibt. Er persönlich favorisiert das zweite Modell und hat die Hoffnung auf eine Koexistenz aller Ethnien und Gesellschaftsmitglieder.

Angesprochen auf die derzeitige Lage der arabischen Gesellschaft und die aktuelle gesellschaftliche Situation zwischen AraberInnen sowie Jüdinnen und Juden erwiderte Maroon: DIE (homogene) arabische Gemeinschaft gibt es nicht, sie ist heterogen, da sie weder eine einheitliche kulturelle noch soziale Prägung hat. Der Staat hat die Aufgabe, »korrektive Gesetze« zur Förderung der schwachen Population (also der AraberInnen) zu erlassen. »Der Schwache kann nicht leben, wenn der israelische Staat nicht die Mutter ist«, doch dieser (Mutter-)Rolle wird der israelische Staat gegenüber seiner arabischen Bevölkerung derzeit nicht gerecht. Der Krieg zerstört das System und die Gemeinschaft, erst der »Frieden bringt das Licht« und zwingt den Staat, sich mit diesen Problemen auseinander zu setzen. Zwar gebe es zwölf arabische Knessetabgeordnete (ausschließlich Professoren oder Studierende), aber Maroon habe das Gefühl, als herrsche bei Barak z. Z. eine Regression, z. B. gebe es keinen arabischen Minister, obwohl 96 % der arabischen WählerInnen für Barak votiert hätten. Barak hat ihnen gegenüber seine Versprechen nicht erfüllt. Er hofft auf eine Änderung dieser Politik.

Uns wurde in Akko eine außerordentliche Gastfreundlichkeit während unseres gesamten Aufenthalts zuteil. Bei unserer Ankunft in der Maronitenkirche erwartete uns bereits ein mit Keksen, Tee und Kaffee reich gedeckter Tisch. Während der gesamten Veranstaltung lag das Aroma von Pfirsichtee und gutem arabischen Kaffee, gewürzt mit Kardamom, in der Luft. Zum Abschluss erhielt jede und jeder von uns ein Geschenk: einen kleinen Teller mit dem Mosaik der Brotvermehrungsszene aus Tabgha (am See Genezareth). Auch während des äußerst kompetent geführten Stadtrundgangs (bei wunderschönem Wetter!) wurden wir so fürsorglich betreut, dass selbst die im Gassengewirr »Verlorengeglaubten« wiedergefunden wurden.

Ingrun Weiß

Arabische Bürger Israels



Dr. Adel Mana (auf Karte zeigend), Direktor des Instituts für »Israeli Arab Studies in the Van Leer Institution, Jerusalem«

Foto: Anette Harms

*Kontakt über Givat Haviva,
M.P. Menashe 37850,
Tel. 06-63 09 206, Fax -286*

*Vortrag und Gespräch von und
mit Dr. Adel Mana, Direktor des
Instituts für »Israeli Arab Studies
in the Van Leer Institution,
Jerusalem« in Givat Haviva*

*Sonntag, 5. März,
10.30 – 15.00 Uhr*

Adel Mana ist Doktor für Islamische Geschichte, arbeitet in Jerusalem und ist geboren in Galiläa. Er hat ein Buch zur palästinensischen Geschichte in der osmanischen Zeit und im 20. Jahrhundert veröffentlicht. Sein Vortrag beschäftigte sich mit der rechtlichen und sozialen Situation der arabischen Minderheit in Israel.

Zum Status der arabischen Bürger Israels

Die israelische Unabhängigkeitserklärung aus dem Jahre 1948 sei die Grundlage der israelischen Gesetzgebung und Politik, so eröffnete Mana seinen Vortrag. In ihr heiÙe es unter anderem: »Gegründet wird ein jüdischer Staat in Eretz Israel, der seine Türen öffnet für alle Juden und für die jüdische Nation Gleichberechtigung unter den Nationen schafft.« Daraus ergebe sich – laut Mana – der Charakter Israels als jüdischer und zionistischer Staat. In dieser Erklärung habe Israel aber auch einen Anspruch an seinen Umgang mit AraberInnen formuliert: »Der Staat Israel entwickelt das Land zum Vorteil aller Bürger und garantiert die politische und soziale Gleichheit aller Bürger« und »Die arabischen Bürger sollen Frieden und Ruhe bewahren, ihnen wird die Teilhabe am Aufbau und eine Repräsentation auf allen Ebenen gewährt«.

Diesem Anspruch würde der Staat Israel nicht gerecht, behauptete Mana, was er mit seinem Referat zeigen wolle.

Demographische Entwicklung der arabischen Bevölkerung 1949 bis 1999

Bei der Grenzfestlegung im Mai 1949 nach einem Abkommen mit Jordanien blieben auf israelischem Staatsgebiet 160.000 Araber in einer Gesamtbevölkerung von einer Million, also 16 %. Der Großteil (60 %) der arabischen Bevölkerung lebte damals im Norden, davon 10 % in gemischten Städten wie Ramle, Yaffo, Akko und Haifa, 10 % waren Beduinen, die überwiegende Mehrheit lebte in ländlichen Gebieten und 50.000 bis 60.000 in Städten wie Nazareth, Taibeh etc.



Beduinen in Rahat, bei jedem Haus steht auch ein Zelt

Foto: Ingrun Weiß

1999 waren es 950.000 Araber von insgesamt sechs Mio. Israelis, also rund 16 % wie früher. Aber das jüdische Bevölkerungswachstum sei eine Folge der Einwanderung, während das arabische Folge natürlichen Wachstums sei.

Für Juden habe der Staat Israel Siedlungen gegründet, für Araber nicht. Sie lebten in denselben Siedlungen wie vor 50 Jahren, von denen es rund 100 anerkannte gebe. Dies habe zu einem unorganisierten Wachstum der Siedlungen geführt, deren Infrastruktur sich nicht entwickeln konnte. In Taibeh beispielsweise sei die Einwohnerzahl von 2.500 auf 30.000 angewachsen.

Qualitative Veränderungen der arabischen Bevölkerung

Die Mehrzahl der Palästinenser, nämlich ca. 750.000 Menschen, wurde nach 1948 zu Flüchtlingen. Für die Gebliebenen seien der Krieg und die Flucht von Nachbarn und Verwandten zu einem Trauma geworden, zu dem die Verwandlung in eine Minderheit in einem jüdischen Staat hinzukomme. Das politische Verhalten dieser »Reste eines Volkes nach der Niederlage« sei bis 1967 von dem Wunsch nach Überleben und dem Verbleib in ihren Dörfern als oberstem Ziel geprägt gewesen, so dass sie keinen Widerstand gegen die jüdische Politik leisteten. Von 1948 bis 1966 habe die arabische Bevölkerung unter Militärverwaltung gestanden, Araber seien zwar formal israelische Bürger gewesen, hätten aber praktisch nicht die gleichen Rechte gehabt. Oft sei ihr Land vom Militärgouverneur zu Militärgelände erklärt worden, das nicht betreten werden durfte, nach fünf Jahren habe es dann als Brachland gegolten, das nach israelischem Recht beschlagnahmt werden konnte. In den 50er und 60er Jahren habe Israel so mehr als 60 % des arabischen Landes legal verstaatlicht. Die Folge war eine Proletarisierung ohne Industrialisierung. Es habe keine staatlichen Investitionen für den Aufbau von Industrie anstelle des beschlagnahmten Landes gegeben, Arbeit gab es nur in jüdischen Siedlungen und Städten und auch nur Jobs, die Juden nicht wollten (Straßenreinigung, Bau). Die arabischen Israelis befänden sich heute in Bezug auf Einkommen, Bildung und Beschäftigung am Fuße der Wohlstandspyramide.

Notgedrungen hätten sie angefangen, in Bildung und Erziehung zu investieren, nach dem Motto »Land, Haus etc. können die Juden dir wegnehmen, aber nicht, was in deinem Kopf ist«. Trotz hoher Motivation sei jedoch auch die Erziehungssituation der Araber in Israel nicht gut. Die Anzahl arabischer Studenten etwa sei zwar ständig gestiegen und liege heute bei rund 6.000, dennoch stellten sie seit 1984 konstant nur ca. 5 % der Studenten in Israel. In Grundschulen und Gymnasien sei die Situation besser als vorher, aber schlechter als die der jüdischen Bevölkerung. An den Universitäten seien 30 Professoren von insgesamt

6.000 arabisch (vor fünf Jahren zwölf), also 0,5 %. Dabei gebe es viele arabische Doktoren, die zum Teil in den USA und Großbritannien oder in den palästinensischen Gebieten promoviert hätten. Die Universitäten behaupten, es spiele nur die Qualität der Bewerber eine Rolle, doch auch in der Verwaltung der Universitäten sind Araber unterrepräsentiert. Es sei israelische Politik, die Araber von Entscheidungspositionen fernzuhalten.

Die Situation sei zum Teil vergleichbar mit derjenigen der Gastarbeiter in der BRD, deren Lage durch den Islam mitbedingt werde.

Der Islam habe keinen Einfluss auf die Situation der Palästinenser, da diese zu einem großen Teil christlich seien. Es sei nur ein Vorurteil aus Europa, dass die Palästinenser selbst schuld seien und nicht die Gesellschaft. Im Unterschied zu den Arbeitsmigranten in der BRD seien sie zudem eine »home minority«, eine komplette Bevölkerung, bestehend aus all ihren Teilen, und nicht nur ein spezieller, zum Arbeiten eingewanderter Teil.

Selbst die Situation der orientalischen Juden, die mit Nichts neu ins Land kamen, sei besser als die der Palästinenser, da der Staat in erstere investiere. So seien die Bildungsausgaben für 80.000 äthiopische Juden, die in der jüdischen Gesellschaft auf der niedrigsten Stufe stünden, höher als für eine Million Araber.

Wie ist der prozentuale Anteil der arabischen Christen = Palästinenser und der jüdischen Orientalen?

Die Statistik teile die Bevölkerung auf nach Religionen: jüdisch, drusisch, christlich, muslimisch, wodurch die jüdische Nation sichtbar bliebe, die christlichen Araber jedoch mit den russischen Christen etc. zusammen erfasst und dadurch zum Verschwinden gebracht würden.

Selbstverwaltung und politisches Leben in den arabischen Siedlungen

In den 60er und 70er Jahren sei Israel sehr zentralistisch gewesen, autonome arabische Parteien waren verboten, so dass sich viele palästinensische Israelis in der Kommunistischen Partei organisierten. Seit den 80er Jahren gibt es jedoch arabische Parteien und Knessetabgeordnete. In den Stadtverwaltungen sei der arabische Einfluss gering, beschränke sich auf Müllbeseitigung, Wasserversorgung und ein bisschen Erziehung. Es gebe keinen autonomen arabischen Fernseh- oder Radiosender und die Behörden seien gegen eine arabische Universität. Noch immer gälten Araber als Sicherheitsrisiko.

Ist es nicht möglich, um z. B. der schlechten Ausstattung arabischer Schulen entgegenzuwirken, gemeinsame jüdisch-arabische Schulen zu haben (in denen ja auch die jüdischen Kinder Arabisch lernen könnten)?

Dies sei theoretisch gut, in Yaffa und Jerusalem gäbe es einige gemeinsame Kindergärten oder arabische SchülerInnen, die auf jüdische Schulen gingen. Die Reaktion sei jedoch oft, dass die jüdischen Eltern ihre Kinder aus solchen Einrichtungen herausnahmen. Auf jüdischer Seite gäbe es Angst vor gemischten Ehen und kein Einverständnis damit, Arabisch zu lernen. Außerdem bräuchte man arabische Schulen, um die Eigenheiten zu bewahren, denn man wolle anders, aber gleichberechtigt sein.

Gibt es eine Korrelation zwischen dem Friedensprozess zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Staaten auf der einen und der Diskriminierung israelischer Araber auf der anderen Seite?

Der Konflikt, der jüdische Militärdienst, Sicherheitsprobleme, Investitionen für das Militär seien heute Ausreden für die Diskriminierung. Bei Spannungen würden die Araber verstärkt als Sicherheitsrisiko betrachtet und als Teil des Feindes gesehen. Bei einem Abbau der Spannungen könnten die arabischen Israelis effektiver für ihre Rechte kämpfen. Die Benachteiligung sei aber nicht direkt mit dem Konflikt verbunden, sondern in der zionistischen Ideologie begründet. Israel wurde als Staat für Juden gegründet, was die palästi-

nensischen Bürger außen vor lasse. Man wolle den Staat gar nicht für alle Bürger entwickeln. Solange hier keine konzeptionelle Veränderung stattfindet, der Staat Verantwortung für alle seine Bürger, Juden und Nichtjuden, übernehme und neben dem jüdischen Wohl auch das Allgemeinwohl im Blick habe, bekämen die Araber nur die übriggebliebenen Brocken vom jüdischen Tisch. Dies sei eine rassistische Politik, verdeckte »Apartheid« nicht qua Gesetz, sondern in der Praxis.

Doch auch Diskriminierung qua Gesetz gebe es. 1950 sei ein Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet worden, nach dem jeder Jude, der nach 1948 nach Israel gekommen war, sowie alle Juden, die vor 1948 bereits in Israel waren, als Neueinwanderer gelten. Das Rückkehrergesetz garantiert jedem Juden weltweit die israelische Staatsbürgerschaft. Für Nichtjuden jedoch sei dies anders. 160.000 Araber in Israel seien bis in die 50er keine Bürger gewesen und hätten ihre Staatsbürgerschaft erst nach Prüfungen erhalten. Die Gesetze diskriminierten nichtjüdische Bürger gegenüber jüdischen Neueinwanderern.

Nach 1949 seien Vereinbarungen mit der World Zionist Organisation und der Jewish Agency getroffen worden, nach denen diese staatlich anerkannt worden seien und Leistungen nur für Juden erbringen durften. Sie investierten in soziale Brennpunkte, ersetzten staatliche Leistungen, erbrachten diese aber nur für Juden.

Seit 1953 müsse jeder Schüler in Israel jüdische Geschichte, den Zionismus, Eretz Israel lernen, arabische Geschichte jedoch nicht. Israel sei ein jüdischer Staat auch im religiösen Sinne: Am Shabbat ruht der Busverkehr, alle jüdischen Feiertage sind staatliche, die staatlichen Symbole wie Ha Tikwa (die Nationalhymne), der Davidstern und die Menorah seien jüdisch.

Auch in der Landfrage gebe es rechtliche Diskriminierung. Das Land der 1948 Geflohenen sei konfisziert worden und auch 75 % des Landes der Gebliebenen sei heute in staatlichem Besitz. 94 % des israelischen Bodens sei inzwischen staatlich – genutzt für jüdische Siedlungen und Kibbuzim, nicht für Araber. Nur 3 bis 4 % seien in privater arabischer Hand. Land sei entsprechend teuer, es gebe kein Land für den Hausbau. Da Araber jedoch nicht in den Kibbuzim und jüdischen Städten leben könnten, ergebe sich insbesondere für junge Paare eine problematische sozioökonomische Lage.

Eine Veränderung der Mentalität jüdischer Politiker sei notwendig für Gleichheit. Aber auch Ehud Barak wolle die Grenze zwischen einem jüdisch-zionistischen Israel hier und Palästina dort aufrecht erhalten, schon allein deshalb, weil er den demographischen Zuwachs der Palästinenser als Gefahr für einen jüdischen Staat betrachtet. Die eine Million Araber in Israel berücksichtige auch er nicht. Allein ihre bürgerliche Gleichstellung in einem »Staat aller Bürger« anstelle eines jüdischen Staates könne dieses Problem lösen, das auch nach einem Friedensschluss zwischen Israel, den arabischen Staaten und den Palästinensern in den Gebieten weiterbestehe.

Gibt es Gruppen in den besetzten Gebieten, die sich mit dem Holocaust und seiner Bedeutung für das jüdische Israel auseinandersetzen?

Es gebe Vergleiche zwischen dem Zionismus und dem Nazismus. Die Zionisten hätten nicht Millionen ermordet, aber den Palästinensern angetan, was die Nazis ihnen angetan haben, insbesondere mit der An-Naqba und der Landnahme. Die jüdische Minderheit habe ihren Staat erhalten, ihr Problem jedoch auf Kosten der Palästinenser gelöst. Diese Position sei jedoch nicht sehr verbreitet.

In den letzten Jahren gebe es mehr Diskussion über die Shoah, auch Menschen, die Vergleiche zwischen Shoah und An-Naqba anstellen, sähen inzwischen die Unterschiede. Die Nazis hätten die Juden ermordet, weil sie Juden waren, die Juden vertrieben die Palästinenser aufgrund des Krieges. Aber israelischen Staatsführern diene die Shoah als Rechtfertigung, Palästinenser zu unterdrücken. Trotz aller neuen Historiker wolle die israelische Gesellschaft keine Verantwortung für das übernehmen, was sie den Palästinensern angetan habe, es gebe keine Empathie, weshalb es der palästinensischen Seite schwer fiele, Empathie für den Holocaust zu entwickeln. Beides sei aber notwendig.



(v.l.) Mohamad Gernawi (Repräsentant der Beduinen in der Histadrut), Muhamad Matar (ehemaliger Stipendiat der HBS), Dieter Lankes und der Bürgermeister von Rahat Foto: Silvia Kunter

Die Rechtfertigung für Israel als ein jüdischer Staat ist es, Juden ein Leben frei von Antisemitismus zu ermöglichen. Erst wenn kein Antisemitismus mehr existiert, entfällt die Rechtfertigung für Israel als zionistischer Staat.

Gleichheit der Araber in Israel stelle nicht den jüdischen Charakter des Staates infrage, auch die Gleichheit von Türken in der BRD stelle ja nicht den deutschen Charakter der BRD infrage. Israels Politik sei es, die Antisemitismus schaffe. Israel müsse in Sachen Gleichheit ein gutes Beispiel für die ganze Welt sein – gerade wegen des Leidens am Antisemitismus.

»Die israelische Politik schafft den Antisemitismus«, das ist die alte Argumentation »die Juden sind selbst schuld am Antisemitismus«. Die demographischen Daten, die uns gerade vorgeführt wurden, zeigen, dass mit einem Einwanderungsverbot für Juden und gar einer Rückkehrmöglichkeit für vertriebene Araber samt ihrer Nachkommen der – nach wie vor notwendige – Charakter Israels als jüdischer Staat sehr wohl ziemlich schnell hinüber wäre.

Wenn die demographischen Verhältnisse geändert werden sollten, so müsse Israel als erstes die besetzten Gebiete abgeben. 17 % Palästinenser in Israel würden kein demographisches Problem werden. Da viele Kinder zu haben Armut bedeute, würden die israelischen Araber heute weniger Kinder bekommen und in deren Qualität investieren. Die orthodoxen Juden hätten mehr Kinder.

Juden, die Probleme haben, sollten weiter nach Israel kommen können. Israel investiere jedoch momentan in Jeden, der jüdischer Herkunft ist. Unter den russischen Neueinwanderern, die nur aus Angst oder materiellen Interessen kämen, seien sogar 200.000 Christen. Und die müsse er – wie die anderen arabischen Steuerzahler auch – mitfinanzieren.

Man muss berücksichtigen, dass Israel sich im Kriegszustand befindet mit Staaten, die Israel vernichten und auslöschen möchten. Im Vergleich mit anderen kriegführenden Staaten ist der Umgang mit arabischen Leuten in Israel trotz vorhandenem Rassismus eine Leistung, es gibt keine Internierungen oder Ähnliches. In der BRD wird schon mit den Kurden, die gar keine Gefahr darstellen, viel härter umgegangen. Juden die Schuld für Antisemitismus zu geben, ist falsch.

Deutsche seien so sensibel gegenüber Juden, dass sie keine Sensibilität für Palästinenser hätten. Sie unterlägen einseitigen Informationen wegen ihres berechtigten Schuldgefühls und der Propaganda Israels. Antisemitismus in Europa habe andere Gründe und sei nicht jüdische Schuld, aber im Nahen Osten schaffe die israelische Politik Antisemitismus und sei kein Schutz davor.

1947 ist der Staat wegen des Antisemitismus gegründet worden mit der Fehleinschätzung, dass die Juden die Bevölkerungsmehrheit seien. Entgegen der Position der Araber, dass es einen arabischen Staat mit jüdischer Minderheit geben solle – da es auch in anderen islamischen Ländern keinen Antisemitismus gegen dort lebende Juden gegeben habe – beschloss die UNO 1947 die Teilung. Dieser Beschluss ist jedoch unfair, weil das jüdische Drittel der Bevölkerung die Hälfte des Landes erhalten sollte. Daher hat es gute palästinensische Gründe gegen die Teilung gegeben, aber der Fehler der palästinensischen Führung war es, dass sie a) nicht auf einen Krieg vorbereitet war (während die Juden sich seit den 20ern vorbereitet hätten) und b) keine Sensibilität für die Shoah und die Stimmung der Weltöffentlichkeit gehabt habe.

Man müsse die Geschichte kennen, die Fehler beider Seiten, um heute gemeinsam leben zu können. Der Teilungsplan der UNO in den Resolutionen 224 und 338 habe die Hälfte des Landes für 23 % der Bevölkerung vorgesehen und Barak wolle noch mehr als das nehmen. Die Fehler der israelischen Seite, als der starken Seite, seit 1967 seien jedoch viel schlimmer als die der Araber 1948. Vielleicht müsse es erst zu einer ähnlichen Katastrophe kommen, bevor hier ein Umdenken stattfinde.

Wie kann Vertrauen entstehen? Wieviel Prozent der Bevölkerung stimmen Ihren Thesen zu?

Weniger als 0,5 % der arabischen Israelis hätten Aktivitäten gegen Israel entwickelt und sie hätten es auch nie vernichten wollen, sondern seien sehr geduldig – was mehr könnten sie noch tun, um Vertrauen zu erhalten? Die PLO, Jordanien, Ägypten, Syrien, Libanon wollten inzwischen Frieden schließen und nicht Israel vernichten (was bis 1967 anders gewesen sei).

Laut Mana stimmten 95 % der arabischen Israelis mit ihm überein, hätten aber Angst, diese Meinung zu äußern, unter den Juden unterstütze eine Minderheit ebenfalls seine Thesen. Eine Untersuchung habe ergeben, dass 80 % der jüdischen Bevölkerung die Diskriminierung arabischer Israelis bewusst sei, 67 % sie jedoch für gerechtfertigt hielten und 57 % dies auch nach einem Friedensschluss aufrechterhalten wollten.

Susanne Nickel

Erlöserkirche – Religionen im Dialog?

Erlöserkirche, Muristan Rd., Tel. 02-62 76 111

Gespräch mit Vikar Olliver Zobel und VolontärInnen in der Erlöserkirche in der Altstadt Jerusalems

Mittwoch, 8. März, 19.30 – 22.00 Uhr

Vom Missionierungspostulat zum sozialpolitischen Engagement

Die deutsch-lutherische Erlöserkirche in Jerusalem gehört mit ihrem 50 m hohen Turm zu den markanten Bauwerken der Jerusalemer Altstadt. Sie wurde 1898 geweiht, und Kaiser Wilhelm II und die verantwortlichen evangelisch-lutherischen Amtsträger verfolgten mit dem Kirchenbau die Etablierung der evangelischen Kirche neben anderen christlichen Konfessionen im »Heiligen Land« und hatten sich die »Judenmissionierung, später auch die Missionierung der Muslime« zum Ziel gesetzt. Beides scheiterte, woraufhin eine neue Zielvereinbarung beschlossen wurde, nämlich die, »dass andere Christen heiliger werden«.

Vom einstigen Missionarsgeist und Absolutheitsanspruch zeugt heute nur noch die Kirchenarchitektur mit ihrem alles überragenden Turm. Vikar Olliver Zobel sieht die Aufgabe der aktuellen Kirchenarbeit darin, den in Jerusalem und Umgebung lebenden ChristInnen aus Deutschland sowie den TouristInnen und PilgerInnen »eine Heimat zu bieten«. Neben dem üblichen Gottesdienstangebot bietet die Erlöserkirche ihrer Gemeinde eine tägliche Andacht, einen Frauenkreis, eine Mutter-Kind-Gruppe, einen Literaturkreis, Vortragsabende mit geladenen ReferentInnen, Konzertveranstaltungen sowie spezielle Programmangebote für VolontärInnen. Die Gemeinde hat etwa 200 Mitglieder, die sich zu je einem Drittel aus Botschaftsangehörigen, palästinensischen Familien und VolontärInnen zusammensetzt. Finanziert wird sie aus Geldern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) – einem Kirchenbund der 26 lutherischen, reformierten und unierten Kirchen in der BRD – und aus Gemeindebeiträgen und Spenden.

Begrüßt wurden wir von Vikar Olliver Zobel sowie drei VolontärInnen, Katrin, Sarah und Iwan. Letztere boten einen repräsentativen Querschnitt der 1.500 deutschen VolontärInnen, die je zur Hälfte auf israelischer und palästinensischer Seite entweder in privaten Haushalten, in Kirchen oder in sozialen Einrichtungen arbeiten. Katrin ist in der Gemeinde der Erlöserkirche tätig, Sarah arbeitet als au pair in einer deutschen Familie und Iwan kümmert sich als Krankenpfleger im »French Hospiz« um krebserkrankte PatientInnen und leistet Sterbebegleitung.

Inter- und innerreligiöser Dialog

Die Ökumene zwischen den drei abrahamitischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam – in Jerusalem charakterisierte Olliver Zobel mit den Worten: »Zum Himmel hoch jauchzend, zu Tode betrübt«, ein lauwarmes Miteinander gebe es nicht. Auf offizieller Ebene passiere sehr wenig, auf der informellen, privaten Ebene hingegen sehr viel. Zu hohen religiösen Feiertagen gebe es keine offiziellen Einladungen, »jeder lebt für sich allein und versucht, in der Sippe zu bleiben«, so Zobel. Beispiel dafür sei die geringe Zahl an interreligiösen Ehen. Allerdings hat vor kurzem erst eine außerordentliche Begegnung der höchsten religiösen Würdenträger auf Initiative des derzeitigen Bundespräsidenten Johannes Rau anlässlich seines Staatsbesuches im März 2000 stattgefunden.

Zobel betonte, dass der interreligiöse Dialog z. Z., und hierbei vor allem der jüdisch-christliche Dialog, stärker ausgeprägt sei als der innerreligiöse Dialog zwischen den christlichen Konfessionen. Zwischen letzteren würden aufgrund von Besitzansprüchen permanente Konflikte schwelen wie z. B. zwischen der weiß- und rot-russischen Kirche und zwischen den äthiopischen und koptischen ChristInnen. In der Woche vor Ostern

proben jedoch alle (ausgenommen die Griechisch-Orthodoxen) die Einheit in einer Gebetswoche, in der sogenannten »Woche der Einheit« und statten sich gegenseitig Kirchenbesuche ab. Zwar würden theologische Kontroversen in den innerreligiösen Umgang hineinspielen, aber letztlich sei man angesichts einer gemeinsamen Minoritätenposition in Israel (10 % ChristInnen) auf eine »Zusammenarbeit, die vor dem Untergang bewahrt«, angewiesen.

Der Volontär Iwan, befragt nach interreligiösen Problemen in seinem Arbeitsbereich (»French Hospiz«), berichtete, dass er unter den PatientInnen, die allen drei Glaubensrichtungen angehören, keine interreligiösen Probleme, sondern eher zwischenmenschliche Konflikte privater Natur wahrnehme. Die religiöse Betreuung sei konfessionell gebunden, ein Rabbiner, ein Priester und ein Pastor kämen regelmäßig. Von einer muslimischen Betreuung wusste Iwan nichts zu berichten.

Soziales und sozialpolitisches Engagement

Ein Drittel des Gemeindegeldes wird für Sozialhilfe ausgegeben, vor allem für »Hilfe zur Selbsthilfe« bei Existenzgründungen. Die Kirche wolle, so Zobel, keine Vollversorgung leisten, sondern die Eigeninitiative der zu Unterstützten fördern, damit deren Selbstständigkeit gewährleistet bleibe. Die Mittelzuweisung wird ungeachtet der konfessionellen Zugehörigkeit der Bedürftigen vorgenommen. Besonders russische ImmigrantInnen und PalästinenserInnen werden unterstützt.

Unter Leitung der deutsch-lutherischen Kirche und mit Hilfe von ProzessanimierenderInnen bzw. -begleiterInnen läuft z. Z. ein israelisch-palästinensisches Schulbegegnungsprojekt in Latrun (etwa 30 km westlich von Jerusalem) mit dem Ziel der Friedensstiftung. Dort wird versucht, Zweierschaften zwischen je einer israelischen und einer palästinensischen Schule zu bilden. In Tagesseminaren bereiten sich die SchülerInnen zusammen und teils ohne die LehrerInnen auf eine gemeinsame zehntägige Deutschlandreise vor. Problematisch werde es, laut Zobel, wenn die palästinensischen SchülerInnen keine Übernachtungserlaubnis staatlicherseits für diese Vorbereitungstreffen auf israelischer Seite erhalten oder wenn wiederum die israelischen Eltern ihre Kinder nicht in die palästinensischen Autonomiegebiete fahren lassen wollen.

Eines ihrer aktuellen Betätigungsfelder sieht die deutsche Gemeinde in der Situation der ChristInnen in der Westbank. Lag deren Prozentanteil an der Gesamtbevölkerung einst bei 70 bis 80 %, so ist er heute auf 40 % gesunken. Die hohe Arbeitslosigkeit und die widrigen Lebensbedingungen führen u.a. zu einer hohen Abwanderungsrate. Diese zu stoppen und Perspektiven miteinander zu entwickeln, um ein Bleiben zu ermöglichen, sieht die Erlöserkirche als vorrangige Aufgabe.

Gut, dass das Thema des Abends »Religionen im Dialog?« mit einem Fragezeichen versehen war, denn von einem wirklichen Dialog zwischen den Religionen in Jerusalem zu sprechen, wäre reiner Euphemismus. Der alles beherrschende Dialog in Israel und in Jerusalem ist der israelisch-palästinensische Dialog, dies bestätigte Vikar Zobel auch, alles andere ist nachgeordnet.

Ein Großteil unserer Gruppe hat im Anschluss an die Veranstaltung die Gelegenheit zu einem internen interreligiösen Austausch im »American Colony Hotel« (laut Reiseführer »eine stimmungsvolle Oase in einem ehemaligen türkischen Palast«) genutzt und den Abend sehr gediegen bei einem Glas Arak, einem dreifach gebrannten Anisschnaps, ausklingen lassen.

Ingrun Weiß

Beduinen in Rahat

Gespräch mit Mohamad Gernawi (Repräsentant der Beduinen in der Histadrut), in Begleitung von Muhamad Matar (ehemaliger Stipendiat der HBS), mit anschließendem traditionellen beduinischem Mittagessen

Freitag, 10. März, 10.30 – 13.30 Uhr

Zur Situation der Beduinen

In Begleitung des Altstipendiaten Muhamad Matar, der diesen Teil des Programmpunkts freundlicherweise organisiert hatte, fuhren wir von Beersheba in die Beduinenstadt Rahat. Dort machten wir zuerst Halt in der Blumenzucht »A rose from the desert«, welche unter dem Namen »Ahmad & Mohamad« geführt wird und Rosen nach Deutschland und nach Holland exportiert. Hier wurden wir freundlich und mit gekühlten Getränken von Mohamad Gernawi, dem Repräsentanten der Beduinen in der Histadrut, willkommen geheißen und durch das Gewächshaus geführt. Wir erfuhren, dass dieses Gewächshaus seit fünf Jahren besteht und rund zwei Millionen Blumen jährlich exportiert. Der Bau des Gewächshauses wurde mit Regierungsgeldern unterstützt – allein die notwendige Heizungsanlage, da hier im Negev die Außentemperatur nachts stark abkühlen kann, kostete eine Million Schekel. Der Eigentümer des Gewächshauses beschäftigt zehn Mitarbeiter. Dieses Gewächshaus ist aller Wahrscheinlichkeit nach das einzige Gewächshaus, das von Beduinen geschaffen wurde und unterhalten wird.

Daraufhin fuhren wir (durch das in diesem Moment stattfindende Freitagsgebet über Umwege) in Richtung Innenstadt. Dabei erfuhren wir von Muhamad, der uns im Bus begleitete und die Erläuterungen Gernawis vom Arabischen ins Deutsche übersetzte, einiges über die Beduinenstadt Rahat: Rahat ist eine Stadt, die aus zehn bis 15 verschiedenen Beduinstämmen entstanden ist und heute 30.000 EinwohnerInnen hat. Die Sprache ist Arabisch mit verschiedenen Dialekten. Es ist eine Stadt mit vielen AkademikerInnen, die in der ganzen Welt studiert haben und hier in der Stadt in sehr luxuriösen Häusern wohnen. Es ist die größte Stadt im Negev und zugleich die größte Beduinenstadt. In diesem Ort gibt es 13 staatliche Schulen, eine Berufsschule und eine Sonderschule. Es besteht Schulpflicht für Kinder ab sechs Jahren. Sie besuchen sechs Jahre die Grundschule, drei Jahre die Mittelschule und drei Jahre das Gymnasium, wo sie das Abitur machen können. Außerdem gibt es acht Moscheen, ein Altersheim (anders als bei uns werden alte Leute nur tagsüber hierher gebracht, ansonsten wohnen sie der Tradition nach bis zum Tod in der Familie des Sohnes), vier kleine und ein großes Krankenhaus, eine Feuerwehr sowie einen Technologiepark mit Gebäuden für wissenschaftliche, sportliche und gewerbliche Aktivitäten. Die Industrie ist nach Aussage Gernavis im Kommen begriffen. Erst vor kurzem hätte allerdings die Textilindustrie im Ort Konkurs angemeldet. Außerdem liegt am Stadtrand seit 1948 der Kibbuz Shoval, der neben der Rinder- und Schafzucht auch Legebatterien unterhält. In diesem Kibbuz wohnen und arbeiten keine Beduinen.

Die Stadtverwaltung ist gewählt worden und handelt nach demokratischen Prinzipien. Sie fördert den Bau öffentlicher Einrichtungen. Es existiert ein Sozialsystem, das für die Zahlung von Arbeitslosengeld und Kindergeld zuständig ist. Die Arbeitslosenquote in Rahat liegt bei rund 40 %.

Die Stadt macht äußerlich einen modernen Eindruck. Auffällig ist zum einen die Größe der Wohnhäuser, die bei fast allen Häusern rund 150 qm entspricht. Der Grund hierfür ist, dass den Beduinen größtmögliche Freiheit und soviel Platz wie möglich zum Leben wichtig ist. Auffällig ist zum andern, dass neben jedem modernen Neubau ein Beduinenzelt in traditioneller Bauweise steht. Hier versammelt sich die Familie häufig zu Feiern oder um am Wochenende zusammen zu sitzen. Beduinen ohne Aufenthaltsgenehmigung bekom-

men von der Stadtverwaltung keine Erlaubnis, Häuser zu bauen. Sie wohnen am Stadtrand in notdürftig zusammengebauten Unterkünften in ärmlichen Verhältnissen.

Es schloss sich ein Mittagessen im traditionellen beduinischen Stil an, was für alle von uns in unvergesslicher Erinnerung bleiben wird. Es fand in einer Art großen rechteckigen Zelt auf einem weitläufigen, offenen, sonnigen Platz statt. Auf dem Boden lagen viele bunte dicke Kissen und Teppiche, auf die wir uns bequem niederlassen konnten und sollten, nachdem wir uns unserer Schuhe entledigt hatten. Es waren viele Männer anwesend, die zum Teil traditionell mit einer Art Burnus und einem Tuch auf dem Kopf bekleidet waren. Es waren junge, beschnurrbartete und alte, würdevoll aussehende Männer mit sonnengegerbter Haut unter ihnen. Einheimische Frauen waren nicht anwesend. Wir wurden von dem Bürgermeister und noch einmal von dem Vertreter der Gewerkschaft offiziell begrüßt und sehr herzlich und mit blumigen Worten zum Essen eingeladen, welches kurz darauf von einer ganzen Mannschaft junger Männer, wie aus einem geheimnisvollen Nichts kommend, herangetragen wurde. Riesige silberne Schalen, die mit gekochtem Fleisch, Reis und Gemüse, welches auf übergroßen und durch den Umfang fast durchsichtigen runden Fladenbroten lag, wurden vor uns hingestellt. Die Portionen waren mehr als großzügig! Das Essen ohne Besteck, mit der rechten Hand (da die linke Hand im Arabischen als unsauber gilt), machte einen weiteren Reiz aus. Ein herzliches »Shukran« noch einmal all denen, die an dieser tollen Aktion und an der Speisenzubereitung beteiligt waren!

Claudia Wystrach

5. Palästina

Am 6. und 7. März besuchte unsere Gruppe Palästina. In Givat Haviva waren wir zuvor durch den Vortrag von Yair Bäuml und eine Exkursion an die Green Line (siehe Themengebiet Friedensprozess) vorbereitet worden. Das Gebiet der Westbank war seit Beginn der türkischen Herrschaft nie souverän gewesen. Nach der Britischen Mandatszeit wurde die Westbank 1948 von Jordanien annektiert (ebenso wie der Gazastreifen von Ägypten) und 1967 im Sechs-Tage-Krieg von Israel besetzt. Eine eigene Gesetzgebung hat nie existiert, so dass z. Z. immer noch Osmanisches Recht, neben Verordnungen aus der britischen Mandatszeit, dem Jordanischen Recht (z. B. das Arbeitsrecht in der Westbank basiert immer noch auf dem alten Jordanischen vor 1967) und Israelisches Besatzungsrecht parallel Anwendung finden. Persönliche, unternehmerische und gesellschaftliche Vorhaben sind daher nur mit hohem Aufwand und einem langen Atem zu realisieren. Dadurch werden selbst Maßnahmen für die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Bedürfnissen, wie die Etablierung einer Abfall- und Abwasserwirtschaft, blockiert.

Von Yair Bäuml waren uns während der Exkursion zur Green Line die Konsequenzen dieses Zustandes in dem Dorf Bart'a vor Augen geführt worden. Die Israelische Seite des Dorfes mit einer funktionierenden Infrastruktur, auf der Palästinensischen Seite Müll, der auf der Straße verbrannt wird, die als solche kaum bezeichnet werden kann und eine improvisierte und unregelmäßige Stromversorgung. Eine der wenigen Neuerungen im Dorf: Eine Schule, untergebracht in dem Gebäude, in dem die Jahrhunderte vorher die unterschiedlichen Besatzungsmächte residiert hatten.

Mit Ausnahme des Treffens mit dem Vorsitzenden des Student's Council der An-Najah National University Nablus standen bei allen Gesprächen in Palästina zwei Punkte im Vordergrund: der verzweifelte Aufbau staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen und die Frustration über den ins Stocken geratenen Friedensprozess. So konnten wir uns beim Empfang durch **Ghassan W. Shakah, dem Bürgermeister von Nablus**, von den unüberwindbaren Hindernissen und dem unverzichtbaren Engagement der ehemaligen PLO-Funktionäre überzeugen, auch wenn die offensichtlichen hierarchischen und nicht immer demokratischen Strukturen («Ohne mich läuft hier gar nichts!») nicht unserem sozialen Kontinuum entsprechen.

Nachdem wir vom Präsidenten der An-Najah National University Nablus die Einladung und Aufforderung erhalten hatten, nach Palästina zu kommen, um dort zu studieren oder noch besser, uns mit einschlägigen Hochschulabschlüssen an dem Aufbau von Palästina zu beteiligen, hatten wir das zweifelhafte Vergnügen, den Vorsitzenden des Student's Council der Universität Nablus (beide siehe Themengebiet Friedensprozess) und zwei seiner mutmaßlichen Aufpasser kennen zu lernen. Auf die im ersten Moment unverfänglich gestellte Frage, wie die Mehrheit der Studierenden angesichts der hohen Studiengebühren und des geringen Einkommens ihr Studium finanzieren, wollte er nicht eingehen, da er nur ein Gespräch bezüglich der Belange des Student's Council führen werde. Er reagierte, als hätten wir nach seinen persönlichen Geldquellen gefragt und die durfte er, wie es schien, nicht offenbaren (wobei wir doch mit dem Erhalt von Stipendien gut vertraut sind). Er benötigte nur wenige Minuten, um das Bild des fanatischen aber dummen Hamaskämpfers, welches wir aus Funk, Fernsehen und Hollywood-Filmen kennen, zu bestätigen. Dafür bekam er von uns ein DGB-Basecap mit der Aufschrift »Mach meinen Kumpel nicht an!« als Gastgeschenk.

Das Treffen mit den Vertretern des **Flüchtlingslagers Balata** verlief auf Grund des Zeitmangels enttäuschend. Es war wenig informativ, obwohl dies eine gute Chance gewesen wäre, Defizite über die Situation der Flüchtlinge in unserer Gruppe abzubauen. Die erheblichen kulturellen und sozialen Unterschiede zwischen unserer Gruppe und der Bevölkerung von Palästina hätten allgemein eine intensivere Vorbereitung erfordert. Dies zeigte sich besonders bei dem anschließenden Besuch des Flüchtlingslagers.

Bei unseren Kollegen von der **Palestinian General Federation of Trade Unions (PGFTU)** ging es nach einem zögerlichen Anfang recht informativ zu. Neben den Themen Friedensprozess, wirtschaftlicher Aufbau, Geschichte und Ziele der Gewerkschaftsbewegung wurde auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur Autonomiebehörde angerissen. Es wird erwartet, dass sich diese mit der Stabilisierung des zukünftigen Staates mehr und mehr auf die Seite der Arbeitgeber stellen wird, um das Investitionsklima in Palästina zu verbessern. Obwohl die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen ein erklärtes Ziel der PGFTU ist, nahm trotz Ankündigung an dem Treffen keine Frau teil.

Am Abend bei gutem Essen und Tanz mit den Kollegen der PGFTU gab es dann noch ein ganz persönliches und erfolgreiches Face-to-Face-Gespräch zwischen unserem Busfahrer Pinchas und einem Vertreter der palästinensischen Transportarbeitergewerkschaft. Pinchas, der sich auch gerne als Zionist der ersten Stunde bezeichnet – seine Familie ist vor 600 Jahren aus Spanien vertrieben worden und ist damals in das jetzige Gebiet von Israel eingewandert –, hatte sich anfangs aus Sorge um seinen Bus geweigert, in die Westbank zu fahren. Hinterher war er dann doch ganz zufrieden und, wie wir, um einige Erfahrungen reicher.

Im Gespräch mit den **Repräsentanten der Autonomiebehörde** und dem Leiter des deutschen Vertretungsbüros in Ramallah (siehe Themengebiet Beziehungen) ging es in erster Linie um das vordringlichste Ziel: den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau Palästinas und den Friedensprozess. Die Einteilung »Europa – unterstützen Palästina – die Guten« und »USA – unterstützen Israel – die Bösen« stieß in unseren Reihen auf keinen nennenswerten Widerstand, was wahrscheinlich auch daran lag, dass sich an diesem Tag die ersten frapierenden Ermüdungserscheinungen breit machten.

Auf dem Weg durch die Westbank fielen neben der offensichtlichen Armut die israelischen Siedlungen auf, die meist auf Hügeln errichtet sind. Israelische Militär- und Palästinensische Polizeiposten wechselten sich auf der Fahrt durch Palästina ab.

Die Westbank ist nach der Verabschiedung der Verträge von Oslo in drei Zonen eingeteilt. Alle Gebiete der C-Zonen stehen unter alleiniger, d.h. militärischer und ziviler Israelischer Verwaltung, B-Zonen stehen militärisch unter Israelischer und zivil unter Palästinensischer Verwaltung, A-Gebiete stehen unter alleiniger Palästinensischer Verwaltung, wobei nur polizeiliche Strukturen, nicht jedoch militärische zugelassen sind.

Zur Zeit sind 42 % (Stand Mai 2000) der Westbank und des Gazastreifens in A- oder B-Zonen eingeteilt. In den Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern wird um jeden Zentimeter gerungen, dass C-Gebiete zu B-Gebiete und B- zu A-Gebieten werden. Unklar ist nach wie vor, auf wieviele Gebietsansprüche Israel verzichten wird und wieviele Siedlungen entsprechend aufgegeben werden müssen. Territorial stellen sich die B- und C-Gebieten als Inseln in dem zusammenhängenden C-Gebiet dar. An der jetzigen Landkarte ist die Siedlungspolitik Israels zu erkennen, deren Ziel die Einkreisung der Palästinensischen Ortschaften war und ist; im übrigen nicht nur in der Westbank, sondern auch in Israel selbst. Ein Tipp: Die Flüchtlingsproblematik, der Grenzverlauf und die Einteilung der Gebiete sind sehr gut in »Le Monde Diplomatique« vom Februar 2000 dargestellt, wenn auch nicht mehr ganz aktuell, was die Einteilung der A-, B- und C-Gebiete betrifft (eignet sich aber hervorragend für Präsentationszwecke der Problematik, wirklich sehr detailliert).

Viele von uns werden bei dem Stichwort Palästina das Bild der Stadt Nablus mit den unendlich vielen gelben Taxen, den engen, verwinkelten Gassen und unterirdischen Gängen der Kreuzritterstadt vor Augen haben. An dieser Stelle danken wir Majdi Shelleh, Verantwortlicher für internationale Kontakte der Palästinensischen Autonomiebehörde, für seine Betreuung und Rundgänge durch die Altstadt von Nablus.

Sebastian Siegele

Rathaus Nablus

Gespräch mit Ghassan W. Shakah, dem Bürgermeister der Stadt Nablus und Mitglied der PLC und des Exekutivkomitees der PLO, im Rathaus in Nablus

Montag, 6. März, 11.00 – 11.45 Uhr



*Ghassan W. Shakah
(Bürgermeister der Stadt
Nablus und Mitglied der
PLC und des Exekutiv-
komitees der PLO),
Frank von Auer
(Sozialattaché der
Deutschen Botschaft
in Tel Aviv), Atif Sa'ad
(Pressesprecher der
PGFTU)*

Foto: Ingrun Weiß

Ghassan W. Shakah ist nicht nur Bürgermeister von Nablus, sondern auch Mitglied des palästinensischen Parlaments und der Exekutive der PLO. Bisher fanden in der Westbank und im Gaza keine kommunalen Wahlen statt, daher ist Shakah als Bürgermeister ernannt. Nach der Begrüßung erläutert er Folgendes:

Friedensprozess

Weder werde der Friedensprozess fortgesetzt noch sei der israelische Ministerpräsident Barak an der Entwicklung in Palästina interessiert. Er spricht nie über einen Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten, wie in den Osloer Verträgen vorgesehen. Selbst sechs Jahre nach Oslo gibt es keine nennenswerte Entwicklung. Die Versprechungen gegenüber dem palästinensischen Volk können daher nicht eingehalten werden. Wenn Europa nicht eingreift, kann der Friedensprozess nicht weiter fortgesetzt werden, dabei sei der Wunsch doch nur, zu »leben wie andere Menschen auch«. Israel muss den Frieden sowohl für Palästinenser als auch für Juden akzeptieren und auch die Menschen in den Flüchtlingslagern haben ein Recht darauf. Daher ist zu hoffen, dass Ministerpräsident Barak die Friedensverhandlungen bald wieder aufnimmt.

Wenn es einen Friedensvertrag mit Israel gibt, dann sind die Nachbarstaaten so etwas wie die »Vereinigten Staaten des Nahen Ostens«. Israels Sicherheit bedeutet zugleich auch Sicherheit für Palästina. Palästinenser sind um den Friedensprozess sehr bemüht, aber Israel nicht. Dabei hat Israel gute mediale Möglichkeiten und verbreitet seine Kampagnen erfolgreicher als die Palästinenser.

Das Statement des französischen Ministerpräsidenten Lionel Jospins, die libanesische Hizbollah sei eine terroristische Vereinigung, das er zugunsten der bevorstehenden Wahlen in Frankreich während seines Besuchs in Palästina aktuell von sich gab, bewertet auch Shakah als provokativ. Insofern kann dagegen protestiert werden, aber nicht, indem Steine geworfen werden. Das ist nicht der richtige Weg, Politik zu praktizieren.

Auf die Frage, welche Parteien im Stadtparlament in Nablus vertreten sind, antwortet er, die Hamas sei nicht vertreten. Sie hat dafür nicht kandidiert, sie sieht sich als Opposition. Die Hamas hat wegen der Verhand-

lungen mit Israel breitere gesellschaftliche Zustimmung bekommen, da die Verhandlungen als negativ für Palästina wahrgenommen werden. Dadurch wird die Position der PLO geschwächt.

Wirtschaftliche Entwicklung und Infrastruktur

Durch die Stagnation im Friedensprozess ist auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung blockiert. Nablus ist eine sehr zentrale Handelsstadt. Daher findet eine große Migration aus den umliegenden, unter israelischer Verwaltung stehenden Gebieten nach Nablus statt. Viele wollen in Israel arbeiten aber in Nablus wohnen. Wenn die Region unter PLO-Verwaltung kommt, kann sich die Lage verbessern. In Nablus entsteht bereits in Zusammenarbeit mit Deutschland ein neuer Industriepark, der für 8.000 Menschen Arbeitsplätze bieten soll. Außerdem gibt es Jointventure-Projekte mit Israel.

Die kommunalen Probleme sind noch nicht alle gelöst. Bislang wurden vier bis fünf Wasserprojekte mit deutscher Hilfe durchgeführt, was ein wichtiger Schritt für den Aufbau des palästinensischen Staates ist, dennoch läuft in Nablus nur etwa drei bis vier Stunden täglich Wasser, da die israelischen Behörden 58 % des Wasservorrats der Stadt kontrollieren. Israelische Behörden verursachen auch oft Schwierigkeiten bei der Abwasser- und Müllentsorgung, so erteilen sie z. B. keine Genehmigung für ein Müll-Recycling-Projekt, das mit deutscher Hilfe durchgeführt werden soll.

International gibt es sehr gute Beziehungen zu Partnerstädten in Frankreich, England und Polen. In Deutschland gibt es keine Partnerstadt, man bemüht sich jedoch darum. Es besteht kein finanzielles Interesse seitens Nablus an den Partnerstädten, sondern man ist an der Erfahrung interessiert, da die Stadtverwaltung in der Vergangenheit sehr viel verpasst habe.

Der Haushalt von Nablus, ein Budget von 40 Mio. Dollar, wird von den BürgerInnen der Stadt finanziert, einige Projekte werden auch durch internationale Hilfe gefördert. Finanzielle Unterstützung durch die PLO-Selbstverwaltung gibt es nicht. Früher standen drei Viertel des Budgets dem israelischen Offizier, der als Bürgermeister fungierte, zur Verfügung. Er hat nicht nur die Stadt, sondern auch das Budget zerstört.

Soziale Entwicklung

Im sozialen Bereich gibt es spezifische Betreuung für misshandelte Kinder, es gibt ein Kulturzentrum mit Angeboten wie Ballett und Internetzugang. Auch eine Bibliothek wird gegenwärtig eingerichtet. Für die Universitäten braucht es noch viel Unterstützung, da sie mehrmals und für längere Zeit geschlossen wurden, einmal sogar für drei Jahre.

Zur medizinischen Versorgung berichtet er, dass es Krankenversicherungen gibt und Menschen kostenlos behandelt werden können, nur bei niedergelassenen Ärzten muss man privat zahlen. Es wird ein neues Krankenhaus für die gesamte Westbank benötigt, hierfür wird nach einem Jointventure-Partner gesucht.

Zum abschließenden Wort, »Wir wollen in Würde leben, wie jeder andere Mensch auch« wird uns kanefe, eine leckere Süßspeise, gereicht.

Cengiz Deniz

Flüchtlingslager Balata in Nablus

Nablus, Balata Camp, P.O.Box: (738), Telefax (972 9) 2385930, e-mail: yafacult@hally.net

Besuch im Flüchtlingslager Balata in Begleitung der palästinensischen Abgeordneten Hussam Khader und Ghamal Afaghani

Montag, 6. März, 15.00 – 16.00 Uhr

Besuch des Flüchtlingslagers Balata in Nablus, Westbank

Das Flüchtlingslager Balata in Nablus ist das größte palästinensische Flüchtlingslager in der Westbank. Auf einer Fläche von weniger als ein km² leben 20.000 BewohnerInnen. Das Lager existiert seit dem 48er Krieg. Die Mehrzahl der Flüchtlinge stammt aus dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet und kommt aus 69 Dörfern aus der Umgebung von Ramla und Lod (ca. 15 km süd-östlich von Tel Aviv). 1956 begann die UNRWA (UN-Organisation für die Unterstützung von Flüchtlingen und Vertriebenen) anstelle der Zelte Häuser zu errichten. Bis 1967 lebten 3.500 Familien in dem Lager. Zur Zeit sind es 3.850 Familien, da nach dem Sechs-Tage-Krieg weitere Teile der ursprünglichen Bevölkerung gezwungen waren, israelisches Gebiet zu verlassen. Dies erklärten uns Hussam Khader (palästinensischer Abgeordneter und Repräsentant der Flüchtlinge in Nablus) und Ghamal Afaghani (palästinensischer Abgeordneter), die uns im Yafa Cultural Center begrüßten.

Das Treffen dauerte nur wenige Minuten, da unsere Gastgeber danach an einer Sitzung teilnehmen mussten, in denen die anstehenden Kürzungen der sozialen Leistungen der UNRWA diskutiert wurden. Beide beklagten das andauernde restriktive Verhalten Israels gegenüber den palästinensischen Flüchtlingen. Insbesondere wurde auf die UN-Resolutionen 181 und 194 verwiesen, die allen Flüchtlingen die Rückkehr in die ursprünglichen Wohngebiete bzw. eine Entschädigung für den Verlust von Grund und Eigentum garantieren sollen. Diese Resolutionen wurden 49 Mal von der UN bestätigt, von Israel aber weiterhin ignoriert.

Mir drängte sich der Verdacht auf, dass an dieser Forderung auch aus propagandistischen Gründen festgehalten wird, da kein Wort darüber gesagt wurde, wie eine praktische Umsetzung dieser, in meinen Augen unrealistischen Forderung, aussehen könnte und hiermit zudem die Schuld an der unerträglichen Situation der palästinensischen Flüchtlinge allein Israel zugeschoben wird. Auffallend war zudem, dass auf allen Pla-



Im Flüchtlingslager
Balata in Nablus
Foto: Anette Harms

katen, Broschüren etc. Palästina geographisch als Gebiet des ehemaligen britischen Mandatsgebietes vor 1948 abgebildet war.

Dem kurzen Treffen schloss sich ein hastiger Rundgang durch das Flüchtlingslager an. Die an sich schon fragwürdige Situation («Zoobesuch») wurde durch fehlende Zeit und fehlende Vorbereitung zur Situation der palästinensischen Flüchtlinge verschärft. Leider kann hier nicht ein Bild aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingslagers wiedergegeben werden, wie unsere Delegation durch die Gassen hetzte, gefolgt von einer Horde Kinder.

Die fehlende Vorbereitung der Gruppe artikulierte sich u.a. darin, dass sich Einzelne bis kurz vor Schluss des Rundganges überhaupt nicht bewusst waren, dass wir uns bereits im Lager befanden. Vielmehr äußerten sie die Befürchtung, dass der Anblick von Armut und Leid noch schlimmer kommen könnte. Zu sehr war das Bild eines Flüchtlingslagers als Zeltstadt geprägt, wie es tagtäglich in den Medien zu verfolgen ist. Kein Gedanke war verschwendet worden, wie ein Flüchtlingslager nach 50jähriger Existenz aussieht, wenn es längst aus den aktuellen Schlagzeilen der Medien verschwunden ist.

Balata gleicht, wie die anderen 40 palästinensischen Flüchtlingslager im Gazastreifen, im Libanon, in Jordanien, Syrien und in der Westbank, eher einem Getto mit engen Gassen, waghalsigen Häuserkonstruktionen, Müllbergen, Zimmern, die sich sieben Personen teilen müssen, einer improvisierten Infrastruktur, informellem Gewerbe und hoher Arbeitslosigkeit. In den Camps der Westbank leben 652.855 Menschen, pro km² sind es durchschnittlich 40.000. Aufgrund der begrenzten Bildungskapazitäten bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum ist die Analphabetenrate von 22 % in 1988 auf 27 % in 1997 gestiegen. Ein Arzt hat 15.835 Flüchtlinge zu versorgen, ein Zahnarzt 77.000.

Für viele der Gruppe war es das erste Mal, dass sie menschliches Leid in dieser Form direkt und hautnah erlebt haben. Dies führte auch zu emotionalen Abwehrreaktionen. »Die Auseinandersetzung ist keine zwischen Israelis und Palästinensern, sondern zwischen moderner Zivilisation und Mittelalter« war als eine Reaktion zu hören. Einige waren der Meinung, dass im Sinne der antirassistischen Ausrichtung unserer Arbeitsgruppe dieser Teil der Rundreise nach hinten losgegangen ist.

Sebastian Siegele

Palestinian General Federation of Trade Unions (PGFTU)

Tel. 00972-9-38 51 36, Fax 00972-9-38 43 74

Gespräch mit Shaer Sa'ad (Vorsitzender der PGFTU), Naser Younes (President of the General Federation for Transport Workers / GUTW), Khaled Abdel-Haq (President of the National Trade Union of Banking and Insurance / NTBI) u.a. im Hauptquartier der Gewerkschaftsföderation in Nablus

Montag, den 6. März 2000, 16.30 – 17.45 Uhr



Dieter Lankes und
Shaer Sa'ad
(Vorsitzender der PGFTU)
Foto: Silvia Kunter

Wir kommen in ein großes, geräumiges Besprechungszimmer mit Fahnen und einem Arafat-Porträt an der Stirnseite. Die Atmosphäre ist freundlich, aber abwartend. Shaer Sa'ad ist gerade von einer Tagung der Arabic Labour Organisation (ALO) aus Ägypten eingetroffen, so dass wir durch unsere unbeabsichtigte Zeitverzögerung doch das Glück haben, ihn persönlich sprechen zu können. Er gibt einen kurzen Abriss der Geschichte der palästinensischen Gewerkschaften, schildert die derzeitigen fünf Hauptziele sowie die größten Probleme der palästinensischen Gewerkschaftsarbeit.

1. Zur Geschichte der palästinensischen Gewerkschaften

- 1921 Beginn der Gewerkschaftsbewegung in der britischen Mandatszeit.
- 1936 Großbritannien gibt die offizielle Genehmigung für die Gründung einer Gewerkschaft (Arabic Workers' Society).
- 1949 Nach dem 48er-Krieg kommt es zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. In Gaza steht sie fortan unter ägyptischer, im Westjordanland unter jordanischer Herrschaft. An beiden Orten funktionieren die ArbeitnehmerInnenorganisationen allerdings weiter.

- 1967 Im Zuge des Sechs-Tage-Krieges werden viele Gewerkschaftshäuser geschlossen und Funktionäre interniert, da sie sich der israelischen Besatzungsmacht widersetzen. Die Israelis machen es den Gewerkschaftsfunktionären schwer und verweigern ihnen die Anerkennung.
- 1987 Während der Intifada werden alle Gewerkschaftsbüros geschlossen; bis 1992 sind die Funktionäre gezwungen, im Untergrund zu arbeiten
- 1993 Durch die Verträge von Oslo wird die Neugründung der palästinensischen Gewerkschaften ermöglicht. Sie zählen zu Beginn etwa 11.000 Mitglieder.

Heute haben die palästinensischen Gewerkschaften ca. 89.000 Mitglieder. Zur Zeit bemühen sie sich verstärkt um die Aus- und Weiterbildung der ArbeitnehmerInnen. Die PGFTU hat sieben Abteilungen: Internationale Beziehungen, Finanzen, Bildung, Frauen, Organisation, Arbeitssicherheit & Gesundheit und Tarifpolitik.

Die Mehrzahl der PalästinenserInnen arbeitet im Öffentlichen Dienst und in der Landwirtschaft; Industrie im westlichen Sinne besteht noch nicht. Die PGFTU besteht aus 13 Branchengewerkschaften. In den Betrieben sind die Gewerkschaftsmitglieder in Form von workers' committees organisiert, die allerdings nicht mit Betriebsräten in unserem Sinne vergleichbar sind.

2. Fünf Nahziele der palästinensischen Gewerkschaftsföderation

Die PGFTU bemüht sich um eine Steigerung des Organisationsgrades von derzeit 12 % auf 21 %.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf die weiblichen Mitglieder gelegt, deren Organisationsgrad von 7 auf 17 % gesteigert werden soll. Frauen machen 14 bis 15 % der palästinensischen Arbeitskräfte aus und arbeiten hauptsächlich im Gesundheits- und im Textilsektor.

Ausgesprochen wichtig ist die Entwicklung eines eigenen palästinensischen Arbeitsrechtes: Bisher existieren osmanisches, jordanisches, ägyptisches, britisches und israelisches Recht nebeneinander. Es ist derzeit ein Arbeitsrecht geplant, das die PGFTU allerdings als problematisch ansieht und das hinter die Vorgaben der ILO (International Labour Organisation) zurückfällt. Das Parlament unterstützt ihrer Auffassung nach einseitig die Interessen der Unternehmer.

Als vierten Punkt versucht die PGFTU, finanzielle Unabhängigkeit durch Erhöhung des bisher 7\$ jährlich betragenden Mitgliedsbeitrags zu erreichen.

Zuletzt soll besonders die Etablierung einer modernen, freien Gewerkschaftsbewegung gefördert werden. Eine neue Satzung ist noch in diesem Jahr geplant. Es bestehen gute Kontakte mit ausländischen Gewerkschaften, auch mit deutschen. Darüber hinaus gibt es auch Beziehungen und Vereinbarungen mit der Histadrut. Die Beziehungen zu Ägypten, Syrien und Jordanien sind schwierig, da es in diesen Ländern kein Recht auf freie Organisation gibt.

3. Verhältnis zur Histadrut

Die Beziehungen zur Histadrut sind besonders wichtig, da ca. 52.000 Palästinenser legal und ca. 75.000 illegal in Israel arbeiten. Bis 1993, als die palästinensischen Gewerkschaften offiziell verboten waren, bestanden überhaupt keine Kontakte zur Histadrut. Seit März 1995 gibt es ein gemeinsames Abkommen über das Arbeitsrecht. Allerdings sind die Beziehungen zur israelischen Gewerkschaft nicht »warm«, wie es Sa'ad ausdrückt [vgl. hierzu auch das Treffen mit Kav La'Oved, Themengebiet religiöse & ethnische Minderheiten; Anm. der Autorin].

4. Probleme in der Gewerkschaftsarbeit

Ein Hauptproblem für die gewerkschaftliche Arbeit stellt im Moment die Nicht-Anerkennung eines palästinensischen Staates dar. Solange es keinen palästinensischen Staat gibt, ist es auch schwer für seine Gewerkschaften, sich Anerkennung zu verschaffen. Ein weiteres wichtiges Problem ist die geografische Zersplitterung der gewerkschaftlichen Zentren im Gaza-Streifen und in der Westbank und die damit verbundenen bürokratischen Hürden. Um von der Westbank aus Israel zu durchqueren und im Gaza-Streifen einzureisen, braucht man eine besondere Genehmigung der israelischen Behörden. Dies erschwert die Arbeit der PGFTU ungemein.

In den besetzten palästinensischen Gebieten gibt es kein Sozialversicherungssystem. Die Löhne sind im Allgemeinen sehr niedrig, es gibt keinen Mindestlohn. Der monatliche Durchschnittsverdienst liegt bei 1.200 Schekel (600 DM), wobei er in Israel mehr als doppelt so hoch ist (2.800 NIS). Augenblicklich kämpft die Gewerkschaft gemeinsam mit den LehrerInnen für ein höheres Gehalt, da diese nur 1.400 NIS verdienen.

Ein großes Problem ist ferner die gesellschaftliche Polarisierung zwischen Hamas-Anhängern und den Befürwortern des Friedensprozesses. Diese Meinungsverschiedenheiten bestimmen zum Teil auch die gewerkschaftliche Arbeit. Die Mehrheit der Mitglieder unterstützt jedoch den Friedensprozess und es gibt mit der Hamas keine offizielle Zusammenarbeit, da die Gewerkschaften keine religiöse Orientierung haben. Ein Aufnahmeantrag der Hamas-Neugründung Islamic Union – mit einigen Hundert Mitgliedern – in die PGFTU wurde von dieser abgelehnt. Deren Konkurrenz fürchtet die PGFTU nicht, da sie der Auffassung ist, dass die ArbeitnehmerInnen merken werden, dass ein Ende der Friedensbemühungen ihnen nur schaden würde. Allerdings werden die islamischen Fundamentalisten zur Zeit immer stärker, weil der Friedensprozess stockt.

Momentan werden die Gewerkschaftsfunktionäre der PGFTU nach politischen Listen gewählt. [Dies entspricht dem hohen Grad der Politisierung der palästinensischen Gesellschaft allgemein; Anm. der Autorin.] Sa'ad hofft jedoch, dass die politischen Differenzen bei einem Fortschreiten des Friedensprozesses unwichtiger werden und alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Kurzfristiges Ziel aller ist die Errichtung eines gemeinsamen palästinensischen Staates.

Das Gespräch wurde sehr interessiert aufgenommen, obwohl wir bereits einen anstrengenden Tag hinter uns hatten. Der Abschied im Gewerkschaftshaus war nun auch besonders herzlich und wir suchten alle unsere Gastgeschenke heraus und verteilten sie. Als wir anschließend zum Flüchtlingslager Balata bei Nablus aufbrachen, begleiteten uns einige Gewerkschaftsvertreter. Auch beim Abendessen waren einige von ihnen wieder anwesend und es gab Zeit für ausführlichere Nachfragen. Uns wurde in Nablus große Gastfreundschaft zuteil.

Sarah Sebhatu

Palästinensische Autonomie

Gespräch mit politischen Repräsentanten der Autonomiebehörde und des palästinensischen Nationalrates Is Hicham Musthapha Ilhan und Dr. Mohammed A. Azzam (Ministerium für Planung) in Ramallah

Dienstag, 7. März, 12.15 – 13.00 Uhr



*Is Hicham
Musthapha Ilhan und
Dr. Mohammed
A. Azzam*

Foto: Silvia Kunter

Von der deutschen Vertretung in Ramallah aus fuhren wir am Vormittag in strömendem Regen weiter zu den Vertretern der palästinensischen Verwaltung. Wir sind in einem großen, sechs bis sieben Stockwerke hohen Haus in einem repräsentativen Raum als Gäste der palästinensischen Behörden. Im Hintergrund sind drei junge Frauen, die ebenfalls Platz genommen haben. Wir erfahren über ihre Funktionen nichts, sie werden uns von unseren Gesprächspartnern nicht vorgestellt. Später werden wir feststellen, dass wir nicht mit einer einzigen Palästinenserin sprechen konnten. Das palästinensische Volk scheint nur durch Männer repräsentiert zu werden. Ähnlich ist es, wie wir erfahren, im Arbeitsleben: Nur 7 % der palästinensischen Frauen sind berufstätig.

Mustapha Ilhan erläutert, die Palästinenser wollen in Kooperation mit Israel für die eigene Zukunft sorgen, denn ihr Wunsch sei es, dass man einander akzeptiere und sich auf gleicher Ebene begegne. Seit der Unterzeichnung der Friedensverträge seien jedoch von israelischer Seite nur 10 % der vertraglichen Vorgaben umgesetzt (Landübergabe etc.). Die Palästinenser seien es leid zu warten, es müsse bald etwas passieren. Sie beklagen die Art der israelischen Verhandlungen, bei denen nichts herauskomme. Die Palästinenser seien immer gesprächsbereit – jetzt müsse Israel reagieren. z. B. soll laut israelischem Erziehungsministerium ein bekannter palästinensischer Poet nicht in den israelischen Schulen gelesen werden, weil »die Zeit noch nicht reif wäre«. Seit sechs Jahren sieht Ilhan kaum eine Veränderung in der Praxis der Israelis. Israel führe die Diskussion über den Frieden nach seiner eigenen Moral, z. B. unter dem Gesichtspunkt, es ginge um ihr gottgegebenes Land. Dies sei kein Weg zum Frieden.

Dreißig Jahre lang lag die palästinensische Erziehung in den Händen zweier Staaten: In Gaza gelten ägyptische und in der Westbank jordanische Vorgaben. Die Palästinenser sind jetzt dabei, ein eigenes Curricu-

lum zu entwickeln. Hier gelte es, eine Bildungsreform für das palästinensische Volk zu leisten, was eine große Aufgabe sei. Dabei soll die arabische Sprache im Vordergrund stehen. Ihre Kinder sollen nicht mehr die Sprache der Besatzer sprechen, sondern die des eigenen Volkes. Die meisten Verhandlungen werden daher in Englisch geführt, obwohl die meisten ihrer Leute auch Hebräisch könnten. Sie waren z. B. während und nach der Intifada in den Gefängnissen der Israelis gezwungen, hebräisch zu lernen, die Israelis dagegen sprechen kein arabisch.

Ein weiterer Punkt im Curriculum werde sein, die Geschichte der Palästinenser zu vermitteln, was für die eigene palästinensische Identität von großer Wichtigkeit sei. Die Israelis hatten dreißig Jahre verhindert, dass die palästinensischen Städte wachsen, weil man ihnen kein Land gegeben hat. Die B-Zone (in der Westbank unter israelischer Verwaltung) hätte ihnen längst zurückgegeben werden müssen. Mit vielen Israelis gebe es »von Volk zu Volk« darüber keine Probleme, aber auf politischer Ebene fehlen Friedenskonzepte, weil die politischen Vorstellungen der israelischen Regierung realitätsfremd seien.

Das israelische Volk möchte den Frieden. Die Völker kennen sich untereinander gut, besonders die Palästinenser seien ein politisches Volk und wüssten alles über die Israelis. Zum Verhältnis zu Jordanien sagt er, Jordanien sei ein Bruderstaat. 60 % der jordanischen Bevölkerung sind palästinensischer Herkunft. Die bisherigen Kontakte beziehen sich auf den privaten und informellen Bereich, nicht aber auf den wirtschaftlichen Sektor, dies könnte sich in der Unabhängigkeit aber ändern. 90 % der Waren in den Geschäften seien aus Israel. Israel habe zu Gunsten seiner eigenen Produkte Verträge mit Jordanien verhindert. Das Verhältnis zu Ägypten, sagt er, sei erschwert durch Restriktionen. z. B. können die Palästinenser aus Gaza keine eigenen Produkte mit ihrem eigenen Stempel auf den ägyptischen Markt bringen, da sie mit israelischem Stempel gekennzeichnet würden.

Auf Nachfrage nach dem Stellenwert der Hamas erklärt er, dass zu einer pluralistischen Staatsform politische Farben gehörten und in der Demokratie Vielseitigkeit vertreten sein müsse. Nicht von allen Palästinensern werde der Friedensprozess unterstützt, aber von den meisten, es gäbe unter ihnen Rechte und Linke. Nach den Parlamentswahlen seien die Erwartungen an die Regierung sehr hoch gewesen. Bereits nach zwei Monaten, insbesondere nach dem Oslo-II-Abkommen, wollten die Wähler/innen Ergebnisse sehen. Die Hamas würde die Verzögerungen der Friedensverhandlungen für sich nutzen und die Radikalisierung der StudentInnenschaft fördern. Aber 51 % der Studierenden, die die Hamas an der An-Najah-Universität gewählt haben, seien nicht das palästinensische Volk. In jedem Land gäbe es extreme Gruppierungen und sie würden akzeptiert werden. Solange sie sich auf dem demokratischen Boden bewegten, sei das in Ordnung.

Zur Rolle der EU erklärt er, dass sie auf der Seite der Palästinenser sei, die USA würden Israel unterstützen. Die EU verbindet sich mit mediterranen Ländern, um für den Frieden in Europa zu sorgen. Die Europäische Union müsste USA und Israel unter Druck setzen, damit die Friedensverhandlungen voran kämen.

Auf Nachfrage zur Situation in den Flüchtlingslagern erklärt er, dass die in Flüchtlingslagern lebenden Palästinenser laut eines UNO-Beschlusses zurück könnten. Sie würden nach dieser Resolution eine Unterstützung für ihre Integration bekommen. Die Flüchtlinge, die nicht zurückkommen möchten, sollten eine Entschädigung erhalten. Seit 50 Jahren würden bereits Menschen in den Flüchtlingslagern leben, dies sei nun genug!

Neclá Kelek

6. Wirtschaftspolitische Beziehungen zwischen Deutschland und Palästina

Die Thematik Friedensprozess und damit eng verknüpft auch die aktuellen Entwicklungen in Israel und Palästina führten uns zu einem Gespräch mit dem Vertretungsbüro der BRD in Ramallah, einer Stadt in der Westbank. Zwar ging es hier oberflächlich betrachtet auch um den Friedensprozess, das Gespräch traf aber ins Zentrum eines Themas, das wir bisher nur gestreift hatten, aufgrund der Relevanz dennoch hier mit einem eigenen Abschnitt gewürdigt werden soll: Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und dem Nahen Osten, speziell Palästina.

Es war bemerkenswert, mit welcher Offenheit unser Gesprächspartner darüber sprach, welche bundesrepublikanischen und europäischen Zwecke im Nahen Osten verfolgt werden, anstatt der oft vorgeschobenen Darstellung rein humanitärer Gründe. Dabei wurde deutlich, dass Palästina zu einem zu-entwickelnden-Gebiet erklärt wird, dem aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus Entwicklungshilfe zuteil wird. Diese besteht vor allem in materiell-technischer Art, indem Infrastruktur und Wirtschaftszweige gestützt, d.h. mit Krediten finanziert werden. Die Folgen von Entwicklungspolitik sind im Allgemeinen die, dass die Empfängerländer durch beidseitige Lieferbindungen (oft Industriewaren gegen Rohstoffe) und Verschuldung an die Geberländer gebunden werden, was wiederum der wirtschaftlichen Entwicklung der Geberländer zugute kommt. Die Empfängerländer jedoch sind genötigt, sich Devisen zur Rückzahlung zu beschaffen und sich politischen Vertragsinhalten zu beugen.

Wie dies zwischen der BRD, in der das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit alle entwicklungspolitischen Maßnahmen koordiniert, und Palästina konkret aussieht, dazu gab es in Ramallah einige Hinweise. Hier zeigt sich vor allem die neuere entwicklungspolitische Strategie der Industrieländer, in stärkerem Maße die Lebensbedingungen der Bevölkerung und den politischen Frieden zu betrachten – sofern dies nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung kollidiert – um Ruhe zu schaffen und damit die Integration in den Weltmarkt unter der Leitlinie »Handel statt Hilfe« effektiver vollziehen zu können. Daher auch die Betonung der Priorität des Friedensprozesses, die sich auch darin bestätigt, dass der Kibbuz Givat Haviya (siehe Themengebiet Friedensprozess) mit seinen People to People-Projekten von diversen bundesrepublikanischen Ländern finanziell gefördert wird. Die entwicklungspolitischen Maßnahmen bieten Deutschland die Chance, ein Standbein im Nahen Osten zu etablieren, wobei das Austangieren des größeren und effektiveren Einflusses im Nahen Osten durch die verschiedenen Länder Europas und die USA noch in vollem Gange ist.

Die verständliche Ambivalenz der zu Entwicklungsländern gestempelten Regionen der Welt zur Entwicklungshilfe durch einzelne Länder oder die Weltbank löst sich in Palästina – zumindest bei unseren Gesprächspartnern – in prinzipielle Zustimmung auf. So war der Bürgermeister von Nablus (siehe Themengebiet Palästina) im Rathaus offensiv bemüht, uns Beispiele von bestehender Zusammenarbeit zu präsentieren als auch Möglichkeiten zukünftiger zu bieten, die übrigens inhaltlich denen in Ramallah initiierten sehr ähnlich waren. Ähnliches galt für die Universität in Nablus (siehe Themengebiet Botschaften, Stiftungen und StudentInnen), wobei sich bei beiden Treffen zeigte, dass es hier auch verstärkt um sogenannte nicht-materielle Entwicklungshilfe geht, d.h. Unterstützung von Forschung, Wissenschaft und Institutionen durch Beratung und Know-How-Austausch.

Petra Spona

Vertretungsbüro der Bundesrepublik Deutschland in Ramallah/Westbank

Gespräch mit Herrn Lüttker, dem stellvertretenden Leiter im Vertretungsbüros der BRD in Ramallah

Dienstag, 7. März, 11.20 – 12.00

Verspätet und in strömendem Regen kamen wir in Ramallah an. Es ging durch die Altstadt in die etwas hügeligen Außenbezirke. Das Vertretungsbüro der BRD befindet sich in einem Stadtteil, der vornehm wirkt und residiert in einer schönen weißen Villa.

Herr Lüttker stellte uns die Arbeit des Vertretungsbüros vor: Das Vertretungsbüro ist keine Botschaft und auch kein Konsulat, sondern eine diplomatische Vertretung mit Einschränkungen. Bereits im Oslo-I-Abkommen 1993 wurde die Einrichtung von Vertretungsbüros im Autonomiegebiet beschlossen für die EU-Staaten, Japan, Russland und Norwegen. Diejenigen Länder, die ein Generalkonsulat in Jerusalem haben, brauchen keine Vertretungsbüros, weil Jerusalem nach internationalem Recht einen besonderen Status hat. Die BRD hat als erster Staat ein Vertretungsbüro eingerichtet, und zwar schon mit der Einrichtung von Autonomiegebieten in Jericho 1994.

Ramallah liegt sehr zentral in der Westbank. Hier befindet sich auch das palästinensische Parlament, wobei der Hauptsitz Arafats in Gaza ist.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet projektgebundene Entwicklungshilfe und unterstützt damit vorwiegend den Aufbau der Infrastruktur, privatwirtschaftliche Existenzgründungen durch Kreditvergabe, Berufsbildung im technischen Bereich und den Aufbau von Institutionen wie dem Finanz- und Wirtschaftsministerium und der Zollverwaltung.

So hat es die BRD übernommen, im Bereich Infrastruktur Wasser-, Abwasser-, und Kläranlagen zu bauen. Die Baugenehmigungen dafür erteilt Israel, was oft mit Schwierigkeiten verbunden ist. Es kommt auch vor, dass manche Projekte von israelischer Seite verhindert werden, z. B. bei einem Versuch, Land von Israel für eine Kläranlage zu kaufen, bekamen die Palästinenser keine Baugenehmigung. Das Projekt wurde lange verzögert und erst später stellte sich heraus, dass dort eine Siedlung für Israelis gebaut werden sollte.

Des weiteren bemüht sich das Vertretungsbüro um das Zustandekommen von Jointventures. Mit Siemens gibt es bereits eines im Computerbereich, aktuell wird gerade mit Grünethal-Arzneimittel verhandelt. Mit einbezogen ist dabei immer auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Autonomiebehörde.

Seit 1998 gab es Neuzusagen im Wert von 100 Mio. DM. Dazu kommen EU-Gelder. Die EU hat 1994/95 beschlossen, den Aufbau des Staates Palästina zu unterstützen, da sie damit den Effekt erzielen will, dass der Friedensprozess auch zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung beiträgt. Dies liegt ebenfalls im Interesse Arafats, der als palästinensischer Repräsentant des Friedensprozesses unter enormem Druck steht: Dass die Hamas stärker werde, liege daran, dass die palästinensische Bevölkerung ungeduldig auf positive wirtschaftliche und soziale Entwicklungen hoffe und Arafat und seine Regierung daran messe. Daher liege es im Interesse Europas, den Friedensprozess zu fördern.

Auf die Frage, welches spezielle Interesse Deutschland bei der Unterstützung der Palästinenser habe, führte Lüttker auf:

- Die Deutschen haben ein besonderes Interesse an Israel.
- Israel braucht den Frieden.

- Palästina ist für Deutschland ein Mittelmeerpartner und als ein Nachbar Europas Teil der europäischen Außenpolitik.
- Die Bundesrepublik Deutschland zieht es vor, in Palästina Aufbauarbeit zu leisten, anstatt Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen zu müssen und
- im übrigen würden einen Krieg im Nahen Osten auch die Europäer zu spüren bekommen.

Seit 1993 sind eine Mrd. DM von der BRD für langfristige Projekte zugesagt worden, aber noch nicht vollständig ausgezahlt. Von Lüttkers Seite blieb noch festzustellen, dass es sich bei den Fördergeldern meist um rückzahlbare Niedrigzinskredite handelt.

Neclá Kelek

7. Friedensprozess

Die Beschäftigung mit dem Friedensprozess im Nahen Osten war der Ausgangspunkt unserer Reise und zieht sich auch wie ein roter Faden durch unser Reiseprogramm. Niemand kommt an diesem Thema vorbei, wenn er sich nach Israel begibt. Kaum ein Thema beschäftigt einen schon vorher so sehr wie dieses, und kaum ein Thema ist so unübersichtlich wie dieses. Es gab keinen Programmpunkt, bei dem es nicht zumindest gestreift worden wäre.

Beim Treffen mit **Peace Now** (der bekanntesten Friedensinitiative in Israel) und **Bat Shalom** (einer reinen Frauengruppe, die sich friedenspolitisch engagiert) konstatierte die Vertreterin von Peace Now, dass der permanente Kriegszustand die zivile Gesellschaft Israels deformiere, demokratische Strukturen zerstöre bzw. demokratische Entwicklungen verhindere. Ein bitteres Fazit 50 Jahre nach der Staatsgründung. Aber auch eine bemerkenswerte Erkenntnis, die dazu führt, dass eine Gesellschaft, die von Feinden umgeben ist, trotzdem versucht, bloße Machtausübung durch demokratisches Miteinander zu überwinden, was sich als politische Praxis vor allem in **Givat Haviva, dem Jewish-Arab Center for Peace**, zeigte. Im Rahmen der dort u.a. durchgeführten sogenannter People to People-Projekte lernten wir besonders zwei Formen kennen: Kinder lehren Kinder, ein Begegnungsprogramm zwischen jüdischen und arabischen Schulklassen sowie **Face to Face**, Gesprächsrunden zwischen arabischen und jüdischen StudentInnen. Bzgl. letzteren Programms hatten wir Gelegenheit, auch mit TeilnehmerInnen des Programms selbst zu sprechen.

Ein besonders kontroverses Gespräch, nicht nur zwischen unseren Gesprächspartnern ihrerseits, sondern auch unter uns selbst, um die Themen Frieden, Miteinander bzw. Nebeneinander von Juden und arabischen Israelis sowie differierende Forderungen an den Staat Israel, fand in **Beersheba** statt, wo wir von VertreterInnen der Ben-Gurion-University of the Negev eingeladen waren.

Die israelische Gesellschaft präsentierte sich uns in vielen Facetten: Ein extremer Grad an Politisierung offenbarte sich uns, ein weitreichendes Verständnis für die Forderungen der Feinde, eine große Entschlossenheit, den Problemen und Ungerechtigkeiten ins Auge zu sehen, wie es vor allem im **Kibbuz El Rom auf dem Golan** und ihrer Umgehensweise mit der potentiellen Räumung ihres Kibbuz deutlich wurde.

Ich suchte eine ähnliche Haltung auf palästinensischer wie auf arabisch-israelischer Seite. Es war etwas schwieriger, sie zu finden, was auch an der völlig anderen Ausgangssituation liegen mag (siehe gesamte Themengebiete Palästina und religiöse & ethnische Minderheiten). Selbst viele Juden sehen es so, dass sie nach dem Sechs-Tage-Krieg von Verteidigern zu Unterdrückern wurden, wie es **Yair Bäuml** in Givat Haviva sehr explizit deutlich machte, um uns bei der anschließenden Exkursion zur **Green Line** die alltäglichen Folgen sowie die Siedlungspolitik Israels zu verdeutlichen.

Aber trotzdem war diese Haltung zu finden. Besonders die Äußerungen der Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah (siehe Themengebiet Palästina) gaben begründete Hoffnung, dass, wenn sich die richtigen Leute durchsetzen, der Friedensprozess zu einem glücklichen Ende findet. »We are all human beings, we just want to live in peace.«

Georg Möllers

Face to Face – Von Angesicht zu Angesicht

Kontakt über Givat Haviva, M.P. Menashe 37850, Tel. 06-63 09 206, Fax -286

Gespräch mit Projektsupervisorin Liat Markus sowie jüdischen und arabischen Studierenden in einem Studierendenwohnheim der Universität Tel Aviv

Dienstag, 29. Februar, 16.30 – 17.30 Uhr

Das Zusammentreffen mit den TeilnehmerInnen des Projekts Face to Face fand in einem kleinen Studierendenwohnheimraum in Tel Aviv statt. Wir wurden von Liat Markus begrüßt, die in Givat Haviva, dem jüdisch-arabischen Institut für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Israel, arbeitet. Givat Haviva ist die größte und älteste Institution in Israel, die sich für jüdisch-arabische Verständigung einsetzt. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist Liat für das binationale Programm Face to Face, d.h. der Begegnung von jüdischen und arabischen StudentInnen diverser Universitäten zuständig.

Im Hintergrund dieses Projekts stehen die Folgen der politischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte, die das jüdisch-arabische Verhältnis sehr stark negativ geprägt haben.

1948 wurde in einem in den Augen der Welt unbewohnten Gebiet der Staat Israel gegründet. Man übersah das auf diesem Boden lebende palästinensische Volk, das keinen eigenen Staat hatte und auf dessen Kosten nun die Staatsgründung ging. Viele Palästinenser sind mit der Gründung Israels umgebracht oder vertrieben worden. Heutzutage sind 20 % der gesamten Bevölkerung Israels arabisch. Die Juden/Jüdinnen und AraberInnen in Israel leben zwar Seite an Seite, dessen ungeachtet leben sie aber aneinander vorbei. Trotz der geographischen Nähe der beiden Bevölkerungsgruppen kommt es nur zu oberflächlichen Begegnungen, weil beide sich in einem völlig unterschiedlichen kulturellen und sozialen Umfeld bewegen. Dieser Umstand findet sich auch während des Hochschulstudiums wieder. Hier gibt es dann zwar die physische Trennung nicht mehr; dennoch: Obwohl jüdische und arabische Studierende nun die gleichen Vorlesungen hören, die gleiche Bibliothek benutzen und in der gleichen Mensa essen, bleiben sie sich trotz allem fremd. Und in den vereinzelt Fällen, wo es zu Kontakten zwischen jüdischen und arabischen Studierenden kommt, sind diese oft von gegenseitigem Misstrauen überschattet.

Um die psychologischen Hemmschwellen zu überwinden und Mut und Kraft zu intensiveren Kontakten mit der jeweils anderen Seite zu schöpfen, ist Givat Haviva bestrebt Arbeitsgruppen zu bilden, die an den großen Universitäten Israels – z. B. in Tel Aviv, Haifa, Jerusalem und Beersheba – einen gemeinsamen Dialog führen sollen. Diese Gruppen bestehen aus zehn jüdischen und zehn arabischen Studenten, im Alter zwischen 20 und 25 Jahren. Alle 14 Tage finden Begegnungen von rund zwei bis drei Stunden Dauer statt, die von professionellen ModeratorInnen aus Givat Haviva geleitet werden. Während die ModeratorInnen der Gruppen jeweils ein/e Jude/Jüdin und ein/e AraberIn sind, ist der Programmleiter ein jüdischer Israeli aus Givat Haviva. Die Teilnahme an diesem Projekt ist selbstverständlich vollkommen freiwillig, und die Meinungen aller TeilnehmerInnen sind absolut legitim. Während der gemeinsamen Begegnungen versucht man, sich nicht nur kennen zu lernen, sondern auch über die Erwartungen und Ziele der TeilnehmerInnen, das Verhältnis der Mehrheit zur Minderheit, die kulturellen Unterschiede, Stereotype und Vorurteile, die israelischen AraberInnen und PalästinenserInnen, die Rolle der Religion, den Staat und den Friedensprozess, seine jüngsten politischen Entwicklungen und eine mögliche Einflussnahme der StudentInnen auf den Friedensprozess, zu sprechen. Das Ziel der jüdisch-arabischen Dialoggruppe liegt darin, den Studierenden Gelegenheit zu geben, der anderen Seite zu begegnen, dieser zuzuhören und zu versuchen, diese zu verstehen.

Im vergangenen Jahr wurde das Projekt zum ersten Mal auch mit israelischen Studierenden der Bar-Ilan-Universität und palästinensischen Studierenden aus Ramallah (Westbank) mit großem Erfolg durchgeführt.

Sie begegnen sich einmal monatlich für zwei volle Tage über einen Zeitraum von fünf Monaten in Givat Haviva, um den offenen Dialog zu führen.

Nach Aussage der Gruppe, die uns in Tel Aviv begegnete, war es im Anfangsstadium des Programms nicht einfach, Studierende für dieses Projekt zu begeistern. Ein Teil von ihnen hat die Teilnahme an diesem Programm erst in diesem Jahr angefangen, andere haben es bereits im letzten Jahr absolviert. Sie haben uns unter anderem sowohl von ihren anfänglichen Ängsten und Bedenken, der Unwissenheit voneinander, den Vorurteilen als auch den positiven und negativen Erfahrungen, die durch das Beisammensein der Gruppe entstanden sind, erzählt. Eine jüdische Studentin sprach das Problem des Status der Araber in Israel an. Nach ihrer Ansicht haben die arabischen Bürger Israels große Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Identitätsfindung. Sie sagte etwas, was einen nachdenklich machen kann: Araber seien keine Israelis, sondern nur Bürger zweiter Klasse, die vom Staat diskriminiert werden.

Katarzyna Pietras

Peace Now und Bat Shalom



Gedenkstein an der Stelle an der Yitzhak Rabin 1995 ermordet wurde

Foto: Silvia Kunter

Tel Aviv: 9 Karl Neter St.,
P.O.B. 29828, Z.C. 61297,
Tel. 00972- 3-56 63 291,
Fax 00972-3-56 63 286

Jerusalem: 6 Lloyd George St.,
P.O.B. 8159, Z.C. 91081,
Tel. 00972-2-56 60 648
Fax 00972-2-56 17 254; URL:
<http://www.peace-now.org/>

Gespräch mit Didi Remez (Peace Now), Hagar Ruvlev (Bat Shalom) und Claude Weinber (Representant der Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv) in den Räumen der hbs

Mittwoch, 1. März, 14:00 – 16:15 Uhr

Beide Gruppen wurden uns von der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) vorgestellt, von der sie gefördert werden und fanden im Beisein des Repräsentanten der hbs, Claude Weinber, statt.

Peace Now

Von Peace Now war Didi Remez gekommen. Sie ist zugleich Offizierin der israelischen Armee.

Peace Now ist die älteste Friedensbewegung in Israel. Sie bildete sich 1978 zur Zeit der Friedensgespräche zwischen Begin und Sadat aufgrund des Friedensangebots des ägyptischen Präsidenten Sadat. Eine Gruppe von Offizieren veröffentlichte in einer Zeitungsannonce einen Aufruf mit dem Titel »Peace Now«, der eine breite Resonanz und Zustimmung in der Bevölkerung fand. Letztlich kam es dann zum Friedensvertrag mit Ägypten.

Auch in allen anderen Fragen des Friedensprozesses war Peace Now immer sehr engagiert und der israelischen Gesellschaft, wie Didi meint, immer einen Schritt voraus. Sie waren gegen die Besetzung des Südlibanon 1982 und für das Eingehen auf die Forderungen der Intifada. Eine weitere wichtige Aufgabe war der Kampf gegen die Netanjahu-Regierung, weil sie den Friedensprozess erheblich gefährdet hat. Die gegenwärtige Arbeit konzentriert sich darauf, die Einhaltung der Autonomieabkommen mit den Palästinensern durch die Barak-Regierung einzufordern und u.a. die Praxis des Siedlungswesens zu beobachten und zu bekämpfen. Eine Konsenslösung scheint laut Didi möglich, wenn man sich auf die Grenzen von 1967 vor dem Sechs-Tage-Krieg einigt und Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten akzeptiert.

Ein entscheidender Beweggrund für die Arbeit von Peace Now ist laut Didi, dass der permanente Kriegszustand die zivile Gesellschaft Israels deformiert, demokratische Strukturen zerstört bzw. demokratische Entwicklungen verhindert. Ziel von Peace Now ist, das Denken in der israelischen Gesellschaft zu verändern, was man teils auch schon erreicht hat.

Peace Now wird übrigens von Frauen dominiert und hat seit zehn Jahren auch eine Jugendorganisation, die v.a. People to People-Projekte durchführt.

Bat Schalom

Bat Schalom (hebr. Tochter des Friedens) wurde uns von Hagar Ruvlev vorgestellt.

Die Gruppe israelischer Frauen wurde 1994 gegründet, da Frauen in der Politik Anderes zu sagen haben (siehe Friedensbewegungen in Irland und anderswo). Eine der Aktivitäten von Bat Schalom ist z. B. die Jerusalem Link, eine Art Bündnis mit Palästinenserinnen als gleichberechtigten Partnerinnen. Durch gemeinsame, frauenspezifische Projekte und Kurse, die zunächst mal nicht unbedingt etwas mit dem Friedensprozess zu tun haben, werden zwischen israelischen und palästinensischen Frauen Brücken geschlagen. [Eine palästinensische Partnerin und Initiatorin von Jerusalem Link ist die Biologieprofessorin und Buchautorin Sumaja Fahad-Naser, »Thymian und Steine«; Anm. des Autors.] Eine weitere Vertreterin von Bat Schalom, die der kommunistischen Partei angehört, ergänzte noch, dass sie es für wichtig erachtet, dass politische Arbeit von Frauen in kleinen Gruppen stattfindet. Ein wichtiges Ziel dieser Arbeit sei es, Männer dazu zu erziehen, Frauen zu akzeptieren, wie Frauen erwarten, dass man mit ihnen umgeht. Allgemein beschrieb sie die israelische Gesellschaft als sehr militaristisch und dominiert von Männern.

Bat Schalom akzeptiert den UNO-Beschluß 181/II (ursprünglicher UN-Teilungsplan vor dem 1948er-Krieg) und versteht den Rückzug zu den Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg als Minimalforderung. Fünf Mitglieder von Bat Schalom sind Mitglieder der Knesset und u.a. geschäftsführende Mitglieder der Arbeitspartei und der Meretz-Partei.

Wie sieht die politische Arbeit konkret aus, vor allem die Zusammenarbeit mit palästinensischen Gruppen?

Hagar: Es arbeiten jeweils acht bis zehn Frauen von jeder Seite in Projekten zusammen, die gemeinsam von Frauen aus Palästina und Israel geleitet werden. Die Treffen finden zumeist in den besetzten Gebieten statt, da es für die Palästinenserinnen nicht möglich ist, einzureisen.

De facto verhalten sich Palästinenserinnen und israelische Frauen anders. Die Palästinenserinnen sind eher zurückhaltend. Die Initiative geht mehr von den Israelis aus. Beispielsweise bei einem Filmprojekt, das gerade läuft, diskutieren die Palästinenserinnen nicht gemeinsam ihre Position mit den Israelis, sondern zunächst allein unter sich.

Des weiteren gibt es zahlreiche Koalitionen, v.a. mit Menschenrechtsorganisationen. Bei den politischen Kontakten ist vor allem wichtig, mit den Rechten der sogenannten Linken zusammenzukommen. Hier beginnt die Veränderung.

Didi: Keine Organisation kann letztendlich alleine kämpfen. Alle außerparlamentarischen Gruppen werden sich zusammentun. Es wird sich eine gemeinsame Linie herauskristallisieren. Bei unserem Projekt people to people halten wir vor allem für wichtig, dass es fortgesetzte Kontakte gibt, insbesondere in Krisenzeiten. Diese Art der Arbeit hält die politische Diskussion in Gang. Die Diskussion wird in die Familien hineingetragen. Erlebnisse in der Familie können ausgetauscht werden, und beinahe jede Familie hat hier individuelle, traumatische Erlebnisse. Wie Hagar schon sagte, ist die Reisemöglichkeit für Palästinenser kaum gegeben.

Trotzdem bestehen funktionierende Dialogkreise seit zehn Jahren. Es gibt absurde Situationen, dass z. B. ein Soldat, der sogenannte illegale Häuser von Palästinensern zerstört hat, zu einem Palästinenser sagt, »Du sollst einen Staat haben.« Yitzhak Rabin hat einmal gesagt: »Frieden wird nicht zwischen Staaten, sondern zwischen Menschen geschlossen.« Deshalb fördern wir Begegnungen, die Veränderungen ermöglichen in dieser sehr komplexen Situation.

Faktisch besteht eine Patt-Situation in der Knesset. Gerade heute haben Mitglieder der Regierungskoalition gegen die Regierung gestimmt. Wir wollen der Regierung »von Außen« bei der Voranbringung des Friedensprozesses helfen. Zur Zeit tut sich nicht viel. Im Juni 1999 wollte Arafat den palästinensischen Staat ausrufen. Aus Rücksicht auf innenpolitische Schwierigkeiten der Israelis hat er bislang darauf verzichtet. Schon vor einem halben Jahr hätte das Friedensabkommen von Oslo umgesetzt sein sollen, aber bislang scheint das nicht in greifbarer Nähe. 75 % der israelischen Bevölkerung hält die Friedensfrage für eine existentielle. Peace Now will das Denken der Gesellschaft verändern. Wir sind der Ansicht, dass die Besetzung die israelische Gesellschaft korrumpiert und langsam begreift sie das. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir den Palästinensern einen Staat zugestehen.

Wie seht ihr das Verhältnis von Ashkenasim und Sephardim in der israelischen Gesellschaft?

Hagar: Traditionell werden Ashkenasim als »besser, sauberer, netter« angesehen als Sephardim. Die reichen Israelis sind im übrigen meist Ashkenasim. In der Regierung sind sie in der Mehrheit. Die Suche nach Frieden wird allerdings von den meisten als absolute Notwendigkeit angesehen.

Didi: Es gibt eine Korrelation: Ashkenasim sind meist mehr links, Sephardim mehr rechts orientiert. Das hat sozial-ökonomische Gründe. Die Orientalen werden in der israelischen Gesellschaft diskriminiert. Sie verdienen weniger, ihre Bildung ist schlechter. Da sie sich selbst als unterdrückt sehen, haben sie eher eine härtere Position zu den Arabern. Der Unterdrückte sucht leicht den nächsten Underdog.

Hagar: Das Grundproblem wird auf palästinensischer Seite im zionistischen Staat gesehen. Ziel sollte daher ein Staat aller Bürger sein. Bei vielen jüdischen Israelis gibt es einen unterschweligen Wunsch nach Vergeltung, der sie zum Dialog treibt, dem Araber jedoch nicht entsprechen wollen.

Georg Möllers

Kibbuz El Rom auf dem Golan

Kibbuz El Rom, Tel. 051 – 26 10 10

Treffen mit Josepha und Dudy Reuveni in der Kantine des Kibbuz

Samstag, 4. März, 11.00 – 13.00 Uhr

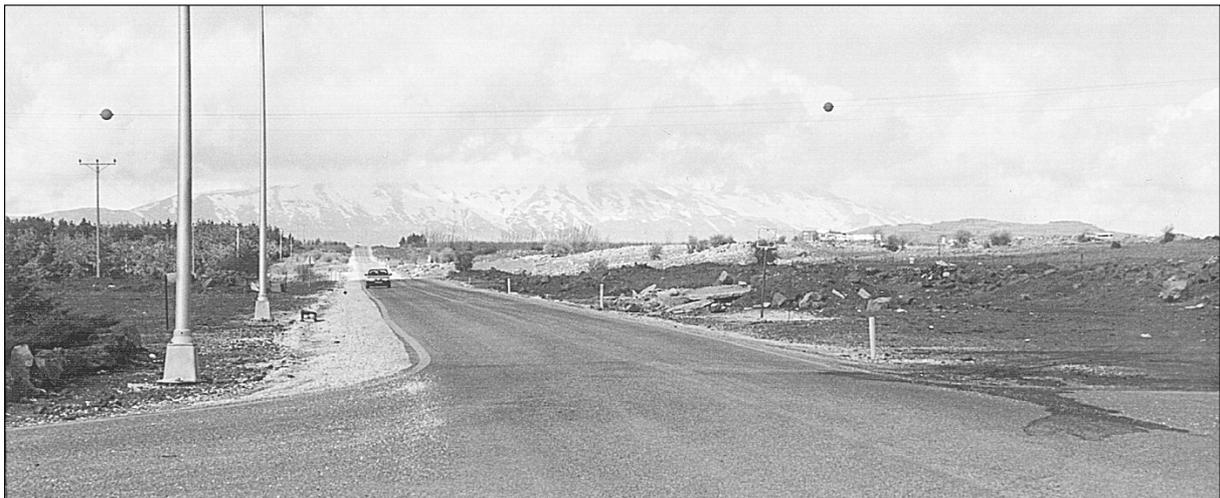
Siedler auf dem Golan

Zur Begrüßung wurde uns zunächst ein Werbefilm der Golansiedler von 1991 über den Golan gezeigt, der für den Verbleib des Golans bei Israel wirbt. Er zeigt einen geschichtlichen Abriss und dokumentiert archäologische Hinweise auf frühe jüdische Besiedlung. Des Weiteren wird die Bewirtschaftung des Golans und seine Nutzung als Erholungsgebiet dargestellt. Anschließend wurden wir von den Kibbuzniks Josepha und Dudy Reuveni begrüßt.

El Rom wurde 1971 gegründet. Der Kibbuz liegt ca. 1.050 m über dem Meeresspiegel und ist der höchstgelegene Kibbuz. Etwa 400 GenossInnen mit ungefähr 200 Kindern leben hier. Zwölf Familien stammen aus der ehemaligen Sowjetunion. Man lebt von Apfel-, Kirsch- und Weinanbau sowie Viehzucht (Geflügel-, Milch- und Rindfleischproduktion). Ein weiteres wichtiges Standbein sind die El Rom Studios, in denen Kinofilme und Videos synchronisiert werden. Der Kibbuz ist in Veränderung begriffen, obwohl weiterhin sozialistische Grundprinzipien wie gemeinsamer Besitz an Produktionsmitteln gelten. Ca. 40 Mitglieder arbeiten außerhalb.

Einrichtungen wie die Bezirksschule und ein Gemeinschaftshaus werden von mehreren Kibbuzim genutzt. Im Süden des Golans gibt es auch einige Moschavim (ähnlich einer landwirtschaftlichen Genossenschaft). Im Bereich des Berges Hermon sind neun Ortschaften gegründet worden, in der Umgebung der Stadt Kazerim vier Orte. Die ersten Siedlungen wurden 1968 gleich nach dem Sechs-Tage-Krieg gegründet. Die ältesten Siedler sind zwischen 50 und 60 Jahre alt. Im allgemeinen ist man wirtschaftlich gut gestellt.

El Rom liegt etwa zwei Kilometer von der syrischen Grenze entfernt. Josepha und Dudy beschreiben die politische Lage als schwierig. Die Ungewissheit über die Zukunft des Golans zehrt an den Nerven. Immerhin 57 % der jüdischen Golansiedler haben Barak gewählt. Trotzdem steht man den Verhandlungen sehr skeptisch gegenüber. Wenn es einen echten Frieden gäbe, wäre die Mehrheit durchaus bereit, das Land aufzugeben. Nur gebe der Verlauf der Verhandlungen wenig Aussicht auf echten Frieden.



Auf dem Golan

Foto: Frank Kornberger

Josepha: Ich bin mit 20 hierher gekommen und habe mit Dudy eine Familie gegründet. Wir haben zwei Söhne, die gerade beim Militär sind. Wir haben unsere Arbeit hier als Beitrag zum Aufbau Israels angesehen. Es ist eine besondere Gesellschaft hier, eine besondere Art von Freundschaft, die uns verbindet. Es ist ein merkwürdiges Gefühl, im Alter von 50 eventuell zum Flüchtling zu werden. Gleichzeitig wünsche ich mir Frieden. Wir wären bereit, für echten Frieden hier wegzugehen. Emotional kann ich mir nicht vorstellen, woanders zu leben. Wir haben hier keine Schweden oder Holländer als Nachbarn, sondern schwierige Nachbarn, die Gift gegen uns streuen, was eine Annäherung verhindert. In Syrien gibt es zwar auch geteilte Meinungen, aber es ist ein totalitäres System. Die Verhandlungen werden mit einem unzuverlässigen Partner geführt, was man am Beispiel von Verträgen zwischen der Türkei und Syrien oder Jordanien und Syrien sehen kann.

Was sagen die verschiedenen politischen Strömungen zu dieser Situation?

Josepha und Dudy: Israel ist ein junger Staat ohne Verfassung. Es gibt eine extreme Rechte, die kein Land zurückgeben will. Es gibt eine politische Mitte, die Frieden machen will, aber bestehende Siedlungen belassen will. Die Menschen sollen weitgehend bleiben, wo sie sind, aber es soll auch Grenzkorrekturen geben und einige Siedlungen evakuiert werden. Die Linke ist bereit, alles aufzugeben, Hauptsache, es gibt Frieden. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo in der Mitte. Wir haben hier unser Heim gebaut. Die ganze Seele hängt an dem Haus, das man für Kinder und Enkelkinder gebaut hat. Israel wurde gegründet durch Ansiedlungen. Wir ignorieren das arabisch-jüdische Problem nicht. Der Staat muss für beide da sein. Am Beispiel der Drusen sieht man, daß wir friedlich zusammenleben können. Wir erziehen unsere Kinder zum Frieden, und wir wachsen und entwickeln uns weiter. Wir werden jede demokratische Entscheidung des Volkes akzeptieren, auch wenn es sehr schmerzlich sein wird. In der Folge des Rückzugs aus dem Sinai gab es viele Probleme, viele Scheidungen, Selbstmorde, psychische Probleme: Folgen von Entwurzelung. So lange, wie es geht, bleiben wir. Wir glauben, dass man mit uns in Frieden leben kann.

Enno (weiterer Kibbuznik): Die Schwierigkeit ist die, dass es keine Information über die Verhandlungen gibt. Sie sind geheim. Diese Ungewissheit führt natürlich zu Spannungen. Wie soll man so weiterleben? Wir führen hier ein hartes und ungewisses Leben. Vor sechs Jahren gab es bei uns die Diskussion, ob wir weitere Plantagen anlegen sollten. Es dauert vier Jahre, bis man ernten kann. Wir haben demokratisch beschlossen zu pflanzen. Es hätte auch falsch sein können. Ich möchte, dass wir unser Kibbuz weiterentwickeln, sonst verlieren wir uns.

Josepha: Unsere Kinder werden z.T. wegen ihrer politischen Einstellungen angefeindet. »Wegen Euch gibt es keinen Frieden.« Es ist ein hartes Leben und ein ungewisses Leben hier, was zu Spannungen und Auseinandersetzungen führt. Es herrscht eine große Ungewissheit.

Welche strategische Bedeutung hat der Golan?

Dudy: Syrien wurde erst 1946 unabhängig. Es gab immer wieder Verstöße gegen die Waffenstillstandsabkommen von 1949. Die Menschen am Fuße des Golan wurden immer wieder vom Golan aus beschossen, während sie auf den Feldern arbeiteten. Das Militär war also gezwungen, hierher zu kommen, zum einen konnten so die grenznahen Siedlungen geschützt werden, zum anderen konnten wir uns beim Angriff 1973 gut verteidigen. Für die Zukunft ist nichts endgültig, bis nicht der Boden übergeben ist. Die Eigentumsfrage muss gelöst werden. Wichtig ist nicht, ob man Raketen hat, sondern dass man physisch anwesend ist. Es ist die Versicherungspolice für unsere Sicherheit. Wir wurden immer angegriffen und haben hier unseren Staat verteidigt. Trotzdem haben wir immer unsere Hand zum Frieden ausgestreckt.

Josepha: Eine wichtige Frage wird die Wasserfrage sein. Der Golan hat das Wasser für ganz Israel. Die Syrer hatten schon versucht uns das Wasser abzugraben. Ein zweiter Punkt wird die Sicherheitsfrage sein. Und an

dritter Stelle steht die Frage der Siedler. Wie kann man Assad vertrauen, wenn er Barak und Levi Nazis nennt. Es gibt nicht den Wunsch, wirklich ins Gespräch zu kommen. Es geht hier um Menschen; deren Lebensgrundlage kann man nicht einfach zerstören.

Sind verschiedene Positionen auf syrischer Seite bekannt?

Josephah: Wir hören sie nicht. Es gibt keinen Kontakt. Wir wissen nicht, was dort gedacht wird. Was wir wissen, ist nur, was uns die Drusen erzählen. Sie erzählen von Armut und Unterentwicklung v.a. in Drusendörfern Syriens. An Ägypten wurden große Konzessionen gemacht. Viele Israelis fahren heute nach Ägypten, die Ägypter aber nicht nach Israel. Wir wissen auch nicht, wie Ägypter denken, mit denen es immer wieder zu Zwischenfällen kommt. Mit Jordanien ist das etwas besser.

Wie hält man die Spannung aus, gibt es Sportangebote oder psychologische Supervision?

Josephah und Dudy: Aktivitäten gibt es immer, wenn es Verhandlungen gibt. Es gibt Sozialarbeiter und Psychologen, einen pädagogischen Rahmen in Schulen und Vorschulen. Nach der Clinton-Erklärung zu Chanukka sollte demonstriert werden, und es war die Frage, ob die Kinder an der Demo teilnehmen sollten. Es kam zu Spannungen zwischen den Kindern, die teilnehmen durften und denen, die nicht teilnehmen durften. In der Adoleszenz ist es wichtig, etwas zu tun. Es gab sehr viele Gespräche dazu. Wir haben Politiker eingeladen und bemühen uns, einen gemeinsamen Nenner zu finden. 1992/93 haben Sozialarbeiter mit jeder einzelnen Familie Gespräche geführt. Tatsache ist, die Friedensgespräche bleiben immer wieder stecken. Es kursiert ein Witz: So lange Assad lebt, bleiben wir auf dem Golan.

Manchmal fahre ich durch die schöne Landschaft und weine. Mein ganzes Leben habe ich hier verbracht. Möglicherweise muss ich mein Haus aufgeben. Die andere Seite muss wirklich zeigen, dass sie ernsthaft Frieden will. Verträge sind gebrochen worden. Verträge einzuhalten ist die Grundlage für Frieden. Heute ist die Grenze ruhig, weil wir hier sind und weil wir nahe an Damaskus dran sind. Man hat Angst vor uns. Frieden ist aber, wenn niemand Angst hat. Für ein Experiment gebe ich mein Haus nicht her. Dafür geht mein Sohn nicht zum Militär. Vielleicht gibt es ja in 50 Jahren Frieden. Für einen wackligen Vertrag gebe ich mein Haus jedenfalls nicht her. Wir sind bereit, neben den Syrern zu leben.

Wie werden die Kinder auf die Zukunft vorbereitet?

Josephah: Das ist eine schwierige Sache. Wir versuchen unseren Kindern beizubringen, mit Konflikten umzugehen, Gewalt zu verhindern, Missbrauch von Drogen und Alkohol zu verhindern. Der Mord an Rabin war ein echtes Trauma für uns alle. Der Weg ist sicher noch sehr weit. Vieles muss noch geschehen. Es gibt keine Programme, die uns auf das Verlassen des Golan vorbereiten. Das Referendum ist ein Novum. Eine absolute Mehrheit ist nötig. Bis es soweit ist, müssen wir zeigen, dass Frieden möglich ist, ohne unser Heim zu verlassen. Wenn es wirklich nötig ist, zu gehen, werden wir unseren Kindern auch erklären können, dass wir gehen müssen. Im Falle des Sinai war man schlecht vorbereitet. Der Staat als auch die Bürger. Niemand hat den Schmerz dieser Bürger gesehen, nur ihre Entschädigungen. Heute existieren zwei Kibbuzim und ein Moschav von ehemaligen Sinai-Bewohnern. Die Entschädigung hat nicht gegriffen. Aus Stolz auf Pioniere, auf eine Elite, wurde Verachtung. Wir sind in jeder Situation stolz auf das, was wir hier erreicht haben. Das ist wichtig. Wir müssen Beziehungen aufbauen zu den Ministerien, die hier zuständig sind; bislang mangelt es an Zusammenarbeit mit ihnen.

Woher kommen die Siedler ursprünglich?

Dudy: Wir kommen aus allen möglichen Gruppen und Schichten: USA, Uruguay, Russland, verschiedene Organisationen, individuelle Zuwanderer aus Israel. Unsere Gesellschaft ist bunt gemischt. Die vielen hier

vorhandenen Sprachen waren Voraussetzung und zugleich auch Beweggrund, das Synchronstudio aufzubauen. Auch Spanisch, Schwedisch und Serbokroatisch wird hier gesprochen.

Gibt es Kontakt zu Gruppen wie z. B. Peace Now?

Dudy: Mehr als 50 % der Leute hier haben Barak gewählt. Wir sehen eher das Gesamte. D.h. nicht, dass wir uns aufgeben wollen. Wir haben eher zur Linken gute Kontakte – 30 % haben Meretz gewählt. Wir demonstrieren gemäßigt. Unterm Strich haben wir sehr gute Beziehungen zu allen politischen Strömungen in Israel. Wir verstehen uns nicht als Siedler in dem Sinne wie diejenigen in Judäa und Samaria. Dort gibt es keine Kibbuzim.

Wir bedanken uns dafür, dass es Euch wichtig war, uns zuzuhören.

Georg Möllers

Givat Haviva

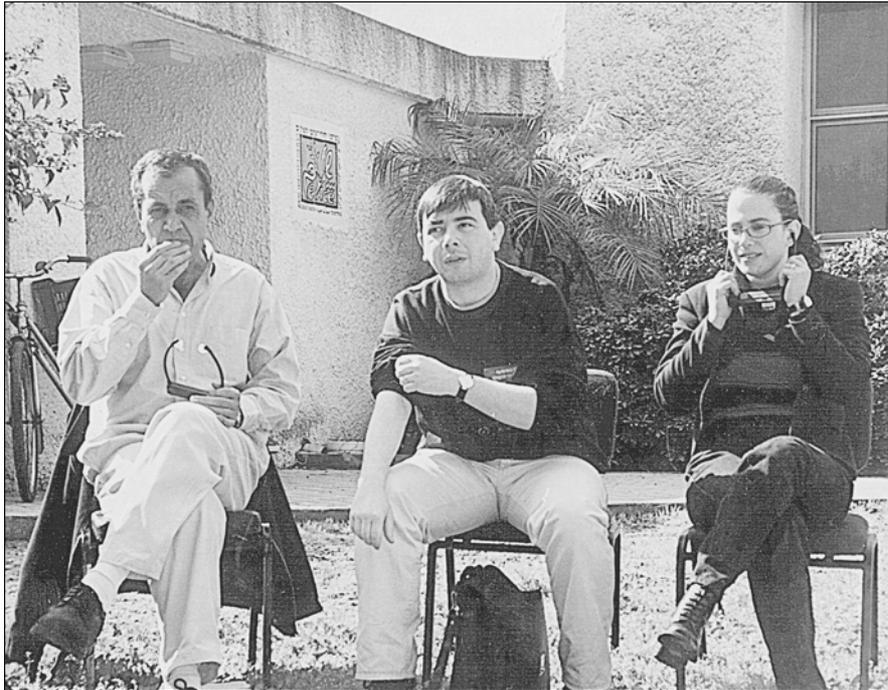
Jewish-Arab Center for Peace im Hakibbutz Ha'artzi Hashomer Hatzair

M.P. Menashe 37850 Israel; Tel. 00972-6-63 09 382, Fax 00972-6-62 70 891

e-mail: michal_p@intern.net.il

Gespräch mit Danni Wieler, dem ehemaligen Direktor von Givat Haviva

Sonntag, 5. März, 9.00 – 10.30 Uhr



*(v.r.) Liat Marcos Gross,
Micky Drill und ein weiterer
Mitarbeiter von Givat Haviva
Foto: Silvia Kunter*

Friedensarbeit in Israel Givat Haviva, das jüdisch-arabische Zentrum für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Israel

Givat Haviva ist eine seit 50 Jahren bestehende und Israels größte Institution, die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzt. Diese Begegnungs- und Bildungsstätte fördert den kulturellen und religiösen Pluralismus, gleichberechtigt geleitet von arabischen und jüdischen MitarbeiterInnen. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, zur Demokratie und zum Frieden zu erziehen. Folgende Themen werden in Givat Haviva behandelt: Geschichte des Nahen Ostens, arabische und hebräische Sprache und Kultur, Geschichte des Holocaust und des jüdischen Widerstandes, jüdisch-arabische Koexistenz, Zionismus, Friedensforschung u.a. Givat Haviva führt z. B. Kurse durch und bietet einen Ort für Begegnungen zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. 50 % des Budgets Givat Havivas kommen aus Teilnahmebeiträgen, wobei die PalästinenserInnen anteilig weniger bezahlen müssen; 25 % (vor einigen Jahren noch 80 %) werden von der Kibbuzbewegung gezahlt. Zusätzlich gibt es geringfügige Zuschüsse vom Staat und Zuwendungen von Fördervereinen in verschiedenen europäischen Staaten.

Die Einführung zu Themen an diesem Tag übernahm Danni Wieler, ehemals Direktor in Givat Haviva, der uns auch vom friedenserzieherischen Projekt »Kinder lehren Kinder« berichtete. Er begann damit, auf die

ethnischen Konflikte einzugehen, die zwischen jüdischen und palästinensischen BewohnerInnen Israels bestehen. Es geht dabei seiner Meinung nach um eine jüdische Mehrheit und um eine arabische Minderheit, deren gemeinsamer Ansatz allerdings nur der der gemeinsamen Staatsbürgerschaft ist. Seiner Ansicht nach wird der Konflikt von diesen beiden Seiten nicht gleich stark gesehen. Aus diesem Grund müsse eine Balance geschaffen werden, auf der man sich auf gleicher Ebene begegnen könne.

Das Projekt »Kinder lehren Kinder« besteht seit 13 Jahren in Givat Haviva. Es ist seiner Grundstruktur nach ein Begegnungsprogramm zwischen Schulklassen, welches im 14-tägigen Rhythmus zweistündig zwischen arabischen und jüdischen Schulklassen stattfindet. [Im israelischen Schulsystem sind arabische und jüdische Schulen getrennt; Anm. der Autorin]. Bei diesem Programm werden rund 70 % [!] aller SchülerInnen Israels erreicht. Dabei ist es so, dass vor den Begegnungen sechs Monate lang Vorbereitungsarbeit in den einzelnen Klassen getrennt stattfindet.

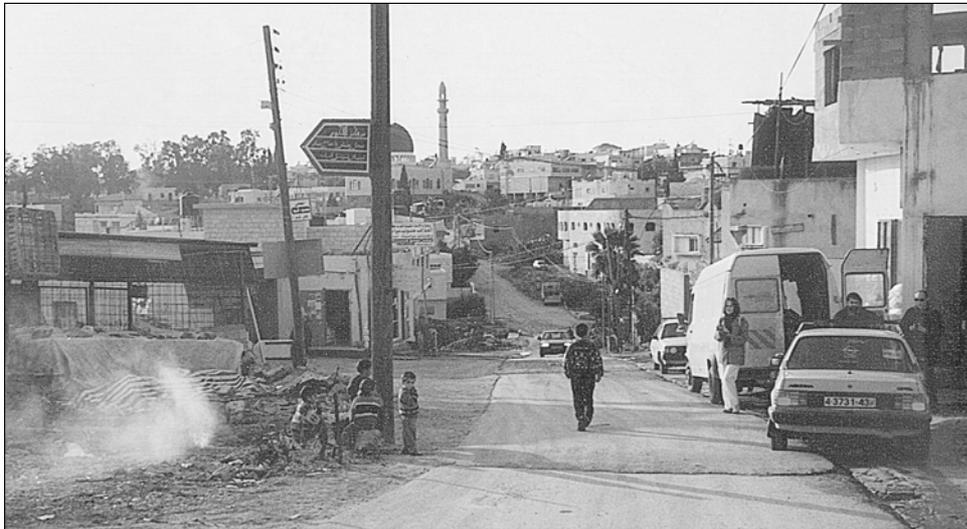
Das Hauptziel des Projekts ist die Vor- und die Nacharbeit, die Aha-Erlebnisse, die durch die Begegnungen zwischen den Kindern und Jugendlichen stattfinden. Es geht um den Abbau von Vorurteilen und um ein menschliches Miteinander. Dabei soll die eigene Identität bewusst werden. Es geht um eine Werteerziehung, die nicht durch Freiwilligkeit gekennzeichnet ist, da die SchülerInnen der Schulpflicht unterliegen und somit am Programm teilnehmen müssen. Nach Aussage von Danni Wieler ist etwas dann am effektivsten, wenn eine große »schweigende Mehrheit« erreicht wird. Die LehrerInnen, die am Projekt beteiligt sind, bekommen wöchentliche Supervisionen und werden entsprechend auf die Treffen vorbereitet. Es geht dabei auch um ein Umdenken der LehrerInnen, die oft mit großen Vorurteilen behaftet sind, da durch die Konflikte im Land Opfer auf beiden Seiten zu verzeichnen sind und es vielen von ihnen persönlich schwer fällt, auf die andere Seite zuzugehen.

Claudia Wystrach

Green Line

Treffen mit Yair Bäuml in Givat Haviva und Exkursion entlang der Grünen Linie mit Station im geteilten Dorf Bart'a

Sonntag, 5. März, 15:00 – 18:00 Uhr



Das Dorf Bart'a
im palästinensischen
Teil

Foto: Anette Harms

Yair Bäuml arbeitet seit 1998 als Dozent und Forscher am jüdisch-arabischen Zentrum für den Frieden (Givat Haviva) und schrieb seine Dissertation an der Universität Haifa zur »Lage der arabischen Minderheiten in Israel 1958 bis 1968«, nachdem er seinen M.A. über »Die Landwirtschaftsentwicklungspolitik gegenüber den arabischen Dörfern in Palästina 1930 bis 1936« abgelegt hatte.

Zur Geschichte des Friedensprozesses

Anhand von Landkarten skizzierte Yair Bäuml die Entwicklung der Grenzverläufe und Landverhältnisse im Nahen Osten, beginnend mit einer Landkarte des Turkish Empire (1914), gefolgt von Britischer Mandatszeit (1923 bis 1948), dem UNO-Vorschlag, zwei Staaten zu gründen, Unabhängigkeitskrieg / An-Naqba (1948, Waffenstillstandslinien) und Sechs-Tage-Krieg (1967).

Laut Bäuml beginnt mit der Eroberung arabischer Gebiete 1967 der Charakter Israels und des Konflikts sich zu verändern. Als Auslöser des Konflikts sieht Bäuml die zionistische Idee vom Recht der Juden auf einen eigenen Staat. Von einem wirklichen Beginn des Friedensprozesses könne man erst seit 1977 mit der Rückgabe des Sinai sprechen, denn für Frieden seien zwei Aspekte seiner Ansicht nach unabdingbar: Erstens die Rückgabe besetzter Gebiete und zweitens Land für das palästinensische Volk zur Gründung eines eigenen Staates. Einen wesentlichen Durchbruch erlangte der Friedensprozess 1992, nachdem Rabin die PLO als Verhandlungspartnerin anerkannte. Im Gegenzug erkannte Arafat das Existenzrecht Israels an. Ziel der Palästinenser war es, einen unabhängigen Staat zu gründen.

Exkursion entlang der Grünen Linie

Von Givat Haviva aus, dabei handelt es sich übrigens um ein ehemaliges Militärcamp, ging es entlang des Highway 65 zunächst in das Dorf Bart'a. Es besteht bereits seit rund 200 Jahren und wurde 1948 bei der

Ziehung der Waffenstillstandslinie mit Jordanien zweigeteilt. Die Grenze verläuft in einem unscheinbaren Bachlauf.

Hier in Barta'a waren deutlich die Unterschiede zwischen arabischen Siedlungen in Israel auf der einen, und den besetzten Gebieten auf der anderen Seite zu sehen. Der Ostteil ist u.a. an dem erheblich schlechteren Zustand der Straßen, fehlender Kanalisation und abenteuerlicher Strom- und Wasserversorgung zu erkennen. Viele der Häuser in den arabischen Siedlungen (in Israel wie in den besetzten Gebieten), insbesondere die Neubauten, verfügen über keine Baugenehmigung, da diese von Israel nicht erteilt wird. Also muss man illegal bauen, womit immer eine Handhabe zum Abriss gegeben ist.

Anders wiederum sahen die umliegenden jüdischen Siedlungen aus, die meist wie Festungen auf Bergen oder Anhöhen gebaut sind und außer mit roten Schindeldächern in der Regel mit Infrastruktur nach westlichem Standard plus angegliederter Industrie ausgestattet sind.

Silvia Kunter

Treffen mit VertreterInnen der Ben-Gurion-Universität in Beersheba

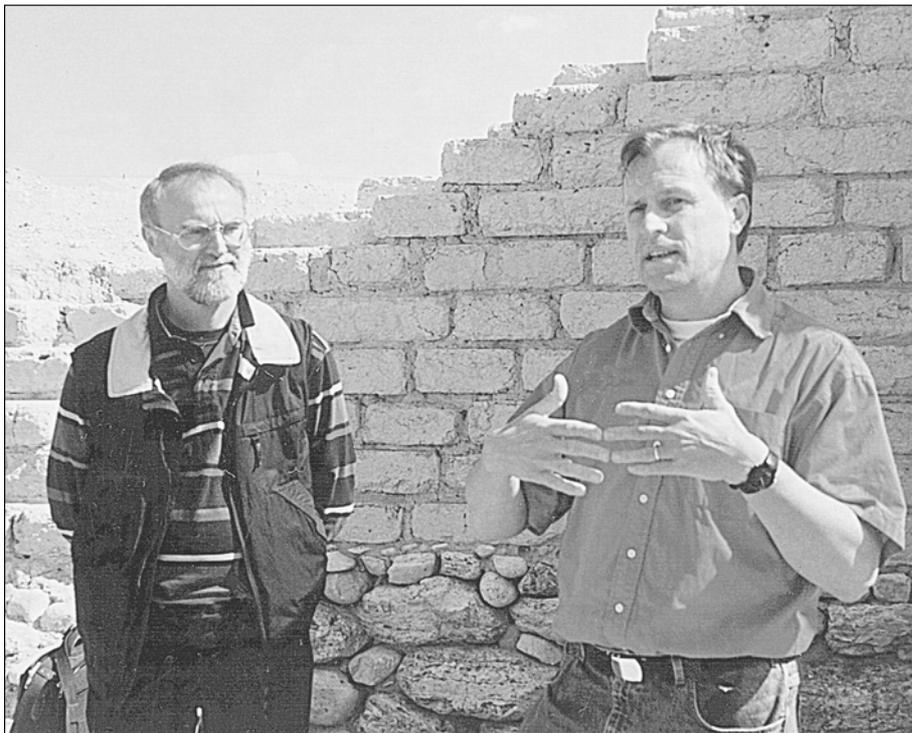
Zentrum für Internationalen Studentenaustausch (ZIS),

Israel: Prof. Mark H. Gelber, Sommeruniversität CISP-ZIS; Ben-Gurion-University, Postbox 653; 84103 Beersheba; e-mail: mgelber@bgumail.bgu.ac.il

Deutschland: Prof. C. P. Thiede, Friedrich-Ebert-Str. 52, 33102 Paderborn; 05251/31230

Zum Abendessen zu Gast bei VertreterInnen der Ben-Gurion-University of the Negev: Prof. Mark H. Gelber (Direktor des Center for International Student Programs), Dr. Gunnar Lehmann (Archäologe) und Nati Bloch-Danti (Institut für Deutsche Studien)

Donnerstag, 9. März, 19:00 Uhr



Dieter Lankes und
Dr. Gunnar Lehmann
Foto: Silvia Kunter

Professor Mark H. Gelber

Begrüßt wurden wir von Professor Mark Gelber. Die Ben-Gurion-Universität wurde 1964 gegründet. 1973 wurde sie nach einem der Gründerväter und dem ersten Ministerpräsidenten Israels, David Ben Gurion, benannt. Beersheba liegt inmitten der Wüste Negev und ist ein historischer Ort, in dem der Überlieferung nach der Urvater der drei großen Weltreligionen, Abraham, lebte. Heute hat Beersheba rund 200.000 Einwohner, überwiegend jüdische Emigranten aus aller Welt, vor allem aus Marokko, Tunesien, Ägypten, Jemen, Irak, Äthiopien, Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion. Rund 14.000 Studenten dieser jüngsten israelischen Universität lernen an vier Fakultäten Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin und Ingenieurwesen. Besonderer Schwerpunkt ist die Erforschung der Wüste. Mark Gelber ist der Initiator der Sommeruniversität in Beersheba. Sie bietet die Möglichkeit zu intensiven Kursen in Hebräisch (Ivrit) sowie darüber hinaus verschiedenste Vorträge und Lehrveranstaltungen in deutscher Sprache z. B.

- eine Einführung in die moderne hebräische Literatur,
- Moses Mendelssohn als Kulturkritiker,
- die Wüste in der Literatur von der Bibel bis zur Moderne,
- Einwanderungsland Israel,
- Deutsch-Israelische diplomatische Beziehungen u.v.m.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) bietet fünf bis acht Stipendien in Höhe von 2.800 DM für StudentInnen mit guten Grundkenntnissen in modernem Hebräisch an. Die Ben-Gurion-Universität bietet eine begrenzte Anzahl von Stipendien für die Hauptfächer Germanistik, Literaturwissenschaften, Geschichte und deutsch-jüdische Geschichte an.

Nach der Einführung entspann sich eine Diskussion, von der sich jedoch die arabischen Gäste weitgehend fernhielten. Die folgende Mitschrift versucht, die Wortbeiträge sinngemäß wiederzugeben.

Gunnar Lehmann

In Israel leben etwa 8,5 Mio. Israelis, davon sechs Mio. Juden. Es gibt vier israelische Unis und drei palästinensische. Es ist ein Land großer Gegensätze: Klimatische, landschaftliche, ethnische und v.a. soziale.

Die Textilindustrie in der Region Beersheba ist zusammengebrochen. Wir haben hier die höchste Arbeitslosenquote in Israel: Rahat z. B. 14 bis 15 %, in der arabischen Bevölkerung noch höher. Die Möglichkeit, aus dieser Situation herauszukommen ist ziemlich gering. Eine der Aufgaben der Universität ist es, hier Möglichkeiten zu erschließen und die Region zu entwickeln. Warum ist die Textilindustrie zusammengebrochen? Das ist die Friedensdividende: Seit dem Frieden mit Jordanien ist es billiger, die Industrie nach dort zu verlegen. Auch in Gaza oder der Westbank ist es günstiger zu produzieren. Es gibt getrennte Eingänge für die palästinensischen Arbeiter, die nur den Mindestlohn verdienen und einen getrennten Eingang für die israelische Führungsetage. Ein Problem ist, dass solche Zustände im Friedensprozess festgeschrieben werden sollen und dass ein Heer von Billiglohnarbeitern einer Hightechindustrie zuarbeiten soll.

Wenn ich Ihr Programm sehe, haben Sie bislang eher ashkenasische Juden getroffen. Die Mehrheit der Juden in Israel sind aber sephardische Juden aus Nordafrika und Asien. Viele Probleme in der israelischen Gesellschaft, ob man Arbeit hat oder nicht oder ob man einen Posten an der Universität bekommt, laufen entlang der Linie der ethnischen Zugehörigkeit. Ich bin mit einer Perserin verheiratet. Solche Ehen sind nach wie vor selten. Ich möchte bestreiten, dass die Integration erfolgreich ist. Es gibt Momente des Rassismus auch unter Juden. Es gibt eine Rangfolge von drei Gruppen, zuerst die europäischen Juden, die Ashkenasim, dann die orientalischen Juden, die Sephardim und zum Schluss die arabischen Israelis, Muslime und Christen. Es gibt Bereiche, in denen Juden und Araber hervorragend zusammenarbeiten, das Problem liegt mehr im sozialen Bereich. Es kursiert hier gerade ein Spruch: »Kein Frieden ohne Brot«. Es geht hier nämlich nicht nur um einen Frieden zwischen Palästinensern und Juden, sondern auch um soziale Gerechtigkeit und Frieden in der israelischen Gesellschaft.

Nati Bloch-Danti

Ich habe noch nie über meine Kamele auf Deutsch gesprochen. Mein Professor hat lange über Kamele geforscht, was weltweit eine Seltenheit ist.

Kamele haben ein großes ökonomisches Potential und sind an Wüstenklima im Gegensatz zu Kühen bestens angepasst. In den arabischen Ländern, Afrika und Asien (Pakistan, Indien) dienen sie den Menschen mit Milch, Fleisch, Fell und Wolle und als Reit- und Lasttier.

Ich habe über die Zusammensetzung der Milch gearbeitet. Bislang weiß man sehr wenig davon. Die hohen Leistungen der Kühe sind durch Zuchtauswahl in den letzten 50 Jahren erreicht worden. Kamele, d.h. Dromedare, haben ein ähnliches Potential und darüber hinaus ein ungeheures, dem Wüstenklima angepasstes, körperliches Leistungsvermögen. Sie können bis zu 50 Tage ohne Wasser auskommen, sie können 14 Tage ohne Wasser sein und trotzdem Milch geben. Mein Professor hat beobachtet, dass Beduinen, die über Kamele verfügen, auch in Zeiten der Dürre nicht hungern mussten. Wir arbeiten daran, eine Technologie zu entwickeln, die dieses Potential nutzbar macht und wollen es auch in andere Länder exportieren. Wir hoffen, das Kamel als Milchlieferant in größerem Umfang nutzbar zu machen. Es ist zwar ein unkoscheres Tier, aber wir können unser Wissen an viele Dritte-Welt-Länder verkaufen. Kamelmilch zeichnet sich durch einen hohen Gehalt an wertvollen Proteinen und eine gute Verträglichkeit aus. Viele Menschen mit Allergien bzw. Autoimmunerkrankungen vertragen Kamelmilch besonders gut.

Nietzscherforscher: Ich bin nicht damit einverstanden, dass die Regierung nach Außen den Frieden sucht, jedoch für den inneren Frieden in der israelischen Gesellschaft, zwischen Juden und Arabern, zu wenig tut. Der Friedensprozess ist auch ein Problem in unserer Gesellschaft und nicht nur zwischen Nationen.

Mark Gelber: Ich bin mit dieser Auffassung nicht einverstanden.

Vor zehn oder zwölf Jahren sahen wir eine Einwanderung von rund 800.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion auf uns zukommen. Das sind mehr als 10 % der Bevölkerung. Ich hielt das für eine Katastrophe, die da auf uns zukäme. Ich habe mich geirrt. Es wurde ein phantastischer Erfolg. Diese mehr als 800.000 Menschen wurden mit sicherlich einigen Problemen, die auch noch nicht alle gelöst sind, weitestgehend integriert. Das ist eine ungeheure Leistung. Die Arbeitslosigkeit ist während dieser Zeit z. B. nicht dramatisch angestiegen. Dieser Staat ist heute ein anderer.

Hier in Beersheba hat man die größte Konzentration von äthiopischen Einwanderern. Etwa 50 bis 60.000. Der Weg ist sicher sehr lang. Im vergangenen Jahr hat unsere medizinische Fakultät die erste beduinische Frau eingestellt. Es ist alles sehr kompliziert, man muss viel Geduld haben. Aber ich bin eher optimistisch, dass wir die Probleme lösen können. Ich möchte auch nicht unkritisch über die bestehenden Probleme hinweggehen.

»Ohne Brot kein Frieden« ist eine Umformulierung des Satzes aus dem Talmud, der lautet: »Ohne Brot gibt es kein jüdisches Leben.«

Gunnar: Spätestens seit dem Libanonkrieg 1982 sind wir in einer neuen Phase was die Frage betrifft: Was ist Zionismus, was bedeutet Zionismus? Es ist eine nationale Frage. In meiner Welt, in meinem politischen Verständnis möchte ich das nationale Element nicht so gerne als das Wichtigste sehen, obwohl es mir wichtig ist, dass meine Kinder hier groß werden. Ich würde nicht gern sehen, wenn meine Kinder nach Deutschland gingen. Für mich und meine Kinder würde ich z. B. die Frage stellen: Wie sieht es in Zukunft aus mit Kriegen. Die Bereitschaft, die Kinder in den Libanon zu schicken, ist gesunken.

Sebastian: Wir haben leider kein Treffen mit russischen Einwanderern gehabt. Mein Eindruck war aber bisher der, dass sie sehr isoliert leben.

Gunnar: Wie können 20 % der Bevölkerung isoliert leben?

Sebastian: In Berlin leben auch 100.000 russische Einwanderer, die nicht bemerkt werden.

Michael: Der Eindruck täuscht. Im Gegenteil. Es gibt russische Zeitungen, Straßenschilder, eine eigene Partei, die in der Knesset vertreten ist. Also, die russische Bevölkerung nimmt sehr intensiv am öffentlichen Leben Israels teil und übt auch Einfluss aus. Das ist mit keiner anderen Einwanderungswelle früher so gewesen.

Gunnar: Sie bestehen z. B. darauf, dass sie Russen sind. Als die Deutschen kamen, war es schwer und nicht gern gesehen, wenn sie Deutsch sprachen. Heute ist das anders. Wenn Leute hören, dass meine Kinder Deutsch sprechen, heißt es: Gut, dass Sie ihnen das beigebracht haben.

Mark: Ich hörte letztes einen Vortrag von Herrn Nachama, dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Berlin. Er meinte, wenn jüdische Einwanderer aus Russland z. B. nach Leipzig kämen, denken die Leute, dass sie Russen sind, nicht Juden. Aber sobald sie erführen, dass sie Juden sind, wüssten sie nicht mehr, was sie damit machen sollen.

Susanne: Es gibt allerdings auch Reaktionen wie in Gollwitz, wo sich die Bevölkerung gegen die Ansiedlung von russischen Einwanderern gewehrt hat, nachdem bekannt wurde, dass es Juden waren. Sie sind dann auch dort nicht angesiedelt worden. Es wäre ihnen auch nicht zuzumuten gewesen.

Mark: In Dortmund ist die jüdische Gemeinde heute größer als vor dem Krieg.

Gunnar: Wir haben hier sehr viele ethnische Gruppen. Es ist die Frage, ob 50 Jahre ausreichen, um diese Gruppen alle zueinander zu bringen. Gerade in letzter Zeit sind ja viele hinzugekommen. Die Gesellschaft hatte lange Zeit einen Integrationskurs. Und der Kitt, der alles zusammenhalten sollte, war stark ideologisch, zionistisch. Es kommen sehr viele Herausforderungen. Es zeigte sich, dass die israelische Armee sich nicht immer richtig verhalten hat. Viele sehen es als einen Fehler an, dass sie den Süden des Libanons kontrolliert. Die Gesellschaft hat in sich viele Brüche. Aber sie muss halten, um die kommenden Herausforderungen zu bestehen.

Georg: Haben Sie eine Vorstellung, wie sich israelische Staatsbürger definieren sollten? Wie stellen Sie sich insbesondere die Rolle der arabischen Israelis vor? Es war immer wieder mein Eindruck, dass das eines der größten Probleme ist, und ich habe keine Ahnung, wie man es lösen kann.

Michael: Ich bin da nicht optimistisch. Ich sehe große Schwierigkeiten auf Israel zukommen. Ich kann es mir gar nicht richtig vorstellen. Wenn die demographische Entwicklung so weitergeht und hier eine Demokratie herrscht, dann ist es sehr problematisch.

Gunnar: 2010 wird ein Viertel der Bevölkerung arabisch sein. Meine persönliche Ansicht ist, dass ich – obwohl ich will, dass meine Kinder einen jüdischen Hafen, eine Zuflucht haben – einen demokratischen Staat haben möchte. Ich möchte keinen Staat haben, der sich über die Nation definiert. Ich möchte keinen jüdischen, sondern einen demokratischen Staat haben. Das ist meine persönliche Antwort, und jeder hat eine andere.

Mark: Well, ich sehe, dass ich eigentlich immer für die Demokratie war und gewesen bin. In dem Moment, wo es in diesem Land eine Mehrheit gegenüber den Juden gibt, werde ich entscheiden, ob ich bleibe oder nicht.

Michael: Bleiben oder nicht Bleiben. Ist das dann die Antwort?

Mark: Ich nehme an, dass die Bevölkerung irgendwie zu einer Entscheidung kommen wird. Ich bin dafür, dass es ein jüdischer Staat bleibt.

?: Was bedeutet das für die Nichtjuden? Was bedeutet das für ihre Bürgerrechte?

Mark: Sie kennen das doch, als Christen oder als Deutsche, wie sie wollen. Das bedeutet, sie haben volle Rechte, aber die Feiertage, die nationalen, sind zum Beispiel jüdische. Es gibt die jüdische Woche. Es gibt auf dieser Erde nur einen jüdischen Staat. Das ist nicht genug. Es wäre wirklich schade, diesen Staat aufzugeben. Natürlich sollen alle Bürger dieses Landes, auch die arabischen, volle Rechte haben. Ich glaube, ich bin da viel optimistischer als du, Gunnar. Gestern gab es zum Beispiel eine unwahrscheinlich wichtige Entscheidung des obersten Gerichts.

Nati: Auf die man 50 Jahre warten musste.

Mark: Es ging darum: Es gab ein arabisches Ehepaar, das ein Grundstück in einem jüdischen Kollektivdorf kaufen wollte. Dies wurde ihnen zunächst von der Jewish Agency, die das meiste Land in Israel verwaltet, verweigert. Das Land sei für Juden bestimmt. In letzter Instanz wurde dem Ehepaar das Recht zugesprochen, das Land zu kaufen. Das ist doch ein Erfolg! Ich weiß auch nicht, ob das Ehepaar in der arabischen Gemeinschaft nicht als Verräter dasteht, mitten in einer jüdischen Siedlung wohnen zu wollen.

Sarah: Aber es ist doch traurig, dass sie erst vor Gericht ziehen müssen, um ihr Recht zu bekommen!

Mark: Sicher, aber sie haben es letztendlich bekommen. Es ist übrigens durchaus nicht so, dass Araber und Juden sich nicht vertragen. Ich kenne selbst reichlich Beispiele von guter Nachbarschaft. Es gibt sicher welche, die große Probleme haben. Das wird in Deutschland nicht anders sein, wenn man als Ausländer dort lebt und in gewisser Weise eine Außenseiterrolle hat. Diese Probleme gibt es. In der Öffentlichkeit existiert jedoch ein stereotypes Bild, was so nicht stimmt.

Sarah: Die Situation ist doch hier eine andere. Die Araber waren doch schon hier, bevor die Juden kamen.

Mark: Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wer hier vor 30 Jahren war

Cengiz: Noch einmal eine Frage zur sozialen Schichtung. Ich bin in der Türkei geboren, gehörte dort zu einer Minderheit und bin nach Deutschland gekommen und gehörte dort zu einer Minderheit.

Gunnar: Wir fangen schon wieder an, über Araber versus Juden zu reden. Ich würde den Focus gerne woanders hinsetzen. Ich glaube, in Wirklichkeit – da sind Mark und ich wohl gar nicht so weit voneinander entfernt – wachsen hier auch viele Dinge zusammen. Die jüdische und die arabische Gesellschaft haben mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Ich habe das gerade wieder am Rande einer Konferenz mit arabischen Wissenschaftlern erlebt. Beide haben wir unsere Fundamentalisten. Das ist durchaus ein Merkmal aller modernen Gesellschaften. Das hat nichts mit Mittelalter zu tun. Wir werden damit leben müssen und uns damit auseinandersetzen müssen.

Marlen: Es gibt Frustration und Wut bei vielen Palästinensern über die Integration von Hundert Tausenden Einwanderern aus Osteuropa im Vergleich mit der eigenen Situation.

Mark: Die Spätaussiedlung der Russlanddeutschen erfolgte auch, obwohl die meisten nicht einmal mehr Deutsch sprechen können. Die große Idee des Zionismus war, dass alle Juden auf der Welt, egal wo sie leben, eine Nation sind und in diesem Land eine Heimat haben sollen.

Georg: Sie [Gunnar] sagten eben, Araber und Juden wachsen zusammen. Welche Werte sind es, die sie verbinden? Welche gemeinsamen Werte?

Gunnar: Es ist ein Surrogat. Wenn etwas aufgegeben wird, muss etwas neues an seine Stelle treten. Es sind die Werte der westlichen Welt, einer weltbürgerlichen Welt, einer säkularen Gesellschaft, in der Religion und Nationalität eine untergeordnete Rolle spielen. Was nicht zusammenwächst sind die Religionen, was ebenfalls nicht zusammenwächst sind die Armen und die Reichen. Was zusammenwächst sind die Schichten, die Zugang haben zu Bildung, zu Medien, die über Internet miteinander kommunizieren können. Das hat Einfluss sowohl auf die arabische als auch auf die jüdische Gesellschaft. Die Geschichte, die wir haben, ist eben auch sehr widersprüchlich.

Tatsache ist, dass mit und nach dem Unabhängigkeitskrieg 1948 viele Araber vertrieben worden sind. Ob das planmäßig gemacht wurde, ist umstritten, ist aber auch sicher nicht der Punkt. Tatsache ist auch, dass die Araber die Juden ins Meer treiben wollten. Tatsache ist auch, dass es in fast jeder Familie Opfer gegeben hat. Wir kommen nicht weiter, wenn wir uns das ewig vorrechnen. Wir müssen einfach mit diesen Tatsachen leben und einen Ansatzpunkt finden, der über diese Dinge hinweghilft. Wir Israelis leben hier, wir

gehen hier auch nicht weg, wir haben unsere Heimat hier, unsere Kinder sind hier geboren. Wir werden hier nicht weggehen. Wir wollen hier zusammen leben.

Sebastian: Antisemitismus ist in aller Welt noch immer vorhanden, immer noch virulent, bestenfalls eingedämmt. Zur Zeit ist für die Einwanderung nach Israel ja immer noch Bedingung, dass man Jude ist. Wie wird das sein, wenn die Definition der Nation eine andere ist, sich nicht mehr an der Religion orientiert. Wie wird die Frage der Auflösung der Nationalstaatlichkeit im Hinblick auf die Globalisierung, wie das in Seattle diskutiert wurde, gesehen? Wie wird der Verlust nationaler sozialer Standards durch die Unterwanderung derselben durch weltweit agierende Konzerne gesehen? Es gibt deshalb die Forderung nach weltweit geltenden sozialen Standards, die sogar teilweise auch von Arbeitgebern unterstützt werden.

Mark: Wie geht Ihr damit um, dass es in Deutschland immer noch Antisemitismus gibt, dass nach wie vor jüdische Friedhöfe geschändet werden und Asylantenheime angesteckt werden.

Susanne: Bei der bisherigen Diskussion kam das Gespräch immer wieder auf den Rassismus in der israelischen Gesellschaft. Auch gestern in Yad Vashem meinte Yariv Lapid, dass immer wieder Parallelen von deutschen Besuchern zwischen Juden gestern und Türken heute gezogen würden. Ich persönlich fühle mich dabei ziemlich außen vor, besonders was die Rassismen in Israel angeht. Ich beobachte das eher. Zum Rassismus in Deutschland fühle ich mich angesprochen. Dazu kann ich was sagen.

Georg: Die Ursachen für Antisemitismus in Deutschland sind immer noch da, die Faktoren, die 1933 Hitler an die Macht gebracht haben und die Ideen des Antisemitismus transportiert haben, sind immer noch vorhanden. Der latente christliche Antisemitismus ist immer noch da, würde ich sagen. Nur dadurch, dass gerade in letzter Zeit eine sehr intensive öffentliche Diskussion stattfindet, wird er – mehr oder weniger – im Zaum gehalten. Die Ursachen, die Wurzeln, sind nicht weg.

Necla: Ich sehe das ganz anders als Georg. Ich bin in Westdeutschland groß geworden, wo ich sehr starke politische Gruppierungen erlebt habe, wo ich ein sehr demokratisches Deutschland erlebt habe. Ich habe nicht den Eindruck, dass es Antisemitismus gibt. Es gibt kleinere antisemitische Gruppierungen in Deutschland. Aber es gibt sehr viele aufgeklärte, demokratische, vernünftige Menschen, mit denen ich mich austauschen kann und auf die ich mich auch verlassen kann. Was ich allerdings sagen muss, dass es in Ostdeutschland seit Jahren ein sehr starkes Aufkommen von Antisemitismus gibt. Ich habe fast sieben Jahre in Greifswald studiert und gearbeitet. Die ersten zwei Jahre habe ich mich als Türkin abends nach sechs Uhr nicht auf die Straße getraut. Schwarze Menschen wurden verprügelt. Die Leute haben zugesehen. Das habe ich in Westdeutschland nicht erlebt. Ich hatte immer das Gefühl, dass mich Leute beschützen würden, dass es Leute gibt, die nicht zusehen.

Kezban: Ich kann Neclas Argumente nicht ganz nachvollziehen. Ich erlebe in Deutschland durchaus sehr viele positive Sachen, aber auch viele negative Sachen. Als Beispiel möchte ich meine Tochter anführen. Es geht um die Einbürgerung. Meine beiden Kinder sind in Deutschland geboren. Ihre Muttersprache ist Deutsch. Mit 15 wusste meine Tochter schon, dass sie nicht zu dieser Gesellschaft gehört. Das war ein Problem. Nachdem das Staatsbürgerschaftsrecht geändert werden sollte, gab es eine große Unterschriftenaktion gegen das neue Gesetz. Viele sind dagegen. An ihrer Schule hatte es eine Diskussion darüber gegeben. Es gab schlimme Argumente gegen das neue Gesetz. 33 von 34 Schülern waren dagegen. Dann hat es natürlich auch diesen Brandanschlag in Solingen gegeben. Es gibt eine Minderheit, die ist wirklich gefährlich.

Ich möchte auch noch einmal sagen, dass wir in den letzten Tagen mit vielen Gruppen zusammen waren, dass jedoch die Araber immer unterrepräsentiert waren. Beim Face-to-Face-Projekt war z. B. nur ein Araber dabei. Ich kann damit schlecht umgehen. Sie [Gunnar] haben z. B. eine iranische Frau. Ich konnte das gut nachvollziehen, was Sie sagten. Nur, Araber und Juden sind die ganze Zeit ungleich vertreten.

Gunnar: Nun, die Situation hier täuscht. Wir leben zusammen, arbeiten zusammen, stehen zusammen in der Schlange.

Sebastian: Man sieht eigentlich, dass alle in unserer Gruppe eine unterschiedliche Geschichte haben und Dinge unterschiedlich erleben. Es ist etwas anderes, ob Kezban z. B. aus der Türkei kommt oder jemand anderes aus Deutschland kommt und die Eltern oder Großeltern Nazis waren oder wieder andere im Widerstand. Das spiegelt sich auch in unterschiedlichen Einstellungen wider. Meiner Meinung nach ist es so, dass solche Gruppen, die beispielsweise Friedhöfe schänden, marginalisiert werden, also als unwichtig dargestellt werden. Der Antisemitismus in Deutschland ist aber ein alltäglicher, der z. B. am Arbeitsplatz zu sehen ist. Nicht jeden Tag, aber schon recht häufig, in ganz banalen Bemerkungen. Leute, die in der Fabrik gearbeitet haben, kennen das. Das kommt vor. Auch in der Linken ist Antisemitismus existent. Wir haben uns damit mal ein ganzes Wochenende beschäftigt. Wie z. B. in der Hafensstraße in Hamburg Parolen auftauchen wie: »Boykottiert Israel – Solidarität mit Palästina«. Verschwörungstheorien vom internationalen Finanzkapital kursieren sogar wieder in gewerkschaftlichen Kreisen. Der Antisemitismus funktioniert also auch ohne jüdische Bevölkerung. Wobei sicher Israel in Deutschland sehr unterschiedlich eingeschätzt wird.

Für mich persönlich sind die gesellschaftlichen Unterschiede in der israelischen Gesellschaft durchaus existent. Gestern habe ich sie auch Rassismen genannt. Ich kann jedoch die Beweggründe, die zum Zionismus geführt haben, sehr gut verstehen. Er hat ja einen ganz konkreten Hintergrund gehabt. Das Anliegen der arabischen Israelis und der Palästinenser ist eben auch berechtigt. Es gibt da kein »schuldig« oder »nicht schuldig« und kein »richtig« oder »falsch«, sondern man muss Wege finden, wie man mit diesem Konflikt umgeht. Das hängt natürlich auch damit zusammen, was global passiert, dass es keinen kalten Krieg mehr gibt.

Sarah: Es gibt einfach Leute in unserer Gruppe, die wissen, was Rassismus ist, weil sie es am eigenen Leib gespürt haben. Und natürlich gehen die anders damit um. Ich rede nicht nur über Rassismus, sondern ich spüre ihn am eigenen Leibe. Ich empfinde es anders, wenn ein arabischer Israeli mir erzählt, dass er dreimal am Tag im Bus kontrolliert wird, ich empfinde etwas anderes, wenn in seinem Ausweis steht, dass er arabischer Herkunft ist.

Necla: Das ist aber nicht nur in Deutschland so. Das ist ein allgemeines Phänomen.

Sarah: Sicher, aber ich lebe in Deutschland, das ist das Land, wo ich geboren bin. Und in diesem Land (Israel) sehe ich Rassismus, und ich traue mir ein Urteil darüber zu.

Necla: Man darf das nicht nur auf Länderebene sehen. Man kann das auch auf menschlicher Ebene sehen. Ich habe immer den Eindruck, wenn ihr über Rassismus redet, dass ihr vergesst, in welcher Zeit wir leben, in welchem Abschnitt der Weltgeschichte wir leben. Wir leben in Europa, in einer Überflussgesellschaft, es gibt einen enormen Mittelstand. Das muss man doch auch alles sehen. In den Schulen, in der Pädagogik hat sich doch so viel getan. Durch die ökonomische Verbesserung hat sich doch auch in der Erziehung unserer Kinder etwas verbessert im Vergleich zu den 30er und 40er Jahren, wo alles militaristisch war. Wir sind doch nicht nur von Rassisten umgeben, sondern auch von Menschen mit aufgeklärtem Verstand, von ordentlichen Medien, freier Presse. Das muss man doch auch mal sehen.

Michael: Es ist aber eben eine AG Antirassismus/Internationalismus, die ist nun mal sehr befasst mit dem Thema.

Cengiz: Ich habe eine ganze Zeit in der Türkei gelebt und habe auch dort einen gewissen Antisemitismus erlebt. Er ist anders als in Deutschland. Es existiert ein durchaus im Alltag erkennbarer Antisemitismus. Ich möchte noch einmal betonen, dass das, was ich heute in Deutschland als Antisemitismus erlebe, mit dem was es zur Zeit des Nationalsozialismus gegeben hat, nicht vergleichbar ist. So gesehen möchte ich dem, was Georg vorhin gesagt hat, energisch widersprechen.

Georg: Meinte ich so auch nicht.

Cengiz, Necla: Klang aber so.

Cengiz: Ihr seid für mich auch keine Nachkommen einer Tätergeneration. Objektiv hat es das gegeben, die Vernichtung der Juden. Und das können die Deutschen auch nicht ad acta legen. Das darf nicht passieren. Genauso kann es aber auch nicht sein, dass die heutigen Deutschen ein schlechtes Gewissen haben, als hätten sie es getan.

Ich wollte noch einmal auf die Frage des Rassismus zurückkommen. Ist es eine Frage von Rassismus oder ist es einfach die Komponente der sozialen Ungleichheit? Bei der letzten Landtagswahl in Hessen hat es diese Unterschriftensammlung der CDU gegeben. Ihr Deutschen, bzw. die liberalen Deutschen, haben es nicht fertiggebracht, klar zu machen, um was es geht. Ich unterstelle, dass die Bevölkerung gar nicht richtig informiert wurde, worum es eigentlich bei der doppelten Staatsbürgerschaft geht. Dass es eigentlich nicht darum geht, den Ausländern irgendwelche zusätzlichen Rechte zuzugestehen. Ich lebe in Frankfurt und habe die Schlangen gesehen, die an den Ständen der CDU gestanden haben, auch Mitglieder der SPD und der Grünen. Und ich habe die Frage gehört: »Wo kann man gegen Ausländer unterschreiben?« Die Aussage war nicht: »Wo können wir gegen die doppelte Staatsbürgerschaft unterschreiben?« sondern: »Wo können wir gegen Ausländer unterschreiben?!« Und ich möchte es etwas krass ausdrücken: Die deutsche Linke war an diesem Problem nicht interessiert. Sie fand es nicht nötig, über diese Frage zu informieren, dass es dabei um etwas geht, was ganz normal ist.

Arabischer Israeli: Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, dass die Situation in diesem Land eine andere ist. In Deutschland kam die Minorität aufgrund der Arbeit. Man brauchte sie. Hier war die Minorität schon im Land und die Majorität wanderte ein. Das ist eine völlig andere Situation. Es hat einen bzw. mehrere Kriege gegeben. Die Menschen hier versuchen trotzdem, friedlich zusammen zu leben. Aber es ist eine andere Situation als die in Deutschland.

Sarah: Das war auch nicht das, was ich sagen wollte.

Arabischer Israeli: Es hat eine blutige Geschichte gegeben. Wir werden das nicht vergessen, aber wir werden trotzdem versuchen, friedlich zusammen zu leben. Aber wir fordern Gleichbehandlung, wir fordern die gleiche Erziehung, gleiche Chancen – nur dann kann es Frieden geben. Wir haben Goodwill und wollen und können zusammen leben. Wenn es allerdings diesen guten Willen nicht auf beiden Seiten gibt, werden wir niemals in Frieden miteinander leben.

Mark Gelber: Was mir noch einmal wichtig ist zu betonen, ist, dass die Menschen, die heute in Deutschland leben, die hier in diesem Raum sitzen, nichts mit dem Holocaust zu tun haben. Juden weltweit sehen das so, dass sie es nicht mehr mit der Tätergeneration zu tun haben. Zu meinen, man hätte es noch mit Tätern zu tun, ist unreif (prematured). Es sind noch viele Dinge zu tun – in Deutschland und auch in Israel.

Die Diskussion war dann bald zu Ende. Festzuhalten scheint mir, dass an diesem Abend deutlich wurde, dass wir in der Gruppe großen Diskussionsbedarf hatten, weshalb wir unsere Gastgeber, wie ich meine, nicht ausreichend zu Wort kommen ließen und auch nicht in der Lage waren, die arabischen Gäste angemessen in die Diskussion einzubeziehen.

Georg Möllers

8. Botschaften, Stiftungen und StudentInnen

Neben den Treffen mit Gewerkschaftsvertretern, die uns als HBS-Stipendiaten natürlich besonders Nahe standen, gab es auch andere Treffen, die durch eine besondere Zusammenarbeit miteinander gekennzeichnet waren bzw. neben den Schwerpunkten der Fahrt auch schlicht dem Bedürfnis entsprachen, Personen mit gleichem Hintergrund wie wir ihn haben, nämlich StudentInnen, kennen zu lernen, um einen Einblick in die Vergleichbarkeit bzw. Andersartigkeit des Alltags zu erlangen. Gerade am Rande solcher Gespräche oder bei anschließenden gemeinsamen Abendessen gab es besonders interessante Gespräche zwischen Gleichaltrigen, die unschätzbare Hinweise auf das alltägliche Leben in Israel und Palästina gaben. Selbiges gilt auch für das Treffen mit der Gewerkschaftsjugend Hanoar Haoved Vehalomed (siehe Themengebiet Gewerkschaften und Kibbuzim).

Frank von Auer – Botschaft Tel Aviv

Gleich der erste Termin führte uns in die deutsche Botschaft in Tel Aviv, zu Frank von Auer (ehemaliger Geschäftsführer der HBS und jetziger Sozialattaché der deutschen Botschaft in Tel Aviv). Er gab uns eine kurze Einführung in das im wesentlichen von ihm und Micky Drill (Givat Haviva, früher Histadrut) nach unseren Wünschen gebastelte Programm. Dabei wurde auch gleich zur Tagespolitik – Bruder Johannes (Rau) hatte gerade, wie Frank als auch viele spätere Gesprächspartner betonten, einen gelungenen, obwohl brisanten Staatsbesuch hingelegt – Stellung genommen. Während uns die Dichte des Programms und einige Besonderheiten, wie robuste Gesprächspartner, die auch schon mal bohrende Fragen vertragen, von Frank vor Augen geführt wurden, machten wir Bekanntschaft mit seiner unvermeidlichen Pfeife. Wartende Botschaftsbesucher, Panzerglas und doppelte Türschleuse gaben einen ersten Eindruck vom »Sicherheitsproblem«. Frank begleitete uns dann durch einen guten Teil des Programms. Auch er war durchaus ein Heterogenitätsfaktor und mit seinem Detailwissen ein Programmpunkt für sich, wobei manche Einschätzung auch auf Widerspruch stieß. Die Besuche und Treffen waren fast alle hochkarätig und in dieser Intensität und Vielfalt für die meisten von uns einmalig.

Der Abschlussabend bei von Auers war noch einmal, dank Frau von Auer und ihrer Mitarbeiter, ein kulinarischer Hochgenuss in äußerst gastfreundlicher Atmosphäre und präsentierte, wie ich meine, einen Gutteil unserer Verwirrung, die uns Micky Drill prophezeit hatte. Mit vielen der Gäste, die Frank eingeladen hatte, wäre man gerne noch ins Gespräch gekommen.

Im Vertretungsbüro der Bundesrepublik Deutschland in Ramallah (siehe Themengebiet wirtschaftliche Beziehungen) war deutlich zu merken, dass hier noch alles am Anfang steht. Für künftige Besucher wird es bestimmt nützlich sein, die hier vorhandenen, beziehungsweise gerade entstehenden Kontakte zu nutzen.

Heinrich-Böll- und Friedrich-Ebert-Stiftung

Die politischen Stiftungen der Grünen und der SPD (mit der CDU-nahen Adenauerstiftung war ein Treffen leider nicht zustande gekommen) gaben einen interessanten Überblick über ihre jeweiligen Aktivitäten, wobei es keine großen Überraschungen gab. Die Statements der Repräsentanten standen in keinem Widerspruch zu den Positionen der jeweiligen Mutterpartei. Als Vertreter der Arbeitspartei erläuterte Robby Nathanson die Reformbemühungen seiner Partei und die Parallelität von Entwicklungen mit der englischen und deutschen Sozialdemokratie.

Studentisches Leben in Tel-Aviv und Nablus

Ein erstes Treffen mit Vertretern der **Students Association in Tel Aviv**, die sowohl über diverse politische Tätigkeiten ihrerseits berichteten als auch anschließend das Projekt Face to Face (siehe Themengebiet Frie-

densprozess) vorstellten, wobei TeilnehmerInnen daran zum Gespräch hinzustießen, ist mir persönlich als zunächst etwas steif in Erinnerung geblieben, wobei es dann beim anschließenden Abendessen in Jaffa in verschiedenen Zwiesgesprächen richtig munter wurde. Ich kam auf jeden Fall vor lauter interessanten Gesprächen bedauerlicherweise nicht zum Essen. In der Zwischenzeit hat sich die Spannung, die ich beim offiziellen Treffen meinte zu spüren, recht handgreiflich, vor allem an der Universität in Haifa entladen. Dies scheint mir die Wichtigkeit der Face to Face-Programme, die Givat Haviva (siehe Themengebiet Friedensprozess) durchführt, nur zu unterstreichen. Wie Micky Drill mir in einem späteren Gespräch sagte, sei es so, dass nach seiner Beobachtung Leute, die an solchen Programmen teilgenommen hätten, wo sie keinen Streitpunkt ausließen, sich in solch aufgeheizten Situationen sehr besonnen zeigten.

Das Studentenleben in Israel und Palästina ist miteinander, als auch mit dem Studium in Deutschland kaum zu vergleichen. In Palästina wie in Israel sind die StudentInnen, wie eigentlich die meisten Menschen, wesentlich stärker politisiert. Des weiteren ist Studieren sehr teuer und wer keine reichen Eltern hat oder kein Stipendium bekommt, ist im wahrsten Sinne des Wortes arm dran. Hinzu kommt, dass die gesellschaftlichen Verwerfungen an der Uni deutlich zu Tage treten. Was viele von uns nicht verstehen konnten, war, dass die arabischen Studenten wenig substantiell vortrugen. Das meiste war verklausuliert. Auch war wenig Beschreibung, Herausheben bestimmter Vorzüge, geschweige denn Kritik an den Strukturen der arabischen Gesellschaft zu hören. Allenfalls im persönlichen Gespräch war solche Zurückhaltung bei den arabischen Studenten (die männliche Form darf hier stehen bleiben, da wir mit arabischen Studentinnen nicht zusammenkamen, obwohl es genügend davon gibt) aufzubrechen.

Wir wollten einen Eindruck von der studentischen politischen Kultur bekommen. Auf jüdischer Seite lernten wir etwas in groben Zügen Bekanntes kennen. Auf arabischer Seite eine merkwürdige Zurückhaltung, die womöglich durch Angst verursacht wird. Wirklich herauszufinden war es nicht. Mag sein, dass auch autoritäre Strukturen eine Rolle spielen, die in der arabischen Gesellschaft noch einen anderen Stellenwert haben. Auf keinen Fall war es eine Frage des mangelnden Verständnisses.

Den architektonisch Interessierten wird sich an den Unis vielleicht ein wenig vom Geist, der an diesen Bildungsstätten herrscht, mitteilen. Ob nun als Form von Wechselwirkung oder als Ausdruck von Zuständen. In Tel Aviv: modern, avantgardistisch, üppig, großzügige Gartenanlagen. In Jerusalem: festungsartig. In Nablus: oasenhaft, abgeschirmt, exotisch.

An den israelischen Unis herrscht eher gewöhnliche Uni-Atmosphäre, wobei bei näherem Hinsehen und Hinhören die flachen Hierarchien angenehm auffallen (eine Erscheinung, die man auch in vielen Bereichen der Wirtschaft finden wird). Auf fachlicher Ebene gibt es oft sehr gute Zusammenarbeit zwischen Arabern und Juden, zwischen jüdischen und arabischen Studenten gibt es jedoch oft große Spannungen, die sich gerade an bestimmten Gedenktagen, wie Landsday oder Beginn der Intifada, auch handgreiflich entladen.

Die **Universität in Nablus** fand ich schwer einzuschätzen. Die StudentInnen schienen interessiert und amüsiert über unseren »Auftritt«. Der fundamentalistische Vertreter des Student-Council gebärdete sich eher martialisch, andererseits deutlich bemüht, einen zwar selbstbewussten, aber weltoffenen Eindruck zu hinterlassen.

Sicher würde die eine oder andere Partnerschaft mit verschiedenen Unis, ob nun in Palästina oder Israel, eine recht spannende und fruchtbare Sache für beide Seiten sein.

Georg Möllers

Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)



Claude Weinber, Repräsentant der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) Foto: Ingrun Weiß

*Tel Aviv Office, Nahalat Binyamin 24, Tel Aviv 65162,
Tel.: 03-5167734/35*

Fax: 03-5167689, e-mail: hbst|@isdnet.il

Gespräch mit Claude Weinber (Repräsentant der hbs in Israel), Didi Remez (Peace Now), Hagar Ruvlev (Bat Schalom) und Hannah Zohar, Harriet Lewis u.a. (Kav La'Oved)

Mittwoch, 1. März, 14.00 – 16.45 Uhr

Zur Arbeit von Nichtregierungsorganisationen

Wir wurden durch Claude Weinber, Repräsentant der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) begrüßt, der uns zunächst einen Überblick über die Stiftungsarbeit gab. Ziel dieser Einladung war die Vorstellung und Diskussion der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen.

Die hbs selbst verfügt über ein Büro in Tel Aviv und eines in Ramallah. Die Arbeit des ersteren konzentriert sich thematisch vermehrt auf die deutsch-israelischen Beziehungen, wohingegen sich das letztere mit arabischen Themen auseinandersetzt bzw. Aktionen und Projekte unterstützt. Die hbs verfügt über keine parteiliche Nähe in Israel und will diese auch nicht kultivieren. Ihre Aufgabe sieht sie in der Stärkung der Zivilgesellschaft. Sie unterstützt daher seit einigen Jahren auch unterschiedliche Langzeitprojekte.

Die von Weinber zuerst vorgestellte Organisation Kav La'Oved wird bereits sieben bis acht Jahre gefördert und bietet in erster Linie Rechtsberatung für palästinensische ArbeitnehmerInnen. Eine weitere, welche seit vier Jahren unterstützt wird, ist Bat Schalom (Tochter des Friedens). Hier sollen besonders die unterschiedlichen Belange von Frauen verschiedener Kulturkreise integriert werden. Ebenfalls um den Friedensprozess bemüht ist Peace Now, eine Organisation die sowohl people to people-Projekte initiiert, als auch Druck auf die Regierung auszuüben bemüht ist.

Darüber hinaus fördert die Stiftung seit fünf Jahren Aktionen zum Umweltschutz durch die Gruppe We in action, mit der z. B. zu bestimmten Themen Aus- und Weiterbildungsangebote durchgeführt werden. Ferner unterstützt die Stiftung ein Jugendzentrum (Rahat Arab Youth Center) an der Grenze des Negev. Gerade in dieser Region sind besonders viele Beduinen angesiedelt, so dass das Kulturzentrum Projekte anregt, die diese Gruppe betrifft.

Das Büro in Tel Aviv stellt Tagungsräume sowie technisches Gerät wie Kopierer, Overhead-Projektoren etc. für Seminare o.ä. zur Verfügung. Ebenso finden in den Räumlichkeiten Ausstellungen statt, die sich mit Konflikt-Themen auseinandersetzen. So sahen wir beispielsweise eine Foto-Ausstellung zum Thema »Dörfer ohne anerkannten Status«, in der das Leben in denjenigen arabischen Dörfern Israels dargestellt wird, die aufgrund der Nicht-Anerkennung durch den Staat Israel unter besonders schweren Bedingungen leben, da sie z. B. keine reguläre Strom- und Wasserversorgung haben.

Die Finanzierung der hbs erfolgt wie bei den anderen politischen Stiftungen durch Steuergelder über das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMWZ) aufgrund einer Anregung der Alliierten, die eine besondere Form der politischen Bildung der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg für notwendig erachteten. Dies ist ein einzigartiges System, das es so nirgendwo anders gibt.

Nach dieser kurzen Einführung stellten sich die Organisationen Peace Now, Bat Shalom und Kav La'Oved noch einmal gesondert je eine Stunde vor. [Hierzu gibt es ausführliche Protokolle in den Themengebieten Friedensprozess sowie religiöse & ethnische Minderheiten in Israel; Anm. der Autorin.]

Für weitere Informationen: Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, D-10178 Berlin, Tel.: 030-285340, Fax: 030-28534109

Andrea Sparka

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Friedrich-Ebert-Stiftung, P.O.B. 12235, Herzliya, Tel. 09-95 14 760, Fax 09-95 14 764

e-mail: fesisra@netvision.net.il, URL: www.fes.org.il

Vortrag von Dr. Robby Nathanson zum Thema »Die Arbeitspartei auf dem dritten Weg?« und Bericht »Zur Arbeit der FES in Israel« von Dirk Sadowsky im City-Hotel Tel Aviv

Mittwoch, 1. März, 17.30 – 19.00 Uhr (Nathanson), 19.00 – 21.00 Uhr (Sadowsky)

Dr. Robby Nathanson: Die Arbeitspartei auf dem Dritten Weg?

Dr. Robby Nathanson, Mitglied der Arbeitspartei, ist als Leiter des Israeli Institute for Economic & Social Research – einem unabhängigen Forschungsinstitut für ökonomische und soziale Fragen – einer der wichtigsten Partner der FES in Israel. In diesem Zusammenhang ist er u.a. auch als Berater für den Ministerpräsidenten und weiterer Persönlichkeiten tätig.

Zunächst gab Nathanson einen kurzen Überblick darüber, wie sich die Neue Mitte in der BRD entwickelt hat und erläuterte dann, wie sich die Neue Mitte als Dritter Weg der Arbeitspartei in Israel, insbesondere aus parteipolitischer Perspektive, aber auch hinsichtlich wirtschaftlicher Dimensionen, entwickelt. Aus parteipolitischer Perspektive lasse sich sagen, dass es keinen anderen als den Dritten Weg gebe, da Zentralismus und Planwirtschaft gescheitert seien, der sozialdemokratische Weg jedoch geblieben sei, wie auch die Wahlergebnisse bestätigen. So würden die meisten westeuropäischen Länder und auch Israel zur Zeit von sozialdemokratischen Regierungen geführt. Aber auch wirtschaftspolitisch führe kein Weg an der Marktwirtschaft vorbei, da auch hier alle anderen Theorien gescheitert seien.

Im weiteren Verlauf stellte Nathanson das Alte und das Neue Parteimodell der europäischen und israelischen Sozialdemokratie gegenüber. Während nach altem Modell die Parteiorganisation im Zentrum stand, die Partei sich an ihren Mitgliedern orientierte, streng hierarchisch aufgebaut war, die Priorität auf die interne Führung legte und besonders die Partei als eine kollektive Organisation betonte, werden die Akzente im neuen Parteimodell anders gesetzt. Im Zentrum stehen jetzt Spezialisten, man ist mehr am Wähler orientiert, geht über zu einer flexiblen Hierarchie, setzt die Priorität auf publicity-wirksame-Vorsitzende – wobei die Persönlichkeit des Vorsitzenden im Vordergrund steht – und spezialisiert sich auf besondere Themengebiete. In diesem Zusammenhang gehe es vor allen Dingen um die Auslagerung von Aufgaben durch Umverteilung auf externe Experten, mit dem Ziel der Vermeidung riesiger Parteienstrukturen. Es gebe zwar Parteiziele und bestimmte Themen (wie z. B. Arbeitsplätze, Gesundheit, etc.), die an den Wähler »verkauft« werden sollen, der ideologische Unterbau jedoch fehle. Angesprochen werden sollen damit weniger die traditionellen Parteimitglieder, sondern als Zielgruppe gilt der Wähler allgemein. Parteivorsitzende haben hierbei die Aufgabe diese besonderen Themen zu transportieren.

Für die sozialdemokratische Partei Israels ergeben sich durch den Nahostkonflikt besondere Probleme, so steht nach Aussage Nathansons die Quote zwischen Befürwortern und Gegnern des Friedensprozesses zur Zeit knapp 50:50. Nach seiner Einschätzung ließe sich dieses Verhältnis aus sozialdemokratischer Sicht nur durch eine Annäherung an die höheren Klassen brechen.

In der Führung der Wahlkampagnen gebe es jedoch kaum Unterschiede zu anderen Ländern. An erster Stelle stehe die Dringlichkeit von Reformen, die durch Experten von Außen mitgestaltet werden, eine Änderung des Parteinamens (»The one Israel«), ein duales System, mit dem sowohl traditionelle Mitglieder als auch neue Mitglieder rekrutiert werden sollen (d.h. keine Vernachlässigung der traditionellen Mitgliedschaft), sowie die Auswahl junger und populärer Kandidaten, die das Produkt richtig vermarkten können.

Dirk Sadowsky: Zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel

Im Anschluss an den Vortrag Nathansons stellte Dirk Sadowsky – wissenschaftlicher Mitarbeiter (M.A. Geschichte/Judaistik) – die Arbeit des FES in Israel vor. Generell lassen sich die Aufgaben in zwei Bereiche einteilen, die sich zum einen ganz allgemein auf die FES als politische Stiftung und zum anderen auf die FES als sozialdemokratische Stiftung beziehen. Alles in allem unterhält die FES Büros in über 70 Ländern. Aus den beiden genannten Aufgabenfeldern ergeben sich als Arbeitsschwerpunkte die Förderung der Demokratie (z. B. durch Durchführung von Seminaren und Veranstaltungen mit geeigneten Partnern) sowie die Förderung von Frauen. Für das Büro in Israel steht vor allem die Unterstützung des Friedensprozesses im Mittelpunkt des Interesses.

Die Formen dieser Unterstützung sind vielfältig: In Israel wird schon seit vielen Jahren mit Einrichtungen zusammengearbeitet, die die jüdisch-arabische Begegnung zum Leitmotiv ihrer Bildungsarbeit gemacht haben. Hierzu zählen unter anderen das Center for Peace in the Middle East in Tel Aviv, das Bildungszentrum der Kibbuzbewegung Givat Haviva und das Gustav-Heinemann-Institut an der Universität von Haifa. Schon vor der Phase offizieller Verhandlungen hatten israelische und palästinensische Wissenschaftler Gelegenheit, auf gemeinsamen Veranstaltungen der Stiftung einen Gedankenaustausch über die künftige Friedensregelung zu führen. Dieser Wissenschaftsdialog wird zu den zwischen beiden Seiten noch offenen Streitpunkten, wie z. B. dem Status der Stadt Jerusalem oder der endgültigen Form der palästinensischen Selbstverwaltung, fortgeführt.

In den palästinensischen Autonomiegebieten hilft die Stiftung beim Aufbau eines demokratischen und effizient verwalteten Gemeinwesens. Ihre Beratungsleistungen erbringt sie dabei nicht nur für die Ministerien und Entwicklungsagenturen der palästinensischen Selbstverwaltung; auch die langjährigen Arbeitskontakte zu palästinensischen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), wie dem Arab Thought Forum oder dem Jerusalem Media and Communications Centre, wurden weiter ausgebaut. Sie sind wichtige Elemente einer sich bildenden palästinensischen Zivilgesellschaft. Gemeinsam mit der Europäischen Union bereitete die Stiftung durch flächendeckende Bildungsmaßnahmen die palästinensische Bevölkerung auf die ersten freien Wahlen im Januar 1996 vor.

Die Stiftung führt gemeinsam mit anerkannten lokalen Partnerorganisationen Programme für gesellschaftspolitische Erwachsenenbildung durch. Die Seminare und Workshops richten sich an besondere Zielgruppen wie z. B. Jugendliche, Frauen, Arbeitnehmervertreter, kommunale Multiplikatoren und Erwachsenenbildner. Die FES führt aber auch internationale Konferenzen und Symposien zu Fachthemen der regionalen Zusammenarbeit durch. Die Konferenzergebnisse werden zum Teil in Publikationen veröffentlicht. Sie finanziert wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studien, die von Wissenschaftlern aus den Projektländern erstellt werden und dort als Grundlage für politische Entscheidungsprozesse dienen. Auch unterstützt sie den akademischen Nachwuchs in der Region durch Stipendienprogramme, wobei bei der Auswahl geeigneter Kandidaten ein besonderes Augenmerk auf benachteiligte gesellschaftliche Minoritäten gerichtet wird. Darüber hinaus entsendet die FES deutsche Kurzzeitexperten in die Projektländer, die Beratungsleistungen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen erbringen.

Eine Zusammenarbeit zwischen den in Israel vertretenen deutschen Stiftungen findet insofern statt, als dass nach Angaben von Frank von Auer in Zusammenarbeit mit der Botschaft Abstimmungen getroffen werden. Jede Stiftung hat aber ihre eigenen Tätigkeitsbereiche. So lagen die Anfänge der FES vor allem im Gewerkschaftsbereich, während sich die Konrad-Adenauer-Stiftung mehr auf juristische Belange sowie den interreligiösen Bereich, die Friedrich-Naumann-Stiftung auf Menschenrechte und Frauenaktivitäten, die Heinrich-Böll-Stiftung auf Umweltschutz und die Hanns-Seidel-Stiftung besonders auf die Berufsausbildung festlegte. Die HBS unterhält kein Büro außerhalb Deutschlands, da der internationale Bereich nach Absprache mit der FES von dieser übernommen wird.

Silvia Kunter

Studierende in Israel und in den palästinensischen Autonomiegebieten

Interessenvertretung, Mitbestimmung, soziale Lage und politische Initiativen von Studierenden diesseits und jenseits der Green Line

Student's Association in Tel Aviv

Tel Aviv University, URL: <http://www.tau.ac.il>

Gespräch und Diskussion mit KommilitonInnen der israelischen Student's Association in Tel Aviv in einem Studierendenwohnheim der Universität Tel Aviv

Dienstag, 29. Februar, 15.30 – 16.30 Uhr



Präsidenten der An-Najah
National University Professor
Rami Hamdallah (Mitte)

Foto: Anette Harms

An-Najah National University Nablus

Treffen mit dem Universitätspräsidenten Professor Rami Hamdallah und dem Vorsitzenden des palästinensischen Student's Council

Montag, 6. März, 12.30 – 14.00 Uhr

Student's Association in Tel Aviv

Streiflichter auf die Arbeit der israelischen Student's Association

An der Universität Tel Aviv hatten wir im realsozialistischen Charme eines Studierendenwohnheims als Gäste der israelischen Student's Association die Gelegenheit, bei Kuchen, Cola und Salzstangen eine Handvoll universitäts- und gesellschaftspolitisch aktiver KommilitonInnen und ihre jeweilige Arbeit in der israelischen Studierendenbewegung kennen zu lernen.

David aus Australien über die studentische Ökologiebewegung am Beispiel des Green Course

Im Kontext der Ökologiebewegung in Israel (Green Action) entwickelte sich 1996 vor allem angesichts der Notwendigkeit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit der Green Course als Studierendenorganisation. War er zunächst eine Campusgründung von Studierenden in Jerusalem und Tel Aviv, umfasst er heute Studierende in ganz Israel und ist sogar international aktiv.

Green Course bemüht sich um die Schärfung des Umweltbewusstseins von Studierenden sowie darum, die Universität zu einem umweltfreundlichen Ort zu machen (Kompostprojekte und Mülltrennung in Wohnheimen, doppelte Benutzung von Kopierpapier, Car sharing etc.). Hierzu dient auch das jährlich an den Universitäten stattfindende Info-Event, der Green Day, wobei in Tel Aviv damit auch verstärkt an die Bevölkerung und die Stadtverwaltung appelliert werden soll. Des Weiteren werden Demonstrationen initiiert oder unterstützt – so z. B. eine landesweite Demonstration für ein umfassendes ÖPNV-Konzept anstatt des Baus einer Nord-Süd-Autobahn – und Aktionen gestartet, so wurde gerade aktuell durch eine medienwirksame Kranbesetzung ein Strandbebauungsprojekt in Tel Aviv gestoppt.

Auf unsere Frage nach Atomkraftwerken ging David auf das Problem ein, dass Israel zwar offiziell einen Reaktor für Forschungszwecke besitze, aber die Existenz eines weiteren AKWs im Süden bis heute geheimgehalten werde. Damit werde einer öffentlichen Debatte über die Frage nach Israels Kernwaffenbesitz erfolgreich ausgewichen. Auch die öffentliche Diskussion zu Fragen der Gentechnologie sei unterentwickelt. Die Energiegewinnung beruhe in Israel vor allem auf der Nutzung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und einer weit verbreiteten Anwendung von Solarenergie für private Haushalte und deren Warmwassergewinnung. Allerdings sehe er hier angesichts des Widerspruchs zwischen einer relativ weit entwickelten Öko-Technologie vor allem für den Export und deren eher geringen Nutzung in Israel selbst noch eine Menge Entwicklungspotential.

Na'ama, Mitglied des Studierendenparlaments in Tel Aviv, über Aufgaben und Struktur der Student's Association

Die Student's Association als studentische Interessenvertretung Israels umfasst nahezu alle Studierenden per automatischer Mitgliedschaft bei Immatrikulation an einer Universität. Ein Wiederaustritt ist möglich (kommt aber kaum vor), der jährliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf etwa 100 NIS (ca. 50 DM). Diese Mitgliedsbeiträge bilden zusammen mit den Einnahmen aus mehreren Tochtergesellschaften (studentische Arbeitsvermittlung, Reisegesellschaft für Studierende, Universitätsbuchladen und studentische Versicherungsgesellschaft) die Finanzierungsgrundlage der Student's Association. Davon werden die Gehälter der Angestellten, Stipendien und konkrete Projekte finanziert.

Die Aufgaben der Student's Association sind die Vertretung der Interessen von Studierenden innerhalb der Universitäten und nach außen bzw. gegenüber der Bevölkerung sowie Serviceleistungen für Studierende. Diese Aufgaben erhalten ein hohes Gewicht vor allem durch die Tatsache, dass im Unterschied zu Deutschland das Durchschnittsalter von Studierenden in Israel aufgrund des zwei- bis dreijährigen Dienstes in den Israel Defense Forces weit höher liegt, woraus sich besondere Anforderungen wie Darlehens- oder Hypothekenberatung ergeben.

Der Aufbau der Student's Association ist demokratisch-zentralistisch: jährlich finden Wahlen zu Kreis- und Bezirksräten statt, die je Sektion ein bis zwei Vertreter in einen zentralen Rat aus 75 Mitgliedern entsenden. De facto handelt es sich dabei um Personenwahlen, die Zugehörigkeit zu einer Partei oder politischen Organisation steht im Hintergrund. Dieser Zentralrat der Student's Association trifft sich in monatlichen Intervallen für etwa drei bis vier Stunden und wählt einen hauptamtlich geschäftsführenden Vorstand (»Regierung«), aus dessen Mitte wiederum ein Vorstandsvorsitzender (»Ministerpräsident« als legislatives Organ) und ein Präsident für die Repräsentation der Association nach Außen gewählt werden.

Die Arbeit des Zentralrats ist in vier Fachgebiete gegliedert: Service, akademische Fragen, Verwaltung und die Sektion internationale Beziehungen. Die jeweils Verantwortlichen sind gegen Gehalt angestellt.

Ravital über konkrete Projekte der Student's Association

Die Frage nach dem in Deutschland umstrittenen »allgemeinpolitischen Mandat« ist für die StudierendenvertreterInnen Israels offenbar kein Thema: zwar ist die Association bei politischen Aktionen aufgrund ihres

Mandats durch die Studierendenschaft »sehr vorsichtig« und achtet auf die Berücksichtigung von Mehrheitsmeinungen, doch bezieht sie z. B. in den aktuellen Friedensverhandlungen zwischen Israel und Syrien klar Position für den Rückzug der Israel Defense Forces aus dem Südlibanon und für die Rückgabe des Golans an Syrien. Auch unterstützt sie die von Givat Haviva organisierten sozialpädagogisch-integrationspolitischen Face to Face-Begegnungsprogramme zwischen jüdischen und arabischen israelischen Studierenden.

Weitere von der Student's Association initiierte und getragene Projekte sind kulturelle Events wie der jährliche Student's Day (ein riesiges Happening), die Entsendung pädagogischer Volontäre in soziale Brennpunkte und die Organisation eines regelmäßigen Studierendenaustauschs mit Jordanien.

Auch Exkursionen für Studierende zu den nazistischen Vernichtungslagern in Polen werden von der Student's Association mitorganisiert.

Zur sozialen Lage von Studierenden in Israel

Die Fachbereiche der israelischen Universitäten sind wie in Deutschland aufgeteilt in Technik und Naturwissenschaften einerseits (Haifa und Beer Sheva) und Sozial- und Geisteswissenschaften andererseits (Humanities, hier gelten die Fakultäten in Tel Aviv und Jerusalem als »die besten«). Einer Zulassung zum Studium ist in allen Studiengängen ein Abiturnoten-NC als hartes Auswahlkriterium vorgeschaltet, die Studienabschlüsse sind nach den international handelsüblichen drei akademischen Graden gegliedert (Bachelor, Master, PHD).

Die Studierenden Israels rekrutieren sich zu 80 % aus israelischen Mittelstandsfamilien (Durchschnittseinkommen 1.500 \$ im Monat) und zu 10 % aus denen der Einkommenselite. Angesichts jährlicher Studiengebühren von 10.000 NIS (ca. 2.500 \$) an allen israelischen Universitäten und dem Fehlen einer dem BAföG vergleichbaren Förderung, müssen sich die meisten Studierenden über Mama, Papa und diverse Jobs finanzieren. Stipendien werden zwar im allgemeinen nicht nach Leistung, sondern nach sozialen Kriterien vergeben, sind aber vor allem für den ersten akademischen Grad kaum zu kriegen. Einfacher wird es für MA-Studierende und wer seine Doktorarbeit (PHD) schreibt, erhält fast immer ein Stipendium.

Studieren mit Kind ist angesichts sehr teurer Kindertagesstätten kaum zu bezahlen, auch die Situation auf dem Wohnungsmarkt erschwert die Finanzierbarkeit eines Studiums drastisch: So kostet eine durchschnittliche Eigentumswohnung (der Israelis bevorzugte Wohnform, warum auch immer) in Tel Aviv etwa 250.000 \$, die Mietpreise beginnen bei 250 \$ im Monat. Auch Wohnheimplätze sind ausgesprochen dünn gesät: So stehen 26.000 Studierenden in Tel Aviv beispielsweise lediglich 1.000 Wohnheimbetten (zu 100 \$ je Monat) gegenüber.

Angesichts dieser Situation ist es mehr als nachvollziehbar, wenn Ravital davon spricht, dass »der Kampf gegen die Regierung« in diesen Fragen einen der Schwerpunkte ihrer Arbeit in der Student's Association darstellt. May they succeed.

An-Najah National University Nablus

Radikaler Islamismus und europäische Partnerschaften

Eindrücke von der An-Najah National University in Nablus

»Weil aber die Befreiung aller als Voraussetzung der Befreiung des einzelnen praktisch nicht die geringste Aktualität hat, wird der einzelne in sich gehen statt auf die Barrikade, auf die Suche nach seiner Identität und nach Gott. Hoffnungslosigkeit hatte aufgeklärte palästinensische Intellektuelle zu den Glaubenskämpfen von Dschihad al-Islami und Hamas getrieben. Der Weg zurück wird sich ziehen, unzählige

andere, vom Aufstieg der gestrigen Kämpfer zu Jungimperialisten von morgen um eine weitere Hoffnung betrogen, werden ihnen begegnen.

Yoram Kaniuk, ein jüdischer Schriftsteller, der stets für die Rückgabe der besetzten Gebiete eintrat und mit arabischen Kollegen einen gemeinsamen Verband gegründet hatte, klagt heute: 'Seit dem Oslo-Abkommen ziehen sich die arabischen Intellektuellen zurück, als ob wir Lepra hätten ... Unter den palästinensischen Intellektuellen sind 80 oder 90 Prozent gegen diesen Frieden ... Dies hier ist ein Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann, ein Jugoslawien, das noch schläft.'

Die Bitte des britischen PEN-Klubs, die Fatwa gegen Salman Rushdie zu verurteilen, wurde von allen 34 arabischen Mitgliedern seines Verbandes zurückgewiesen, berichtet Kaniuk. Und in Ägypten, dem ersten arabischen Staat, der Frieden mit Israel geschlossen hat, ist der Film 'Schindlers Liste' verboten – nicht aus künstlerischen Gründen.«

(Hermann L. Gremliza, 1996: Prinzipiell hoffnungslos. In: konkret 03/96, S. 9)

In Nablus besuchten wir für etwa anderthalb Stunden die An-Najah (hebr. Erfolg) National University, »one of the oldest and most respected universities in [...] the Holy Land of Palestine« (Imagebroschüre der Universität, S. 3).

Professor Rami Hamdallah über die An-Najah National University

Sie ist die größte der drei Universitäten in den palästinensischen Autonomiegebieten (die beiden anderen liegen in Ramallah und in Bethlehem). Sie wurde 1948 als Gymnasium eröffnet und hat seit 1977 den Status einer Universität. Ihre institutionelle Struktur unterscheidet sich nicht von der europäischer Universitäten, die Verwaltung ist gegliedert in Abteilungsräte, Fakultätsräte, Direktorenräte und den akademischen Senat.

Zur Zeit verteilen sich etwa 8.400 Studierende der Humanities und Naturwissenschaften auf die insgesamt 25 Bachelor- und Master-Studiengänge an den zwölf Fakultäten der Universität, die Studierenden des dritten akademischen Grades (PHD) nicht mitgerechnet. Das Alter der StudentInnen variiert stark, insbesondere zwischen den mit 17, 18 Jahren direkt von der Schule kommenden Studierenden des ersten akademischen Grads einerseits und den Master-Studiengängen andererseits, die meist erst nach einer mehrjährigen Tätigkeit in Unternehmen oder Verwaltungen aufgenommen werden. 52 % der Studierenden sind Frauen, 48 % sind Männer – wobei die klassische Schwerpunktverteilung eines weit überdurchschnittlichen Frauenanteils in den Humanities und eines umgekehrt sehr hohen Männeranteils in den technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen voll zum Tragen kommt.

Die Universität beschäftigt etwa 700 Angestellte, davon 300 als MitarbeiterInnen des academic staff. Dass hiervon nur 15 % weiblich sind und darunter wiederum nur eine Frau mit ProfessorInnenstatus (Erziehungswissenschaften) zu finden ist, hinderte Herrn Professor Hamdallah nicht daran, unter Verweis auf eine ehemalige stellvertretende Direktorin zu betonen, es gebe an seiner Universität in dieser Hinsicht »keine Diskriminierung«.

Als eine dritte wesentliche Funktion neben Forschung und Lehre sieht die An-Najah University ihren community service: Hierfür muss jede/r Studierende im Verlauf seines/ihres Studiums insgesamt 32 credit hours gemeinnütziger Arbeit für die Universität oder die »Palestinian community« ableisten (Imagebroschüre S. 19). Außerdem unterhält die Universität zehn wissenschaftliche Zentren, die der »Verbindung mit der Bevölkerung« dienen, darunter ein Computerzentrum, ein Zentrum für Flüchtlingsfragen und eins für die »empirische Ermittlung von Bedürfnissen der Bevölkerung«. Dieser Ansatz sei sehr erfolgreich, beispielsweise würden die von diesen Zentren gegen eine geringe Teilnehmergebühr angebotenen Kurse jährlich von mehreren Tausend Teilnehmern aus »Nordpalästina« besucht.

Die Strategie der Universität beruht vor allem auf dem Ausbau ihres breiten und umfassenden naturwissenschaftlich-technologischen Standbeins (inklusive BWL). So wird ihr ab dem Jahr 2001 eine entsprechende Fachhochschule mit nur dreijährigen technischen Studiengängen (erster akad. Grad) angegliedert sein, um dem Arbeitsmarktbedürfnis nach mehr qualifizierten Technikern Rechnung zu tragen. Zudem ist ebenfalls für 2001 der Aufbau einer veterinärmedizinischen Fakultät »für ganz Palästina« geplant – eine Perspektive, die direkt mit einem unvermittelten Jobangebot für den einzigen Veterinärmediziner unserer Reisegruppe verknüpft wurde.

Diese Orientierung von Forschung und wissenschaftlicher Ausbildung an den unmittelbaren Bedürfnissen des (Arbeits-) Marktes findet seinen Niederschlag auch im Lehrangebot der Universität. So sind selbst die Kurse in den Humanities auf ihre industriell-technische Verwertbarkeit hin ausgerichtet, angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation vor allem für AbsolventInnen eines Master-Studiengangs, gilt dies für das Kursangebot des zweiten akademischen Grades umso mehr. Auch Stipendien werden – in Form eines Ein-Drittel-Erlasses der Studiengebühren – von der Universität nicht nach sozialen Kriterien, sondern für »herausragende Leistungen« vergeben, eine Regelung zur Vorfinanzierung von drei Viertel der Studiengebühren in Form eines Darlehens in »sozialen Härtefällen« ist allerdings in Vorbereitung.

Internationale Kooperationen der Universität haben ihren Schwerpunkt in Westeuropa, hervorgehoben wurden eine direkte Partnerschaft mit der Universität in Trier, gemeinsame Forschungsprojekte mit der Universität Aachen und die Tatsache, dass 30 Mitarbeiter des academic staff über DAAD-Stipendien in Deutschland studiert haben (Professor Hamdallah selbst erwarb seinen PHD in Manchester, bevor er 1981 als Dekan an der An-Najah einstieg). Auch was die Finanzierung der Universität angeht, machen neben den Studiengebühren von 30 \$ pro credit hour in den humanities und 50 \$ in den technischen Studiengängen (insgesamt ca. 1.500 \$ pro Studierendem und Jahr) vor allem Spenden aus der Europäischen Union und europäische Projektförderungen die wichtigsten Finanzierungsquellen der Universität aus.

Eine Zusammenarbeit mit Universitäten in Israel gibt es nicht, allenfalls mit einzelnen Wissenschaftlern auf informeller Ebene. Zwar sei dies angesichts des hohen Entwicklungsniveaus von Teilen des israelischen Wissenschaftsbetriebs »aus wissenschaftlicher Hinsicht zu bedauern«, doch ließen weder die palästinensischen Behörden noch »die politische Situation« eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel und israelischen Einrichtungen zu, schließlich sei das »gesamte Leben in Palästina politisiert«.

Die Zusammenarbeit mit den Mitbestimmungsgremien der palästinensischen Studierenden, dem Student's Council (Studierendenrat) allerdings funktioniere problemlos – auch wenn darin seit 1994 (Friedensabkommen von Oslo) die »religiöse Opposition« in Form der Islamischen Partei die absolute Mehrheit halte. Hier gibt es monatliche Treffen, der Vorsitzende des Student's Council ist als ständiges Mitglied im Akademischen Senat der Universität vertreten.

Der Präsident des palästinensischen Student's Council über dessen Arbeit als studentische Interessenvertretung

Nach einer Begrüßung, in der uns die Mitglieder des Council-Präsidiums als »Freunde des deutschen Volkes« vorgestellt wurden und einer sehr knappen Darstellung des Anliegens des Student's Council als Gremium zur »Unterstützung der palästinensischen Studenten und ihrer Bedürfnisse« entwickelte sich das Treffen zu einem eher statischen Frage-Antwort-Spiel, wobei das Gesprächsklima angesichts der von unserem Gesprächspartner vertretenen Positionen zunehmend kühler wurde.

Die Hauptaufgaben des Student's Council lägen einerseits in einer Verbesserung der ökonomischen Situation palästinensischer Studierender, wobei auch angesichts der schlechten ökonomischen Situation in den Autonomiegebieten am Prinzip »Bildung für alle« festgehalten werde. In diesem Zusammenhang kümme-

re man sich um Stipendiengelder und habe ein neues Darlehensprogramm auf den Weg gebracht. Andererseits entfalte man gesellschaftspolitische Aktivitäten, hierunter falle die Organisation von Parties zum Semesterende und die kostenlose Gesundheitsvorsorge für Studierende ebenso wie das laufende Hauptprojekt – eine Initiative zur Errichtung einer »Blutbank«.

Die politische Ausrichtung der studentischen Interessenvertretung und der explizit politische Charakter der Council-Wahlen sei nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die gesamte Situation im »kleinen Palästina unter den Bedingungen der israelischen Besatzung« hochpolitisiert sei, so seien z. B. auch die meisten officials der Universität ehemalige Mitglieder der palästinensischen Studentenbewegung und Aktivisten der Intifada.

Es existiere ein enger Zusammenhang der Fraktionen des Council zu den palästinensischen Parteien, die »trotz politischer Unterschiede alle für das Wohl der Studenten und Palästinas« arbeiteten – eine Phrase, die offensichtlich mehr der interessierten Anwesenheit eines mutmaßlichen Kontrolleurs der palästinensischen Autonomiebehörde geschuldet war als tatsächlicher Überzeugung, denn der Stolz bei der Darstellung der Ergebnisse der letzten Council-Wahlen war kaum zu überhören: Hier hat die fundamentalistische Politische Bewegung des Islam mit 51 % die absolute Mehrheit errungen, während die Regierungspartei Al Fatah lediglich 45 % und die Coalition of Left (ein Zusammenschluss der Parteien PFLP und DFLP mit der Kommunistischen Partei, der, wie auch die politische Bewegung des Islam, antisemitisch ist) 3 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten – bei 80 – 85 % Wahlbeteiligung.

Damit stelle die Politische Bewegung des Islam den Zentralrat des Council, und »man kann sagen, dass die islamische Bewegung die Studenten kontrolliert«. Dies sei ein umso größerer Erfolg, als die Universitäten im politischen Leben der Autonomiegebiete eine wichtige Rolle spielten, denn »alle Initiativen und sozialen Aktivitäten beginnen an den Universitäten«.

Unsere Frage nach Beziehungen zu israelischen Universitäten wurde mit einer Position der Unversöhnlichkeit quittiert: »Wir sind gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Israel und weigern uns, Kontakte zu israelischen Universitäten zu haben. Denn die Israelis sind Besatzer – und wir würden damit die Besetzung anerkennen.« Auch für die Zukunft gelte: »Die Dinge ändern sich nicht, auch nicht nach einem Frieden. Ich z. B. war im Gefängnis. Selbst unsere Beziehungen zur palästinensischen Selbstverwaltung sind gespannt, sie verfolgt uns mit diversen Ermittlungsverfahren.«

Kontakte nach Israel beschränkten sich entsprechend auf Beziehungen zu nicht-jüdischen, arabischen Israelis, wobei auch hier klar differenziert werde: »Zu manchen israelischen Arabern haben wir Kontakte, zu manchen nicht – das hängt von ihrer politischen Arbeit und von ihrer Unterstützung unserer Bewegung ab. Doch die Mehrheit der israelischen Araber unterstützen Palästina, da sie hier Verwandte haben.« Gute Beziehungen gebe es darüber hinaus nach Jordanien, Syrien und Ägypten (seit einem Jahr auch in Form eines Studentenaustauschs), hier hoffe man auf einen weiteren Ausbau dieser Verbindungen.

Auch die Beziehungen zu den anderen Universitäten in den palästinensischen Autonomiegebieten seien hervorragend. Ein anschauliches Beispiel für eine entsprechende Praxis lieferte die während unseres Aufenthalts aktuelle Auseinandersetzung um die Inhaftierung von etwa 30 Studierenden in Ramallah durch die palästinensische Autonomiebehörde: Diese hatten sich mit Steinwürfen an der Attacke gegen den französischen Premierminister Lionel Jospin beteiligt – nachdem dieser am 26.02.00 im Rahmen eines Staatsbesuchs in einer Rede an der Universität Bir Set bei Ramallah die aus dem Libanon mit Raketenangriffen auf Israel agierende Hizbollah als das bezeichnet hatte, was sie meiner Ansicht nach ist – eine terroristische Vereinigung. Bei den anschließenden Tage andauernden Ausschreitungen waren die 30 Aktivisten der radikal-islamistischen Studierendenbewegung verhaftet worden, worauf Studenten und Beschäftigte der Universität Ramallah am Vortag unseres Besuchs in Nablus mit einem Streik reagierten.

Hierzu betonte unser Gesprächspartner: »Wir unterstützen unsere Brüder in der Universität von Ramallah«, das Council sei in ständigem direkten Kontakt mit den Streikenden und habe sich gegen einen eigenen Streikaufruf für die An-Najah University nur deswegen entschieden, weil die 30 Verhafteten kurz vor unserem Treffen freigelassen worden seien.

Vor dem Hintergrund all dessen gab es einige vernünftige Gründe, auf weitere kritische Fragen und auf die offene Formulierung widersprechender Positionen zu verzichten. May they succeed?

Frank Kornberger

Chronologische Fahrtübersicht

Montag, 28. Februar (Tel Aviv)

Histadrut (Gewerkschaftsdachverband)
Diaspora-Museum
Hanoar Haoved Vehalomed (Working & Studying Youth)

Dienstag, 29. Februar (Tel Aviv)

Na'amat (Frauengewerkschaft)
Stephen Roth Institute for the study of contemporary anti-semitism and racism
Students' Association
Face to Face (studentisches arabisch-jüdisches Begegnungsprogramm)
anschließendes Abendessen mit den Studierenden

Mittwoch, 01. März (Tel Aviv)

Histadrut Hamorim (LehrerInnengewerkschaft)
Der Besuch bei Bezeq-Telecommunication fiel leider aus
Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)
– Peace Now (Friedensorganisation)
– Bat Schalom (Friedensorganisationen von Frauen)
– Kav La'Oved (ArbeitnehmerInnenorganisation)
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Donnerstag, 02. März (Daliyat el Karmel, Haifa)

Drusen in Daliyat el Karmel
Isha L'Isha (feministisches Frauenzentrum in Haifa)
Elternheim

Freitag, 03. März

Akko
Kibbuz Beit Ha'Emek
Beth Lochame Haghetaot (Kibbuz der Ghettokämpfer mit Museum)

Samstag, 04. März (Golan)

Kibbuz El Rom auf dem Golan
Fahrt über den Golan und zur Aussichtswarte Mizpe Hatzair am See Genezareth

Sonntag, 05. März

Givat Haviva (jüdisch-arabisches Zentrum für Frieden)
Adel Mana zum Status der arabischen Bürger Israels
Exkursion zur Green Line mit Yair Bäuml

Montag, 06. März (Nablus/Westbank)

Rathaus Nablus
An-Najah National University Nablus
Flüchtlingslager Balata
Palestine General Federation of Trade Union (Palästinensische Gewerkschaft)

Dienstag, 07. März (Ramallah/Westbank, Jerusalem)

Vertretungsbüro der BRD Ramallah
Palästinensische Autonomie in Ramallah
Stadtführung in Jerusalem
Gabriel Bach (Ankläger im Eichmann-Prozess)

Mittwoch, 08. März (Jerusalem)

Yad Vashem
Otto Heilbrunner (Historisches Seminar Universität Jerusalem)
Erlöserkirche: Religionen im Dialog?

Donnerstag, 09. März (Negev)

Besuch der Bergfestung Massada und des Toten Meeres
Dead Sea Magnesium (Jointventure mit VW im Negev)
Treffen mit VertreterInnen der Ben-Gurion-Universität in Beersheba

Freitag, 10. März

Führung auf den Tell Sheba (Ausgrabungsstätte)
Beduinen in Rahat (Negev) und traditionelles beduinisches Mittagessen
Abschlussabend

Kurzportrait – Michael Sternheimer

»Zum Dolmetschen kam ich eher zufällig ...«

Während unserer Reise wurden wir von Michael Sternheimer begleitet. Falsch, begleitet ist das komplett falsche Wort dafür. Eher schon betreut oder besser noch leidenschaftlich unterstützt. Er übersetzte vom Hebräischen ins Deutsche, vom Deutschen ins Englische und andersrum, er las uns im Bus aus der Zeitung vor, keine Frage war ihm zu unsinnig als dass er sie nicht beantwortete. Er kennt Israel wie seine Westentaschen und egal, ob wir auf dem Golan, im Negev, in Tel Aviv oder in Jerusalem waren, ob es um die Geschichte des Landes oder um aktuelle politische Debatten in der Knesset ging, er informierte uns ganz wunderbar. Kurz gesagt: Ideal! Und dies ist der Grund, warum wir ihn hier in einem Kurzportrait vorstellen.

Michael wurde 1940 in Haifa als Kind emigrierter Juden aus Deutschland geboren. Nach der Ausbildung zum Werkzeugmacher an einer technischen Mittelschule absolvierte er seinen Militärdienst und machte anschließend auf dem Zweiten Bildungsweg das Abitur. 1964 verließ er Israel und ging nach Deutschland, wo er in Mannheim Sozialpädagogik und Psychologie studierte. Zum Dolmetschen kam Michael, wie er selbst sagt, eher zufällig. Seit Anfang der 80er Jahre, als er sich zum Übersetzer und Dolmetscher ausbilden ließ, arbeitet er selbstständig und ist mit seinem Beruf sehr zufrieden – was ich ihm auch ohne den geringsten Zweifel glaube. Auf diesem Wege nochmals einen herzlichen Dank an dich, Michael. Le chaim!

Rudi Maier

»Are we tourists or what?«¹ – Eindrücke einer Teilnehmerin

»Da braucht ja nur eineR mal Durchfall haben, dann bricht das ganze Programm zusammen!« schüttelte ein Freund beim Abschiedessen mit Champagner, Artischocke, Nudeln mit Blauschimmelsoße und Rukola-Salat den Kopf. »Na, wenn ihr das durchhaltet, wisst ihr aber zumindest nachher alles über Israel«, ergänzt er in einer Mischung aus Aufmunterung und Ironie.

Erst mal hatte ich naheliegendere Probleme, das frühe Aufstehen nämlich. Erfolgreich gemeistert stand ich dann irgendwann endlich mit meiner Zimmernachbarin im Hotel. Es war bereits drei Uhr morgens, halb acht war Aufstehen angesagt für den ersten Termin. Jubel ob meines ersten Verhandlungserfolgs auf der Reise: Ich hatte schon den Wecker mitgebracht, also musste meine Zimmernachbarin das Wecken übernehmen. Na denn kann ich ja – wenn auch mal wieder nur kurz – so zumindest beruhigt schlafen.



»Are we tourists or what?«

Foto: Silvia Kunter

Ich gewöhnte mich nach und nach durch laienhafte Autosuggestion an die Situation. Schwerer zu schaffen machten mir daher eher Inhalte einzelner Termine. Hatte sich Sarah Rembiszewski vom Institut für Antisemitismusforschung besonders geschult und pädagogisch im Umgang mit Deutschen bewiesen, wie ein Mitreisender begeistert äußerte? Oder was war an meinem unangenehmen Eindruck dran, dass sie sich der typisch deutschen Denkstrukturen zum Thema Holocaust, inklusive verschiedener Varianten des Umgangs mit dem empfundenen Schuldkomplex, nicht nur bewusst war – was ich begrüßte –, sondern auch so in den Vordergrund stellte, dass sie nicht einmal mehr den Willen, aus dem Deutschsein auszusteigen, honorierte? Oder bestätigte ich nur das typisch Deutsche durch meine Reaktion darauf, nicht zugestanden bekommen zu haben, als deutsche Linke die beste Erklärung und den sensibelsten Umgang mit dem Thema zu haben? Eine Antwort hab ich nicht gefunden, die Positionen zu diesem Treffen blieben äußerst

¹ Zitat unseres Busfahrers Pinchas, das prompt zum running-gag wurde.

kontrovers, wurden jedoch bald durch neue Eindrücke verdrängt. Vom Abend blieb mir noch besonders die Äußerung Eyals vom »Face to Face« -Projekt im Kopf. Dieser erzählte beim gemeinschaftlichen Essen von Auseinandersetzungen zwischen ihm und seinen eher konservativen Eltern. Als aus Ägypten eingewanderte Juden pflegten sie ihm vorzuwerfen, den Palästinensern Land schenken zu wollen, während er stets konterte, es handele sich um eine Rückgabe.

Am nächsten Morgen bei der Histadrut Hamorim traf mich allerdings fast der Schlag. So viele und aktuelle Informationen zur neuen Entwicklung und Mäßigung des Sexismus, wie z. B., dass Mädchen jetzt nicht mehr unbedingt nur mit Puppen spielen und Jungen auch nicht nur ausschließlich mit Fußball und Auto, hatte ich dann doch nicht erwartet. Im Versuch, meinen Gesichtsausdruck unter Kontrolle zu bringen, da mir zur Rettung der Situation auch nichts Produktives einfiel, tröstete ich mich dann mit dem Gedanken, wenigstens eines hier wirklich einmal kennen gelernt zu haben: Eine weibliche Seilschaft.

Dagegen faszinierte mich der Nachmittagstermin mit Friedensorganisationen bei der Heinrich-Böll-Stiftung umso mehr, und so kam ich reichlich entkräftet im Hotel an, wo die Friedrich-Ebert-Stiftung sich bei uns empfahl. Ein Referat über die Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie und ihre Gemeinsamkeiten war recht aufschlussreich, wenngleich ich mich bei Formulierungen wie »wir Sozialdemokraten« etwas fehl am Platze fühlte. Und zwar nicht, weil er nur die männliche Form benutzte! Jeweils in der Runde suchend, ob ich wohl die Einzige mit diesem Problem sei, blieb ich dann stets amüsiert am strahlenden und zustimmenden Nicken meines Nachbarn zur Linken hängen, der – mich nicht bemerkend – dem Referenten beinahe andächtig lauschte und der daraufhin den Rest der Reise Leidtragender meiner liebevoll-spitzen Bemerkungen wurde. Es war einer der Abende, wo mir wieder besonders deutlich wurde, welch ein zusammengewürfelter Haufen wir waren.

Es gibt ja, und das wusste ich auch schon vor Israel, Leute, deren Humor ich nicht teile. Dies bestätigte sich erneut, als nicht nur auf die halb amüsierte – halb besorgte Erzählung des drusischen Bürgermeisters, am 8. März würden alle politischen Ämter einen Tag lang von Frauen besetzt, die Reaktion kam, das sei ja wie Karneval, sondern dies auch noch zu breiterem Lachen und später – noch schlimmer – bei einer der sel-



Blick von Massada

Foto: Ingrun Weiß

tenen Gruppenbesprechungen (übrigens auch ein merkwürdiger Höhepunkt der Fahrt) sogar zu Rechtfertigungsversuchen führte: »War doch nur 'n Witz ...«. Und wohl lag es an diesem noch frischen Eindruck, dass ich von den Feministinnen Haifas erwartet hätte, dass unsere Gesprächspartnerin sich hingeworfen hätte und uns einfach vor den Kopf geknallt hätte, dass, wer immer noch nicht begriffen habe, dass es Sexismus gibt und er Scheiße ist, hier fehl am Platze sei und dass sie direkt, ohne die standardmäßige Rechtfertigung feministisch oder frauenpolitisch aktiver Gruppen, mit der Erläuterung ihrer politischen Arbeit und spezieller Probleme in Israel beginnt. So machte sie es nicht – sie konnte ja auch nicht ahnen, wie mir zumute war – aber vieles erzählte sie, was gerade im Vergleich zu deutschen Strukturen feministischer Gruppen sehr aufschlussreich war und die erschwerten israelischen Verhältnisse durch eine stärkere und breitere Verflechtung von Rassismus und Sexismus deutlich machte.

Abends geschah dann wieder ein Gesprächsverlauf, der meinen Erwartungen in weiten Teilen entgegengief. In einem Elternheim wohnende Überlebende erzählten. Aber wie – und was! Auf forschende Art, ohne Vorwürfe, ohne Ermahnungen der klugen Alten an die noch unwissende Jugend, wie es fast jedeR von Eltern und Großeltern kennt, gingen sie mit interessiert-verdauter Distanz an das Thema Holocaust heran, ihren persönlichen Leidensweg nicht zum Anlass nehmend, das gesellschaftliche und politische Leben nur in subjektiver persönlicher Form wahrzunehmen, wie ich es so oft bei Leuten erlebe, die Außergewöhnliches erlebt haben. Vor allem haute mich der sarkastische Humor, der immer wieder zum Vorschein kam, fast um, z. B. die Feststellung: »Die Österreicher waren auch immer Antisemiten – außer in der Saison« oder die Spitze gegen israelische Verhältnisse: »Die letzte Alija [Einwanderungswelle] ist immer die schlechteste«. Dazu passte das herzerfrischende »Sach ma', wie konntest du das denn so lange ohne aushalten?« von Frau Merom zu Frau Oppenheimer gewendet, als wir auf den Flur traten, die trocken erklärte, sie habe geübt, und für beide eine Zigarette aus der Tasche kramte. »Oh, ihr raucht auch, das ist ja schön«, wandte sie sich dann noch an ein rauchendes Mitglied meiner Reise-Peer-Group und mich, während wir strahlend über die erste Solidaritätsbekundung mit unserer Leidenschaft seit Beginn der Reise die Zigarette gleich doppelt genossen. Und zwar – im Gegensatz zu sonst – endlich mal in Ruhe anstatt per Durchzug und schief gedreht, weil in Eile, und nicht vor den Türen des Busses nur halb aufgeraucht ausgetreten, um sich dann noch vorwurfsvoll anblicken zu lassen, weil sich eventuell eine in der Mundhöhle festgesetzte Rauchblase erst im Bus lösen könnte. Vermerkt sei noch die Äußerung einer Heimbewohnerin beim Abendessen, die auf jemanden hinwies und meinte: »Und sehen Sie, der war Eichmanns Hausarzt«.

Die meisten Termine hatten ein, zwei Situationen oder Sätze enthalten, die mich besonders hatten aufmerken lassen und die meine Aufmerksamkeit in jeder halbwegs ruhigen Minute wieder auf sich zogen, alle darzustellen ist unmöglich. Manchmal ist auch faszinierend, wie aussagekräftig ein solch kurzer Satz wie »Unsere Nachbarn sind nicht Holland oder Belgien« auf dem Golan-Kibbuz mir das Brett vor dem Kopf zerschlug, das sich nicht zu leugnen auch in mein Reisegepäck geschlichen hatte. Gerade in Kombination mit unserer Busfahrt über den Golan, während der sich Felder, Obstplantagen, Weinreben, verminte Gebiete mit Stacheldrahtzäunen, Militärgelände und UNO-Fahrzeuge, schmale Straßen, Strommasten und Windräder, Bananenplantagen und Gewächshäuser in unsystematischer Reihenfolge am Fenster auftaten, wurde klar, dass der Vertreter der Heinrich-Böll-Stiftung mit seinem Hinweis, dass Gespräche allein(!) zwischen Arabern und Juden nichts helfen würden, Recht hatte. Dies hatte er sicherlich zugunsten derjenigen friedenspolitischen Gruppen erklärt, die sich darauf nicht beschränken, sondern primär auf Regierungen Druck auszuüben versuchen, um einen Friedensvertrag durchzusetzen. Dies mag im Nahen Osten vorerst weiterhelfen, löst leider dennoch das Grundproblem nicht: dass nämlich kapitalistischer Frieden immer die Möglichkeit von Krieg enthält.

Von einzelnen Terminen oder Aussagen aufgewühlt oder gefesselt zu sein ging mir nicht alleine so, rannte doch nach dem Gespräch mit Adel Mana die halbe Gruppe wie ein Hühnerhaufen durch die Gegend, sich erstens darüber streitend, inwiefern manche seiner Aussagen nun genau zu verstehen gewesen

waren und ob sie und inwiefern antisemitisch waren und sich zweitens darüber streitend, welche Bedeutung dieses Gespräch habe: Einzelmeinung?, Normalansicht?, und was heißt das für die eigene Position zum Friedensprozess und vor allem vielleicht für diesen selbst? Von begeisterter Zustimmung bis zu Araberfeindlichkeit waren alle Positionen vorhanden, was nach der späteren Bekanntschaft mit dem aus der Hamas stammenden Studi-Vertreter in Nablus keineswegs besser wurde. Und nach dieser Debatte hatte am nächsten Morgen, als die Gruppe wieder ein Stück weiter erschlafft aufbrach, jemand nichts Besseres mit einem breiten Grinsen zu vermelden als: »Ich weiß gar nicht was ihr habt. Wir hatten doch gestern erst Sonntag!«.

Es folgte die mit Kameras bewaffnete Besichtigung des Flüchtlingslagers Balata in Nablus, die den Namen Zoobesuch unsererseits vollauf rechtfertigte, wobei mir bis heute nicht klar ist, ob es eigentlich überhaupt irgend eine adäquate Form gibt, in der man sich so direkt mit dem Thema auseinandersetzt oder ob es nicht in der Sache liegt, eine solche Besichtigung mit ungutem Gefühl in Kopf und Magen hinter sich zu bringen. Es war wohl unserem vorab besprochenen Leitsatz – während der Fahrt Input, Verdauen danach – zu verdanken, dass der Abend dennoch zu einem der Höhepunkte der Ausgelassenheit wurde. Aus einem Abendessen im Hotel mit arabischen Gästen wurde ein Tanzabend, ausgelöst durch zwei mitreisende Damen, die ihre Bauchtanzkunst ob der arabischen Hintergrundmusik nicht mehr für sich behalten konnten, und der sich dann nicht nur nach und nach ein Großteil der noch verbliebenen Gruppe, mit abgestuften Tanzkenntnissen, anschloss, sondern auch noch gleich das Hotelpersonal, nachdem es sich, kaum hatte das Spektakel begonnen, am Büfett zu voller Größe und vor allem vermutlich vollständig aufgebaut hatte. Bereits im Bett verschwundenen konnte daher am nächsten Morgen nur mitgeteilt werden: »Ihr habt was verpasst.«.

Die nächsten zwei Tage verfielen wir wieder zurück in den Reisetstress. Bazar und Menschenmassen, Papstbesuchvorbereitung und nicht-mehr-öffnenbare Koffer aufgrund verklemmter Zahlenschlösser, abgehängte Kreuze in unserer katholischen Unterkunft (wobei wir die Quittung der betroffenen Schwestern erst später per Brief erhielten), mehrminütig am Stück hupende Autos, Moscheen und Pilger, Klagemauer und Winterschlussverkauf, ungewohnte Gerüche von Gewürzen ... das wird mir, neben informativen Gesprächen und Tipps über den präventiven Kauf von als Eheringe durchgehenden Schmuckstücke von Jerusalem in Erinnerung bleiben.

So wurde es erst wieder ruhiger als wir mit dem Bus an der Bergfestung Massada hielten und nach zeitraubenden Debatten über hochgehen, hochfahren oder unten bleiben der sonst bloß formale Chef auch mal Gebrauch von seiner Position machte und kurzerhand für alle Karten für den Lift kaufte. Hitze und gleißende Sonne empfingen uns, die Gruppe wagte mal wieder eine Trennung – viele zogen einen alleinigen Spaziergang vor –, aus der wir dann auch wider Erwarten heil und vollständig zurückkehrten und zum Toten Meer aufbrachen. Endlich sollte sich das Einpacken von Badesachen rechtfertigen, nachdem ein erster Versuch schon missglückt war. Während der Fahrt am Jordan (»Mississippi« wie unser Busfahrer Pinchas übersetzte) war es mal wieder am Zeitproblem gescheitert, wobei unser Übersetzer die Frechheit besaß, uns ausschweifend zu erläutern, wie schön und vor allem entspannend es sei, im Jordan zu schwimmen. Man hätte einen Kopfhörer-Trage-Boykott als Einspruch gegen solch unmenschliche Behandlung initiieren können, dies hätte auch den Vorteil gehabt, sich des marsmännchen-ähnlichen Outfits auf den üblicherweise hebräisch-sprachigen Treffen entledigen zu können – dummerweise nur hätten wir dann nichts mehr verstanden, so dass wir uns unserer Abhängigkeit fügten.

Aber nun war es endlich soweit: Vorsichtig ob der diversen Gerüchte, die man über das Salzwasser genommen hatte, sammelten sich alle im Wasser, stellten zwar fest, dass schwimmen nicht so recht möglich war aber die Trägheit des Wassers andere Vorteile hatte. Die ständig steigende Laune endete in einer Gruppenaufnahme mit ausgestreckten Beinen. Auf das Badehandtuch gelegt stellte jemand fest, wir hätten noch 17 Minuten Zeit! »Was sollen wir damit denn jetzt anfangen?« kam auch gleich die passende Rückfrage.



Blick auf Jerusalem (vom Gästehaus aus)

Foto: Dieter Lankes

Assoziationen zum Bild des japanischen Tourismus kamen auf, jemand berichtete, es gäbe Zehn-Tage-Europa-Touren. Gefolgt von der Frage, ob diese auch von der HBS veranstaltet würden, ging's schon wieder weiter.

Wandern und schwimmen macht bekanntlich hungrig, weshalb alle schon mit knurrendem Magen dem Essen bei Dead Sea Magnesium entgegenfieberten. Und so hätte dann nicht viel gefehlt, dass ich aufgrund des auf einen Imbiss verkürzten Essens – drei Platten, die innerhalb von zwei Minuten blank geputzt waren – in die Tischkante gebissen hätte. Zugute gehalten hab ich ihnen dann aber doch – allerdings erst, nachdem ich das nächste Mal richtig gegessen hatte! – dass sie über unseren Vormittag nichts wussten. Außerdem konnten sie ja auch etwas bieten, was sich nicht an jeder Fressbude erstehen lässt: Eine Betriebsbesichtigung in einem Magnesium-produzierenden Betrieb. Gibt's schließlich nicht überall.

So ging unsere Reise langsam zu Ende, gekrönt mit einem Freizeitblock am letzten Tag, der immerhin zum Duschen reichte. Am Abend verschwand eine Kleingruppe noch im Tel Aviver Irish-Pub mit ausgesprochen guter mittellauter Techno-Musik, wobei einer in ein Gespräch mit israelischen Soldatinnen verwickelt wurde, die – wie sie selbst sagten – gleich an der Nase erkannt hatten, dass wir Deutsche waren. Wir schluckten etwas ratlos. In inzwischen deutlich angeheitertem Zustand begrüßten und verabschiedeten wir dann noch die ersten Abreisenden unserer Gruppe im Foyer des Hotels, bevor wir uns ins Bett legten und wussten, dass wir aus unserer Verlängerung in Israel pures Genießen machen wollten, um dann anschließend mit der Verdauungstätigkeit beginnen zu können.

Petra Spona

TeilnehmerInnen der Studienfahrt

Aslandemir, Aziz

Geschichte und Philosophie an der Uni Bochum

Blume, Marlen

Biologie an der Uni Oldenburg

Bülau, Hilke

Erwachsenenbildung an der FU Berlin

Deniz, Cengiz

Promotion zu Migration an der Uni Frankfurt

Harms, Annette

Mediengestaltung an der Uni Weimar

Katircioglu, Kezban

Psychologie an der Uni / GHS Wuppertal

Kelek, Neclá

Promotion zur Interkulturellen Verständigung und Erziehung an der Uni Hamburg

Kornberger, Frank – gib@zedat.tu-berlin.de

Kommunikationswissenschaften an der FU Berlin

Kunter, Silvia

Chemie und Evang. Theologie an der Uni Bielefeld

Lankes, Dieter

HBS Düsseldorf

Maier, Rudi

Empirische Kulturwissenschaften an der Uni Tübingen

Möllers, Georg – moellers@stud.tiho-hannover.de

Promotion zu jüdischen Tierärzten von 1918-1945 an der TiHo Hannover

Nickel, Susanne

Soziologie, Theater-, Film- und Medienwissenschaften an der Uni Frankfurt am Main



*Im Haus der Familie
von Auer,
das Abschiedsfoto ...
Foto: Ingrun Weiß*

Pietras, Katarzyna – katapietras@yahoo.de

Jura an der Uni Frankfurt/Oder

Sebhatu, Sarah – sebhatu@gmx.de

Europäische Ethnologie an der HU Berlin

Siegele, Sebastian

Bekleidungstechnik an der FHW Berlin

Sparka, Andrea – andrea.sparka@hotmail.com

Promotion zu Vergleichender Erziehungswissenschaft an der Uni Dortmund

Spona, Petra – p.spona@gmx.de

Philosophie und Geschichte an der Uni Hannover

Sternheimer, Michael

Dolmetscher, Mannheim

Weiß, Ingrun

Promotion in Evangelische Theologie an der Uni Hamburg

Wystrach, Claudia

Kunst und Sozialpädagogik an der Uni Lüneburg

Yildirim, Hasan

Deutsch und Türkisch an der Uni/GHS Essen

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wirbt für die Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft. Sie tritt dafür ein, Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten zu erweitern.

Beratung und Schulung

Die Stiftung berät und qualifiziert Betriebs- und Personalräte und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, Männer und Frauen, in wirtschaftlichen und rechtlichen Angelegenheiten, in Fragen des Personal- und Sozialwesens, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Gestaltung neuer Techniken, des betrieblichen Arbeits- und Umweltschutzes.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu den Themen »Wirtschaftswandel und Beschäftigung im Globalisierungsprozeß«, »Soziale Polarisierungen, kollektive Sicherung und Individualisierung« und »Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik«. Das WSI-Tarifarchiv dokumentiert das Tarifgeschehen umfassend und wertet es aus.

Forschungsförderung

Die Abteilung Forschungsförderung der Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu den Themen Strukturpolitik, Mitbestimmung, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Die Forschungsergebnisse werden in der Regel nicht nur publiziert, sondern auf Veranstaltungen zur Diskussion gestellt und zur Weiterqualifizierung von Mitbestimmungsakteuren genutzt.

Studienförderung

Ziel der Stiftung ist es, einen Beitrag zur Überwindung sozialer Ungleichheit im Bildungswesen zu leisten. Gewerkschaftlich oder gesellschaftspolitisch engagierte Studierende unterstützt sie mit Stipendien, mit eigenen Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktikantenstellen. Bevorzugt fördert die Stiftung Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Ihre Arbeitsergebnisse und Dienstleistungen veröffentlicht die Stiftung über Veranstaltungen, Publikationen, mit PR- und Pressearbeit. Sie gibt zwei Monatszeitschriften heraus: »Die Mitbestimmung« und die »WSI-Mitteilungen«, außerdem die Vierteljahresschrift »South East Europe Review for Labour and Social Affairs (SEER)«, das »Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland« und »Network, EDV-Informationen für Betriebs- und Personalräte«.

Hans-Böckler-Stiftung
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Bertha-von-Suttner-Platz 1
40227 Düsseldorf
Telefax: 0211/7778 - 225
www.boeckler.de

Mitbestimmungs- Forschungs-
und Studienförderungswerk
des DGB

**Hans Böckler
Stiftung** ■■■